32. Jahrgang 1984 / 2. Heft / April ISSN 0042–5702

E 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

JOHN S. CONWAY
Der Holocaust in Ungarn

HANS MOMMSEN
Fritz-Dietlof Graf v. d. Schulenburg und die preußische Tradition

DIETRICH STARITZ
Kontroversen im Alliierten Kontrollrat über ein gesamtdeutsches Parteiengesetz

WALTER F. PETERSON
Das Dilemma linksliberaler deutscher Journalisten im Exil
Der Fall des „Pariser Tageblatts"

DOKUMENTATION
Konrad Adenauer zur politischen Lage 1948–1949
Aus den Berichten des schweizerischen Generalkonsuls in Köln
(Hanns Jürgen Küsters und Hans Peter Mensing)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen, Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Martin Broszat, Ludolf Herbst, Hermann Graml, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz
Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml

Anschrift:
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 089/180026

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

John S. Conway — Der Holocaust in Ungarn. Neue Kontroversen und Überlegungen 179

Hans Mommsen — Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und die preußische Tradition 213

Dietrich Staritz — Parteien für ganz Deutschland? Zu den Kontroversen über ein Parteiengesetz im Alliierten Kontrollrat 1946/47 240

MISZELLE

Walter F. Peterson — Das Dilemma linksliberaler deutscher Journalisten im Exil. Der Fall des „Pariser Tageblatts" 269

DOKUMENTATION

Hanns Jürgen Küsters und Hans Peter Mensing — Konrad Adenauer zur politischen Lage 1946–1949. Aus den Berichten des schweizerischen Generalkonsuls in Köln Franz Rudolf v. Weiss 289

NOTIZEN 318

BIBLIOGRAPHIE 25

Diesem Heft liegen das „Gesamtverzeichnis 1984" des Instituts für Zeitgeschichte und der Prospekt „Düsseldorfer Schriften" des Schwann Verlags, Düsseldorf, bei. Wir bitten um Beachtung.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstr. 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/2631–0. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Gültig ist Preisliste Nr. 7 v. 1.1.1979. Bezieherpreise ab 1981: Einzelheft DM 18,– (zuzüglich Versandspesen); Jahresabonnement = 4 Hefte DM 58,80 (DM 3,60 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Für Studenten im Abonnement jährlich DM 46,80 (DM 3,60 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 37,30 (DM 1,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten) zu beziehen.

Das Fotokopieren und Vervielfältigen aus „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren zu erteilen.

Satz und Druck: Georg Appl, Wemding

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

32. Jahrgang 1984 Heft 2

JOHN S. CONWAY

DER HOLOCAUST IN UNGARN NEUE KONTROVERSEN UND ÜBERLEGUNGEN*

Am 19. März 1944 befahl Hitler den Einmarsch deutscher Truppen in Ungarn, vor allem um einen Wechsel der ungarischen Führung von den Achsenmächten zu den Alliierten zu verhindern. Diese Übernahme der Gewalt sollte schicksalhafte und tragische Folgen für die letzte quantitativ bedeutende Gruppe von Juden – ungefähr eine Million – im nationalsozialistisch besetzten Europa haben, die bis dahin noch überlebt hatte. Daß die deutsche Aktion solche Konsequenzen haben werde, wurde schnell erkannt. Schon am 24. März erklärte Präsident Roosevelt in Washington, und zwar öffentlich:

> „Hunderttausende von Juden, die, obwohl verfolgt, in Ungarn und auf dem Balkan zumindest vor dem Tode sicher waren, sind nun, da Hitlers Truppen über diese Länder herfallen, von Vernichtung bedroht. Es wäre eine große Tragödie, wenn diese unschuldigen Menschen, die bereits zehn Jahre des Wütens Hitlers überlebt haben, gerade am Vorabend des Triumphes über die Barbarei, welche ihre Verfolgung symbolisiert, umkommen würden."[1]

Doch kam es in der Tat zu dieser Tragödie. Drei Monate nach dem deutschen Einmarsch war nahezu die Hälfte der ungarischen Juden gnadenlos zusammengetrieben und in die polnischen Vernichtungslager gebracht worden. Zwischen dem 15. Mai und dem 8. Juli 1944 wurden nicht weniger als 437 000 Juden aus Ungarn deportiert und in ihrer Mehrzahl entweder in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau ermordet oder vor rasch ausgehobenen Gräben erschossen. Der Rest der Deportierten, von denen lediglich etwa 20 000 nach der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands nach Budapest zurückkehrten, mußte Sklavenarbeit verrichten. Nur ein später Meinungsumschwung der ungarischen Machthaber, die Intervention ausländischer Mächte und die Zwänge der militärischen Lage führten im Juli 1944 zu einer zeitweiligen Einstellung der Deportationen. Als die sowjetische Armee Budapest im Februar 1945 befreite, hatte weniger als ein Viertel der jüdischen Bevölkerung überlebt.

Als Nachwehen der Tragödie kam es zu scharfen Kontroversen, die bis zum heutigen Tage andauern. Wie war es den Nationalsozialisten möglich, zu einer Zeit, da die deutsche Militärmacht bereits offensichtlich der Niederlage entgegenging, erfolg-

[1] Transkription in der Franklin D. Roosevelt Library, „FDR Press Conferences 1933–1945", Nr. 944, Ordner 112-5. Zitiert in M. Gilbert, Auschwitz and the Allies, London 1981, S. 184.

* Ich bin Dr. Rudolf Vrba, Associate Professor, Dept. of Pharmacology, Faculty of Medicine, University of British Columbia, dankbar für seinen Rat und seine Unterstützung während der Vorbereitung dieses Aufsatzes.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reich den Mord so vieler Opfer zu organisieren? Genauso rätselhaft: Warum ließen sich hunderttausende Männer, Frauen und Kinder in die angeblichen „Umsiedlungs"-Züge pferchen, ohne irgendwelchen aktiven oder passiven Widerstand zu leisten? Ein Schlüsselfaktor war die Geheimhaltung der massenhaften Vernichtung der europäischen Juden, vor allem des Schicksals jener Deportationszüge, die unbekannten Zielorten im Osten entgegenfuhren. Ohne Geheimhaltung wäre die „Endlösung", wären namentlich Ausmaß und Tempo ihrer Durchführung viel schwieriger, ja fast unmöglich gewesen. Es macht die besondere Tragödie der ungarischen Juden aus, daß die Geheimhaltung bereits durchbrochen war, als sie deportiert und ermordet wurden. Ende April 1944 waren nämlich erste authentische Berichte über den laufenden Massenmord in Auschwitz aufgetaucht und außerdem die Pläne zur Vernichtung der ungarischen Juden schon bekannt; über beides waren führende Vertreter der ungarischen Juden unterrichtet worden. Wir kennen diese Tatsache seit längerem, doch ist ihre Bedeutung bislang noch nicht zulänglich eingeschätzt worden. Im folgenden soll versucht werden, die Zentralität jenes entscheidenden Punktes herauszuarbeiten.

In den letzten Jahren sind etliche Studien erschienen, die Anstöße zu einer erneuten Kontroverse über die damaligen Ereignisse gaben, in erster Linie über Tempo und Rücksichtslosigkeit der deutschen Maßnahmen, über die Kollaboration der ungarischen Behörden, über die Verwicklung führender Juden und über die Unwirksamkeit von Widerstands- und Rettungsaktionen[2]. Eine meisterhafte Übersicht über die Vielzahl der Probleme bietet Randolph L. Brahams zweibändiges Monumentalwerk „The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary"[3]. Daß neue Quellen verfügbar wurden, etwa in britischen oder amerikanischen Archiven, eröffnete neue Perspektiven und zeichnete in das Bild der abstoßenden Barbarei des deutschen Vorgehens, das sich bereits aus den Prozessen gegen beteiligte deutsche Kriegsverbrecher und aus den Schriften Überlebender ergeben hatte, weitere Details ein. So haben diese Studien abermals wichtige Fragen aufgeworfen. Warum waren die Nachrichten über die Exekution des nationalsozialistischen Vernichtungsprogramms in anderen Teilen Europas nicht verbreitet worden? Warum wurde die Masse der Juden nicht vor ihrem bevorstehenden Schicksal gewarnt? Warum konnten die Budapester Juden überleben, während ihre weniger glücklichen Landsleute in ländlichen Gebieten täglich zu Tausenden nach Auschwitz transportiert wurden? Wie stand es um die Haltung der ungarischen Bevölkerung, insbesondere der christlichen Kirchen? Warum haben die Westmächte auf Rettungsvorschläge so zögernd und indifferent reagiert? Schließlich: In welchem Ausmaß war die Tragödie der ungarischen Juden auch von Aktionen und Unterlassungen jüdischer Führer beeinflußt?

Viele Autoren suchten die Ursache einer in ihren Augen vermeidbaren Tragödie im Versagen eines oder mehrerer Beteiligter, die, wie es hieß, um so schuldiger sein mußten, als ihre Passivität nicht mehr auf Unkenntnis oder Unglauben – was die Pläne der

[2] Y. Bauer, Holocaust in Historical Perspective, Seattle 1978; ders., The Jewish Emergence from Powerlessness, Toronto 1979; H. Fein, Accounting for Genocide, New York 1979; M. Gilbert, Auschwitz and the Allies.

[3] R. Braham, The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary, 2 Bde., New York 1981.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nationalsozialisten anging – zurückgeführt werden könne, sondern doch wohl ernstere Gründe gehabt habe. Die folgenden Bemerkungen zu jenen Kontroversen dienen nicht zuletzt dem Zweck, eine Besonderheit der Historiographie des ungarischen Holocaust hervorzuheben, nämlich die beharrliche Überzeugung, daß ein derart vernichtender Schlag hätte vermieden werden können, wenn 1944, nachdem über den kaltblütigen Völkermord der Nationalsozialisten in anderen Teilen Europas bereits so viel bekanntgeworden und das Ende des Krieges in Sicht gekommen war, rechtzeitig Schritte unternommen worden wären. Verschiedene Vorschläge, die damals gemacht wurden, haben ihre Befürworter gefunden: so die Warnung der Opfer vor ihrem wahrscheinlichen Schicksal, die Mobilisierung der ungarischen Christen für ihre jüdischen Mitbürger, die Organisierung größerer Rettungsaktionen, die Öffnung Palästinas für die Flüchtlinge, Sabotage an den Bahnstrecken zu den polnischen Todeslagern und die Bombardierung jener Lager selbst. Daß niemand den einen oder anderen dieser Pläne verwirklichte, wurde seither unablässig kritisiert. Indes fand der zentrale Punkt, eben die Geheimhaltung der nationalsozialistischen Vernichtungsabsichten und des Geschehens in Lagern wie Auschwitz, keineswegs die verdiente Behandlung. Statt dessen wird die Kritik an einigen Akteuren der damaligen Tragödie oft genug zur Rehabilitierung oder Verteidigung der keineswegs immer rühmlichen Motive und Handlungen anderer Figuren jener dunklen Geschichte benutzt, sogar zur Rechtfertigung politischer Belange aus jüngerer Zeit. Ergebnis war eine subtile, aber systematische Verdrehung der Vergangenheit im Dienste von Interessen der Gegenwart. Die Schlußfolgerung ist unausweichlich: die Darstellung des Holocaust in Ungarn blieb gegen die bewußte Fälschung von Alibis nicht immun.

I. Die Indifferenz der Alliierten

Das Verhalten, das die Kabinette der gegen Deutschland verbündeten Staaten gegenüber der Not der Juden in Europa und besonders in Ungarn an den Tag legten, ist in den letzten Jahren massiv kritisiert worden, wobei die Angriffe vor allem Großbritannien und den Vereinigten Staaten – nicht jedoch der Sowjetunion – galten. Die Kritik gehört zu einem größer angelegten Versuch verschiedener prominenter Wissenschaftler, die zeigen wollen, daß in der Frage der europäischen Juden Briten und Alliierte vor der ablaufenden Katastrophe oft genug bewußt die Augen verschlossen und daß Herzlosigkeit ihre schwächlichen Ansätze zur Besserung der Situation kennzeichnete.

Zu den unzureichenden Reaktionen der britischen Politiker, so wird behauptet, kam noch das bürokratische Denken der sie beratenden Beamten, so daß britischen Interessen, namentlich dem Schutz der eigenen Position in Palästina, Priorität vor dem Schicksal der europäischen Juden eingeräumt wurde. Großbritannien und die übrige freie Welt stehen mithin unter der Anklage, die Verantwortung für die Vernichtung des europäischen Judentums mit dem nationalsozialistischen Deutschland und seinen Komplizen zu teilen.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Walter Laqueurs Buch „The Terrible Secret"[4], das sich mit den ersten Kriegsjahren beschäftigt, wandte sich gegen die Vorstellung, die Verfolgung der Juden in Europa sei den alliierten Regierungen verborgen geblieben. In der Tat hat er das beruhigende Alibi der Unkenntnis, nach dem Kriege so häufig zur Erklärung des Ausbleibens effektiver Aktionen gegen den Holocaust bemüht, als unwahr entlarvt. Anfänglich konnte die Unkenntnis auf die Unterbrechung aller regulären Nachrichtenverbindungen nach Osteuropa, ob amtlich oder privat, zurückgeführt werden, auf das Fehlen dort tätiger Spezialisten oder auf die Absorbierung durch die militärischen Ereignisse in Westeuropa. 1941 aber, erst recht nach dem nationalsozialistischen Angriff auf die Sowjetunion, waren, wie Laqueur überzeugend darlegt, diese Mängel behoben und die Kommunikationslinien wiederhergestellt. Als zweiter wichtiger Faktor wirkte die strenge Geheimhaltung, mit der die Deutschen das spätere Schicksal der Juden umgaben. So steht fest, daß die Berichte, die seit März 1942 aus den nichtpolnischen Ländern Europas über die große europäische Deportationsbewegung einzulaufen begannen, zu diesem Punkt stumm blieben. Bekannt war lediglich, daß die Deportierten „an einen unbekannten Bestimmungsort im Osten" verschickt wurden. Die Entscheidung der NS-Führung schließlich, alle Juden in Europa zu vernichten, war ein so gut gehütetes Geheimnis, daß ihr Ursprung bis heute umstritten ist[5]. Gleichwohl wurden die Regierungen Großbritanniens und der Alliierten von führenden jüdischen Kreisen in neutralen Ländern, die entsprechende Nachrichten von jüdischen Gewährsleuten in den besetzten Gebieten erhielten, schon 1942 regelmäßig über den Massenmord an Juden in Osteuropa informiert. Trotz der Hindernisse, die man in den Weg legte, gelangten solche Berichte auch häufig in die Presse[6]. Zum Beispiel enthüllte die New Yorker Zeitschrift „The Jewish Frontier" bereits im September 1942 Politik und Technologie des nationalsozialistischen Völkermords, und zwar mit einer detaillierten Beschreibung der Vergasung in Chelmno. Die Information stammte von drei Flüchtlingen, die dort als Totengräber gearbeitet hatten[7]. Zwei Monate später legte die gleiche Zeitschrift alle Stadien der nationalsozialistischen Politik offen:

„Die Barbarei der Nazis steigt nach einem genau definierten Muster unaufhaltsam von Stufe zu Stufe:
1. den Juden werden die Bürgerrechte genommen;
2. indem man die Juden aus dem Wirtschaftsleben verdrängt, macht man ihnen die Selbsterhaltung unmöglich;
3. sie werden in Ghettos abgeschoben, wo sie an Hunger und Krankheiten zugrunde gehen;

[4] W. Laqueur, The Terrible Secret. An Investigation into the Suppression of Information about Hitler's ‚Final Solution', London 1980.

[5] M. Broszat, Hitler und die Genesis der „Endlösung". Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: VfZ 25 (1977), S. 739 ff.; C. Browning, Zur Genesis der „Endlösung". Eine Antwort an Martin Broszat, in: VfZ 29 (1981), S. 97 ff.

[6] Zu den ersten Berichten vgl. Daily Telegraph (London), 25. 6. und 30. 6. 1942.

[7] Jewish Frontier (New York), September 1942.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

4. diejenigen Juden, die die vorhergehenden Stufen überlebten, werden vernichtet.
Die Dokumente, die wir in dieser Nummer als Beweise vorlegen, spiegeln verschiedene Stufen des großen Plans. Nach den letzten Berichten ist jedoch klar, daß Hitler nun die Endphase des Prozesses eingeleitet hat. Die Deportation von Juden aus Frankreich und Polen an unbekannte Bestimmungsorte läßt nur die schlimmste Erklärung zu."[8]

Am Ende des Jahres gab es ausreichend Beweise dafür, daß ein Massenmord an Juden in entsetzlichem und beispiellosem Ausmaß tatsächlich stattfand. Juden in den besetzten Ländern lieferten nun jüdischen Organisationen, etwa dem American Jewish Congress, dem World Jewish Congress und der Jewish Agency in Palästina, eindringliche Schilderungen der massenhaften Vernichtung in den Lagern Belzec, Chelmno, Sobibor und Treblinka; bezeichnenderweise fehlten noch Informationen über Auschwitz, das größte Vernichtungszentrum. Daß es gelang, diese Nachrichten in die Öffentlichkeit des Westens zu bringen, führte zu politischem Druck. Die Forderung nach Gegenmaßnahmen produzierte wiederum die alliierte Erklärung vom Dezember 1942, in der allen Schuldigen an den schrecklichen Grausamkeiten mit Vergeltung gedroht wurde. Daß der Holocaust im Gange war, konnte nicht länger als unbekannt gelten.

Das zweite Charakteristikum der alliierten Reaktion war indes die Skepsis, mit der führende Kreise in Großbritannien und den USA jene Berichte aus Osteuropa aufnahmen. Die Erinnerung an jene Greuelgeschichten, denen während des Ersten Weltkriegs schnell und unkritisch Glauben geschenkt worden war, veranlaßte nun zu großer Vorsicht gegenüber Nachrichten, bei denen es sich vielleicht nur um übertriebene, jedenfalls nicht auf normalen Wegen verifizierbare Gerüchte handelte. Berichte über Greuel, die über die Grenzen historischer Erfahrung hinausgingen, waren – wie Arthur Koestler 1944 bemerkte – mit den Realitäten des Alltags nicht zu vereinbaren und wurden daher ins Reich der Phantasie verwiesen[9]. Walter Laqueur sucht ferner darzutun, daß während des Zweiten Weltkrieges neben den verständlichen Zweifeln an der Authentizität solcher Schilderungen auch die Unkenntnis der zentralen Stellung des Antisemitismus in der NS-Ideologie eine erhebliche Rolle spielte, ebenso die Unkenntnis der systematischen Durchführung der Pläne zur Ausrottung der Juden in allen von den Nationalsozialisten besetzten Ländern Europas. Dies war das „schreckliche Geheimnis", das nach Laqueur bis Ende 1942 aus erklärbaren, wenn auch nicht gerade sehr rühmlichen psychologischen Motiven oder aber aus politischen Gründen unterdrückt wurde.

Zwei dieser Gründe sind in Bernard Wassersteins Buch „Britain and the Jews of Europe 1939–1945"[10] ausführlich behandelt. Als ersten nennt er das Zögern der britischen Regierung, in ihren Erklärungen zu Sinn und Zweck des Krieges dem jüdischen Problem eine herausragende Stellung einzuräumen. Zum Teil ergab sich das aus der legalistischen Auffassung, die europäischen Juden seien im technischen Sinne

[8] Jewish Frontier, Sondernummer November 1942: Jews under its Axis 1939–42.
[9] A. Koestler, On disbelieving atrocities, in: New York Times Magazine, Januar 1944.
[10] B. Wasserstein, Britain and the Jews of Europe 1939–1945, Oxford 1979.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als Bürger ihrer verschiedenen Heimatländer zu betrachten. Britisches Kriegsziel war die schnellstmögliche Erringung des totalen Siegs, um sämtliche Opfer der nationalsozialistischen Aggression zu befreien. Eine besondere Behandlung oder Betonung des jüdischen Schicksals hätte nicht nur die europäischen Alliierten der Briten vor den Kopf gestoßen, sondern auch Dr. Goebbels direkt in die Hand gespielt, der ja oft genug behauptete, die Alliierten führten den Krieg für die Interessen der Juden. Ein zweiter Faktor war die ständige Furcht, den Antisemitismus in Großbritannien selbst anzuheizen. Während der Panik von 1940 wurden jüdische und antinationalsozialistische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich en masse als „feindliche Ausländer" interniert. Auch nachdem die meisten wieder entlassen worden waren, weigerte sich das Home Office noch immer, seine Vorschriften so zu lockern, daß mehr jüdische Flüchtlinge nach Großbritannien hätten einreisen können. Die Weigerung beruhte auf Sicherheitsgründen, außerdem sollte der Eindruck vermieden werden, die Juden würden besser behandelt als die nichtjüdischen Opfer der NS-Herrschaft.

Wasserstein teilt die Meinung, diese Politik sei das Ergebnis antisemitischer Vorurteile gewesen, nicht ganz, glaubt aber

> „daß es in den zuständigen Ressorts der Regierung an dem aus mitfühlender Vorstellungskraft folgenden Bemühen gefehlt hat, die besondere Notlage der Juden als meistverfolgte Gruppe zu verstehen ... Sowohl zuhause als auch im Ausland trug das dazu bei, Großbritannien an einer effektiven Hilfeleistung für die Juden Europas zu hindern."[11]

Indem er den Holocaust in Europa mit der Weigerung der Briten verbindet, eine verstärkte Einwanderung nach Palästina zuzulassen, weitet Wasserstein seine Kritik an der Politik der britischen Regierung jedoch noch aus. Das strikte Festhalten an der Leitlinie des Weißbuches von 1939, die jüdische Einwanderung in Palästina auf 75 000 beschränkte, und ihre erbarmungslose Anwendung, die den Juden die Fluchtwege verschloß, hätten zur Folge gehabt,

> „daß die britische Regierung in der ersten Kriegsphase, als die deutsche Regierung eine beträchtliche Zahl von Juden über die Reichsgrenzen abschieben wollte, jede praktikable Taktik anwandte, um zu verhindern, daß große Gruppen von Juden Palästina erreichten (oder auch irgendeinen anderen Ort im Empire)"[12].

Die britische Mitverantwortung für den Holocaust wird also direkt auf jenen katastrophalen Zusammenprall von Prioritäten zurückgeführt, der das Überleben der Juden zu einem zweitrangigen Ziel in der britischen Kriegspolitik machte.

Mit ähnlicher Kritik wurde die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber jüdischen Flüchtlingen bedacht. Arthur Morses scharfe Verurteilung der verantwortlichen amerikanischen Politiker, „While Six Million Died"[13], wurde in den wissen-

[11] Ebenda, S. 132f.
[12] Ebenda, S. 80.
[13] A. Morse, While Six Million Died, New York 1968.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftlicheren Büchern von Harry Feingold („The Politics of Rescue")[14] und David Wyman („Paper Walls")[15] noch verstärkt. Alle drei Autoren gehen mit Roosevelt hart ins Gericht, weil er sich dem Druck des State Department gebeugt habe, dessen paranoide Angst vor der Gefahr „ausländischer Infiltration" jede Politik der offenen Tür hinsichtlich der Aufnahme jüdischer Flüchtlinge während des ganzen Krieges verhinderte. Erst 1944, nach der Gründung des autonomen War Refugee Board, beteiligten sich die USA aktiver an Rettungsversuchen, die im Falle der ungarischen Juden besonders bedeutsam sein sollten. Freilich war zu jener Zeit die Mehrheit der jüdischen Opfer bereits ermordet. Zwar trugen die USA keine direkte Verantwortung für Palästina, doch liefen ihre Weigerung, etwas gegen die britischen Restriktionen zu unternehmen, und die kleinliche Behandlung der Flüchtlingsfrage auf der fehlgeschlagenen Bermuda-Konferenz im Jahre 1943 auf kaltherzige Gleichgültigkeit gegenüber der jüdischen Katastrophe hinaus. Die genannten Autoren halten mit ihrer Verdammung dieser Attitüde nicht zurück.

Im Frühjahr 1944, als die deutschen Pläne zur Vernichtung der ungarischen Juden realisiert wurden, verschärfte sich das Dilemma der britischen Regierung. Die nun ständig zahlreicher werdenden Berichte über den Völkermord konnten nicht länger ignoriert werden. Über die Schweiz gelangte Ende Juni der erste Augenzeugenbericht über die Vernichtungsmaschinerie von Auschwitz nach London und wurde sofort dem Kriegskabinett zugeleitet. Gleichzeitig erhielt der Premierminister die persönliche Information, daß täglich 10000 bis 12000 ungarische Juden nach Auschwitz deportiert würden. Die Ratlosigkeit der britischen Regierung fand ihren Ausdruck in Churchills Randbemerkung auf jenem Telegramm: „Außenminister: Was können wir tun? Was können wir sagen."[16]

Daß es die Alliierten danach nicht fertigbrachten, irgendwelche Gegenmaßnahmen zu ergreifen, hat in jüngster Zeit schärfste Kritik gefunden, die sich vor allem auf jetzt verfügbare britische Regierungsakten stützt. Die Weigerung, 1944 die Rettung der ungarischen Juden zu einem der Hauptkriegsziele zu machen, gilt nun als der Gipfel der negativen Reaktion britischer Behörden während des ganzen Krieges. In einem früheren Aufsatz des Verfassers wurde dieses Verhalten zwischen Besorgtheit und Indifferenz angesiedelt[17]. Neuerdings haben Yehuda Bauer[18], Bernard Wasserstein, Martin Gilbert, der offizielle Biograph Churchills[19], und – in Rezensionen – andere[20]

---

[14] H. L. Feingold, The Politics of Rescue. The Roosevelt Administration and the Holocaust 1938–1945, New Brunswick, N. J., 1970.

[15] D. S. Wyman, Paper Walls. America and the Refugee Crisis 1938–1941, Amherst, Mass., 1968.

[16] Public Record Office, London (PRO): Foreign Office 371/42807, Minute Primeminister Churchill, 29. 6. 1944.

[17] J. S. Conway, Between Apprehension and Indifference. Allied Attitudes to the destruction of Hungarian Jewry, in: Wiener Library Bulletin (1973/4), Vol. XXVII New Series 30–31, S. 37 ff.

[18] Y. Bauer, The Holocaust in Historical Perspective, London und Seattle 1978; ders., The Jewish Emergence from Powerlessness.

[19] M. Gilbert, Auschwitz and the Allies.

[20] Vgl. zum Beispiel Z. Steiner in der Financial Times (4. 8. 1979) und das Interview mit N. Goldmann im Guardian Weekly (2. 8. 1981).

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihre Attacken auf das Versagen der alliierten Politik noch verschärft. So schrieb Martin Gilbert:

„Vor allem aber ist es eine Geschichte vielfältigen Versagens. Das Versagen, in das sich sämtliche Alliierte teilen, bestand in einem Mangel an Vorstellungskraft, an Reaktion, an Beobachtung, so bei der Zusammenstellung und Bewertung der eingegangenen Informationen, an Koordination von Initiativen, manchmal sogar in einem Mangel an Sympathie. Der Erfolg lag anderswo, nämlich bei den Nazis, bei den Morden."[21]

II. Das Angebot „Blut für Lastwagen" und das Problem der Bombardierung von Auschwitz

In der Debatte um das Schicksal der ungarischen Juden spielen mittlerweile zwei Vorgänge eine zentrale Rolle: daß der nationalsozialistische Vorschlag, eine Million dieser Juden gegen 10000 Lastwagen auszutauschen, nicht angenommen und daß der Gedanke, die Gaskammern in Auschwitz zu bombardieren, nicht in die Tat umgesetzt wurde. Die berüchtigte Offerte „Blut für Lastwagen" kam von Eichmann. Danach sollten führende Juden in Ungarn als Vermittler zwischen den Nationalsozialisten und den Alliierten fungieren und mit der Beschaffung von Lastwagen für die deutsche Armee die Freilassung ungarischer Juden erreichen können. Anfang Mai 1944 arrangierte Eichmann für einen Vertreter der ungarischen Juden, Joel Brand, eine Reise nach Istanbul, um Kontakt mit den Briten im Mittleren Osten aufzunehmen. Die Öffentlichkeit erfuhr bereits im Juli 1944 von dem Projekt, als die britische Presse einen Wink bekam und den Plan sogleich als „monströses Angebot" oder als plumpen Versuch der Nazis, Mißtrauen zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion zu säen, brandmarkte. Historiker wie Yehuda Bauer halten indes den Vorschlag für ernstgemeint und glauben, er hätte aufgegriffen werden müssen. Nach Bauers Ansicht hätte man die Verhandlungen zumindest in die Länge ziehen sollen, auch wenn bestimmte Punkte des deutschen Vorschlags, wie etwa die ausschließliche Verwendung der vom Westen zu liefernden Lastwagen an der Ostfront, nicht akzeptabel waren. Daß dies, obwohl der amerikanische War Refugee Board und Vertreter der Jewish Agency erheblichen Druck ausübten, nicht geschah, sei beklagenswert.

„Allein schon der Prozeß der Verhandlung hätte, auch ohne konkrete Ergebnisse, Leben retten können ... Der moralische Imperativ, selbst ein einziges Leben retten zu müssen, wurde jedoch von Alliierten ignoriert, die durch ihre Untätigkeit die moralische Grundlage ihres Krieges gegen das absolut Böse, den Nazismus, verleugneten. Die richtige Folgerung lautet: Brand hat nicht versagt. Der Westen versagte."[22]

Andere hingegen, wie Gilbert, sahen in den Verhandlungen nie mehr als ein „außer-

[21] Sunday Times (London), 23. 8. 1981; Gilbert, Auschwitz and the Allies, S. 341.
[22] Y. Bauer, The Holocaust in Historical Perspective, S. 154f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ordentlich erfolgreiches Täuschungsmanöver"[23], von den Deutschen nur inszeniert, um vom Hauptteil der Deportationen und Morde abzulenken. Je länger sich also die Verhandlungen hinzogen, desto besser für die Deutschen. Für Eichmann habe die Notwendigkeit im Vordergrund gestanden, jegliche Behinderung des Vernichtungsprozesses, ob innerhalb oder außerhalb Ungarns, auszuschließen.

Daß die „Mission Brand" an der negativen Haltung der Alliierten schließlich scheitern werde, sei vorhersehbar gewesen. Bis zu diesem Zeitpunkt wäre aber der größte Teil der ungarischen Juden ohnehin bereits ermordet gewesen. Mithin habe das Ausbleiben einer Reaktion der Alliierten die Pläne der Deutschen nicht weiter beeinflußt. Wären die Alliierten bereit gewesen, den Faden aufzunehmen, und hätten sie die geheimen Verhandlungen über den Juli 1944 hinaus fortgeführt, wäre Eichmanns Täuschungsmanöver nur noch erfolgreicher geworden.

Der Meinungsstreit über Notwendigkeit oder Bedenklichkeit solcher Verhandlungen begann bereits im Jahre 1944. In dreißig Jahren bitterer Kontroversen konnte das Problem nicht gelöst und keine Übereinstimmung darüber erzielt werden, ob es sich um den spektakulärsten Versuch zur Rettung der europäischen Juden gehandelt hat oder um einen üblen Trick, der nie ernst genommen zu werden verdiente. Wie der lebhafte und von Wasserstein wie Gilbert eingehend geschilderte Austausch von Memoranden und Telegrammen zeigt, sind beide Ansichten schon 1944 von den Vertretern der britischen und der amerikanischen Regierung geäußert worden. Am 3. Juni 1944 informierten die Briten die Amerikaner, daß

> „wir uns dessen bewußt sind, wie wichtig es ist, ernstgemeinten und Aufmerksamkeit verdienenden Vorschlägen zur Rettung von Juden und anderen Opfern nicht einfach mit Ablehnung zu begegnen ... Wir sind von Gleichgültigkeit gegenüber den Leiden der Juden weit entfernt und haben die Tür vor ernsthaften Vorschlägen, die gemacht werden mögen und die sich mit der erfolgreichen Fortsetzung des Krieges vereinbaren lassen, keineswegs zugeschlagen."[24]

Andererseits gaben der dubiose Charakter des von Brand übermittelten Angebots und der Verdacht, es handle sich dabei lediglich um „schiere Erpressung oder politische Kriegführung", den britischen Befürchtungen neue Nahrung. In älteren Untersuchungen wird die britische Abneigung gegen Verhandlungen ausschließlich auf die Ablehnung eines jeden Schritts zurückgeführt, der den Flüchtlingsstrom nach Palästina vergrößern konnte. Die neuen Quellen zeigen indes, daß gegen Verhandlungen mit Nationalsozialisten auch deshalb, und zwar gleich eindringlich, argumentiert wurde, weil sie eine Belastung der ohnehin schon strapazierten Kriegsallianz mit der Sowjetunion bringen mochten. Die Geheimhaltung der Ereignisse in Ungarn spielte ebenfalls eine wichtige Rolle. So erfuhren die Briten von der Entscheidung des Reichsverwesers Horthy, die Deportationen auszusetzen, erst zwei Wochen später. Nachdem die Nachricht eingetroffen war, nahm man in London an, daß die Nöte der

[23] M. Gilbert, While the Allies dithered, in: Jewish Chronicle (London) 18 (September 1981), S. 24f.
[24] PRO: PREM 4/51/10/1394: Foreign Office to Washington (3. 6. 1944).

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ungarischen Juden nun etwas weniger bedrängend seien. Gleichzeitig enthüllte das State Department in Washington Details des vorgeschlagenen Tauschgeschäfts, was die Londoner „Times" veranlaßte, den offiziellen Standpunkt in deutlichen Worten zu formulieren: „Ein monströses Angebot – Deutsche Erpressung – Tausch von Juden gegen Kriegsmaterial."[25] Damals schien solche Skepsis angebracht, und die begründeten Einwände gegen größere Aktivität wurden dann noch durch Antagonismen verstärkt, die im weiteren Verlauf des Jahres 1944 aufbrachen, nachdem der britische Staatsminister in Kairo, Lord Moyne, von jüdischen Terroristen ermordet worden war. Unter diesen Umständen hätte jede britische Initiative zu einer großzügigen Unterstützung der ungarischen Juden erhebliche innenpolitische Probleme geschaffen, zumal nach der negativen Berichterstattung in der Presse.

Die Gründe für die Weigerung der Alliierten, Auschwitz zu bombardieren, sind hingegen erst in jüngster Zeit klargeworden. Die Frage gehört zu den Hauptthemen von Martin Gilberts neuem Buch, in dem er das von Bernard Wasserstein vorgelegte Material zur britischen Politik und David Wymans Untersuchung der amerikanischen Option rekapituliert[26]. Die Idee, Lager wie Auschwitz und Treblinka zu bombardieren, ist, wie sich aus erst seit kurzem zugänglichen Akten des Foreign Office und des britischen Luftfahrtministeriums ergibt, schon 1943 in Erwägung gezogen worden. Aber erst ein Jahr später brachte der Vormarsch der Alliierten in Süditalien Angriffsziele in solcher Entfernung in den Bereich des Möglichen. Ausgerechnet in dieser Phase des Krieges, nämlich im Juni 1944, als sich die Alliierten auf die Invasion der Normandie konzentrierten, erhielten die Briten die Nachricht, daß nun Auschwitz die zentrale Vernichtungsfabrik sei; zugleich kamen dringende Bitten, nicht nur das Vernichtungslager in Birkenau (Auschwitz II) zu bombardieren, sondern auch die dorthin führenden Schienenwege. Just zur gleichen Zeit gingen Berichte aus erster Hand über die fließbandartige Methode des Massenmordes in Auschwitz ein, ferner Informationen über die täglichen Transporte ungarischer Juden zu dem Vernichtungslager und das „Angebot", Juden gegen Lastwagen zu tauschen. Es verdient Erwähnung, daß der Vorschlag, die Lager zu bombardieren, London direkt von jüdischen Repräsentanten in Budapest, Jerusalem und Genf gemacht wurde und daß führende jüdische Kreise in Großbritannien, darunter auch Dr. Chaim Weizmann, bei der britischen Regierung auf seine Annahme drängten[27]. Doch nichts geschah.

Wasserstein stellt fest, auf Grund jener Vorstellungen seien Premierminister und Außenminister übereingekommen, daß Auschwitz bombardiert werden müsse. Je-

[25] The Times (London), 20.7.1944.

[26] D.S. Wyman, Why Auschwitz was never bombed, in: Commentary, Vol. 65, Nr. 5 (Mai 1978), S. 37–46. Der Rundfunkjournalist Heiner Lichtenstein berichtete erstmals auf deutsch über jene Ereignisse. Sein Beitrag „Warum Auschwitz nicht bombardiert wurde" (Köln 1980) basiert nahezu ausschließlich auf den Quellen Wassersteins und Wymans. Als Hauptverantwortlichen für das Versagen der Amerikaner, Auschwitz zu bombardieren, macht der Autor den damaligen Assistant Secretary im US-Kriegsministerium, John J. McCloy, aus.

[27] M. Gilbert, Auschwitz and the Allies, S. 267. In Weizmanns Memoiren, Trial and Error, London und New York 1949, wird der Versuch nicht erwähnt.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

doch hätten Beamte des Foreign Office das Vorhaben abgeblockt – „ein schlagender Beweis für die Fähigkeit der britischen Bürokratie, ministerielle Entscheidungen außer Kraft zu setzen"[28]. Auch Gilbert macht für die britische Inaktivität einige Personen verantwortlich,

> „die die Direktive des Premierministers konterkarierten, weil, wie es einer von ihnen damals ausdrückte, wertvolle Menschenleben riskiert worden wären, wenn man britische Piloten beauftragt hätte, sie auszuführen"[29].

Freilich fanden die Kritiker durch eifrige Nachforschungen rasch heraus, daß 1944 zur gleichen Zeit ähnlich gefährliche Angriffe über noch größere Entfernungen geflogen wurden, etwa um der polnischen Untergrundbewegung in Warschau Nachschub zu liefern oder um industrielle Ziele in der Nähe von Auschwitz zu bombardieren. Gilbert folgt David Wyman und kritisiert die Befehlshaber der amerikanischen Luftwaffe, die sich weigerten, Bomber für einen „riskanten unbegleiteten Hin- und Rückflug von ungefähr 2 000 Meilen über feindlichem Gebiet" zur Verfügung zu stellen. Beide Autoren weisen nach, daß die amerikanische Luftwaffe in Wahrheit Auschwitz wiederholt überflog, wenn auch das Lager selbst nur einmal getroffen wurde – durch ein Versehen. Ihrer Argumentation kam in letzter Zeit die Entdeckung von Luftaufnahmen zu Hilfe, aus amerikanischen Flugzeugen zwischen dem 4. April und Dezember 1944 aufgenommen, auf denen die Anlagen von Auschwitz, einschließlich der Gaskammern und Krematorien, deutlich zu erkennen sind. Damals ignorierte man dieses Material. Nie gab es einen systematischen Versuch, jene Anlagen oder die nach Auschwitz führenden Bahnlinien zu zerstören.

Die bürokratische Heuchelei beider Regierungen, die jeden Druck mit schwachen Ausflüchten abzuwehren suchten, wird in diesem Fall zu Recht angeklagt. In London wie in Washington lehnten es die Befehlshaber der Luftstreitkräfte ab, Vorschläge von Zivilisten als realistisch anzusehen oder gar ihre Pläne entsprechend zu ändern. Die Kommandeure wußten sehr wohl, daß die Auswahl von Bombenzielen auch eine heikle politische Frage war. Indes ist der Befund klar: Zu einer Zeit, da ihre Prioritäten ganz anders lagen, haben sie Forderungen, die ihnen als ahnungslose Einmischungsversuche interessierter Parteien erschienen, weder ermutigt noch begrüßt.

Dem steht die Annahme, wie sie schon im Titel von Gilberts Buch zumindest impliziert ist, gegenüber, eine positive Reaktion der Alliierten auf den Vorschlag, Auschwitz und die Zufahrtswege zu bombardieren, hätte dort den Massenmord erheblich gebremst oder sogar gestoppt. Weder das damals verfügbare noch das inzwischen zutage geförderte Material stützt diese Auffassung. Tatsächlich gab es sogar triftige technische Gründe, die Zweckmäßigkeit solcher Pläne zu bezweifeln. So hatte das britische Luftfahrtministerium bereits die Meinung geäußert, daß eine Bombardierung der nach Auschwitz führenden Bahnlinien nicht in Frage komme:

> „Nur durch eine ungeheure Konzentration von Luftstreitkräften konnten wir die Kom-

[28] B. Wasserstein, Britain and the Jews, S. 316.
[29] M. Gilbert, Auschwitz and the Allies, S. 279.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

munikationslinien in der Normandie unterbrechen; bei der Entfernung zwischen Schlesien und unseren Flughäfen ist hier etwas Ähnliches vollkommen ausgeschlossen."[30]

Im übrigen hätte die durch Bombenangriffe zu bewirkende Zerstörung den Vernichtungsvorgang in Auschwitz nur zeitweilig – im Höchstfall eine Woche – unterbrochen. Die Deutschen verfügten über eine nach Zehntausenden zählende Armee von Sklavenarbeitern (in Auschwitz und den umliegenden Außenlagern), die sofort zur Behebung der Schäden eingesetzt worden wäre. Arbeitskräfte gab es genug, und wie der Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, in seinen Memoiren sagt: „In Auschwitz war alles möglich." Außerdem war die Vernichtung der neueingetroffenen ungarischen Juden nicht von einer permanenten Nutzung der Krematorien abhängig. Eine große Zahl der Opfer wurde ohnehin entweder in provisorischen Gaskammern ermordet oder aber erschossen und dann in tiefen Gräben verbrannt, die in den nahen Wäldern ausgehoben worden waren. Eine Zerstörung der Krematorien hätte also weder den Umfang noch das Tempo der Mordaktion verändert[31]. Die Deutschen hatten erkannt, daß die vorhandenen technischen Anlagen für die große Zahl der Opfer aus Ungarn nicht ausreichte; daher griffen sie auf die Methoden der Jahre 1941 und 1942 zurück, als es noch keine permanenten Gaskammern und Krematorien gab. Die in Holzbaracken eingerichteten provisorischen Gaskammern und die Verbrennungsgräben hätten im Laufe von Tagen, wenn nicht sogar von Stunden wiederhergestellt werden können.

Mithin versprach eine Bombardierung der Todeslager, wie am 11. Juli 1944 auch die Jewish Agency in London zugeben mußte, „wenig Aussicht auf Rettung von Opfern in nennenswertem Ausmaß". Statt dessen, so wurde behauptet, werde „der Hauptzweck in einem vielfältigen und weitreichenden moralischen Effekt bestehen"[32]. Jedoch gab man einem Appell auf solch vager und nicht verifizierbarer Basis offensichtlich selbst wenig Erfolgsaussichten; es gibt keinen Beweis dafür, daß die zitierte Note den zuständigen britischen Behörden überhaupt vorgelegt wurde. Die Schlußfolgerung ist unabweisbar: die Idee, durch Luftangriffe auf Auschwitz die Ermordung weiterer ungarischer oder anderer Opfer zu verhindern, war das Produkt von Wunschdenken.

Keiner der Autoren, die eine Generation später über jene Ereignisse schrieben, widmet all den Faktoren genügend Aufmerksamkeit, die zur Ablehnung des von Joel Brand übermittelten Vorschlags und zum Verzicht auf eine Bombardierung von Auschwitz führten. Der illusionäre Charakter solcher Projekte bleibt unerörtert. Vielmehr suchen die Autoren ein Bild zu zeichnen, in dem realistische Pläne zur Rettung jüdischer Leben durch das Phlegma oder die bewußte Obstruktion alliierter Beamter „sabotiert" werden. Den Mangel an Mitgefühl kennzeichnete in der Tat schlagend ei-

[30] PRO: F.O. 371/42809, WR 277, Ordner 147-8. Zitiert bei Gilbert, Auschwitz and the Allies, S. 285.

[31] Das erste Krematorium wurde im Februar 1943 in Auschwitz-Birkenau gebaut, das vierte und letzte war Ende des Jahres fertiggestellt. Die Massenmorde an Juden begannen jedoch schon im April 1942. Die Zahl der Ermordeten stieg durch den Betrieb der neuen Anlagen nur wenig.

[32] M. Gilbert, Auschwitz and the Allies, S. 279.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ne Bemerkung, die im September 1944 der Leiter der Süd-Abteilung im britischen Foreign Office machte: „Meiner Meinung nach wird übermäßig viel Zeit dieses Amtes auf die Beschäftigung mit jenen lamentierenden Juden verschwendet."[33] Dem Wunsch, die Passivität der Alliierten verantwortlich zu machen, fehlt aber die Stütze einer gründlichen Analyse ihrer damaligen Möglichkeiten. So wird die Kluft zwischen Polemik und Geschichte nicht überbrückt. Geschickt verbindet Gilbert das Zögern bei der Hilfe für die jüdischen Opfer in Ungarn mit der gleichzeitigen Weigerung der britischen Behörden, Palästina für die wenigen Überlebenden zu öffnen. Auf überfüllten Schiffen Asyl suchend, wurden sie rücksichtslos zurückgeschickt oder irgendwo interniert, bevor sie Sicherheit in Palästina zu finden vermochten. Jedoch wird die Tatsache kaum beachtet, daß die Zahl derer, die Ungarn verlassen und die Fahrt aus der Gefahr beginnen konnten, sich auf einige Hundert beschränkte, während die Vernichtungsmaßnahmen viele Hunderttausende ungarischer Juden betrafen.

Gilbert zitiert auch das Zeugnis Überlebender aus Auschwitz, die das Gefühl, völlig verlassen zu sein, besonders intensiv verspürten, wenn sie, hoch oben, alliierte Bomber auf Kurs zu anderen Zielen sahen. Zusammenfassend schreibt er: „Nicht deutsche Maßnahmen standen einer Aktion im Wege, sondern sowohl die Skepsis und die Bedenken wie die politischen Überlegungen und sogar Vorurteile der Alliierten."[34]

Solche Anklagen gegen die Alliierten sind gewiß zurückhaltender und ausgewogener formuliert, als dies in früheren und sensationelleren Schilderungen jener dramatischen Ereignisse der Fall war. Indes blieben die Beschuldigungen nicht ohne Widerspruch. „Das Modell einer konspirativen Indifferenz", so schrieb ein Kritiker, „erfaßt wohl kaum die Komplexität der Motive hinter der Passivität" der Alliierten[35]. Ein anderer Kommentator wirft den genannten Autoren die Verwendung „polemischer und emotionaler Argumente" vor und stellt die durchaus berechtigte Frage, ob der Versuch, Großbritannien statt Deutschland zum „schuldigen Teil" zu stempeln, nicht revisionistischen Neo-Nazis in die Hände spiele[36]. Nun sind sich die Historiker Laqueur, Gilbert, Wasserstein und Bauer in ihrem Abscheu vor dem nationalsozialistischen Deutschland ohne jeden Zweifel einig. Daher muß für ihre einmütige Verdammung der Politik der Alliierten, vor allem in bezug auf das Schicksal der ungarischen Juden im Jahre 1944, natürlich eine andere Erklärung gesucht werden.

Möglicherweise sollte die Konzentration auf das Versagen der Alliierten, weit davon entfernt, die Deutschen von der primären Verantwortung entlasten zu wollen, nur die Aufmerksamkeit von anderen Akteuren in dieser tragischen Geschichte ablenken, namentlich von der Haltung und den Reaktionen gerade jüdischer Repräsentanten, vor allem in Budapest.

---

[33] PRO: F.O. 371/42817.

[34] M. Gilbert, Auschwitz and the Allies, S. viii.

[35] H. L. Feingold, The Government Response, in: The Holocaust. Ideology, Bureaucracy and Genocide, hrsg. von H. Friedlander und S. Milton, New York 1980, S. 245.

[36] Vgl. die Rezension von Wassersteins Buch durch J. P. Fox in: European Studies Review, Vol. 10, Nr. 1 (Januar 1980), S. 138–46, sowie ebenda, Vol. 10, Nr. 4 (Oktober 1980), S. 490ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III. Verschwörung des Schweigens

In der Holocaust-Debatte stellt das Verhalten der Juden im nationalsozialistisch besetzten Europa eines der schwierigsten und am stärksten mit Emotionen befrachteten Probleme dar. Besonders nach der Publikation von Hannah Arendts „Eichmann in Jerusalem"[37] wurden bohrende Fragen laut, wie denn die Juden selbst und erst recht ihre Führer auf die schreckliche Aussicht der Unterdrückung, dann der Deportation und schließlich der Ermordung reagiert hatten. Wurden die Juden früher als passive Opfer des nationalsozialistischen Terrors gezeichnet, die sich wie Schafe zur Schlachtbank führen ließen, so ist dieses Bild inzwischen durch eine Reihe von Büchern ergänzt worden, die das Ausmaß, wenn auch nicht die Effektivität, jüdischen Widerstands zu beschreiben suchen[38]. Zwar haben die heftigen Debatten über solch heikle Dinge in den letzten zwanzig Jahren den gequälten und anklagenden Ton zum Teil verloren, doch bleibt immer noch die Aufgabe, sich den historischen Realitäten zu stellen und sie zu akzeptieren. Zu diesen Realitäten gehört das Faktum, daß die große Mehrheit der deportierten Juden keine Ahnung hatte, welches Ende sie in den Vernichtungslagern erwartete. Die jüdischen Massen gingen nicht stumm und ergeben in den Tod, vielmehr verleitete sie eine List der Nationalsozialisten zur passiven Hinnahme der Deportation, nämlich das Versprechen, sie würden in „Umsiedlungszentren" leben und arbeiten. Wenn auch Millionen ermordet wurden, so haben doch Tausende überlebt, und nach dem Krieg sagten diese Überlebenden übereinstimmend aus, daß niemand sie vor dem gewarnt hatte, was sie erwartete, als sie mit ihren Familien die „Umsiedlungs"-Züge bestiegen. Dies galt für Westeuropa ebenso wie für Mittel- und Osteuropa. Obwohl den Massenmorden in der alliierten und der neutralen Presse große Publizität gegeben wurde und es, zum Beispiel in Frankreich, häufig zu Reaktionen kam, erreichten solche Nachrichten niemals die Opfer. So hat sich der prominente französische Intellektuelle George Wellers, der am 30. Juni 1944 in einen der letzten Deportationszüge gesteckt wurde, die von Drancy – bei Paris – nach Auschwitz abgingen, später daran erinnert: „Wir hatten (im Juni 1944) nicht den geringsten Verdacht, daß die Juden am Ende der Deportation die systematische Vernichtung erwartete."[39] Das Geheimnis war gut gehütet.

Tatsache ist freilich auch, daß eine nicht unerhebliche Zahl jüdischer Führer im besetzten Europa Bescheid wußte. Schließlich waren sie es, die, wie schon erwähnt, entsprechende Nachrichten über neutrale Länder nach Großbritannien und den USA schleusten, wobei sie ständig die Zuverlässigkeit der Informationen betonten, um endlich eine alliierte Intervention zu erreichen. Wenn sie aber von dem Vernichtungs-

[37] H. Arendt, Eichmann in Jerusalem. A report on the banality of evil, New York 1963.

[38] Vgl. R. Ainzstein, Jewish Resistance in Nazi-occupied Europe, New York 1974; L. Dawidowicz, The War against the Jews 1933–1945, New York 1975; E. Kulka, Five Escapees from Auschwitz, in: They Fought Back, hrsg. von Y. Suhl, New York 1975; I. Trunk, Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Control, New York 1972; Y. Bauer, The Jewish Emergence from Powerlessness.

[39] G. Wellers, L'etoile jaune, Paris 1948, S. 229.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

programm Kenntnis hatten, warum blieben dann die nationalsozialistischen Greuel, vor allem 1944 in Ungarn, der Masse der Juden verborgen? Warum hörte sie keine Augenzeugenberichte aus Auschwitz? Warum erfuhr sie nichts über das Schicksal der Juden, die jeden Tag in Deportationszügen dort ankamen und zu 90 Prozent in die Gaskammern geschickt wurden?

Die Erklärung dieses tragischen Sachverhalts liegt wohl nicht allein, so kann gesagt werden, in den Verhältnissen, die 1944 in Ungarn herrschten, sondern auch in den Ereignissen, die sich zwei Jahre zuvor in der benachbarten Slowakei abgespielt hatten[40]. Hält man sich vor Augen, daß sowohl auf nationalsozialistischer wie auf jüdischer Seite jeweils die gleichen Überlegungen dominierten und daß selbst die handelnden Personen zum Teil identisch waren, so ist das Muster der Abläufe zu ähnlich, als daß dies Zufall sein könnte. Ob es sich um die Bereitschaft gewisser Mitglieder der Judenräte beider Länder handelt, in geheime Verhandlungen mit den Deutschen einzutreten, um ihre Hoffnung, für sich selbst und ein paar ausgewählte Mitglieder der jüdischen Gemeinde entweder Rettung oder wenigstens einen Aufschub von den Nationalsozialisten bzw. den örtlichen Behörden zu erreichen, um die Bereitschaft zur Unterdrückung der Kenntnis von den Massenmorden und um die bewußte Unterlassung der Aufklärung der Opfer über ihr wahrscheinliches Schicksal – in alledem gibt es offensichtliche Parallelen. Daher ist an dieser Stelle eine kurze Beschreibung der slowakischen Situation im Jahre 1942 angebracht[41].

Die deutsche Entscheidung zur Deportation und Dezimierung der slowakischen Juden fiel Anfang 1942. Die slowakische Regierung und der gerade ins Leben gerufene zentrale Judenrat in Bratislava wurden erfolgreich unter Druck gesetzt, mit den Deportationen im März 1942 zu beginnen. Der Judenrat hatte Listen aufzustellen, die während der nächsten sechs Monate als Unterlagen für den Transport von nahezu 60 000 Juden nach Polen dienten; 19 Züge von 57 gingen nach Auschwitz, 38 nach Lublin und von dort weiter nach Treblinka, Belzec, Sobibor oder in das nahe Konzentrationslager Majdanek. Zugleich fungierte der Judenrat als Übermittler einer deutschen Anordnung, nach der jeder der auf einer Deportationsliste erscheinenden Juden vor Besteigen des Zuges eine Erklärung unterzeichnen mußte, in der er sich verpflichtete, „dem Zentralen Jüdischen Komitee in Bratislava unwiderruflich und für immer sein gesamtes Eigentum, wo immer es sich befindet", zu übergeben[42] – wonach der „abgetretene" Besitz sofort beschlagnahmt und zwischen den slowakischen Behörden und der deutschen Regierung aufgeteilt wurde. Mit Vorräten, die 14 Tage ausreichen sollten, pferchte man die Deportierten in Gruppen zu vierzig Personen in die Züge. Ihre tatsächliche Bestimmung blieb geheim.

---

[40] Vgl. den Bericht von L. Lipscher, Die Juden im Slowakischen Staat 1939–1945, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 35, München 1980, sowie L. Rotkirchen, The Destruction of Slovak Jewry. A documentary history, Jerusalem 1961 (hebräisch mit englischer Zusammenfassung).

[41] L. Lipscher, Die Juden im Slowakischen Staat, S. 121.

[42] Ebenda, S. 109.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Doch schon im April 1942, knapp einen Monat nach Abfahrt der ersten Deportationszüge, gelang zumindest einem der Deportierten, Dionys Lenard, die Flucht und die Rückkehr in die Slowakei. Er brachte alarmierende Nachrichten über das Schicksal der Juden im Lager Majdanek mit[43]. Durch seine Enthüllungen geriet der Judenrat in eine überaus peinliche Lage. Die Mitarbeit bei der Aufstellung der Deportationslisten wie überhaupt die Bereitschaft, eine von den Deutschen aufgezwungene Rolle zu übernehmen, erschienen nun in einem recht düsteren Licht. Lenards Bericht entlarvte die deutschen Versprechen, es handle sich lediglich um „Umsiedlung", als Lügen. In Majdanek ging ein geplanter Massenmord großen Ausmaßes vor sich. Was bislang nur Gerücht gewesen war, fand nun seine schreckliche Bestätigung: die Juden wurden in den Tod geschickt.

Einige Mitglieder des Judenrates gründeten daraufhin eine geheime „Arbeitsgruppe", die sich nun, unter Benutzung der neuen Informationen, den Deportationen mit allen möglichen Mitteln widersetzen wollte. Ihre prominentesten Mitglieder waren Rabbi Michael Weissmandel und Dr. Gizi Fleischmann. Einerseits appellierte man an führende Slowaken, bei denen Mitgefühl vermutet wurde. Im August 1942 informierte z. B. ein junger Rabbi, Armin Frieder, den Erziehungsminister Sivak über die Situation in den Konzentrationslagern. Sivak verschaffte Frieder tatsächlich ein geheimes Treffen mit Präsident Tiso, bei dem der Rabbi das schreckliche Schicksal seiner jüdischen Glaubensbrüder schildern konnte[44]. Er erhielt nur eine nichtssagende Antwort. Jedoch ließ er zweifellos einen nachdenklich gewordenen Tiso zurück; sollte es einmal ans Licht kommen, daß der Präsident den Massenmord an Slowaken durch ihre Übergabe an die Deutschen begünstigt und gebilligt hatte, mußte das seine eigene Reputation wie die seines Regimes böse erschüttern. Andere Mitglieder der „Arbeitsgruppe" hielten freilich wenig von Appellen an die Humanität und die christliche Gesinnung führender Slowaken, noch weniger von Versuchen, die Anerkennung legaler Rechte durchzusetzen. Geld erschien ihnen als wirksameres Mittel. Es war vor allem ihrer Initiative zu danken, daß nach der ersten Deportation im März 1942 an die verantwortlichen Beamten beträchtliche Bestechungsgelder gezahlt wurden. Auch die Kommandanten der slowakischen Konzentrationslager erhielten Geld und Möbelgeschenke. Einzelne konnten auf diese Art aus den Lagern in der Slowakei befreit oder aber mit Schutzbriefen versehen werden, die sie von der Deportation „nach Osten" ausnahmen. Zugleich wurden stattliche Bestechungssummen an nichtjüdische Kuriere gezahlt, die ihre Kontakte im Ausland aufrechterhalten und Flüchtlinge unterstützen sollten, die in das relativ sichere Ungarn entkommen wollten. Dort brachte man sie mit dem zionistischen Hilfs- und Rettungskomitee in Kontakt, zu dessen leitenden Mitgliedern Dr. Rudolf Kastner gehörte. Im Spätsommer 1942 ließ sich die „Arbeitsgruppe" sogar auf ein noch riskanteres Unternehmen ein, nämlich auf den Versuch direkter Geheimverhandlungen mit nationalsozialistischen Emissären. Vor allem wollte man den Koordinator des Deportationsprogramms, Dieter Wisliceny, be-

[43] Ebenda, S. 126.
[44] Ebenda, S. 132, 189.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stechen. Später gab Wisliceny auch zu, in jener Zeit 20000 Dollar erhalten zu haben[45].

Um die Mittel zu beschaffen, wurde bei der jüdischen Bevölkerung der Slowakei, namentlich bei den wohlhabenderen Juden, gesammelt, außerdem bat man jüdische Einrichtungen im Ausland um substantielle Unterstützung. Allerdings waren sich die Mitglieder der „Arbeitsgruppe" der gegebenen Risiken durchaus bewußt. Aus Sicherheitsgründen wagten sie weder das Ausmaß der jüdischen Beteiligung an der Abwicklung der Deportationen noch die Art ihrer zwielichtigen und geheimen Absprachen mit den Nationalsozialisten zu enthüllen. Aus den gleichen Gründen bewahrten sie striktes Stillschweigen über die Massenmorde. Die verbliebene jüdische Bevölkerung sollte nicht alarmiert und zum Widerstand aufgereizt werden. Solange sie hofften, von der SS durch Erpressung Konzessionen zu erhalten, waren sie bereit, ihre Kenntnis von den polnischen Greueln für sich zu behalten. Die Frage, ob Wisliceny dies zur Bedingung machte oder ob das Schweigen selbstauferlegt war, ist nicht eindeutig zu beantworten.

Im Oktober 1942 kam es zu einer Unterbrechung der Deportationen. Wie wir heute wissen, gab es dafür mehrere Gründe, zu denen auch die Reaktionen der slowakischen Bevölkerung auf die Gerüchte über das Schicksal der Juden und Proteste aus dem Vatikan gehörten. Die Mitglieder der „Arbeitsgruppe" glaubten jedoch, Hauptursache sei der Erfolg ihrer Politik der Bestechungen. So begannen sie noch „grandiosere Pläne" zu schmieden. Überzeugt von der „vitalen" Rolle Wislicenys, entwikkelten sie gegen Ende des Jahres 1942 die Idee, alle noch in Europa lebenden Juden – außer jenen, die schon in Polen waren – freizukaufen. In völliger Verkennung des Einflusses, den Wisliceny in der SS-Hierarchie auszuüben vermochte, suchten sie dessen Zustimmung für eine Suspendierung der Deportationen in ganz Europa; Wisliceny, der eine solche Entscheidung nie durchsetzen konnte, verlangte zwei Millionen Dollar. Da die kleine jüdische Gemeinde in der Slowakei nicht in der Lage war, eine so große Summe aufzubringen, machten sie während des ganzen Jahres 1943 Versuche, Geld von jüdischen Einrichtungen im Ausland zu bekommen, die mit Unterstützungs- und Rettungsmaßnahmen zu tun hatten; auch traten sie an die wesentlich wohlhabenderen jüdischen Gemeinden in Ungarn heran. Obwohl von den Antworten auf ihre Bitten wiederholt enttäuscht, haben Weissmandel und seine Mitarbeiter offenbar weiterhin an den sogenannten „Europa-Plan" geglaubt. Um zu unterstreichen, wie dringlich es sei, Gelder zu erhalten und damit von den Nationalsozialisten einen Deportationsstop zu erkaufen, fügten sie ihren Bittgesuchen detaillierte Informationen über die Massenmorde an Juden in Polen hinzu[46]. So hat Weissmandel, wie Braham sagt,

> „herzzerreißende Briefe an jüdische Repräsentanten in der Schweiz geschrieben, die er wegen der Nichtbeachtung seiner verzweifelten Appelle praktisch der Mitschuld an den Massenmorden anklagte. Er und seine Kollegen, die das blutige Geschehen an Ort und

[45] Ebenda, S. 127.

[46] R. Braham, The Politics of Genocide, S. 702 f., 937 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stelle verfolgten, konnten – mit einigem Recht – nicht begreifen, warum sich die führenden Juden der freien Welt nicht bereit fanden, unauffällig große Geldsummen zur Verfügung zu stellen."[47]

Neben den energischen Versuchen, innerhalb und außerhalb der Slowakei Unterstützung zu finden, bleibt freilich die Tatsache, daß die „Arbeitsgruppe" zu keiner Zeit die Opfer, deren Namen die Judenräte auf die Deportationslisten setzten, über jene Nachrichten informierte, die Lenard und spätere Flüchtlinge gebracht hatten. Die Kenntnis der Wahrheit wurde der Masse der Juden in der Slowakei vorenthalten. Als beispielsweise Vrba am 14. Juni 1942 nach Majdanek deportiert wurde, befand sich Lenards Bericht über das Lager längst in den Händen der jüdischen Führer. Wie er sich erinnert, hatten die etwa 1000 Juden dieses Transports, darunter Frauen und Kinder, keine Ahnung, was sie erwartete. Einige junge Männer hatten sogar auf Widerstand gegen die Deportation verzichtet, da sie ihren Familien am Orte der „Umsiedlung" beim Aufbau einer neuen Existenz helfen wollten. Sie wußten nicht, daß man sie in Majdanek sofort von ihren Familien trennen und daß man dort die Mütter und Kinder ohnehin ermorden würde. Fünf Monate später, bereits nach Auschwitz überführt, erlebte Vrba dort die Ankunft neuer Transporte aus der Slowakei. Noch immer war den Deportierten nicht klar, was ihnen bevorstand.

Nach der Beweislage steht mithin fest, daß die führenden Vertreter der slowakischen „Arbeitsgruppe" zwar seit April 1942 über die Details der nationalsozialistischen Mordaktion Bescheid wußten und entsprechende Informationen sowohl an die höchsten slowakischen Stellen als auch an ihre jüdischen Kollegen im Ausland weitergaben, jedoch die Unterrichtung der Juden ihrer eigenen Gemeinden bewußt unterließen. Zwei Jahre später sollte sich dieses Muster tragischen Verhaltens in Ungarn wiederholen.

Zwischen den gut vorbereiteten nationalsozialistischen Plänen zur Vernichtung der ungarischen Juden, wie sie dann nach der deutschen Machtübernahme im März 1944 realisiert wurden, und dem Mangel an Voraussicht, den die führenden jüdischen Kreise Ungarns an den Tag legten, klafft in der Tat ein himmelweiter Unterschied. Im März 1944 in Budapest angekommen, setzte Eichmann sofort jenen Mechanismus in Gang, der sich andernorts so gut bewährt hatte. Zunächst wurde aus prominenten Vertretern des ungarischen Judentums ein Judenrat gebildet, wobei man darauf achtete, daß verschiedene Gruppen durch einflußreiche Personen repräsentiert waren, so die orthodoxen und die nicht-orthodoxen Gemeinden, die Zionisten und die Geschäftswelt. Die Deutschen wußten sehr gut, daß in Ungarn, wo kaum Gestapo oder sonstige deutsche Polizei zur Verfügung stand, zwei Faktoren von entscheidender Bedeutung sein mußten: die Kooperation der ungarischen Behörden und die Kollaboration der jüdischen Führung, ohne die jene Passivität der jüdischen Massen, die später die Historiker so sehr erstaunt hat, nie erreicht worden wäre. Zu seiner Überraschung und Freude fand Eichmann in den ungarischen Behörden, namentlich im Innenministerium, Beamte, die bereitwillig mit ihm zusammenarbeiteten. Eben des-

[47] Ebenda, S. 938.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halb konnten in Ungarn Sammlung und Deportation der Juden schneller und in größerem Maßstab erfolgen als in anderen Ländern. Die Motive jener ungarischen Beamten standen nie in Zweifel, und die Hauptschuldigen wurden kurz nach Kriegsende verurteilt und hingerichtet.

Umstritten sind hingegen Motive und Handeln der jüdischen Führer in Ungarn. Ihre Bereitschaft, sich dem Vorgehen der Nationalsozialisten anzubequemen, zog vehemente Auseinandersetzungen nach sich, und viele Fragen sind noch immer unbeantwortet. R. Braham kommt in seiner gründlichen Studie des Holocaust in Ungarn zu dem erstaunlich milden Urteil, die Mitglieder des Judenrats seien „zwar kurzsichtig, zu formalistisch und legalistisch, dazu oft urteilsschwach, aber doch persönlich ehrenhafte Männer gewesen, die eben versuchten, wie unzulänglich auch immer, zu retten, was angesichts der mangelnden Vorbereitung wie der Atomisierung der jüdischen Gemeinde und angesichts der überwältigenden Macht der Nazis und ihrer ungarischen Verbündeten zu retten war."[48] Allerdings untersucht Braham an einer späteren Stelle seines Buchs die Frage, wieviel die jüdischen Führer in Ungarn über das nationalsozialistische Vernichtungsprogramm wußten, und er zieht das Fazit, daß etliche schon lange vor der deutschen Besetzung im März 1944 von dem mechanisierten Ausrottungsprozeß Kenntnis hatten. Flüchtlinge aus der Slowakei, aus Polen und aus anderen Ländern hatten für einen nicht abreißenden Informationsfluß gesorgt. Außerdem war Budapest das Zentrum eines Kontaktnetzes verschiedener jüdischer Organisationen innerhalb und außerhalb des nationalsozialistischen Machtbereichs. Das zionistische Hilfs- und Rettungskomitee – gewöhnlich Vaada genannt – richtete laut Braham eine Nachrichtenabteilung zur Befragung von Flüchtlingen ein und zeichnete deren Aussagen über das nationalsozialistische Verfahren, von der Ghettoisierung bis zur Vernichtung, sorgfältig auf[49]. Anschließend gingen die Berichte nach Istanbul, Jerusalem oder Genf, wo sie zu einer der wichtigsten Informationsquellen wurden, aus der die Jewish Agency die westlichen Alliierten und sogar die Öffentlichkeit der Westmächte versorgte. Zugleich unterblieb aber, so unglaublich das scheint, jeder Versuch, die Kenntnis der Wahrheit den unmittelbar Betroffenen, die ihrer am dringendsten bedurft hätten, zugänglich zu machen, nämlich der Masse der jüdischen Bevölkerung in den nationalsozialistisch besetzten Gebieten.

Gewiß: In der freien Welt begegneten die Berichte über die Vernichtungslager, wie schon dargelegt, oft großer Skepsis, aber die Vertreter der ungarischen Juden hatten wesentlich bessere Möglichkeiten, ihre Informationen zu verifizieren und die Glaubwürdigkeit von Zeugen zu beurteilen. So gab es zwischen dem Hilfs- und Rettungskomitee in Ungarn und seinem Gegenstück in der Slowakei seit Beginn des Jahres 1943 enge Kontakte, und die Mitglieder des slowakischen Komitees suchten ihre Budapester Partner besonders davon zu überzeugen, daß „Umsiedlung" Vernichtung bedeute, woran sie ja wiederholt Bitten um Unterstützung knüpften. Trotz solcher Warnungen trafen die Führer der ungarischen Juden keine Vorkehrungen; weder

[48] Ebenda, S. 425.
[49] Ebenda, S. 700.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

klärten sie ihre Landsleute über die tödliche Gefahr auf noch informierten sie den Reichsverweser, Admiral v. Horthy, oder andere ungarische Spitzenpolitiker über das Geschehen in den nationalsozialistisch kontrollierten Nachbarländern Ungarns. Dieses Versagen, noch ehe Ungarn in die nationalsozialistische Vernichtungsmaschine geriet, konnte bis heute weder erklärt noch gar gerechtfertigt werden. Nach Brahams Meinung lief es auf eine „Verschwörung des Schweigens" hinaus[50].
Welche Untaten anderswo auch begangen wurden, manche Repräsentanten der ungarischen Juden pflegten weiterhin die Illusion, so etwas könne in Ungarn nie geschehen[51]. Obwohl ihnen die Aktivitäten der Vaada, die über ihre Kontakte jenseits der von den Nationalsozialisten kontrollierten Grenzen große Anstrengungen zur Finanzierung von Hilfs- und Rettungsaktionen für jüdische Flüchtlinge unternahm, wohlbekannt waren, bauten sie selbst nach der deutschen Machtübernahme in Ungarn noch immer auf den Schutz der ungarischen Behörden. Es bedurfte der ersten deutschen Forderungen an den Judenrat, um einige zu der Einsicht zu bringen, daß es mit Vertrauen auf die ungarische Verfassung nicht getan sein werde.

In dieser Situation griffen mindestens drei Gruppen prominenter Juden zur Selbsthilfe, und ihre nach dem Krieg weithin bekanntgewordenen Schritte verursachten dann auch heftigste Kontroversen. So unterzeichneten die Besitzer der Stahlwerke Manfred Weiss, einem der größten ungarischen Industrieunternehmen, eine geheime Vereinbarung mit Himmlers persönlichem Vertreter, SS-Standartenführer Kurt Becher, der, nur dürftig als Leiter einer Remonten-Kommission getarnt, den Auftrag hatte, der SS hinter dem Rücken der ungarischen Regierung die Kontrolle über derartige Betriebe zu verschaffen. Becher verpflichtete sich im Namen der SS, die Ausreise von 45 Mitgliedern der Familie Weiss nach Portugal zu arrangieren; Ende Juni 1944 traf die Familie dort tatsächlich ein. Daß diese kleine Schar jüdischer Millionäre mit Hilfe der Deutschen und durch die Vermittlung jüdischer Stellen zu einer Zeit entkam, da Tag für Tag Tausende ihrer Glaubensgefährten in den Tod geschickt wurden, war damals und ist noch heute Anlaß bitterer Anklagen.

Einen ähnlichen Versuch unternahm Philipp v. Freudiger, Präsident der orthodoxen jüdischen Gemeinde in Budapest und führendes Mitglied des auf Eichmanns Weisung geschaffenen Judenrates. Nach seinem eigenen Zeugnis hatte Freudiger häufigen Kontakt mit einem ihm sehr nahestehenden Kollegen in Bratislava gehabt, nämlich mit Rabbi Weissmandel[52], der ihn auch darüber informierte, daß gewisse SS-Führer, namentlich Dieter Wisliceny, der für die Deportationen aus der Slowakei zuständig gewesen war, „für Bestechungen empfänglich seien". Von Eichmann im März 1944 nach Budapest geholt, zeigte sich Wisliceny dort in der Tat durchaus bereit, auch mit Freudiger ins Geschäft zu kommen. Wie Freudiger sich erinnert, hat ihm Wisliceny kurz nach seiner Ankunft in Budapest sogar persönlich einen hebräisch geschriebenen Brief Weissmandels überreicht, in dem der Rabbi bitterlich beklagte, daß

[50] Ebenda, Kapitel 23.
[51] Ebenda, S. 92.
[52] P. Freudiger, Five Months, maschinenschriftl. Manuskript (21. 11. 1972), S. 6.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nun die ungarischen Juden offenbar das gleiche Schicksal zu erleiden hätten wie der Rest der Juden im deutsch beherrschten Europa. Daran schloß er die Empfehlung, mit Wisliceny über den Freikauf „wertvoller Elemente" gegen eine Zahlung von zwei Millionen Dollar zu verhandeln; Wisliceny sei ein „vertrauenswürdiger Mann". Dementsprechend leistete Freudiger eine erste Anzahlung in Bargeld und Juwelen. Wisliceny versprach dafür, sich um Freudiger und dessen Familie zu kümmern. Als Freudiger Anfang August Wisliceny nicht mehr von Nutzen sein konnte (die Deportationen der ungarischen Juden waren von Horthy gestoppt worden), wurde denn auch seine Ausreise nach Rumänien „arrangiert". Da sie die Hintergründe der plötzlichen und unerwarteten Flucht Freudigers nicht kannten und aus ihr auf die Wiederaufnahme der Deportationen schlossen, reagierten die uninformierten jüdischen Massen in der Hauptstadt, die nicht über solche „Verbindungen" verfügten, mit einer neuen Panik[53].

Diese Vorgänge überlappten sich mit dem bereits erwähnten Projekt „Blut gegen Lastwagen", über das Mitglieder der SS mit der Vaada verhandelten. Alle Aspekte jener Episode wurden in der Folgezeit ausführlich analysiert, zumal sie in Israel eine erhebliche Rolle in einer Reihe von Rechtsverfahren der fünfziger Jahre und dann wieder im Prozeß gegen Eichmann spielte[54]. Ging es dabei zunächst vor allem darum, die Beteiligten reinzuwaschen, so später um die Kritik an der Passivität der Alliierten. Gleichwohl werden einige Gesichtspunkte noch immer heftig diskutiert und verdienen auch weitere Beachtung. Besonders umstritten sind der Charakter, die Motive und das Handeln des führenden Repräsentanten der Vaada, Dr. Rudolf Kastner, dessen bewegte Karriere im Jahre 1957 mit seiner Ermordung in Tel Aviv endete. Einigen gilt Kastner als ein Held des jüdischen Widerstands, der versuchte, Juden aus den Klauen der Nazis zu befreien; Hannah Arendt und andere fanden seine Aktionen hingegen moralisch verwerflich, da er bei seinen Bemühungen, „prominente zionistische Juden" vor Deportation und Tod zu retten, mit der SS kollaborierte, indem er sich bereit fand, das Geheimnis der Vernichtungsmaschinerie von Auschwitz den Opfern zu verschweigen und damit implizite die Liquidierung eines großen Teils der übrigen ungarischen Juden in Kauf zu nehmen[55].

Kastners eigene Aussagen unmittelbar nach dem Krieg und dann in den Verleumdungsprozessen, in die er Mitte der fünfziger Jahre in Israel verwickelt wurde, ergaben bereits ein deutliches Bild des panikartigen Zustands, in den das ungarische Judentum nach der Machtübernahme der Deutschen in Ungarn geraten war. Ohne Zweifel hielten alle jüdischen Führer die Situation für katastrophal, und viele waren

---

[53] Braham, The Politics of Genocide, S. 792.

[54] Vgl. E. Landau (Hrsg.), Der Kastner-Bericht über Eichmanns Menschenhandel in Ungarn, München 1961; A. Biss, Der Stopp der Endlösung, Stuttgart 1966; W. Laqueur, The Kastner Case. Aftermath of the Catastrophe, in: Commentary, Vol. XX (1955), S. 500–511; R. Braham, The Politics of Genocide, S. 705–24, 932–76; Y. Bauer, The Holocaust, Kapitel 4; ders., Jewish Emergence, Kapitel 1.

[55] H. Arendt, Eichmann in Jerusalem, verbesserte und erweiterte Auflage 1976, S. 172; H. Fein, Accounting for Genocide: Victims – and Survivors – of the Holocaust, New York 1979, S. 130.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor Angst wie gelähmt. Andererseits hatten die führenden Zionisten schon die Überzeugung gewonnen, daß mit den Deutschen Verhandlungen, wie sie in der Slowakei erprobt worden waren, angeknüpft werden sollten, um zumindest einen temporären Schutz der eigenen Sicherheit zu erreichen. Am 5. April, am gleichen Tag also, an dem allen ungarischen Juden befohlen wurde, den Gelben Stern zu tragen, trafen Kastner und sein Mitarbeiter Joel Brand mit Wisliceny und anderen SS-Führern zusammen. Gegen eine Zahlung von 6,5 Millionen Pengö erhielten Kastner und Brand Bescheinigungen, die sie vom Tragen des Gelben Sterns befreiten[56]. Außerdem wurde ihnen zugesagt, daß 600 Juden, die von jüdischer Seite zu bestimmen seien, nach Palästina auswandern dürften. Für 100 000 Pengö pro Kopf sollten weitere 100 hinzugefügt werden können. Die Deutschen bestanden jedoch auf völliger Geheimhaltung des Angebots, welche Bedingung Kastner offenbar akzeptierte. Wie Braham meint, erkannten die Vaada-Führer nicht, daß es sich bei dem Geschäft lediglich um einen Trick handelte. Indem sie die Verschonung einer kleinen Gruppe offerierten, stellten die Deutschen sicher, daß die Masse der Juden in Ungewißheit über ihr Schicksal gehalten und so das eigentliche Ziel, die Vernichtung des ungarischen Judentums, leichter erreichbar gemacht wurde. Andere Kritiker behaupten, die zionistischen Führer hätten die Taktik der SS sehr wohl durchschaut. Um aber die „wertvollsten zionistischen Elemente" zu retten, die ja die Pioniere eines neuen Israels werden sollten, und um ihr eigenes Leben zu erkaufen, seien sie durchaus bereit gewesen, die nicht-zionistische Mehrheit der ungarischen Juden zu opfern[57]. In späteren Jahren hat Kastner geltend gemacht, die Exekution der nationalsozialistischen Pläne habe nur durch solche Verhandlungen über die Rettung einiger „prominenter Juden" etwas abgemildert werden können; der Masse der ungarischen Juden seien die Auswege ohnehin versperrt gewesen. Das Tempo, das die Deutschen bei der Ghettoisierung und Zusammenfassung der Juden anschlugen, machte nach Kastners Ansicht die Verhandlungen noch notwendiger. Er vergaß hinzuzusetzen, daß er selbst eine Voraussetzung für diesen raschen Ablauf lieferte, indem er seine Informationen über den Zweck der Aktion nicht an jene Juden weitergab, die angeblich „umgesiedelt" werden sollten.

Alle Beweise deuten indes darauf hin, daß Kastners Taktik stärkstens von seiner genauen Kenntnis der Ereignisse in der Slowakei beeinflußt war. Häufiger Besucher in Bratislava, hatte er engen Kontakt zu Weissmandel, Gizi Fleischmann und anderen prominenten Zionisten, etwa Dr. O. Neumann und Ing. O. Krasnansky, gehalten. An der Ermöglichung ihrer Verbindung zu den Büros der Jewish Agency in Istanbul und in der Schweiz war er sogar maßgeblich beteiligt gewesen. Ohne Zweifel hat er mit den damals geschmiedeten Rettungsplänen sympathisiert, während ihn das Desinter-

[56] A. Biss, Stopp der Endlösung, englische Übersetzung: A Million Jews to Save, London 1973, S. 29; R. Braham, The Politics of Genocide, S. 939 f.

[57] Dieser Standpunkt wird von kommunistischen Historikern und Propagandisten, vor allem in der Sowjetunion, vertreten; vgl. aber ebenso einige nicht-zionistische Juden, etwa Reb Moshe Shonfeld, The Holocaust victims accuse, New York 1977, zitiert bei Braham, The Politics of Genocide, S. 720, oder R. Vrba und A. Bestic, I cannot forgive, London 1963; vgl. auch B. Hecht, Perfidy, New York 1961.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

esse der konservativeren und legalistisch denkenden Vertreter der Juden in Budapest entsetzte. Die Versetzung Wislicenys nach Budapest brachte daher Kastner und seine zionistischen Freunde sogleich zu der Überzeugung, daß nun, im Frühjahr 1944, ein neuer und energischerer Versuch unternommen werden sollte; Weissmandel bestärkte sie darin. Abermals durch die Bestechung nationalsozialistischer Funktionäre wollte nun die Vaada eine Gelegenheit zur Realisierung des „Europa-Plans" nutzen[58]. In seinem ersten Treffen mit Kastner, am 5. April, machte auch Wisliceny den Zusammenhang klar, indem er seine Forderung nach zwei Millionen Dollar wiederholte. Es ist sicherlich Braham zuzustimmen, wenn er feststellt, daß die Deutschen sofort die Chance sahen, durch die Sicherung der Kollaboration dieser jüdischen Führer an die noch völlig unberührten und beträchtlichen Ressourcen des ungarischen Judentums heranzukommen. Die Nationalsozialisten glaubten ferner, die Zionisten hätten bessere internationale Beziehungen und damit einen besseren Zugriff auf Devisen als die Mitglieder des lokalen Judenrates[59]. Kastner selbst war offensichtlich überzeugt davon, nach dem slowakischen Muster einen realistischen Plan zur Rettung wenigstens einiger der offensichtlich zum Untergang verurteilten ungarischen Juden verwirklichen zu können. Der Preis bestand freilich in der Aufrechterhaltung der Verschwörung des Schweigens, die einen unentbehrlichen Beitrag zum Gelingen der deutschen Vernichtungsabsichten leistete.

IV. Das Geheimnis von Auschwitz durchbrochen

Just zu diesem Zeitpunkt, Ende April 1944, ereigneten sich zwei bedeutsame Vorfälle, deren Wechselbeziehung nie klar dargestellt wurde. Zunächst gelang zwei jungen slowakischen Juden, Fred Wetzler und Rudolf Vrba, die Flucht aus Auschwitz. Nachdem sie ihre Verfolger abgeschüttelt hatten, erreichten sie am 25. April Žilina in der Slowakei. Noch am gleichen Tage trafen sie dort mit eilig aus Bratislava herbeigerufenen Mitgliedern des slowakischen Judenrats zusammen, für die sie einen detaillierten Bericht niederschrieben (künftig als Vrba-Wetzler-Bericht bezeichnet[60]). Vrba und

[58] E. Landau, Der Kastner-Bericht, S. 72; A. Biss, Stopp der Endlösung, S. 28.

[59] R. Braham, *The Politics of Genocide*, S. 938.

[60] Dieser Bericht taucht unter verschiedenen Namen auf: Braham spricht beispielsweise von den Auschwitz-Protokollen (S. 708–16); andere Autoren beziehen sich auf den Auschwitz-Bericht. Ich habe die Namen der Autoren gewählt. Das War Refugee Board in Washington publizierte im November 1944 den Text erstmals auf Englisch. Er erhielt den Titel „German Extermination Camps – Auschwitz and Birkenau". Das Dokument enthält nicht nur die Aussagen von Vrba und Wetzler, sondern auch einen offensichtlich gegen Ende des Jahres 1943 geschriebenen früheren Bericht eines unbekannten polnischen Majors. Darüber hinaus waren die Aussagen zweier weiterer Flüchtlinge, Mordowicz und Rosin, eingeschlossen. Mit Informationen über den Massenmord an ungarischen Juden, welche die Nachrichten von Vrba und Wetzler bestätigten, trafen sie am 6. Juni in der Slowakei ein. Eine ausführliche Diskussion des Vrba-Wetzler-Berichtes bietet J. S. Conway, Frühe Augenzeugenberichte aus Auschwitz. Glaubwürdigkeit und Wirkungsgeschichte, in: VfZ 27 (1979), S. 260–84. Zur Publikation des vollständigen deutschen Textes siehe Zeitgeschichte (Wien), Vol. 8,

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wetzler waren aus Auschwitz geflohen, um die noch verbliebene jüdische Bevölkerung, vor allem in Ungarn, vor ihrem bevorstehenden Schicksal zu warnen. Beide glaubten, die nationalsozialistische Politik der Vernichtung müsse größtmögliche Publizität erhalten. Rechtzeitig alarmiert, so meinten sie, könnten die Opfer etwas gegen das drohende Schicksal tun und sich vor allem gegen die Versuche der SS zur Wehr setzen, sie mit Hilfe kollaborierender Judenräte zusammenzutreiben und zu deportieren. Bei ihrer Ankunft in Žilina nahmen die beiden Flüchtlinge noch an, daß die jüdischen Organe keine Kenntnis vom tatsächlichen Los der „Umgesiedelten" hätten; zwischen März und April 1942 waren ja die aus den besetzten Ländern Europas nach Auschwitz Deportierten, zu denen Vrba und Wetzler gehört hatten, völlig ahnungslos gewesen. Erst später begriffen die beiden das Doppelspiel der Judenräte.

Mit einer Genauigkeit wie nie zuvor beschrieb der Vrba-Wetzler-Bericht den Vernichtungsvorgang in Auschwitz und die Anlagen des Lagers. Außerdem bot er eine Gedächtnisliste der Transporte aus ganz Europa mit der Zahl (1 760 000) und der Nationalität der zwischen April 1942 und April 1944 in Auschwitz getöteten Juden. Die Flüchtlinge schilderten auch die bereits im Gange befindlichen Vorbereitungen zur Ermordung der ungarischen Juden, deren Ankunft in Kürze erwartet wurde. Vrba und Wetzler drängten ganz besonders darauf, sofortige Schritte zur Warnung der ungarischen Juden zu unternehmen und den aus Auschwitz mitgebrachten Informationen größtmögliche Verbreitung zu geben. Wie sich Vrba ferner erinnert, schlug er die Unterrichtung der Alliierten vor, die dann die Bahnlinien zwischen Ungarn und Auschwitz bombardieren könnten.

Das Gespräch zwischen den beiden Flüchtlingen und den Vertretern des slowakischen Judenrats fand am 25. und 26. April statt. Am nächsten Tag wurde der Bericht zum Büro des Rates in Bratislava gebracht, wo man sofort Kopien herstellte, die dann an die Jewish Agency in Istanbul, an den World Jewish Congress in Genf und an den Vertreter des Papstes in Bratislava zur Weiterleitung an den Vatikan gingen[61]. Eines der Mitglieder des Judenrates, Oscar Krasnansky, erklärte später, er habe sogleich Kastner aus Budapest herbeizitiert und ihm ebenfalls eine Kopie gegeben, damit der Bericht unverzüglich nach Ungarn gelangen konnte[62]. Ein anderes Mitglied des Rates, Oscar Neumann, schrieb in seinen Memoiren, der Text sei „kurz" danach nach Ungarn geschickt worden[63].

Aber trotz dieser neuen und unwiderleglichen Beweise für das den ungarischen Ju-

---

Nr. 11/12 (August/September 1981); vgl. auch R. Vrba und A. Bestic, I cannot forgive; M. Gilbert, Auschwitz and the Allies, S. 202 ff.

[61] Über die Schweiz wurde die aus Bratislava stammende Kopie am 22. Mai an den Vatikan geschickt. Vgl. Actes et Documents du Saint Siege, Vol. 10, Nr. 204. Durch Kommunikationsschwierigkeiten bedingt, erreichte der Bericht den Vatikan offensichtlich erst gegen Ende Oktober.

[62] Vgl. Braham, The Politics of Genocide, S. 711; Krasnansky erinnerte sich später, „eine Kopie des Berichtes an Dr. Kastner gesandt zu haben. Er sollte sie Reichsverweser Horthy und Fürstprimas Seredy übergeben. Auf Dr. Kastners Bitte hin habe ich den Bericht ins Ungarische übersetzt."; E. Kulka, Five escapees from Auschwitz, S. 234.

[63] Oscar Neumann, Im Schatten des Todes, Tel Aviv 1956, S. 178–82.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den unmittelbar bevorstehende Desaster hielten deren Führer, in Übereinstimmung mit Eichmanns Wünschen, die Nachrichten aus Bratislava geheim. Im Gegenteil. Der Zentrale Judenrat in Budapest wie auch sein Nachfolger, das Mitte Mai gebildete provisorische Exekutivkomitee der Vereinigung der Juden Ungarns, mahnten alle Juden zu Ruhe und Disziplin. Nicht zuletzt forderten sie zur gehorsamen Befolgung der Anordnungen des Rates auf. So sollte sich die jüdische Bevölkerung der Erfassung auf den Judenlisten, die als Grundlage der späteren Deportationen dienten, nicht widersetzen. Tatsächlich haben die lokalen Führer der jüdischen Gemeinden, obwohl zionistische Vertreter in Istanbul davor warnten, die Befehle zur Aufstellung jener Listen, wie Braham schreibt, getreulich ausgeführt.

> „In kleineren Orten war es normalerweise der Sekretär oder der Registrator der jüdischen Gemeinde, der sie anfertigte; in größeren wurden die Listen gewöhnlich von jungen Männern zusammengestellt, die noch nicht zu den Arbeitsbataillonen eingezogen worden waren. Sie arbeiteten meist zu zweit, gewissenhaft die ganze Stadt durchkämmend und sehr darauf bedacht, keine Straße und kein Gebäude auszulassen. Die Listen enthielten den Vor- und Familiennamen, den Namen der Mutter, die Adresse, den Beruf und das Alter."[64]

Der zweite bedeutsame Einschnitt war Eichmanns Entschluß, die „Verhandlungen" mit den Juden in Budapest selbst zu übernehmen. Eichmann bestellte eines der Mitglieder der Vaada, Joel Brand, zu sich und skizzierte ihm seinen eigenen grandiosen Plan, nämlich eine Million Juden gegen kriegswichtige Güter wie etwa Lastwagen auszutauschen. Eichmanns Motive sind keineswegs klar. Es ist vorstellbar, daß er auf Anweisung aus Berlin handelte, wo Himmler angeblich von der Notwendigkeit einer raschen Beendigung des Krieges überzeugt war und für diesen Zweck – mit dem Angebot, eine große Zahl der noch in Ungarn lebenden Juden freizulassen – die Unterstützung internationaler jüdischer Kreise im Westen gewinnen wollte. Es ist ebenso vorstellbar, freilich angesichts der in Auschwitz bereits im Januar und Februar 1944 getroffenen Vorbereitungen für die Ermordung der ungarischen Juden noch weniger wahrscheinlich, daß die SS hoffte, sich durch eine „humane" Geste, auch wenn die Verhandlungen über das vorgeschlagene Geschäft ergebnislos bleiben sollten, ein Alibi verschaffen zu können. Nach einer anderen Deutung herrschte in Budapest eine solche Atmosphäre von Rivalität und Korruption, daß es zu höchst widersprüchlichen Aktivitäten kam und Eichmann vor allem das Ziel verfolgte, die Kontrolle über den Ablauf der Dinge, statt sie SS-Rivalen wie Becher oder Clages zu überlassen, wieder in die eigenen Hände zu bekommen. Eichmann selbst hat später behauptet, er könne sich nicht mehr daran erinnern, wer die Idee zu dem Geschäft gehabt habe, es sei aber jedenfalls von seinen Vorgesetzten gebilligt worden[65]. Glaubwürdiger ist allerdings die schon erwähnte Ansicht, Eichmanns Angebot sei nie mehr als eine bewußte Täuschung gewesen: Indem man den Repräsentanten der ungarischen Juden eine scheinbar verlockende Offerte vor die Nase hielt, konnte ihr Schweigen über das

[64] R. Braham, The Politics of Genocide, S. 532.
[65] H. Arendt, Eichmann in Jerusalem, S. 25.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wahre Schicksal der Deportierten – wie es inzwischen von Vrba und Wetzler enthüllt worden war – und damit ihre faktische Kollaboration bei der in Wirklichkeit rücksichtslos durchgeführten Deportation gesichert werden. Eichmann wußte sehr gut, daß er angesichts des Mangels an deutschem Personal und angesichts der Spannungen zwischen Deutschen und Ungarn auf größtmögliche Kollaboration angewiesen war. Nur wenn es gelang, die tatsächliche Bestimmung der „umgesiedelten" jüdischen Massen geheimzuhalten, konnten Panik und gewaltsamer Widerstand, wie sie ein Jahr zuvor die mühsame Unterdrückung des Aufstands im jüdischen Ghetto von Warschau erfordert hatten, verhindert werden[66]. Im Warschauer Ghetto hatten sich 1943 lediglich 50000 Juden befunden, und die militärische Position der Deutschen war damals noch relativ günstig gewesen. In Ungarn und im Frühjahr 1944 war die Lage für Eichmann und seine Mitarbeiter ungleich prekärer. Ein aktiver oder passiver Widerstand einer Masse, die nahezu eine Million Seelen zählte, stellte eine große Gefahr dar, zumal die stetig vordringenden Truppen der Roten Armee nicht mehr ferne waren.

Schließlich ist auch noch denkbar, daß Eichmann, indem er mit Brand einen Vertreter der illegalen zionistischen Vaada wählte, die über Verbindungen zu den angeblich so mächtigen internationalen jüdischen Organisationen verfügte, und er sich gegen einen „etablierten" Repräsentanten aus dem neugegründeten jüdischen Zentralrat entschied – den er mit Verachtung behandelte –, zwischen den jüdischen Institutionen Zwiespalt zu säen hoffte.

Das Datum des Treffens zwischen Eichmann und Brand ist umstritten. Nach einigen Quellen fand es am 25. April statt, d. h. an jenem Tag, an dem der slowakische Judenrat den Bericht über Auschwitz zur Kenntnis nahm[67]. Kastner hingegen hat in seiner ersten Darstellung der Ereignisse, die er nach dem Krieg gab, behauptet, zu dem Treffen sei es erst am 8. Mai gekommen, als die Führer der Vaada durch den Vrba-Wetzler-Bericht bereits über die fortgeschrittenen Vorbereitungen zur Vernichtung ihrer ungarischen Glaubensgenossen in Auschwitz unterrichtet waren[68]. Gilbert und andere akzeptieren das frühere Datum und erklären daher, Vrbas und Wetzlers Enthüllung der Wahrheit sei zu spät gekommen:

> „Kastner und seine Kollegen in der zionistischen Führungsgruppe in Ungarn hatten sich bereits auf Verhandlungen mit Eichmann festgelegt ... Aus diesem Grunde gaben sie den Nachrichten aus Auschwitz, über die sie nun verfügten, nicht die geringste Publizität."[69]

Wenn aber die Vaada-Vertreter den Vrba-Wetzler-Bericht mit seinen schockierenden Details der Pläne zur Ermordung der ungarischen Juden schon kannten, als Eichmann seinen Vorschlag machte, muß das Angebot, diese Informationen zu unter-

[66] Eichmann Tells His own Damning Story, in: Life 49, Nr. 23 (5. 12. 1966), S. 146.

[67] A. Biss, Stopp der Endlösung, S. 39; R. Braham, The Politics of Genocide, S. 941.

[68] E. Landau, Der Kastner-Bericht, S. 86 ff.; A. Weissberg, Advocate for the Dead, London 1957, S. 83 ff.

[69] M. Gilbert, Auschwitz and the Allies, S. 204.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

drücken, als ein starkes Druckmittel erschienen sein, um Eichmann bessere Bedingungen abzuhandeln. Es ging dann nicht so sehr, wie Gilbert meint, um die Einhaltung einer bereits eingegangenen Verpflichtung, sondern einfach um ein „Geschäft", bei dem der Masse der Juden gegen die Rettung jener prominenten Zionisten, an denen Kastner besonders interessiert war, ihr bevorstehendes Schicksal verheimlicht werden sollte[70]. Kastner hat ja von Anfang an Zweifel daran geäußert, daß ein solch grandioser Plan wie die Rettung von einer Million Juden durch die „Mission" Brands verwirklicht werden könne. Er glaubte offensichtlich nicht an die Bereitschaft der Alliierten, eine Million Juden ausgerechnet zu dem Zeitpunkt zu einem Hafen der Zuflucht zu transportieren, da die Invasion in Westeuropa bevorstand. Darüber hinaus widersetzte er sich der Entsendung Brands und schlug andere vor, die „im Ausland mehr Gewicht" hätten. Jedoch durften, wie er meinte, Eichmanns Bedingungen nicht abgelehnt werden, so lange noch die Hoffnung bestand, daß wenigstens ein paar Juden gerettet werden konnten, wenn man der Mehrzahl verschwieg, daß sie der Tod erwartete. Auch mochte die „Mission" als ausgezeichnetes Alibi für die Zukunft dienen. Daß Eichmann überhaupt zu Verhandlungen bereit war, mußte ausgenutzt werden. Noch im Mai gelang es Kastner tatsächlich, von Eichmann die Zustimmung zu seinem eigenen Plan zu erlangen, nämlich zur Freilassung etlicher Juden, die auf einer von Kastner vorgelegten Liste verzeichnet waren. Braham stellt mit Recht die Frage: War dies Eichmanns Art, Kastner für seine Dienste abzufinden oder zu entschädigen? Bekundete Eichmann so seine Dankbarkeit dafür, daß er die antijüdische Aktion glatt abwickeln und einen Aufstand wie in Warschau vermeiden konnte[71]? Jedenfalls fuhren im August und Dezember zwei Züge mit fast 2000 ungarischen Juden, zu denen Kastners Familie und Freunde gehörten, in die Schweiz.

Da schlüssige Beweise fehlen, kann nicht definitiv gesagt werden, Eichmann habe Kastner diese und andere Vergünstigungen – darunter die Freiheit, bis Kriegsende unbehindert nach Deutschland und in die Schweiz zu reisen – nur gewährt, um Widerstand einer potentiell gefährlichen jüdischen Gruppe auszuschalten, solange die Vernichtung des ungarischen Judentums andauerte. Es ist auch nicht sicher, daß die Vaada-Vertreter ihre Bereitschaft, den Vrba-Wetzler-Bericht zu unterdrücken, dazu nutzten, weitere Konzessionen herauszuschlagen, darunter die „Mission Brand". Doch bleibt die Tatsache, daß die ungarischen Juden nicht informiert wurden, obwohl Kastner und andere, die entsprechende Ausweise erhalten hatten, in verschiedenen Teilen Ungarns herumreisen konnten, wo die Konzentrierung der Juden bereits in vollem Gange war. Auch machten Kastner und seine Mitarbeiter keinen Gebrauch von einer Gruppe junger Budapester Juden, die zu gefährlichen illegalen Reisen außerhalb der Hauptstadt willens und in der Lage waren und in der Provinz den Inhalt des Vrba-Wetzler-Berichts hätten verbreiten können. Ferner gibt es keinen Hinweis darauf, daß der Bericht sofort allen führenden Mitgliedern des Judenrates zugänglich gemacht worden wäre. Freudiger hat vielmehr erklärt, den Vrba-Wetzler-Bericht erst

[70] A. Biss, Stopp der Endlösung, S. 43 ff.
[71] R. Braham, The Politics of Genocide, S. 952.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anfang Juni erhalten zu haben, und zwar direkt von Rabbi Weissmandel aus Bratislava[72].

Es ist nicht einmal klar, ob die ungarischen Vaada-Führer Schritte unternahmen, um ihre Kenntnisse neutralen Staaten und den Alliierten zu übermitteln[73]. Fest steht, daß die erste Kopie des Berichtes, die Ende Juni nach Genf gelangte, nicht von den ungarischen Vaada-Vertretern stammte, welche diese Information ja, wie dargetan, seit dem 28. April unterdrückt hatten, sondern von Miklos Krausz, dem Exekutivsekretär des Palästina-Büros in Budapest, der hinter ihrem Rücken auf eigene Initiative gehandelt hatte[74]. Krausz, ein Rivale Kastners, behauptete später, er habe den Vrba-Wetzler-Bericht erst am 18. Juni durch Zufall von einem jüdischen Angestellten der türkischen Gesandtschaft in Budapest erhalten und schon einen Tag danach mit Hilfe eines rumänischen Diplomaten (Maniolu), der gerade auf einer Reise nach Genf in Budapest Station machte, weitergeleitet. Krausz handelte, wie wir wissen, deshalb selbständig, weil er Kenntnis davon hatte, daß in den vorangegangenen vier Wochen bereits etwa 300 000 Juden nach Auschwitz gebracht worden waren, und ihm folglich das Vertrauen zu den Plänen Kastners und der Vaada fehlte[75]. Die westliche Presse verhalf dem Bericht und seinem schrecklichen Inhalt zu sofortiger und wirksamer Publizität. Aber die jüdischen Führer in der Slowakei wie in Ungarn hatten damit nichts zu tun. Die Veröffentlichung war vielmehr das Ergebnis einer isolierten Initiative.

Wie in der Kontroverse über die Haltung der Alliierten, so gehen auch in der Frage, welche Bedeutung dem Schweigen der zionistischen Vaada-Führer beizumessen ist, die Meinungen weit auseinander. So wird gesagt:

> „Wer behauptet, die ungarischen Juden hätten sich auf ihre Führer verlassen müssen, um Informationen über die ‚Endlösung' zu erhalten, schätzt die ganze historische Situation falsch ein. Der Fehler entsteht, wenn die Begriffe „Information" und „Wissen" durcheinander geraten. Informationen gab es immer, auch über die Art und Weise, in der die Nazis ihre Opfer in die Irre führten und täuschten. Jedoch wurden diese Informationen nicht angenommen. Die Leute *wollten* nichts wissen, denn Wissen hätte Schmerz und Leiden bedeutet, und offenbar gab es keinen Ausweg ... Angesichts der gegebenen Situation ist es wohl fraglich, ob die jüdische Führung und die jüdische Bevölkerung psychologisch fähig waren, als Wissen zu akzeptieren, was ihnen als Infor-

[72] P. Freudiger, Fife Months, S. 19; Braham (S. 711) bezweifelt diese Aussage. Er weist auf den Eichmann-Prozeß hin, in dem Freudiger aussagte, den Brief „am 10. oder 11., einige Tage vor dem 15. Mai" erhalten zu haben.

[73] Braham sagt (S. 979), Kastner und andere Vaada-Führer in Budapest und Bratislava hätten einige Monate zuvor Berichte an folgende Adressaten geschickt: Hechalutz, AJDC und World Jewish Congress in der Schweiz. Andererseits fragt er auch (S. 715), warum die jüdischen Repräsentanten in Ungarn, der Schweiz und anderswo den Vrba-Wetzler-Bericht nicht sofort, nachdem sie ihn Ende April oder Anfang Mai 1944 erhalten hatten, verteilten und publizierten. Daß es in der Schweiz zuvor keine Reaktionen gab, läßt darauf schließen, daß dort bis Ende Juni kein solcher Bericht eintraf.

[74] R. Braham, The Politics of Genocide, S. 712; W. Rings, Advokaten des Feindes, Wien 1966, S. 140 ff.

[75] R. Braham, The Politics of Genocide, S. 712, 741, 978 f. Im Jerusalemer Verleumdungsprozeß von 1954 erschien Krausz als Zeuge der Anklage gegen Kastner.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mation zur Verfügung stand: die Tatsache nämlich, daß die Nazis willens waren, sie alle zu ermorden."[76]

Der israelische Generalstaatsanwalt argumentierte in Kastners Gerichtsverfahren:

„Da er keinen Hoffnungsschimmer für die ungarischen Juden sah, für fast alle von ihnen, da er, als Ergebnis seiner persönlichen Verzweiflung, das Geheimnis der Vernichtung nicht enthüllte, um die Rettung einiger weniger nicht zu gefährden, war er aufrichtig davon überzeugt, in gutem Glauben zu handeln, sicher vor der Anklage der Kollaboration mit den Nazis durch einen Beitrag zur reibungslosen Abwicklung der Vernichtung, auch wenn es sich de facto so verhielt."[77]

Dagegen erklärte ein Überlebender aus Auschwitz:

„Hätte ich gewußt, was Auschwitz bedeutete, hätte mich keine Macht der Erde in den Zug gebracht."[78]

Die wenigen ungarischen Juden, die vom Schicksal der Deportierten Kenntnis erhalten hatten, waren sich dagegen der Bedeutung von Auschwitz sehr wohl bewußt. Zu ihnen gehörten die auf Kastners Initiative hin ausgewählten Passagiere jenes Sondertransports, der Budapest am 30. Juni in Richtung Schweiz verließ. An der ungarischen Grenze hieß es, der Zug werde über den böhmischen Bahnhof Auspitz umgeleitet. Sofort entstand das Gerücht, das eigentliche Ziel sei Auschwitz. Schrecken und Panik waren die Folge. Mindestens ein Angehöriger der Gruppe floh und kehrte nach Budapest zurück, um dort Alarm zu schlagen. Zu ähnlichen Reaktionen kam es, als der Zug Linz erreichte und die Insassen zur Desinfektion in Duschräume gebracht wurden. Wer zu diesem Transport gehörte, der wußte nämlich, daß in Auschwitz die Gaskammern als Duschräume getarnt waren. Am Ende konnten die Passagiere wieder beruhigt werden, doch zeigen die Zwischenfälle deutlich, wie anders die unterrichteten Wenigen reagierten als die ahnungslosen Vielen[79]. Der Schluß ist zwingend: Es gab zwei „Arten" von Juden in Ungarn; jene, die den eigentlichen Zweck der „Umsiedlung" kannten, und jene, die nicht wußten, daß „Umsiedlung" lediglich ein nationalsozialistischer Euphemismus für Massenmord war.

Wir können nur darüber spekulieren, ob die ungarischen Juden zwar „informiert" waren, aber von ihrem bevorstehenden Schicksal dennoch nichts „wußten", wieviel aktiver oder passiver Widerstand entfacht worden wäre, falls ihre Führer die ihnen bekannten Fakten über Auschwitz verbreitet und sich damit gegen die Propaganda der Nationalsozialisten und der Ungarn gewandt hätten, die Juden würden allein deshalb umgesiedelt, weil sie an den Bestimmungsorten zu kriegswichtigen Arbeiten eingesetzt oder zu „produktiver Arbeit" „erzogen" werden sollten. Tatsache ist jedoch, daß die Mehrheit, wie groß oder wie fest auch immer die Zweifel des durchschnittlichen Juden gewesen wären, gar keine Chance bekam, zu einem eigenen Ur-

[76] Y. Bauer, The Holocaust, S. 106 f.
[77] Zitiert bei R. Braham, The Politics of Genocide, S. 721.
[78] Zitiert ebenda, S. 973.
[79] A. Biss, Stopp der Endlösung, S. 81, und R. Braham, The Politics of Genocide, S. 956.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teil zu finden. Während einige zionistische und orthodoxe Führer sofort handelten, um das eigene Überleben zu sichern, wurde die Masse der ungarischen Juden durch die Geheimhaltung des Vrba-Wetzler-Berichts zur passiven Hinnahme ihres Schicksals verleitet. Wie sich R. Vrba später erinnerte:

> „Als ehemaliger Häftling in Auschwitz-Birkenau, der gezwungen war, das Betreiben des Vernichtungsapparats aus nächster Nähe zu beobachten, kann ich nicht genug betonen, daß Geheimhaltung die wichtigste Voraussetzung seines Funktionierens war ... Bevor sie (die Deportierten) Ungarn verließen, machten sie sich ohne Zweifel Sorgen über die wahre Natur ihres dunklen und unbekannten Zieles; aber zwischen vagem Verdacht und genauer Kenntnis ist ein himmelweiter Unterschied. Es waren Menschen, die ihr Leben unter zivilisierten Einflüssen verbracht hatten und daher in ihren dunklen Stunden zu der Hoffnung neigten, sie könnten durch Gehorsam wenigstens ein Massaker an ihren Kindern vermeiden. Obwohl sie die Wahrheit, die genauen Fakten über Auschwitz, kannten, taten die jüdischen Führer in Ungarn nichts, um diese unrealistische Hoffnung zu zerstören."[80]

Niemand kann sagen, wie viele der Vernichtung entgangen wären, wenn die jüdischen Führer zu Flucht, Widerstand oder Ungehorsam aufgerufen hätten. Manche meinen, die Enthüllung der wahren Bestimmung jener Transporte hätte den normalen biologischen Trieb zur Selbsterhaltung aktiviert. Jedenfalls läßt sich behaupten, daß dann der Prozentsatz der Todesopfer geringer gewesen wäre. Um abermals R. Vrba zu zitieren:

> „Wie viele erwachsene Männer wären passiv geblieben? Wenn nur jeder zehnte unter den 400 000 einen Stein geworfen hätte, dann hätte es ganz schön gehagelt. Zwar hätte ein Massaker folgen können, aber sie wären dann wenigstens wie Wild gejagt und nicht wie Schweine geschlachtet worden. Man braucht nicht zu wiederholen, daß die Jagd auf Wild schwieriger und zeitraubender und ihr Ergebnis weniger klar ist."[81]

Eine Untersuchung der nach dem Krieg sorgfältig ermittelten Zahlen zeigt schlagend, wie zutreffend diese Feststellung ist. Nach Braham lebten in Ungarn zur Zeit der deutschen Machtübernahme 762 007 Juden. Zieht man die 255 500 ab, die 1945 befreit wurden oder die Deportation überlebten, so beträgt die Zahl der Verluste während der Besatzungszeit 501 507[82]. Davon wurden 437 000 in weniger als zwei Monaten, zwischen dem 16. Mai und dem 8. Juli 1944, nach Auschwitz deportiert[83]. Dazu kommen noch die frühen Transporte vor dem 16. Mai und einige Deportationen, die trotz Horthys Verbot nach dem 7. Juli stattfanden. Es ist mithin klar, daß sich die Zahl der Todesopfer in den verbleibenden Monaten des Krieges, obwohl hier noch die antisemitischen Morde und Terrorakte des Szalasi-Regimes zu Buche schlugen, auf höchstens 50 000 belief. Also kann gesagt werden, daß die jüdischen Verluste

[80] R. Vrba, Footnote to Auschwitz Report, in: Jewish Currents (New York), Vol. 20, Nr. 3 (März 1966), S. 23. (Die Zahl muß 437 000 lauten.)

[81] Ebenda, S. 26.

[82] R. Braham, The Politics of Genocide, S. 1144.

[83] Ebenda, S. 607.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zum größten Teil in die Zeit der erfolgreich organisierten Deportationen fielen, als man den Opfern ihr bevorstehendes Schicksal verschwieg. Hätte man die Nachrichten aus Auschwitz gleich nach ihrem Eintreffen Ende April verbreitet und damals auf Horthy ähnlichen Druck wie dann im Juli ausgeübt, wäre die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Ungarns, trotz der von den ungarischen Faschisten inszenierten Pogrome, Überfälle und Erniedrigungen, nicht zugrunde gegangen. Die Suche nach der Verantwortung für den beispiellosen Massenmord zwischen Mai und Juli 1944 muß daher auch jene einbeziehen, die schwiegen, während Tausende ihrer Mitbürger täglich zur Schlachtbank geführt wurden.

Daß Teile des Vrba-Wetzler-Berichts in den letzten Junitagen von der Schweizer Presse und kurz danach von den westlichen Alliierten veröffentlicht wurden[84], produzierte eine spontane inernationale Brandmarkung der deutschen Aktion, die wiederum zu Protesten des Papstes, der Außenminister Großbritanniens und der USA, Anthony Eden und Cordell Hull, des Internationalen Roten Kreuzes und des Königs von Schweden führte, zu einer Art „Bombardement von Horthys Gewissen"[85]. Zweifelsohne unter ihrem Einfluß ordnete der Reichsverweser am 7. Juli die Einstellung der Deportationen an. Diese Tatsache stützt die Argumentation jener, die behaupten, daß eine frühere Verbreitung des Berichts nicht ohne Wirkung geblieben wäre. Anfang Juli war mehr als die Hälfte der ungarischen Juden bereits in den Tod geschickt worden.

Für die Vaada-Führer konnten die Enthüllungen der Weltpresse ernste Konsequenzen haben. Daß die Verschwörung des Schweigens durchbrochen worden war, drohte ihnen die beste Trumpfkarte aus der Hand zu schlagen. Die Verhandlungen zur Rettung einer Gruppe prominenter ungarischer Juden hatten gerade ein kritisches Stadium erreicht. Sollten nun Eichmann und seine Mitarbeiter die Verantwortung für die Aufdeckung des nationalsozialistischen Vernichtungsprogramms der Vaada zuschreiben, mußten jene Verhandlungen aufs äußerste gefährdet werden und die Vaada-Führer selbst in große Gefahr geraten, das Schicksal der anderen Juden zu teilen. In der Tat konnte Eichmanns Ärger über die höchst unwillkommene Publizität, auch wenn der Bericht nur in der Schweiz und nicht in Ungarn veröffentlicht worden war, nur mit dem dubiosen Argument besänftigt werden, die undichte Stelle sei nicht in Ungarn, sondern in der Slowakei zu suchen, da der Vrba-Wetzler-Bericht auf den Aussagen zweier slowakischer Juden beruhe. Eichmann befahl daraufhin, eine der prominentesten Zionistinnen in der Slowakei, Gizi Fleischmann, zu verhaften, in Ketten zu legen und unter Sonderbewachung nach Auschwitz zu transportieren[86]. Obwohl ihre Freunde unter den Vaada-Führern dringend um ihre Freilassung baten, weigerte sich Eichmann, den Befehl zu ihrer Ermordung zu widerrufen, und zwar mit

[84] Vgl. J. S. Conway, Frühe Augenzeugenberichte aus Auschwitz, S. 273 ff., und ders., Between Indifference and Apprehension, S. 41 ff.

[85] G. Reitlinger, The Final Solution, London 1961, S. 432; vgl. auch R. Braham, The Politics of Genocide, S. 1070 f., 1078, 1085, 1110 ff.

[86] A. Biss, Stopp der Endlösung, S. 81.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Begründung, sie sei die Autorin und Verteilerin jener Verleumdungen des Dritten Reichs[87]. Gizi Fleischmanns Schicksal zeigte deutlich genug die Grenzen, die der Ausbeutung des „guten Willens" Eichmanns jetzt gezogen waren, da sich der Schleier vor dem Geheimnis etwas gelüftet hatte. Eichmann machte klar, daß er keineswegs „wohlwollend" bleiben werde, sollte das schreckliche Geheimnis auch unter den Massen der potentiellen Opfer verbreitet werden.

Horthys Entscheidung vom 7. Juli, die Einstellung der Deportationen zu befehlen, führte ebenfalls zu Auseinandersetzungen zwischen den jüdischen Führern. Einige glaubten nun, daß Sicherheit beim Reichsverweser und hinter ungarischer Opposition gegen deutsche Anordnungen zu finden sei. Andere argumentierten, der Reichsverweser sei zu schwach, der ungarische Antisemitismus viel zu stark und die einzige Chance liege in der Aufrechterhaltung der geheimen Kontakte zur SS – hinter dem Rücken der Ungarn. Nur so sei die „Mission Brand" erfolgreich abzuschließen und die Freilassung jener „Emigranten" zu erreichen, die Eichmann in zwei Zügen – allerdings unter Gewährung einer besseren Behandlung als dort sonst üblich – zunächst nach Bergen-Belsen geschickt hatte[88]. Die jüdischen Repräsentanten in Budapest suchten zwar die Rivalität innerhalb der SS, vor allem die zwischen Eichmann und Becher, auszunutzen, arbeiteten aber vornehmlich mit der Behauptung, daß sie ihren Teil des Geschäftes, nämlich die Geheimhaltung des wahren Zwecks der NS-Aktion vor den jüdischen Massen, nach wie vor erfüllten. Dabei verließen sie sich darauf, daß die Informationen über Auschwitz, welche die freie Welt gerade so schockierten, Ungarn doch nicht erreichen würden. Sendungen westlicher Rundfunkstationen litten darunter, daß den Juden alle Radiogeräte längst weggenommen worden waren und im übrigen den jüdischen wie den nichtjüdischen Hörern ausländischer Rundfunksendungen drakonische Strafen drohten. Die Bereitschaft, Berichte über Auschwitz innerhalb Ungarns zu verschweigen, hatte noch immer Verhandlungswert.

Als die Westmächte später im Juli den Handel „Blut gegen Lastwagen" verurteilten, zeigte sich, daß auch der volle Besitz der Wahrheit über die NS-Greuel nicht ausreichte, die alliierten Prioritäten zu ändern. Damit brach zugleich die illusionäre Hoffnung der jüdischen Führer in Ungarn auf einen Erfolg der „Mission Brand" zusammen. Jetzt blieben nur Kastners komplizierte Verhandlungen mit der SS, die nun über Vermittler in der Schweiz in eine neue Phase eintraten[89]. Durchweg hielten aber Kastner und seine Gefährten die Informationen über Auschwitz zurück, um den bestmöglichen Handel für jene Handvoll Juden herauszuschlagen, die schließlich im August und Dezember 1944 tatsächlich die sichere Schweiz erreichte.

Nachdem im Oktober das Horthy-Regime gestürzt und die Herrschaft der Pfeilkreuzler Szalasis etabliert worden war, intensivierte sich die pogromartige Verfol-

[87] Ebenda; vgl. auch L. Lipscher, Die Juden im Slowakischen Staat, S. 180, wo eine alternative, aber nicht unbedingt unvereinbare Version angeboten wird.

[88] A. Biss, Stopp der Endlösung, S. 81.

[89] Y. Bauer, Onkel Saly – Die Verhandlungen des Saly Mayer zur Rettung der Juden 1944/5, in: VfZ 25 (1977), S. 188–219.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gung der überlebenden Juden und schwand die letzte Chance für erfolgreiche Rettungsversuche in Ungarn selbst. Den Deutschen standen nun nicht mehr die organisatorischen und technischen Mittel zur Verfügung, um, wie zwischen Mai und Juli 1944, Massendeportationen aus Ungarn durchzuführen. Immerhin brachten sie es fertig, Todesmärsche von Juden in Richtung Österreich zu organisieren, bei denen Tausende zugrunde gingen. Ende November wurde ein jüdisches Ghetto in Budapest eingerichtet und am 10. Dezember hermetisch abgeriegelt. Ende Januar befanden sich nahezu 70 000 Menschen in diesem Ghetto. Unter Hunger und Krankheiten leidend, ständigen Raubzügen und Terrorakten der Pfeilkreuzler ausgesetzt, fanden die überlebenden Budapester Juden schließlich Erlösung, als russische Truppen die Stadt im Februar 1945 befreiten.

Zusammenfassung

Nach genauer Berechnung haben in den kurzen Monaten deutscher Besetzung mehr als 500 000 ungarische Juden ihr Leben verloren. Das macht fast ein Zehntel aller Opfer des Holocaust aus. Ihre rasche Vernichtung zeigt, wie effektiv der Apparat bei der Begehung dieser Untat zu arbeiten vermochte. Als Fallstudie der Genozidpolitik war die „Endlösung" in Ungarn jedoch nicht nur wegen ihres Tempos und ihrer Größenordnung einzigartig, sondern auch aufgrund der weltweiten Aufmerksamkeit, die sie sogleich fand. Schon 1944 wurden bohrende Fragen gestellt: Hätten die Ungarn, die Kirchen, die Alliierten, die Juden selbst mehr tun können, um die Tragödie abzuwenden oder doch zu mildern?

Es ist unvermeidlich, daß die Antworten der Historiker und anderer Autoren nicht allein von ihrer Analyse der Ereignisse geprägt sind, sondern auch von späteren Interessen. Jüdische Historiker in Israel und anderswo suchten den Holocaust bei der Begründung der israelischen nationalen Identität so darzustellen, daß die Notwendigkeit des nationalen Überlebens in einer judenfeindlichen Welt bekräftigt würde. Kritiker der Kirchen betonen die trübe antisemitische Tradition christlicher Doktrin und Praxis, um ihrer Renaissance in kirchlichen Kreisen entgegenzuwirken. Kritiker der Alliierten legen das Hauptgewicht auf das Versagen der britischen und der amerikanischen Politik, weil sie fürchten, ein solcher „Verrat" könne sich wiederholen. Marxistische Historiker wollen durch ihre Kampagne gegen die zionistischen Führer der Kriegsjahre die gegenwärtige Welle antizionistischer Propaganda rechtfertigen. Theologen haben sich mit der Frage herumgeschlagen, wie ein solcher Massenmord mit der Vorstellung von einem gütigen Gott zu vereinbaren ist. Politikwissenschaftler beschäftigen sich mit den technologischen und bürokratischen Aspekten eines groß angelegten politisch begründeten Vernichtungsprogramms.

Zum Ausgleich dieser oft theoretischen und abstrakten Diskussionen haben wiederum jüdische Autoren die Fakten des Verhaltens der europäischen Juden im täglichen Überlebenskampf gegen eine überwältigende Übermacht in den Mittelpunkt gerückt. Vieles ist dabei in den letzten zwanzig Jahren geschrieben worden, das zeigen

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

soll, wie falsch das zunächst gezeichnete Bild war, in dem die Juden sich ihrem Schicksal fügten wie Schafe, die zur Schlachtbank geführt werden. Die angebliche Passivität der Juden angesichts der physischen Vernichtung folgte natürlich nicht aus ihrer „Minderwertigkeit", wie die Nationalsozialisten behaupteten, aber ebensowenig aus ihrer „Unfähigkeit, die Wahrheit zu erkennen", wie Bauer schrieb, oder aus ihrem „fehlenden Lebenswillen" wie Bettelheim wissen wollte[90]. Die Tatsachen sind weniger mystisch. Der seltsame Mangel an Widerstand, so schwer vereinbar mit dem natürlichen Selbsterhaltungstrieb und so bedrückend für die meisten späteren Beobachter, wird weniger unverständlich, wenn man sich vor Augen hält, wie sehr der Erfolg des nationalsozialistischen Vorgehens auf Geheimhaltung beruhte. Wenn sie durchbrochen wurde, praktizierten die Opfer viele Formen des aktiven und passiven, des physischen und geistigen Widerstands. Die besondere Tragik der ungarischen Juden, so kann man sagen, bestand darin, daß die Verschwörung des Schweigens zu lange durchgehalten werden konnte, und zwar nicht nur als Resultat nationalsozialistischer Täuschungsmanöver oder alliierter Skepsis und Gefühllosigkeit, sondern auch als Ergebnis der Haltung jener jüdischen Führer, welche die Details der ablaufenden Mordaktion nur zu gut kannten, ihre Kenntnis jedoch für sich behielten.

Angesichts der beispiellosen Ungeheuerlichkeit des Holocaust erkennen wir, daß, wie Elie Wiesel gesagt hat, „alle Fragen, die Auschwitz gelten, Pein verursachen". Doch beweist die Geschichtsschreibung über den jüdischen Holocaust in Ungarn, daß die von jenen Ereignissen ausgelöste und keineswegs abgeschlossene Kontroverse auch unter dem Einfluß politischer Interessen und emotionaler Ressentiments steht. Mit Recht warnte daher Yehuda Bauer vor der Gefahr der Legendenbildung[91]. Die Jagd nach einseitigen oder politisch motivierten Erklärungen verdunkelt die Bedeutung des Holocaust als Gesamtvorgang. In den Jahren seit 1945 ist die Erkenntnis gewachsen, daß der Holocaust nicht nur Nebenprodukt eines Weltkrieges war, auch nicht allein die Sache eines einzelnen wahnwitzigen Deutschen oder bloß eine Angelegenheit der jüdischen Opfer. Er stellt vielmehr die gesamte zivilisierte Welt unter Anklage, die den planmäßigen Mord an Millionen von Menschen geschehen ließ. Das Bestreben, die Verantwortung für den Holocaust festzulegen, indem bestimmte Beteiligte beschuldigt oder entschuldigt werden, mag aus übermächtigem Erklärungsdrang folgen oder politischen Tagesbedürfnissen entsprechen. Auf lange Sicht aber leisten solche Versuche, wenn sie die Objektivität polemischen Zwecken unterordnen, sowohl dem Andenken an die Opfer wie auch der vollen Wahrheit über die Fähigkeit der Menschen zur Unmenschlichkeit einen schlechten Dienst.

[90] B. Bettelheim, The Informed Heart, New York 1961.
[91] Y. Bauer, The Holocaust, Kapitel 2.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS MOMMSEN

FRITZ-DIETLOF GRAF VON DER SCHULENBURG UND DIE PREUSSISCHE TRADITION

Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg gehört zu den bedeutendsten Repräsentanten der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944. Längst bevor Claus Schenk von Stauffenberg ins Zentrum der Umsturzbewegung trat, bildete er den inneren Motor der Verschwörung. Wie viele der konservativ eingestellten Widerstandskämpfer hatte er das nationalsozialistische Regime anfänglich nahezu vorbehaltlos unterstützt. Als einem der begabtesten jüngeren preußischen Verwaltungsbeamten öffneten sich ihm 1933 einzigartige Karrierechancen, die er zunächst, mit der Berufung zum persönlichen Referenten beim Oberpräsidenten in Ostpreußen, dem Gauleiter Erich Koch, auch wahrnahm. Bemerkenswerterweise ging die Ernennung Kochs zum Oberpräsidenten anstelle des in der Papen-Ära eingesetzten Dr. Wilhelm Kutscher auf eine persönliche Intervention Schulenburgs bei Daluege und Göring zurück[1]. Nach anfänglichen Illusionen kam es jedoch schon im Sommer 1933 zum inneren Bruch mit Koch, dessen enttäuschender Führungsstil, dessen Neigung zu Korruption und Byzantinismus und dessen neofeudale Allüren Schulenburgs schärfste Kritik herausforderten.

Als Landrat in Fischhausen (Ostpreußen), 1937 Vizepolizeipräsident in Berlin, 1939 Regierungspräsident in Schlesien, suchte Schulenburg seine Prinzipien einer effektiven, korruptionsfreien, modernen Entwicklungen aufgeschlossenen, sozial verpflichteten Verwaltungsführung zu realisieren[2]. Im Juni 1940 gab er jedoch die Stellung des Regierungspräsidenten in Schlesien auf und meldete sich zum Wehrdienst im traditionsreichen Potsdamer Infanterie-Regiment Nr. 9, dessen Offiziere überwiegend dem Adel angehörten und gutenteils mit Schulenburg in persönlicher Verbindung standen. Als Offizier eines Infanteriebataillons nahm er eine eher untergeordnete Position ein. Spätere Angebote, führende Verwaltungsposten im okkupierten russischen Gebiet zu übernehmen, wies er zurück[3]. Erst im Zusammenhang mit dem aktiven Widerstand bemühte er sich um den Eintritt in die Ministerialverwaltung in Berlin. Die von Himmler offerierte Übernahme eines höheren SS-Ranges lehnte er ab.

All dies zeigt, daß es Schulenburg auf eine äußere Karriere nicht ankam. Bei aller Weltläufigkeit und Flexibilität blieb er seinen protestantisch-gesinnungsethisch geprägten preußisch-aristokratischen Prinzipien treu. Anders als viele hat er sich von

[1] Berlin Document Center, Akte Kurt Daluege, Brief Schulenburgs vom März 1933.

[2] Vgl. die vorzügliche Darstellung von Albert Krebs, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg. Zwischen Staatsraison und Hochverrat, Hamburg 1965, S. 178 ff.; zu Schulenburg auch die Skizze des Verf., in: Hans Jürgen Schulz, Der Zwanzigste Juli. Alternative zu Hitler? Stuttgart 1974, S. 177 ff.

[3] Vgl. Krebs, S. 202, 208, 218.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Verhältnissen im Dritten Reich, auch in untergeordneten Dingen, niemals korrumpieren lassen[4]. Die innere Autonomie einer in sich fest gegründeten Persönlichkeit, die in einer tiefen religiösen Bindung die Distanz zum Tagesgeschehen fand[5], verhinderte, daß sich Schulenburg, obwohl er wiederholt an verantwortlicher und einflußreicher Stelle tätig war, in die für die inneren Verhältnisse im Dritten Reich kennzeichnenden Führungsrivalitäten verstrickte. Bei entsprechenden Konflikten, an denen es vom Anfang seiner Verwaltungstätigkeit an nicht mangelte und die durch sein entschiedenes und mitunter selbstbewußtes Auftreten alles andere als zurückgedrängt wurden, zog er sich zurück, wich er in Stellungen aus, die vielleicht geringeren Status, aber größere persönliche Unabhängigkeit gewährten, ohne sich zu scheuen, die Gravamina offen auszusprechen, die seinen Entschluß begründeten[6]. Die persönliche Unabhängigkeit, die ihn zeitlebens auszeichnete, stellt schon unter normalen gesellschaftlichen Bedingungen eine ungewöhnliche Ausnahme dar. In dem durch Intrigen, persönliche Gefälligkeiten, Kameraderien und Nepotismus bestimmten inneren System des Dritten Reiches war dies vollends unzeitgemäß und stieß auch bei denjenigen, die mit seinen Anschauungen sympathisierten, vielfach auf Unverständnis[7].

Die Frage, warum dieser junge Aristokrat, der sich nach eigenem Zeugnis vor seiner Assessorenzeit kaum um Politik gekümmert hatte, sich frühzeitig der NSDAP anschloß und als aktiver Vorkämpfer ihrer Ziele in der Machteroberungs- und -konsolidierungsphase gelten muß, ist über die persönlichen biographischen Hintergründe hinaus von grundsätzlichem Interesse, zielt sie doch auf die Beweggründe, die Angehörige der konservativ eingestellten deutschen Elite dazu veranlaßten, ihre Hoffnungen auf Hitler und die nationalsozialistische Bewegung zu setzen. Gewiß stellt Fritz-Dietlof von der Schulenburg in vieler Beziehung einen Grenzfall dar. Während zahlreiche seiner mit deutsch-nationalen und neokonservativen Ideen sympathisierenden Altersgenossen den Nationalsozialismus positiv einschätzten, ohne sich persönlich zu engagieren, entschloß er sich schon 1931 zu aktiver Mitarbeit, obwohl dies seine Karriere beeinträchtigen, ja zerstören konnte. Nach einer kurzen Mitarbeit in der „Bündischen Reichsschaft" trat er in die NSDAP ein, weil es ihm, wie er im Oktober 1932 schrieb[8], darum ging, „politisch aktiv zu kämpfen".

Schulenburgs Parteibeitritt war, wenngleich er den damaligen preußischen Diszi-

---

[4] Ebenda, S. 258.

[5] Vgl. den Brief vom 21.6.1943 an seine Frau (Privater Nachlaß Schulenburg): „Gestern träumte ich am wachen Tag in hellem Sonnenschein von der Zukunft. Wenn meine Kinder groß sind, möchte ich Abschied nehmen aus dem öffentlichen Dienst und Pfarrer werden, denn in der religiösen Wiedererneuerung liegt die entscheidende Aufgabe unseres Jahrhunderts." Vgl. auch Krebs, S. 150 ff., 248.

[6] Brief an Gauleiter Koch vom 31.12.1935 (Privater Nachlaß Schulenburg).

[7] Vgl. Krebs, S. 110 ff.

[8] Vgl. den Brief vom 23.10. 1932 an seine Frau (Privater Nachlaß Schulenburg): „Frühjahr (19)30 fuhr ich nach Berlin, um mit der NSDAP Fühlung zu nehmen. Ich kam mit einer Gruppe ehemaliger Nat(ional) Soz(ialisten) zusammen. Im Herbst war ich mit ihnen zusammen in der Bündischen Reichsschaft. Aber es war nicht die Kämpfende Front." Zur Bündischen Reichsschaft vgl. Rudolf Kneip, Jugend der Weimarer Zeit. Handbuch der Jugendverbände 1919–1938, Frankfurt/M. 1974.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

plinargesetzen zuwiderlief[9], nicht vollkommen überraschend. Zwei seiner Brüder waren bereits in die NSDAP oder SA eingetreten, als er denselben Entschluß faßte, und die ausgeprägt deutschnationale Einstellung des Elternhauses erleichterte einen solchen Schritt. Über seine Motive wissen wir wenig. Die Erwartung, daß es der nationalsozialistischen Bewegung gelingen werde, eine Lösung der sozialen Frage und eine Überwindung des Klassenkampfs aus dem Geiste der nationalen „Volksgemeinschaft" zu erreichen, spielte dabei eine wichtige Rolle. Schulenburgs prosozialistische Neigungen, die ihm in Recklinghausen den Beinamen des „roten Grafen" eintrugen, sind häufig hervorgehoben worden[10]. Indessen sollte dieses Motiv nicht überschätzt werden. Gewiß sympathisierte Schulenburg mit dem Straßer-Flügel der NSDAP, und es fehlt nicht an ungewöhnlich positiven Urteilen über Gregor Straßer. Seine Sympathien mit dem Nationalsozialismus entsprangen jedoch einer umfassenden Protesthaltung gegen das „Weimarer System", für die „soziale" Gesichtspunkte nur eines von vielen Motiven darstellten.

Schulenburg hatte schon 1928 von der Chance gesprochen, daß sich mit der NSDAP die „Zelle einer deutschen Erneuerungsbewegung" bilden könnte, und die Notwendigkeit „einer radikalen Umwälzung aus einer neuen preußischen Staatsgesinnung, aus einer neuen deutschen Weltanschauung" heraus betont; dies stimmte mit den Erwartungen zahlreicher Repräsentanten des Neokonservativismus überein, die in der NSDAP eine noch unvollkommene und noch nicht von den Schlacken einer Parteibewegung vollständig befreite Vorstufe einer umfassenden deutschen Erneuerungsbewegung erblickten[11]. Entschuldigend erwähnte Schulenburg Freunden gegenüber, daß er sich der „Schattenseiten der Partei" bewußt sei, daß es an Mißständen und problematischen Persönlichkeiten darin nicht fehle. Indessen habe er eingesehen, „daß unter einer anderen Fahne keine Sammlung möglich ist"[12]. Dies entsprach der im rechtsbürgerlichen Lager weit verbreiteten, durch die nationalsozialistische Propaganda bewußt genährten Vorstellung, wonach die Entwicklung zu einer fundamentalen, säkularen und umfassenden Erneuerung von Staat und Volk hintreibe, deren Vollstrecker die nationalsozialistische „Volksbewegung" sei[13].

Bei seinem Parteieintritt spielte Schulenburgs Überzeugung, daß die NSDAP –

---

[9] Vgl. Gerhard Schulz, Staatsschutz und Nationalsozialismus in der Ära Brüning, in: Ilse Maurer/Udo Wengst, Staat und NSDAP 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, Düsseldorf 1977, S. 23; Rudolf Morsey, Staatsfeinde im öffentlichen Dienst (1929–1932). Die Beamtenpolitik gegenüber NSDAP-Mitgliedern, in: Klaus König u. a. (Hrsg.), Öffentlicher Dienst. Festschrift für Carl Hermann Ule, Köln 1977, S. 166 ff.; Hans-Peter Ehni, Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928–1932, Bonn 1975, S. 191 f.

[10] Krebs, S. 69 f., 71.

[11] Ebenda, S. 84 f.

[12] Brief vom 28. März 1932, zitiert nach Krebs, S. 84 f.

[13] Vgl. Ernst Günther Gründel, Die Sendung der Jungen Generation, München 1933, S. 420 ff. Typisch auch die Haltung Karl Otto Paetels, s. Wolfgang D. Elfe, Weimar aus der Sicht der „Linken Leute von rechts", in: Thomas Koebner (Hrsg.), Weimars Ende. Prognosen und Diagnosen in der deutschen Literatur und politischen Publizistik 1930–1933, Frankfurt/M. 1982, S. 218; vgl. Klaus

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

insbesondere im norddeutschen Raum – im Begriffe sei, zu einer wirklichen „Volksbewegung" zu werden, ihren Parteicharakter also abzustreifen, eine wichtige Rolle. Zugleich teilte er die Perspektive, daß eine nationalsozialistische Machteroberung den Ansatzpunkt für eine zu grundlegend neuen Formen vordringende Gestaltung von Staat und Gesellschaft bilden werde. Nicht zufällig sprach er immer wieder und bis in die Spätjahre des Regimes hinein vom „kommenden Staat" oder vom „kommenden Reich". Er war in dieser Beziehung ein Verfechter des von Oswald Spengler und Arthur Moeller van den Bruck und deren Epigonen kreierten Mythos vom Anbruch einer neuen „revolutionären" Epoche, die die Fehlentwicklungen rückgängig machen werde, die durch Individualismus und Rationalismus und die ihnen zugeordneten Strukturen des westlichen Kapitalismus und Materialismus verursacht worden seien. Schulenburg ist, jedenfalls in seinen Anfängen, in denen der Einfluß Ernst Niekischs und Friedrich Hielschers hervortrat, eindeutig den „konservativen Revolutionären" zuzurechnen; allerdings vertrat er diese Position mit einer spezifisch von der preußischen Staatstradition geprägten Variante. Die typischen Elemente der neokonservativen Philosophie: die Ablehnung großstädtisch-urbanen Lebens, die Idealisierung agrarischer Verhältnisse, ein tiefes Mißtrauen gegen die Herausbildung des modernen industriellen Großbetriebs und das Drängen auf dessen Ersetzung durch handwerklich bestimmte Klein- und Mittelbetriebe, finden sich als Grundkonstanten seiner Reformvorschläge. Der für diese Ideengänge so bestimmende Siedlungsgedanke taucht bei ihm in vielfältigen Varianten und mit ungewöhnlichem Nachdruck auf. Trotz seiner Erfahrungen im Ruhrgebiet fühlte er sich zutiefst dem deutschen Osten verbunden, wie er auch jene Vorstellungen teilte, daß in diesem gleichsam noch immer kolonialen Raum allein die Kräfte der inneren Wiedergeburt Deutschlands erwachsen könnten[14].

Die Radikalität, mit der sich Schulenburg der Vision einer grundlegenden abendländischen Neuordnung in diesem Sinne verschrieb, erklärt indessen seine starke Affinität zur nationalsozialistischen Bewegung nicht hinreichend, so sehr deren politischer Stil, der persönliche Initiative, ja technokratisches „Machertum" bewußt begünstigte[15], seinen Bedürfnissen nach aktivem, eingreifendem Handeln entgegenkam. Zwar lehnte Schulenburg das schon in den Jahren vor der Machtergreifung sichtbare bramarbasierende Auftreten von Männern wie Göring und Röhm, offensichtlich unter dem Einfluß Gregor Straßers und dessen norddeutschen Anhängern,

Fritzsche, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft. Das Beispiel des Tat-Kreises, Frankfurt a. M. 1976, S. 134 ff.

[14] Vgl. Joachim Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978, S. 92 ff.; Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962, S. 293 ff.; Wilhelm Ribhege, August Winnig. Eine historische Persönlichkeitsanalyse, Bonn 1973.

[15] Hitlers Führungsstil stellte bewußt darauf ab, den Unterführern größtmögliche Initiative zu belassen, und unterstützte damit deren „Stoßtrupp"-Mentalität, die auf ein ohne Rücksicht auf die möglichen Folgen vollzogenes, spontanes Agieren hinauslief.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rückhaltlos ab. Er teilte nicht dessen sich seit dem Frühsommer 1932 verfestigende Überzeugung, daß die NSDAP aus der Rolle der Radikalopposition heraustreten und konstruktive Mitarbeit und ernsthafte politische Verantwortung übernehmen müsse. Vielmehr meinte er, daß „die Spanne Zeit", die noch „zur Erneuerung der Partei und ihrer Zucht und zur Ausscheidung der Bonzen" verbleibe, genutzt werden müsse. Die Säuberung der Partei von opportunistischen Elementen sei „eine Voraussetzung für ein Vorwärtstragen der Idee"[16]. In diesen Äußerungen spiegeln sich typische Illusionen jener Gruppierungen, die vom neokonservativen Lager in die NSDAP hinüberwechselten.

Schulenburg lehnte deshalb im Oktober 1932 eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach den Novemberwahlen, insbesondere einen Eintritt in ein von Papen geführtes Kabinett, als gefährlichen Irrweg ab. Dies würde „der Partei als der politischen Kampfform der Idee den Todesstoß versetzen". Das entsprach, bei sehr verschiedenen Prämissen, der Einstellung Hitlers in dieser Phase, der immer wieder auf der „Reinhaltung der Idee" bestand. Andererseits äußerte Schulenburg damals, sicherlich von Straßers engerer Umgebung beeinflußt, gewisse Zweifel, ob Hitler der „große Staatsmann" sei, der das „politische Schachspiel" der Bewegung „sicher" durchspielen könne, und meinte, daß diesem „vielleicht auch die letzte Härte" dazu fehle[17]. Er bedauerte den am 8. Dezember vollzogenen Rücktritt Gregor Straßers von seinen Parteiämtern, den er von „den Unterführern" für „die stärkste aufbauende Kraft" und für den „einzigen Mann wirklich großen Formats" hielt, und prognostizierte zutreffend, daß Straßer „nicht einen Kampf im Rücken der Partei ausfechten" werde[18].

Schulenburgs Einstellung war durch seine betonte Kritik am sozialreaktionären Kurs des Kabinetts Papen mitbedingt, zeigt aber gleichwohl, daß er damals durchaus dem radikalen Flügel der NSDAP zugerechnet werden muß, der später eine „zweite Revolution" forderte. Voreilige Kompromisse, die die erstrebte grundlegende Abwendung von Parteienherrschaft und Interessenklüngel gefährdeten, lehnte er rundheraus ab. Er gab sich der Hoffnung hin, daß sich nach einer Umbruchphase seine Vision eines klassen- und parteifreien Staates aus der Logik der Dinge heraus durchsetzen werde. Ob es Beziehungen zu Straßer und seinen Anhängern nach dessen Ausscheiden noch gegeben hat, ist uns nicht bekannt, doch dürfte ihn dessen Ermordung im Zusammenhang mit dem 30. Juni 1934 persönlich getroffen haben. An sich sympathisierte Schulenburg mit dem Gedanken der Parteisäuberung, und er hielt den Einfluß, der von Ernst Röhm ausging, für unheilvoll und untragbar. Die Liquidierung der SA-Führung wurde von breiten Kreisen als unerläßlicher Schritt Hitlers begrüßt, sich von den Radikalen in der Bewegung zu trennen. Schulenburg dürfte

[16] Vgl. Schulenburgs Briefe an seine Frau vom 11. und 17. 10. 1932 (Privater Nachlaß Schulenburg).

[17] Brief Schulenburgs an seine Frau vom 11. 10. 1932 (ebenda). Schulenburg fürchtete aufgrund irreführender Informationen, daß es zu einem Ausgleich zwischen Hitler und Papen kommen könne.

[18] Brief Schulenburgs an seine Frau vom 13. 12. 1932 (ebenda). Schulenburg erkannte zutreffend: „Mit dem Sinken Straßers steigen Röhm, Goebbels, Göring automatisch."

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von seinen Voraussetzungen aus ein Eingreifen für notwendig gehalten haben, wie er auch den Milizplänen Röhms grundsätzlich fernstand. Wie er, möglicherweise durch seine engen Beziehungen zu Straßers Gesinnungsgenossen gefährdet, auf die Vorgänge des 30. Juni 1934 reagiert hat, ist bislang nicht hinreichend bekannt[19].

Trotz gewisser Vorbehalte erwartete Schulenburg in der Machtergreifungsphase eine „revolutionierende Politik auf allen Lebensgebieten", und er war davon überzeugt, daß sich die Bewegung „von ihren Parteischlacken" lösen und zum Staate werden würde. An dieser säkularen Aufgabe mitzuwirken, wurde zu seinem eigentlichen Lebensinhalt in den ersten beiden Jahren des Regimes. Dabei lag der Akzent darauf, die Grundsätze der preußischen Staatstradition, so wie er sie sah, zur Geltung zu bringen. Die nationalsozialistische Bewegung stellte in seinen Augen den unerläßlichen Katalysator für die angestrebte Transformation dar, die zu einer perfekt durchorganisierten, zugleich aber unbürokratischen Beamtenherrschaft führen sollte. Konsequent unterstützte Schulenburg den auch sonst vertretenen Gedanken, die NSDAP aus einer Massenbewegung in eine politischen „Orden" zurückzubilden, dessen Funktion in der Trägerschaft des „politischen Willens", der Lebendighaltung der „nationalsozialistischen Idee" und der Volkserziehung und Führungsauslese bestehen sollte[20].

Entschiedene Organisationstätigkeit für die NSDAP verband sich bei Schulenburg mit Bemühungen, sich in den Dienst langfristiger Reformen zu stellen. Er nahm daher an den Beratungen des „Königsberger Kreises" teil, dem neben Repräsentanten der Partei auch eine Reihe von konservativ-national eingestellten Persönlichkeiten angehörte und der Reformprojekte im Sinne des von ihm vertretenen „preußischen Sozialismus" erörterte. Dies paßte jedoch nicht in die Landschaft des neuen Regimes, das an derartigen Planungen grundsätzlich desinteressiert war[21].

Als Leiter des Politischen Amtes der Gauleitung in Ostpreußen verwandte Schulenburg zunächst seine ganze Kraft und Tatleidenschaft darauf, die ihm vorschwebende nationalsozialistische Neuordnung in die Wirklichkeit umzusetzen. Sowenig er vor Eingriffen in die Verwaltung zurückscheute, so sehr lehnte er eine Neuauflage der von ihm in der Weimarer Zeit scharf kritisierten Ämterpatronage durch die Partei ab. Über die Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 kam es zu schweren Konflikten zwischen Schulenburg und dem Gauamt für Beamte, die seine Stellung zunehmend unhaltbar machten.

Immer noch glaubte er, die sich häufenden Korruptionserscheinungen und Rechtsbrüche als schwer vermeidliche Begleiterscheinungen einer Übergangsphase hinstel-

---

[19] Vgl. Krebs, S. 115. Schulenburg wird sich wohl schwerlich der in der Öffentlichkeit verbreiteten Illusion hingegeben haben, daß mit der Ausschaltung der SA-Führung ein entscheidender Schritt zur Zurückdrängung von Korruption und Willkür im öffentlichen Leben getan worden sei; vgl. dazu Ian Kershaw, Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 1980, S. 72 ff.

[20] S. Schulenburgs Vortrag „Preußisches Beamtentum", Bl. 24, (März und Juni 1931, Nachlaß von der Schulenburg, BA Koblenz, NL 301/2); vgl. Krebs, S. 116 f.

[21] Ebenda, S. 87 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

len zu können. Es bedurfte langer Jahre, bis er sich endgültig zu der Erkenntnis durchrang, daß es unmöglich war, die Mißstände des Systems von innen heraus zu beheben. In seinem Rechtfertigungsbrief an Gauleiter Koch vom 31. Dezember 1935[22] geißelte er dessen persönliche Korruption ebenso ungeschminkt wie die personalpolitischen Fehlentscheidungen. In diesem Zusammenhang wies er auf die sich ausbreitende Ablösung des Führermythos von der NSDAP hin, welche zunehmender öffentlicher Kritik ausgesetzt war. „Wenn aber immer wieder unmittelbar aus dem Volk, ohne äußeren Einfluß, diese Rede geht, wie es weithin der Fall ist, so ist das ein bedrohliches Zeichen, wie weit sich Führung und Volk in der Provinz auseinandergelebt haben." Schulenburg mochte damals noch hoffen, daß diese Erscheinungen auf Ostpreußen beschränkt waren. Immerhin mußte er sich von der Illusion lösen, daß die östliche Provinz zu einem Musterland der nationalsozialistischen Revolution werden könne. Der durchaus konstruktive „Ostpreußenplan", der die agrarische Monostruktur Ostpreußens zurückdrängen sollte, war von ihm ausdrücklich bejaht, möglicherweise auch mit angeregt worden. „Ostpreußen hat als historisches Preußenland", so hatte er im Juli 1933 dem Gauleiter geschrieben, „die Berufung, den preußischen Lebensstil des Kampfes und der Arbeit endlich wieder zum Durchbruch zu bringen. Wir haben uns auch im Nationalsozialismus stellenweise weit davon entfernt." Schon damals hatte sich seine Opposition gegen die sich ausbreitende Korruption in der Partei angekündigt, die er schließlich in die Formel faßte: „Mit dem Volk und Hitler gegen die Bonzen."[23] Noch vermochte Schulenburg, wie viele seiner Zeitgenossen, nicht zu erkennen, daß es Hitler selbst war, der dem rasch hervortretenden moralischen und politischen Zersetzungsprozeß Vorschub leistete. Erst die Vorgänge, die sich an die Absetzung des Gauleiters Wagner in Schlesien anschlossen, verschafften ihm hierüber endgültige Gewißheit[24].

Die Abwendung Schulenburgs vom nationalsozialistischen System erfolgte nicht über Nacht; sie stellte einen langwierigen, in mancher Beziehung widerspruchsvoll erscheinenden Prozeß dar. So stimmte er mit den außenpolitischen Zielsetzungen des Regimes weitgehend überein, so sehr er auch die angewandten Methoden verurteilte. Dies galt insbesondere für die von ihm als säkular empfundene Aufgabe der „Zerschlagung" des bolschewistischen Systems. Er teilte den nationalsozialistischen Lebensraumgedanken. Er sprach von der „Größe und Schönheit des Ostens", den mit „neuer Kraft" zu erfüllen und aufzubauen er als „Riesenaufgabe" hinstellte, „die dar-

---

[22] S. Anm. 6. Zur Korruption des Regimes die Aussagen Schulenburgs vor der Gestapo: Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944, Stuttgart 1951, S. 273 ff.; vgl. ferner Krebs, S. 163.

[23] Schreiben an Gauleiter Koch vom 12. Juli 1933, zit. nach Krebs, S. 111; vgl. ebenda, S. 113.

[24] Schulenburg an seine Frau Anfang Juni 1940 (o. D., Privater Nachlaß Schulenburg) mit der Schilderung des typischen Vorgangs, daß Hitler sich scheute, die Absetzung Wagner gegenüber offen auszusprechen. Vgl. dazu Krebs, S. 194; zum Vorgang Peter Diehl-Thiele, Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung, München 1969, S. 119; Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 208 (mit etwas irreführenden Datenangaben).

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über entscheidet, ob das Volk endgültig der städtischen Zivilisation verfällt oder hier im Osten noch einmal Wurzel schlägt und sich von seiner Kraft her erneuert"[25]. Man müsse, heißt es im Kriegstagebuch im Sommer 1941, „den Aufbau im Osten als großes soziales Befreiungswerk von der Enge und Not des deutschen Raumes verkünden" und „das deutsche Volk noch einmal zu Glück und Größe zwingen". Gewiß sind diese unbedachten Äußerungen, die unter dem Eindruck der militärischen Anfangserfolge der deutschen Armeen in Rußland stehen, mit einigen Abstrichen zu versehen, zumal Schulenburg bald Gelegenheit hatte, die Verhältnisse in den okkupierten russischen Territorien näher kennenzulernen. Aber er lehnte die Möglichkeit, Generalkommissar in der Ukraine zu werden, nicht rundweg ab, und noch die späte Denkschrift über die Schaffung von Städteringen geht wie selbstverständlich von der Schaffung eines deutsch geprägten europäischen Großraumes aus, der sich von Wilna und Minsk, Brest und Lublin bis nach Prag und Brünn, Groningen und Lüttich erstreckte[26]. Der Ruf nach umfassender Reagrarisierung, nach der Rückkehr zu einem schollengebundenen Menschentum, zu dem, was er „die Wende von der Großstadt zur Landschaft" nannte, läßt die enge Verbindung zur Agrarromantik der 20er Jahre deutlich hervortreten.

Grundlegend unterschied sich Schulenburg jedoch in den einzuschlagenden politischen Maßnahmen, die zur Schaffung eines „neuen Europa mit Ostglacis" führen sollten. Verhinderung jeder willkürlichen Ausbeutung, Wahrung der grundsätzlichen Freiheit der Person, des Eigentums, der Meinungs- und Religionsäußerung, die Ersetzung von Willkür durch Recht waren die Vorbedingung der von ihm anvisierten „Neugeburt der abendländischen Werte". Den Deutschland anvertrauten Schutzvölkern dürfe ihre „völkische Eigenart" und „die Freiheit, sich ungehindert politisch und kulturell zu entfalten", nicht genommen werden. Zu einer aufbauenden Politik im Osten gehörte auch ein grundlegendes Aufräumen im Altreich, die Ersetzung korrupter Persönlichkeiten durch die fähigsten Männer. Würde man hingegen „im besetzten Gebiet, in Menschen und Dingen nur Gegenstände der hemmungslosen Ausbeutung" sehen, werde man nur „eine andere Form" des Bolschewismus praktizieren, fügte er warnend, ja prophetisch hinzu[27]. Diese Vision, die grundlegend von Hitlers planmäßig angestrengtem Rassenvernichtungskrieg abwich, erscheint in mancher Hinsicht erschreckend naiv und zeigt überdies, daß die kämpfende Trupppe noch wenig vom Komplex der „verbrecherischen Befehle" erfahren hatte; sie ist ferner in gewissem Widerspruch zu Schulenburgs gleichzeitiger militärischer Lagebeurteilung zu sehen, die einen relativ guten Einblick in die strategischen Überlegungen der deutschen Führung verrät – allerdings die Niederwerfung der Sowjetunion nicht vor dem Frühjahr 1942 und eine Beendigung des Gesamtkrieges nicht vor 1943 erwartete[28].

---

[25] Kriegstagebuch Schulenburgs (Privater Nachlaß Schulenburg), Aufzeichnung vom 9.7. 1941.

[26] Ebenda, ferner Nachlaß Schulenburg, BA Koblenz, Fragment einer Denkschrift zur Verwaltungs- und Reichsreform, Bl. 13 f.: „Städteringe".

[27] Kriegstagebuch Schulenburgs, Aufzeichnungen vom 27.8. und 2.11. 1941.

[28] Ebenda, Aufzeichnung vom 27.8. 1941. Zum Komplex der „verbrecherischen Befehle" vgl. Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–45,

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schulenburgs ostpolitische Erwägungen berühren sich in vielen Punkten mit der offiziellen nationalsozialistischen Politik. Sie entspringen indessen anderen Wurzeln und sie verfolgen unterschiedliche Ziele. Der Gedanke der deutschen Kulturmission im Osten war Gemeingut des deutschen Imperialismus vor 1914 gewesen und hatte eine besondere Zuspitzung in der alldeutschen Bewegung erfahren. Großraumpläne, die den osteuropäischen Raum deutscher Kontrolle unterwarfen, waren keineswegs auf die völkische und die nationalsozialistische Bewegung beschränkt, und sie wurden auch im Kreis jener Nationalkonservativen erörtert, die am 20. Juli 1944 als unerbittliche Gegner des nationalsozialistischen Regimes offen hervortraten[29]. Der deutsche „Drang nach Osten" hatte unter dem Einfluß neokonservativer Ideenströme, insbesondere Moeller van den Brucks Entdeckung der „jungen Völker", eine Modifizierung erfahren. Auch Schulenburg empfand bei seinem Aufenthalt in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, daß es sich beim Russentum und den anderen sowjetischen Völkern, mit denen er in Berührung kam, um junge, „unverbrauchte", nicht von der westlichen Zivilisation angerührte Bevölkerungen handelte, deren ursprüngliche Religiosität er mit Bewunderung hervorhob[30].

Schulenburg gab sich der Illusion hin, daß die Auslöschung des bolschewistischen Systems die Voraussetzungen für ein Zusammenleben der osteuropäischen Völker unter deutscher Suprematie herbeiführen werde, und er glaubte, ganz im Stile der Ideen Oswald Spenglers und seiner ideologischen Trabanten, daran, daß dem „Reich" die Aufgabe der „Ersetzung des parasitären Kapitalismus durch eine neue Gemeinschaftsordnung" schicksalhaft zugefallen sei[31]. Der Weltgegensatz zwischen dem zerfallenden kapitalistischen Westen und dem sich an das Prinzip des „preußischen Sozialismus" anschließenden Osten prägte seine politischen Grundvorstellungen. Jene die deutsche Niederlage von 1918 doch nur kompensierenden Ideen einer „deutsch-slawischen Schicksalsgemeinschaft" haben Schulenburg, vielfach durch indirekte Kanäle, aufs tiefste beeinflußt[32].

Die deutsche Führungsmission in Europa stand für Schulenburg außer jedem Zweifel. Nur spurenweise finden sich Bedenken, daß die angestrebte Ostlösung auf den Widerstand des nationalen Selbstbewußtseins der betroffenen „Schutzvölker", wie er sie nannte, treffen würde. Er wollte sie jedoch nicht bloß in kultureller, sondern auch in politischer Autonomie belassen, und er glaubte, dies nicht durch eine auf die

---

Stuttgart 1978, S. 21 ff., sowie Helmut Krausnick, Kommissarbefehl und „Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa" in neuer Sicht, in: VfZ 25 (1977), S. 682–738.

29 Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, S. 188 ff., sowie Otto-Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts, Stuttgart 1960, S. 256 f., 344 ff.

30 Vgl. Krebs, S. 220 ff.

31 Kriegstagebuch Schulenburgs, Aufzeichnung vom 27. 8. 1941. Zur Reichsideologie vgl. Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. 254 ff., sowie Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 287 ff., 295 f.

32 Über die „Bündische Reichsschaft", die am 17. August 1930 in der Potsdamer Garnisonkirche gegründet wurde, dürfte Schulenburg mit Kleo Pleyer und durch ihn mit den Ideen Martin Spahns in Verbindung gekommen sein. Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, S. 200 f.; vgl. Kriegstagebuch Schulenburgs, Aufzeichnung vom 27. 8. 1941.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Macht des Bajonetts gestützte Ordnung, sondern durch überlegene Führung bewerkstelligen zu können.

Es ist für den Nachlebenden schwer, sich in derartige, in den damaligen deutschen Führungsschichten verbreitete Vorstellungen hineinzuversetzen, die durch die Dialektik von hypertrophem Antibolschewismus und realitätsabgewandter Rußlandromantik eine eigentümliche Verstärkung erfuhren. In objektiver Beziehung ist der imperialistisch-nationalistische Charakter dieser Ideengänge unverkennbar; subjektiv träumten die deutschen rechtsstehenden Intellektuellen, unter deren direkten und indirekten Einfluß der noch jugendliche Regierungsassessor in den späten 20er Jahren geriet, von der Rückkehr in eine heile gesellschaftliche Welt, für die der Osten den Pflanzboden abgeben würde. Die Unfähigkeit zu nüchterner politischer Analyse war Kennzeichen einer ganzen Generation; sie machte vor brillanten Publizisten wie Hans Zehrer nicht Halt. Sie verknüpfte sich auch bei Fritz Dietlof von der Schulenburg mit der Illusion, daß die Größe der Aufgabe die Mediokrität der Mittel verändern und dem als geschichtlich notwendig Empfundenen zum Durchbruch verhelfen würde[33].

Denn über den sich abzeichnenden inneren Zerfall des NS-Regimes und dessen Loslösung von der preußischen Staatstradition machte sich Schulenburg zunehmend geringere Illusionen. Der nationalsozialistischen Führungsschicht attestierte er in einem Brief vom Frühjahr 1943, daß sie „der Tradition des Staates und seinem inneren Gesetz" zuwiderhandle[34]. Während er in früheren Jahren geglaubt hatte, daß es möglich sein werde, die mit dem Machtwechsel verbundenen Mißstände und Fehlentwicklungen rückgängig zu machen, einer sachlichen, bloß Qualitätsmaßstäben verpflichteten Politik zum Durchbruch zu verhelfen und eine in jeder Hinsicht integre Führungsschicht an die Spitze zu bringen, erkannte er nun, daß dies dem Wesen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems widersprach, ohne sich freilich über die Ursachen im einzelnen im klaren zu sein. Im Frühjahr 1941 äußerte er zu seiner Frau, wie „dumm" er doch seinerzeit gewesen sei; bei einer neuerlichen Beschäftigung mit dem Problem der Führungsauslese sei ihm klar geworden, daß den preußischen Institutionen im „kommenden Reich" eine zentrale Rolle zukommen werde, „da die Partei dann ausfällt"[35]. In den Gestapo-Verhören brachte er diese Einsicht in der ihm eigentümlichen sprachlichen Prägnanz unmißverständlich zum Ausdruck: „Je mehr ich über die Entwicklung nachdachte, desto klarer wurde mir, daß alle ihre Züge im Grunde eine Wurzel hatten: *Gewalt ohne Maß, innen und außen.* Anfangs suchte ich noch nach Möglichkeiten, dies Übel im Wege der Reform zu heilen. Allmählich aber kam ich zu der Erkenntnis: Eine Reform hilft nicht mehr, da alles ineinander verkettet ist und in Grundtatsachen beruht, die mit dem *Charakter des Systems* unwandelbar verbunden sind[36].

[33] Vgl. Fritzsche, Politische Romantik und Gegenrevolution, S. 134 ff.
[34] Schulenburg an seine Frau, 4. 4. 1943 (Privater Nachlaß Schulenburg).
[35] Zit. nach Krebs, S. 203.
[36] Spiegelbild einer Verschwörung, S. 453.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schulenburg handelte aus innerer Konsequenz. Seine Entscheidung, sich in den Dienst der nationalsozialistischen Bewegung zu stellen, beruhte auf den gleichen geistigen Grundlagen, die ihn später mit Notwendigkeit in das Lager des Widerstands trieben. Die Koinzidenz der Motive seiner Unterstützung des Nationalsozialismus und seiner schließlich erbitterten Gegnerschaft überrascht nicht. Schwerer ist zu erklären, warum eine Persönlichkeit von solch ungewöhnlichem menschlichen und sachlichen Format über Jahre hindurch dem Irrglauben anhängen konnte, daß unter den Bedingungen des Dritten Reiches konstruktive Arbeit und zukunftsweisende Neugestaltung möglich seien. Für den Nachlebenden ist die psychologische Kraft des nationalen Aufbruchmythos, den die nationalsozialistische Propaganda erfolgreich zu exploitieren vermochte, nicht leicht nachzuvollziehen. Man kann darin eine kollektive Selbstsuggestion gewichtiger Teile der deutschen Eliten erblicken oder eine sozialpsychologische Entlastung von der jahrelangen Erfahrung, mit dem politischen System von Weimar nicht im Sinne nationaler Identifikation kommunizieren zu können – jedenfalls erklärt der Mythos eines 1918 gescheiterten, gleichwohl überfälligen grundlegenden Neuanfangs gutenteils die ex post unbegreiflich erscheinende Bereitschaft, dem neuen System einen Vertrauensvorschuß einzuräumen, den sie unter anderen Umständen wohl kaum einem politischen Messianismus, als der ihnen der Nationalsozialismus erschien, eingeräumt haben würden.

Angesichts der beträchtlichen ideologischen Übereinstimmung der neokonservativen Bewegung mit den vorgeblichen Zielen der NSDAP verwundert es nicht, daß sich gerade bei ihr eine politische Blindheit abzeichnete, wie sie selbst in der nationalistischen Hochstimmung des August 1914 nicht aufgetreten war. Man wird dabei nicht verkennen dürfen, daß selbst erklärte Gegner Hitlers und im politischen Geschäft durchaus erfahrene Persönlichkeiten dem Sog des scheinbar aus sich selbst heraus erzeugten nationalsozialistischen Erfolges erlagen. Julius Leber, wenngleich im Konzentrationslager von der Wirklichkeit des einsetzenden nationalsozialistischen Terrors abgeschirmt, glaubte für eine gute Weile, Hitler eine Chance geben zu müssen, den Ausgleich zwischen Arbeiterschaft und Staat herbeizuführen und zu einer dauerhaften Lösung der sozialen Frage zu gelangen[37]. Gerade die zwischen den Parteilinien hin- und herpendelnde akademische Intelligenz erwies sich als höchst anfällig für ein politisches Wunschdenken, das bereit war, die offenkundigen Schwächen der nationalsozialistischen Bewegung und ihres Führers zu übersehen; nicht anders ging es den Exponenten des Präsidialregimes, ob es sich um Heinrich Brüning, um Kurt von Schleicher oder Franz von Papen und viele ihrer Mitarbeiter handelte. Massive soziale Ressentiments, die in einem hypertrophen Antikommunismus gipfelten und mit handfesten Statusinteressen der deutschen Oberschicht korrespondierten, standen dabei im Hintergrund. Wenn in der Literatur angesichts des nationalsozialistischen Mobilisierungserfolgs immer wieder von der Verführbarkeit der „Massen" gesprochen worden ist, so sollte man nicht übersehen, daß breite Führungsgruppen in

[37] Vgl. Dorothea Beck, Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand, Berlin 1983, S. 142 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gesellschaft und Staat sich einer nicht weniger irrationalen kollektiven Neurose hingaben, die in der Erwartung gipfelte, daß die NSDAP, wenn man sie nur angemessen behandelte, ihre chaotischen Seiten abstreifen und sich in den angestrebten „nationalen Staat" willig einordnen werde. Dazu gehörte auch die verbreitete, von Hitler in den Anfängen des Regimes auch erfüllte Hoffnung, daß dieser, einmal in die politische Verantwortung genommen, sich mäßigen und sich von den „sozialrevolutionären" Kräften seiner Bewegung trennen werde[38].

Schulenburg hatte schon 1931 ein grundlegendes Reformkonzept in verschiedenen Vorträgen vorgelegt, das sich aufs engste an Oswald Spenglers Auffassung von „Preußischem Sozialismus" anschloß. Wie dieser lehnte er die Weimarer Reichsverfassung und das parlamentarische System rundweg ab. Die Existenz des Parlaments und politischer Parteien erschien dem jungen Regierungsassessor als die entscheidende Triebkraft zur Aushöhlung und Auflösung der „preußischen Staatsidee" und zur Korrumpierung des Berufsbeamtentums preußischer Prägung. Die Schärfe, mit der er das „hysterische Geschwätz von Republik, Verfassung und Flagge" zurückwies, und die Bereitwilligkeit, mit der er Unterstellungen übernahm wie diejenige, daß hinter dem Treiben der politischen Parteien „dunkle Mächte" stünden, die deutschem Wesen fremd seien, die zahlreichen antisemitischen Anklänge, all dies weist ihn als vergleichsweise unkritischen Schüler Oswald Spenglers aus. Dessen Formulierung: „Ohne den Beamten als Stand ist das deutsche Volk nicht denkbar, weder als Rasse noch in seiner gefährlichen Lage. Aus den Bedingungen des 20. Jahrhunderts *muß* wieder eine Idee des Staatsdienstes entwickelt werden, ein sittliches Standesgefühl, das den Staat in Zukunft zu tragen fähig ist", findet sich sinngemäß in Schulenburgs Denkschriften immer wieder[39].

Schulenburg glaubte an die Möglichkeit einer klassenübergreifenden Sozialordnung und der Verschmelzung antagonistischer gesellschaftlicher Interessen in einer virtuellen Identität von Staat und Volk. Im Kern bestand sein politisches Denken in einer in die Zukunft projizierten historischen Utopie. Jenes Preußen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen, das er als Leitstern empfand, hat es nie gegeben. Die friderizianische Tradition, die er beschwor, sah er im Lichte der idealisierenden Deutung, die ihr Spengler mit der Lehre vom „preußischen Sozialismus" gegeben hatte. Gleichwohl verkörperte er selbst vieles der preußischen Überlieferung, deren Kern

[38] Vgl. die Leitartikel in: Deutschlands Erneuerung. Monatsschrift für das deutsche Volk, H. 12 (16. Jg.), 1932, S. 716 und 759. Eine Kurzfassung seines Vortrags „Preußisches Beamtentum" veröffentlichte Schulenburg in der Juninummer dieser dem Alldeutschen Verband nahestehenden Zeitschrift.

[39] „Preußisches Beamtentum" (s. Anm. 20); Oswald Spengler, Neubau des deutschen Reiches (Mai 1924), Politische Schriften, München 1933, S. 219 f. Vgl. auch ders., Preußentum und Sozialismus, München 1920, S. 90: „Der ‚Zukunftsstaat' ist ein Beamtenstaat." Von den neokonservativen Autoren hat insbesondere Spengler Schulenburg nachhaltig beeinflußt, auch wenn die Denkschriften wörtliche Entlehnungen und Verweise nicht enthalten. Insbesondere finden sich zahlreiche begriffliche Übereinstimmungen. Vgl. ferner Thomas Koebner, Die Erwartung der Katastrophe. Zur Geschichtsphilosophie des „Neuen Konservatismus", in: Weimars Ende, S. 350.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

er in einem selbstlosen, opferbereiten, aber alles andere als subalternen Beamtentum erblickte. Ihm schwebten die großen preußischen Beamten der Reformzeit vor; an ihrem Ideal maß er das eigene Handeln. Dazu gehörte in allererster Linie Gesinnungsfestigkeit, die die Bereitschaft einschloß, auch Widerspruch von Untergebenen hinzunehmen und gegenüber der vorgesetzten Behörde unbequeme Wahrheiten nicht zu verschweigen. Protestantische Gesinnungsethik und Preußentum waren bei Schulenburg unzertrennlich miteinander verbunden.

Die Rolle der nationalsozialistischen Bewegung hatte Schulenburg in der Anfangsphase des Regimes als bloßen Zwischenschritt zu einer grundlegenden Neuorganisation in Anknüpfung an altpreußische Vorbilder angesehen. Er unterstützte die vom Reichsministerium des Innern ausgehenden Bestrebungen nach einer weitgehenden Zentralisierung der Verwaltung und nach grundlegenden administrativen Reformen[40]. Für eine Übergangszeit hielt er es für unerläßlich, Beamtenpositionen mit Vertretern der NSDAP zu besetzen. Aber er ließ keinen Zweifel daran, daß auf lange Sicht ein freilich im nationalsozialistischen Geiste erzogenes, fachlich hochqualifiziertes Beamtentum an deren Stelle treten müßte. Seine Zielsetzung war, Preußentum und Nationalsozialismus zu verschmelzen. Seine zahlreichen Denkschriften und Vorträge ranken um das Problem, die Kompetenzen von Partei und Beamtenschaft organisch zu trennen und der fortschreitenden Zersplitterung der politischen und administrativen Willensbildung sowie der Zurücksetzung des Fachbeamtentums entgegenzuwirken.

Tatsächlich vollzog sich die Entwicklung in durchaus umgekehrter Richtung. Zwar mangelte es nicht an ständigen Klagen der Politischen Leiter, daß alle Macht bei der staatlichen Bürokratie liege und die Partei weitgehend einflußlos sei[41]. Zugleich war es anfänglich, bei gewissen Ausnahmen im kommunalpolitischen Bereich, zu einer Zurückdrängung der örtlichen und regionalen Parteidienststellen gegenüber den Verwaltungsbehörden gekommen. Es konnte daher der Eindruck einer einsetzenden staatlichen Konsolidierung entstehen. Indessen wurden in wachsendem Umfange wichtige Bereiche der Staatstätigkeit den zuständigen Ressorts entzogen und Sonderverwaltungen anvertraut, die sich im Zwielicht zwischen Partei und Staat ansiedelten. Vor allem in Spitzenpositionen, auf die es Schulenburg besonders ankam, vermochte sich das Beamtentum immer weniger gegenüber unkontrollierbaren Parteieinflüssen durchzusetzen. Zudem befand sich die Beamtenschaft zunehmend unter dem Druck der parteioffiziösen Geringschätzung der Verwaltungstätigkeit, die im Schlagwort von der „Menschenführung" einen Niederschlag fand. Schulenburg kämpfte gegen die weit verbreitete beamtenfeindliche Strömung innerhalb des nationalsozialistischen Führungskorps vergeblich an. Er mag sich anfänglich noch Illusionen darüber hingegeben haben, daß die um sich greifende Herabsetzung des Beamtentums nicht

[40] Vgl. Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich, Stuttgart 1966, S. 36 ff. Zur Reichsreform vgl. Walter Baum, Reichsreform im Dritten Reich, in: VfZ 3 (1955), S. 36–59.

[41] Vgl. Martin Broszat, Der Staat Hitlers, München 1969, S. 162 ff. Für Klagen über die Bürokratie vgl. Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich, S. 114 f. und passim.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Willen des „Führers" entspreche. Wenn er seit 1934 wiederholt beschwörend auf Hitlers positive Äußerungen zur Rolle des Beamtentums in „Mein Kampf" und dessen in der Potsdamer Garnisonkirche abgegebenes Versprechen, die preußische Tradition in Ehren zu halten, hinwies, hatte dies allerdings eindeutig taktischen Charakter[42].

Die Reorganisationsvorschläge, die Schulenburg seit 1934 entwickelte, stellten darauf ab, die ständigen Spannungen zwischen Staatsapparat und Parteibehörden zu überwinden. Er glaubte, eine Lösung des Problems in einer Personalunion von politischer und Verwaltungsführung auf allen administrativen Ebenen gefunden zu haben. Konsequent forderte er eine gemeinsame Ausbildung des Parteiführungs- und des Beamtennachwuchses. Letzteres war mit Sicherheit kein Mittel, den institutionellen Dauerkonflikt aufzuheben, und hätte vielmehr den Rest an Eigenständigkeit zerstört, den sich der Verwaltungsapparat gegenüber den Eingriffen der Partei hatte bewahren können[43]. Er übersah, daß die der Bewegungsphase der NSDAP entstammende Regel, den jeweiligen Unterführer nur auf unbedingte Loyalität gegenüber dem Führer zu verpflichten, ihm sonst aber weitgehend freie Hand zu lassen und ihn keiner wie immer gearteten bürokratischen Kontrolle zu unterwerfen, den Grundsätzen des neuzeitlichen Beamtenstaats schnurstracks zuwiderlief. Die von Hitler und seinen Satrapen geforderte „Menschenführung" stellte das gerade Gegenteil des auf dem Prinzip geregelter bürokratischer Arbeitsteilung beruhenden Verwaltungshandelns dar. Desgleichen war der Begriff der „Gesetzmäßigkeit" der Verwaltung nationalsozialistischen Vorstellungen völlig fremd. Insofern war Schulenburgs ernstgemeinter Versuch, preußische Verwaltungstradition und nationalsozialistisches Führerprinzip miteinander zu versöhnen, ein Versuch am untauglichen Objekt.

Schulenburg war freilich geneigt, in dieser Frage den nationalsozialistischen Vorstellungen ein Stück weit entgegenzukommen. Der Beamte, der ihm als Vertreter des eigentlich staatstragenden Standes vorschwebte, war nicht der durchschnittliche Subalternbeamte. Als Vorbild dienten ihm Oberpräsidenten und Minister der preußischen Reformzeit, also durchweg Positionsinhaber, die hohe politische Funktionen versahen. Auch beurteilte er Probleme der staatlichen Verwaltung ganz überwiegend aus der Perspektive der allgemeinen und inneren Verwaltung, wenngleich er vorübergehend Gelegenheit hatte, andere Verwaltungszweige – so während seiner Tätigkeit im Reichswirtschaftsministerium – kennenzulernen. Das Fachbeamtentum im Bereich der Justiz- und Finanzverwaltung blieb ihm weitgehend fremd. Er vertrat den klassischen Beamtenbegriff, der die Tätigkeit des Beamten mit der Wahrnehmung hoheitlicher Funktionen gleichsetzte. Folgerichtig wollte er den Beamtenstatus auf die ursprünglichen staatlichen Aufgabenbereiche zurückbilden. Die Probleme der moder-

[42] Vgl. Krebs, S. 113. Schulenburg befand sich hier in Übereinstimmung mit dem Reichsministerium des Innern, das vergeblich für die Verbesserung des Ansehens und der Besoldung der Beamtenschaft kämpfte. Vgl. dazu die ungedruckte Dissertation von Jane Caplan, The Civil Servant in the Third Reich, Oxford 1973, sowie Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich, S. 118 ff.

[43] Schulenburg, „Neubau des höheren Beamtentums", in: Mommsen, Beamtentum, S. 140 ff., sowie „Reichsreform, Grundgedanken", Pfingsten 1934, S. 16 (Nachlaß Schulenburg, BA Koblenz).

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen Massenbürokratien berührten ihn nicht, obwohl er den in sich geschlossenen Beamtenapparat des preußischen Staates für vorbildlich hielt.

In Schulenburgs Ideal des Staatsdieners mischten sich durchaus unbürokratische Vorstellungen. Das entsprach zunächst seinem persönlichen Stil, sich über Äußerlichkeiten, Verwaltungsvorschriften und gelegentlich auch über Kompetenzabgrenzungen hinwegzusetzen. Der führende Beamte, den er vor Augen hatte, war einerseits das Gegenstück des Offiziers, andererseits waren ihm politische Führungseigenschaften abverlangt. Auf den Einwand, daß Politik „Kampf" bedeute und dies nicht der Tätigkeit des Beamten entspreche, zögerte er nicht, mit der Forderung zu antworten, daß das Beamtentum, neben den klassischen preußischen Tugenden, „heroische" Züge besitzen müsse. Gleichzeitig sollte die zu schaffende homogene staatstragende Elite sich durch Volksverbundenheit und soziale Gesinnung, was immer das heißen mochte, auszeichnen. „Der Verwaltungsbeamte der Zukunft", schrieb er 1932, müsse etwas vom „Volksführer" haben[44]. Er erkannte, daß dies nicht für die Gesamtheit des öffentlichen Dienstes gelten konnte. Er unterschied daher zwischen den „Führerstellen, die selbständige Entscheidung und Verantwortung haben, und den Stellen, die nur Verwaltungs- und Organisationsarbeit leisten". Für die letzteren wollte er einen „Zwischentyp zwischen Angestellten und Beamten" schaffen[45].

Das künftige Beamtentum sollte vor allem eine verschworene Gesinnungsgemeinschaft sein. Die innere Haltung der Führungselite entspringe, wie Schulenburg in Anlehnung an Spengler 1931 formulierte, dem „geheimen inneren Gesetz" Preußens, das sich „aus den Gegebenheiten des Blutes, des Bodens und der Geschichte" herleite[46]. In diesem Zusammenhang war von „der Ordensidee des Dienstes für die Gesamtheit" die Rede. Dieses Beamtenkorps sollte eine offene Elite darstellen. Es war an besonders dazu einzurichtenden Beamtenschulen auszubilden. Allein die Kriterien der Leistung und der Charakterfestigkeit sollten der Auslese der Spitzenbeamten zugrundeliegen. Die bisherige juristische Fachausbildung an den Universitäten hielt Schulenburg für überflüssig. Zwischenzeitlich forderte er, ähnlich wie Johannes Popitz, eine getrennte Ausbildung der Regierungsreferendare, für die das preußische Generalstabsprinzip Pate stand[47]. Die Spitzenbeamten selbst sollten durch die Vergabe von Grund und Boden an das Land gebunden und den korrumpierenden Einflüs-

---

[44] Brief an seine Frau vom 3.12.1932 (Privater Nachlaß Schulenburg). In denselben Zusammenhang gehört die häufige Polemik gegen das Vordringen bürokratischer Tendenzen in den Ministerialverwaltungen.

[45] Denkschrift „Reichsreform, Grundgedanken", S. 16.

[46] „Preußisches Beamtentum", Bl. 1; vgl. Spengler, Preußentum und Sozialismus, S. 29: „Preußentum ist ein *Lebensgefühl*, ein *Instinkt*, ein *Nichtanderskönnen*; es ist ein Inbegriff von seelischen, geistigen und deshalb zuletzt doch auch leiblichen Eigenschaften, die längst Merkmale einer Rasse geworden sind."

[47] Vgl. Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich, S. 34, 37 f. Schulenburg argumentierte in der Frage der Beamtenausbildung in einer Linie mit Johannes Popitz und Staatssekretär Wilhelm Stuckart; auch hier haben die Ideen Spenglers eingewirkt. Allgemein steht das Vorbild der preußischen Kadettenausbildung Pate für die Vorstellung, die juristische Ausbildung für den Bereich der inneren und allgemeinen Verwaltung entbehren zu können.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen der Großstadt entzogen sein[48]. Auch diese Vorstellungen kamen nationalsozialistischen Ideengängen, wie sie etwa Walther Darré vertrat[49], bemerkenswert nahe, wenngleich die elitäre Komponente eine ungleich schärfere Zuspitzung erfuhr.

Dieser idealisierte Beamtenbegriff stellte das Kernstück der von Schulenburg mit Zähigkeit verfolgten Reorganisationspläne dar. Gewiß wechselte gelegentlich die Akzentuierung, nicht zuletzt unter dem Einfluß der negativen Erfahrungen, die er mit der nationalsozialistischen Führungselite machte. Zugleich wirkten militärische Vorbilder in unterschiedlichem Maße ein. Schulenburgs Bild des historischen Preußen war nachhaltig geprägt durch die Traditionen des preußischen Heeres, und er wurde nicht müde zu betonen, daß dieses die Herausbildung des Beamtentums entscheidend beeinflußt hatte. Wie viele der neokonservativ eingestellten Autoren, von denen er direkt und indirekt beeinflußt war, neigte Schulenburg dazu, militärische Begriffe und Erfahrungen auf den zivilen Bereich zu übertragen. So verglich er die Beamten mit „Stoßtruppführern des Weltkrieges", oder er schlug vor, zur Säuberung des Beamtenapparats „Verwaltungsstandgerichte" in Analogie zu den militärischen Standgerichten in Preußen nach der Niederlage von 1806 einzuführen[50]. Ähnliches ist vor allem bei Ernst Jünger vorgebildet, dessen Schrift „Der Arbeiter" Schulenburgs besonderes Interesse fand.

Noch 1938 hat Schulenburg die Forderung nach einer Regenerierung des preußisch-deutschen Beamtenstaats öffentlich vertreten und – ganz im Gegensatz zu Hitlers Tendenz, den verfassungspolitischen Status quo beizubehalten – die Notwendigkeit „großer staatspolitischer Reformen" herausgestellt: „... niemand wird behaupten, dieser Staat sei heute schon die knappe, harte Form, die das Volk zum Lebenskampf braucht ... Noch ist die staatliche Kraft nicht organisch von unten her aufgebaut und klar zusammengefaßt. Noch ist sie nicht von der zentralistischen Erstarrung, der zersplitternden Schwäche einer unschöpferischen Bürokratie befreit. Noch ist die soziale Ordnung nicht bis in das letzte durchgeformt. Der Aufbau der Zellen der Volksordnung, Familie, Berufsstand, Gemeinde, ist gerade erst begonnen."[51] Schulenburg faßte eine zweite „preußische Reform" ins Auge. Sie sollte nicht bloß die Fehlentwicklungen der „Systemzeit" endgültig beseitigen, sondern zugleich die Prinzipien des „preußischen Sozialismus" verwirklichen.

Die verschiedenen Vorschläge, die Schulenburg zur Verwaltungsreform unterbreitete und unter Verwaltungsfachleuten zur Diskussion stellte, liefen auf einen stark zentralisierten, unitarischen Verwaltungsstaat mit ausgeprägt korporativen Elementen hinaus. Sie deckten sich insoweit mit den Reichsreformbestrebungen des Reichsministeriums des Innern, als eine Eigenständigkeit der Länder, auch als Verwaltungs-

48 „Preußisches Beamtentum", Bl. 230.

49 Vgl. Richard Walther Darré, Neuadel aus Blut und Boden, München 1934; J. E. Farquharson, The NSDAP and Agriculture in Germany 1928–38, Canterbury 1972. Bei Schulenburg ist jedoch, wie bei Spengler, die völkisch-rassische Komponente dieses Denkens nicht ausgeprägt.

50 „Preußisches Beamtentum", Bl. 17.

51 „Das preußische Erbe und der nationalsozialistische Staat", März 1938 (Nachlaß Schulenburg), Bl. 16.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einheiten, nicht vorgesehen war. Zugleich trug das von ihm entwickelte System eindeutig versorgungsstaatliche Züge. Dazu gehörte ein umfassendes planwirtschaftliches System. Im Vordergrund stand die Forderung nach höchstmöglicher Effektivität der Verwaltung. Sie müsse so eingerichtet sein, daß sie auf einen Knopfdruck hin funktioniere. Gleichwohl sollte dem einzelnen Beamten ein breiter Ermessensspielraum zustehen und er nicht durch bürokratische Anweisungen gegängelt werden[52].

Während Schulenburg ursprünglich stark zentralistisch eingestellt war – erst nach einer Übergangszeit könne vielleicht daran gedacht werden, „der kommunalen und berufsständischen Selbstverwaltung Raum zu geben" –, sprach er sich später für eine Dezentralisierung der Verwaltung aus. „Eine überspitzte Zentralisation des gesamten Staatslebens würde den Staatsapparat riesengroß aufblähen und damit die politische Macht der Bürokratie stärken."[53] Diese Meinungsänderung hing nicht zuletzt mit dem Konflikt zusammen, der zwischen dem Reichsministerium des Innern und der Gruppe der Gauleiter/Oberpräsidenten und Reichsstatthalter aufgebrochen war. Während ersteres eine Einheitsverwaltung anstrebte, die die „Mittelinstanz", also die Ebene der Regierungspräsidenten, mit umfassen und der Weisungsbefugnis der Zentrale unterstellten sollte, setzten sich die Gauleiter für eine weitgehende Autonomie der zu schaffenden „Mittelinstanz" ein. Es blieb dabei bis zum Kriegsende umstritten, ob die Ebene der Regierungspräsidenten oder diejenige der Oberpräsidenten und deren Entsprechungen in den nichtpreußischen Territorien die Grundlage dafür bilden sollte[54]. Beide Seiten beriefen sich auf das Selbstverwaltungsprinzip. Das Reichsministerium des Innern forderte es vor allem für die kommunale und die Kreisebene.

Für Schulenburg war die Frage des Verhältnisses von staatlicher und regionaler Selbstverwaltung von untergeordneter Bedeutung, obwohl er der Tendenz nach regionale Verwaltungskörper bejahte und sich zum Fürsprecher des „landschaftlichen" Prinzips machte. Ihm kam es vor allem auf die horizontale Zusammenfassung der verschiedenen Verwaltungsstränge in einer Einheitsverwaltung an. Er dachte nicht nur an die Eingliederung der Finanz-, Arbeits- und Wirtschaftsverwaltung in die innere und allgemeine Verwaltung auf allen Stufen; auch die Gestapo sollte den jeweiligen Verwaltungsführern unterstehen. Von den klassischen Ressorts sollte neben dem Auswärtigen Amt, der Führung der Reichswehr und den technischen Spezialressorts nur die Justizverwaltung selbständig bleiben.

Die von Schulenburg unterbreiteten Lösungsvorschläge waren damals relativ populär; sie entsprachen den Bestrebungen des Reichsministeriums des Innern, die Zuständigkeit der allgemeinen und inneren Verwaltung auszudehnen, berührten sich zugleich mit den Überlegungen Carl Goerdelers, der vom Blickpunkt der Kommu-

---

52 „Preußisches Beamtentum", Bl. 15.

53 Ebenda, Bl. 23.

54 Vgl. Diehl-Thiele, Partei und Staat im Dritten Reich, S. 126 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nalverfassung aus ebenfalls dem Prinzip der Einheitsverwaltung den Vorzug gab[55]. Die horizontale Zusammenfassung des Verwaltungsapparats sollte durch eine Erweiterung der Zuständigkeiten der nachgeordneten Verwaltungsträger gegenüber der Zentrale kompensiert werden. Schulenburg glaubte, auf diesem Wege die negativen Effekte zentraler Zusammenfassung begrenzen und den Einfluß der von ihm zeitweise überwiegend negativ charakterisierten Ministerialbürokratie verringern zu können. Gleichzeitig wollte er den Ermessensspielraum der lokalen und regionalen Verwaltungsführer ausweiten und bürokratische Routine abbauen. Eine derartige Reform hätte den Beamten der „Mittelinstanz" eine ungewöhnliche Machtstellung eingeräumt. Sie zielte darauf ab, dem „Führerprinzip" Eingang in die Verwaltung zu verschaffen. Ob sie den sachlichen Anforderungen des modernen Verwaltungsstaats hinreichend Rechnung getragen hätte, muß bezweifelt werden. Sie bedeutete die Rückgängigmachung des Prinzips der Verwaltungsteilung. Dem entsprach der Gedanke, die bisherigen Ressorts zu Reichsämtern umzugestalten, wofür die Bismarcksche Reichsverfassung Modell stand. Folgerichtig sollten die Reichsämter zu bloßen „Organen des Reichskanzlers" zurückgebildet werden, was nun freilich der faktischen Verfassungsentwicklung des Dritten Reiches entsprach[56].

Schulenburg stand gleichzeitig vor dem Problem, den Dualismus von Partei und Staat zu lösen. Indem er die Einheit von politischer und Verwaltungsführung auf allen administrativen Ebenen ins Auge faßte, unterstützte er verbreitete Bestrebungen des Parteiapparats, die innere Verwaltung dessen direkter Zuständigkeit zu unterwerfen. Das Prinzip der Personalunion von Kreisleiter und Landrat, das sich vorübergehend durchzusetzen schien, bewährte sich jedoch, jedenfalls in den Augen der Partei, nicht[57]. Hingegen hatte die Kumulation von Gauleiter- und Oberpräsidentenamt gerade den Instanzenzug der inneren und allgemeinen Verwaltung durchbrochen und zu der von Schulenburg beklagten Verwaltungszersplitterung maßgeblich beigetragen. Seine Vorstellungen entsprachen weitgehend der vor allem vom Stab des Stellvertreters des Führers und den Gauleitern propagierten „Reichsmittelinstanz", die der Partei ungeschmälerte Hoheitsaufgaben auf der regionalen Ebene eingeräumt hätte. Die im letzten Kriegsjahr vollzogene Ernennung der Gauleiter zu Reichsverteidigungskommissaren und die Unterstellung der Zivilverwaltung unter ihre Zuständigkeit lag auf dieser Linie[58]. Schulenburg löste den Grundwiderspruch nicht, der darin lag, daß sich die Führungsauslese der Partei gerade nicht nach den Prinzipien vollzog, die er für die Heranbildung eines Verwaltungsführerkorps zugrundegelegt wis-

---

[55] Vgl. Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands, in: Walter Schmithenner/Hans Buchheim (Hrsg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln 1966, S. 143 f.

[56] Vgl. Lothar Gruchmann, Die „Reichsregierung" im Führerstaat. Stellung und Funktion des Kabinetts im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Günther Doeker/Winfried Steffani (Hrsg.), Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für E. Fraenkel, Hannover 1973, S. 192 ff.

[57] Vgl. Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich, S. 108 ff.; Diehl-Thiele, Partei und Staat im Dritten Reich, S. 173 ff.

[58] Vgl. Hüttenberger, Die Gauleiter, S. 158.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen wollte. Im Grunde machten seine Vorschläge die Existenz der NSDAP als politischen Führungsapparat entbehrlich.

Das von Schulenburg angestrebte politische System war autoritär geprägt und hatte mit liberal-konstitutionellen Verfassungstraditionen nichts gemein. Er stand ganz in der Tradition des vorrevolutionären Preußen und folgte der Tendenz, Verfassung durch Verwaltung zu ersetzen[59]. Jeder Anklang an gewählte Repräsentativkörperschaften war in seinen Entwürfen vermieden. Zwar war daran gedacht, den Verwaltungsführern auf allen Ebenen beratende Körperschaften an die Seite zu stellen. Desgleichen war an die Schaffung von Selbstverwaltungskörperschaften der Berufsstände gedacht. Auch sie sollten in Personalunion in die Zuständigkeit des jeweiligen „Einheitsführers" fallen. Dieser war an Empfehlungen der beratenden Gremien nicht gebunden und hatte überdies maßgebenden Einfluß auf deren Zusammensetzung. Sie sollten der Rückkopplung zu den Interessen der Bevölkerung dienen. „Der Rat", so formulierte Schulenburg, „ist ein Ventil für die Stimmungen des Volkes, für Aufdekken von Fehlern und Schäden, und macht in fruchtbarer Kritik Vorschläge zur Abhilfe. Jedem Mitglied des Rats wird freie Meinungsäußerung und schonungslose sachliche Kritik ausdrücklich zur Pflicht gemacht."[60]

Daß es sich bei Schulenburgs Reichsreformplänen nicht um einen „organischen Staatsaufbau" von unten nach oben, wie er meinte, sondern um ein extrem etatistisches Pendant zum nationalsozialistischen Führerstaat handelte, geht aus seinen allerdings höchst fragmentarischen Vorschlägen zur Spitzengliederung hervor. Für „beschließende Körperschaften, die die Verantwortung mit dem Führer teilen", auch für die Reichsregierung als kollegiales Gremium, war in diesen Plänen kein Raum. Verwaltungs- und politische Führung waren im Reichskanzleramt zusammengefaßt. Allerdings erwog Schulenburg, daß der Führer und Reichskanzler „aus der Verwaltung herausgehoben werden" müsse. Ob diese Überlegung im Zusammenhang mit der damals noch offenen Frage der Besetzung des Reichspräsidentenamtes nach dem Hinscheiden Hindenburgs stand, ist nicht nachzuweisen. Indessen faßte Schulenburg bereits 1934 eine europäische Großstaatsbildung ins Auge, in der sich die Stellung des Führers notwendig verändern würde. „Der Führer des Reichs soll der oberste Repräsentant des kommenden Reiches, und der Führer der Bewegung soll der Führer der kommenden Bewegung sein. Das Reich der Zukunft wird Staaten, Völker und Bewegungen im mittel- und osteuropäischen Raum unter einer Führung zusammenfassen. Schon heute muß die Form dafür gefunden werden, daß sich unter dem Führer des Reiches Staaten, Völker und Bewegungen zum Reich zusammenschließen."[61] Gleichwohl beschränkten sich seine Vorschläge darauf, dem Führer und Reichskanzler einen „Ordensrat" zur Seite zu stellen, der zur Hälfte aus Reichs- und Gauleitern, zur anderen Hälfte aus vom Führer ernannten Honoratioren beschickt werden sollte. Die Staatsratspläne des Freiherrn vom Stein wie deren zweifelhafte Wiederaufnahme

[59] Vgl. Reinhard Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution, Stuttgart 1967, S. 282 f.
[60] Denkschrift „Reichsreform", Bl. 15.
[61] Ebenda, Bl. 7 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch Hermann Göring als preußischem Ministerpräsidenten mögen bei derartigen Erwägungen Pate gestanden haben. Sie trafen sich mit gleichzeitigen Überlegungen, Hitler einen Reichsgesetzgebungssenat oder einen Führerwahlsenat zuzuordnen, allerdings mit dem Unterschied, daß dem Ordensrat keinerlei Anteil an der Regierungsgesetzgebung zugebilligt war[62].

Es überrascht, daß ein Verwaltungsjurist, der eine normale rechtswissenschaftliche Ausbildung durchlaufen hatte, sich mit dem Problem der Gesetzgebung und deren institutioneller Einbindung nahezu überhaupt nicht beschäftigte, ebenso wie er die Judikative weitgehend vernachlässigte. Denn selbst im autoritären Staat bedarf es einer geregelten Gesetzgebungszuständigkeit, wenn die Einheitlichkeit des staatlichen Handelns sichergestellt werden soll. Darüber hinaus wird man sich fragen, warum ein so ungewöhnlich begabter und vielseitiger Verwaltungsfachmann, wie es Schulenburg war, das Problem der Machtkontrolle fast völlig überging, obwohl er den zynischen Machtmißbrauch nationalsozialistischer Funktionsträger aller Ebenen aufs schärfste anprangerte. Er sprach wohl gelegentlich davon, daß die vorgesehenen Selbstverwaltungskörperschaften eine hinreichende Kontrolle gegen Verwaltungswillkür und Amtsanmaßung darstellten. Auch wollte er dem Rechnungshof ein Kontrollrecht über die allgemeine Verwaltungstätigkeit eingeräumt wissen, was jedoch nicht viel mehr als eine Reminiszenz an die zeitgenössische Überbewertung der preußischen Oberrechenkammer darstellte. Damit wäre nur eine Initiativen hemmende bürokratische Kontrollapparatur ins Leben getreten, die dem Grundsatz eines selbstverantwortlichen Beamtentums gerade entgegenstand, ganz abgesehen davon, daß sie nur den sekundären Gesichtspunkt der Korruptionsfreiheit der Verwaltung betraf[63].

Schulenburgs Reorganisationspläne kranken daran, daß sie den im neuzeitlichen Verfassungsstaat ausgebildeten Mechanismen relativer Machtkontrolle nichts Adäquates entgegenzustellen haben. Er war fest davon überzeugt, in der Charakterfestigkeit der auszulesenden Führungseliten einen Schutzdamm gegen mißbräuchliche Gewaltanwendung gefunden zu haben. „Wir wollten eine Führerschicht, die ein Vorbild in Haltung und Tat ist", erklärte er den Vernehmungsbeamten im Oktober 1944[64]. Die innere Homogenität des durch strengste Auslese und Erziehung zusammengeschweißten Führerordens, der allein der Staatsidee verpflichtet war, stellte für ihn eine hinreichende Garantie dar, um Fehlentwicklungen zu vermeiden und Funktionsträger, die den Gedanken des „Dienstes an der Gesamtheit" verletzten, auszuscheiden[65]. Vorstellungen von einer herausgehobenen Dienstelite finden sich durchweg im neokonservativen Schrifttum der 20er Jahre. Die Rekrutierung ihrer Vertreter wurde dabei höchst unterschiedlich und widerspruchsvoll konzipiert, wobei die Auf-

[62] Vgl. Broszat, Der Staat Hitlers, S. 360 ff.

[63] „Preußisches Beamtentum", Bl. 17 f.

[64] Spiegelbild einer Verschwörung, S. 454.

[65] Vgl. Schulenburgs Denkschrift „Neuaufbau des höheren Beamtentums" vom April 1933, abgedruckt bei Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich, S. 137–142. Schulenburg kritisierte, das Beamtentum sei in der Weimarer Republik, die keine „politische Staatsidee" gekannt habe, zum „Werkzeug der Parteien" geworden und habe die innere Homogenität verloren.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fassung überwog, daß sie aus dem nachbarschaftlichen Bereich herauswachsen könnten, im Sinne eines „natürlichen" und „organischen" Führertums. Ein solches Konzept findet sich bei Arthur Mahrauns „Jungdeutschem Orden", bei Edgar Jung und zahlreichen anderen neokonservativen Autoren, nicht zuletzt auch bei Ernst Jünger und August Winnig, von denen wir wissen, daß sie Schulenburg direkt beeinflußt haben[66].

Die Wertschätzung der „Nachbarschaft" und der „Landschaft als sozialer Grundeinheit" nach derjenigen der Familie und der Gemeinde findet sich denn auch in Schulenburgs Denkschriften, ohne daß dieser Zusammenhang näher expliziert wird.

Auch bei den Vertretern des Kreisauer Kreises wie der Gruppe um Goerdeler wird die Erwägung variiert, die politische Führungsauslese auf der Grundlage überschaubarer sozialer Einheiten vorzunehmen und sich damit der unerwünschten Folgen eines als „mechanistisch" begriffenen Wahlverfahrens zu entledigen[67]. Dies vermischt sich mit der allenthalben durchbrechenden Großstadtfeindschaft und der Hoffnung, die durch die industrielle Entwicklung bedingte Bevölkerungsverdichtung durch eine umfassende, zunächst auf das Reichsgebiet beschränkte Siedlungspolitik rückgängig zu machen, für die Schulenburg den Begriff der „inneren Kolonisation" gebrauchte. Die Ideengänge der „Bündischen Reichsschaft" lagen exakt auf dieser Linie; zu ihr gehörten auch die Idealisierung der Grenzlandarbeit, der Siedlungsgedanke und die Mitteleuropa-Idee. Alle diese Vorstellungen gipfelten in der Erwartung, den Prozeß der „Vermassung" rückgängig machen zu können und den Einzelnen durch die Bindung an den Boden, die Familie, die überschaubare Nachbarschaft und den Klein- und Mittelbetrieb in unmittelbare menschliche Bindungen und eine „natürliche" Ordnung zurückzuführen, die persönliche und religiöse Werte an die Stelle eines materialistischen Konsumstrebens und nihilistischer Irreligiosität setzte[68].

Fritz Dietlof von der Schulenburg war kein systematischer Denker, und seine Funktion im Widerstand wird nicht auf dem Gebiet der langfristigen Planung, sondern des ständigen pragmatischen Aktivismus liegen, der ihn zu dem bedeutendsten

---

66 Die folgenden Passagen aus Spenglers „Preußentum und Sozialismus" (S. 60 f.) werden von Schulenburg vielfach wörtlich variiert: „Wenn der Ordensgedanke 'Alle für Alle' eine moderne Fassung erhielt, so war es nicht die Bildung von Parteien, die nach unten auf dem Wege der Wahlen alle paar Jahre einmal dem Volk das Recht gaben, für den von der Partei ernannten Kandidaten oder überhaupt nicht zu stimmen ..., sondern es war das Prinzip, jedem Einzelnen nach Maßgabe seiner praktischen, sittlichen, geistigen Fähigkeiten ein bestimmtes Maß von Befehl und Gehorsam anzuweisen, einen ganz persönlichen Grad und Rang von Verantwortung, der jederzeit, wie ein Amt, widerruflich war. Dies ist das ‚Rätesystem', wie es vor hundert Jahren der Freiherr vom Stein geplant hatte."

67 Vgl. Mommsen, Gesellschaftsbildung und Verfassungspläne, S. 133 ff.

68 Charakteristisch dafür sind die Fragmente der Denkschrift zur Verwaltungs- und Reichsreform im Nachlaß, vor allem zur Sozialpolitik, zur Gemeindeordnung, zu Handwerk und Technik, desgleichen die Denkschrift über Bombenzerstörungen und Wiederaufbau (BA Koblenz, NL 301/2). Die Forderung nach Agrargebundenheit der Führungsschichten findet sich durchgängig. Insofern ist die Bemerkung von Krebs, S. 83, Schulenburg habe den Gedanken der Ansiedlung der Beamtenschaft und die teilweise Besoldung durch Ausstattung mit Grundbesitz fallenlassen, zu korrigieren.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verbindungsmann der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 machte[69]. Die eigentümliche Diffusität der Denkmodelle, an die er sich anschloß und die er praktisch umzusetzen trachtete, wird zwar durch Knappheit und plastische Ausdruckskraft zurückgenommen, aber die innerliche Widersprüchlichkeit wird dadurch nicht gemindert. Die identitätsphilosophische Annahme, daß sich ein gesinnungsmäßiger Konsensus zwischen Herrschenden und Beherrschten stiften lasse, ist gemeinsames Kennzeichen der variantenreichen Beschwörung eines spezifisch „deutschen Weges", der einen organischen Ausgleich zwischen Kapitalismus und Sozialismus sicherstellen könne. Bei Schulenburg schlug sich dies in der dem militärischen Bereich entnommenen Vorstellung nieder, daß die Vorbildhaftigkeit der Führungsschicht die natürliche Gefolgschaft der Unterstellten sichern würde. Das war seine persönliche Erfahrung im Umgang mit Menschen aller sozialen Stellungen. Nicht durch Rang und institutionelle Macht, sondern allein durch persönliche Autorität im Umgang mit Menschen begründete sich der Anspruch auf Herrschaftsausübung.

Dieser hochgradige Subjektivismus Schulenburgs verknüpfte sich mit seiner spezifischen Sicht der preußischen Tradition, auf die er sich in diesem Zusammenhang immer wieder berief. Es läßt sich zeigen, daß manches davon auf einer unkritischen Verallgemeinerung der durchaus exzeptionellen Bedingungen der preußischen Reformperiode beruhte, wobei nun freilich deren konstitutionelle und frühliberale Elemente ganz in den Hintergrund traten. Der Bruch, den die Reformer mit der friderizianischen Tradition vollzogen hatten, wurde von ihm nicht wirklich gesehen. Dabei spielte der Einfluß Oswald Spenglers eine entscheidende Rolle. Das „preußische Erbe", auf das er sich zu stützen glaubte, fungierte als „historische" Utopie. Dies galt nicht im Sinne eines reaktionären Stockpreußentums. Eine Restitution der Hohenzollern kam für Schulenburg niemals in Betracht[70]. Andererseits dachte er durchaus in altpreußischen Kategorien, die ihn Bismarcks konstitutionelle Politik und dessen „Kompromiß mit dem Kapital und dem Judentum" als Verleugnung der preußischen Staatsräson erscheinen ließen[71]. Gerade diese an der preußischen Tradition orientierte „Gegenutopie" Schulenburgs führte ihn mit innerer Folgerichtigkeit in das Lager der Opposition. Nach eigenen Aussagen hat Schulenburg den innerlichen Bruch mit dem Regime im Zusammenhang mit der Fritsch-Affäre und der widerrechtlichen Absetzung des Oberbefehlshabers des Heeres im Februar 1938 vollzogen[72]. Wie stark ihm dieses Ereignis nachgegangen ist, belegt eine Äußerung, die er am 24. Mai 1941 nach

---

69 Vgl. Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1969, S. 434 und passim.

70 Vgl. Krebs, S. 176, sowie Tisa (von der) Schulenburg, Zeichnungen, Aufzeichnungen, Gütersloh o. J., S. 54.

71 Ebenda, S. 173. Antisemitische Untertöne treten bei Schulenburg erst in dem Maße zurück, in dem er sich über den verbrecherischen Charakter der nationalsozialistischen Judenverfolgung klar wird. Noch im Kriegstagebuch vom Sommer 1941 finden sich antisemitische Anklänge. Zum Gesamtproblem Christoph Dipper, Der deutsche Widerstand und die Juden, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 349–380.

72 Spiegelbild einer Verschwörung, S. 273 ff.; vgl. Krebs, S. 163.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Besuch der Grabstätte Werner Freiherr von Fritschs, der bei Beginn des Polenfeldzugs den Tod gesucht und gefunden hatte, niederschrieb. Fritsch erschien ihm als Verkörperung der preußischen Tradition im besten Sinne: „Er ist der Zuchtmeister des Heeres gewesen, und ihm ist es zu verdanken, daß es noch so etwas wie preußische Züge trägt. Vor mir stand heute früh sein Gesicht mit den ernsten und entschiedenen Augen, daran gemahnend, daß über seinen Tod hinaus die preußische Forderung an das Reich bestehen bleibt."[73]

Indem Schulenburg sich zum Widerstand entschloß, brach er nicht mit seinen bisherigen Überzeugungen, vielmehr hielt er an dem Glauben an das „kommende Reich" fest. Er war überzeugt, daß die korrumpierenden Einflüsse der „Parteibonzen" Armee und Verwaltungsapparat nicht ernstlich in Mitleidenschaft gezogen hatten, obwohl er in den späteren Kriegsjahren erkennen mußte, daß sich auch in der öffentlichen Verwaltung eine schrittweise Abkehr von den preußischen Prinzipien vollzog. Die von ihm mit der ihm eigentümlichen Entschiedenheit betriebene konspirative Arbeit, die auf die Ersetzung der nationalsozialistischen Führungsschicht abzielte, widersprach daher nicht dem Tatbestand, daß er sich gleichzeitig auf amtlicher Ebene für als notwendig erkannte Reformen einsetzte und sich nicht scheute, durch Verwaltungseinsparungen die deutschen Kriegsanstrengungen zu unterstützen. Nicht die Großraumpolitik des Dritten Reiches, sondern die Methoden, mit denen sie betrieben wurde, riefen seine rückhaltlose Kritik hervor. Die deutsche Hegemonie auf dem europäischen Kontinent erschien ihm als geschichtliche Notwendigkeit, und sie verknüpfte sich mit dem von ihm seit den späten 20er Jahren vertretenen, nur wenig modifizierten „bündischen" Reichsgedanken, in den übernationale Erwägungen einfließen konnten[74].

Für die große Mehrheit der Vertreter der Militäropposition bedrohten Hitler und das „Bonzentum" der Partei die Grundlagen und die in ihren Augen fortbestehende Kontinuität des preußisch-deutschen Machtstaats, als deren Repräsentanten sie sich fühlten. Das galt auch für Schulenburg, der zunächst auf dem Boden des bestehenden Staates kämpfte, dessen Rechtsordnung, bei allen Gesetzesverletzungen, intakt und reformierbar erschien. Er hielt daher auch an seinen grundsätzlichen Zielen fest, die eine Umgestaltung von Verfassungs- und Verwaltungsapparat im Sinne seiner in der Reichsreformdenkschrift von 1934 niedergelegten Auffassungen betrafen. Gerade die Kriegseinwirkungen, insbesondere die alliierten Bombardierungen, verstärkten sein Interesse an einer grundlegenden administrativen Neuordnung. Ihm wurde klar, daß die NSDAP als Faktor dabei entfiel, und dies bedeutete, daß er berufsständisch und nachbarschaftlich geprägten Organisationsstrukturen eine größere Aufmerksamkeit schenkte als bisher.

Es entsprach seiner Mentalität, daß er sich in erster Linie darum bemühte, für die

---

[73] Brief vom 25. Mai 1941, zitiert nach Krebs, S. 205.

[74] Vgl. Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 297 ff.; ferner Klaus Breuning, Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934), München 1969.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

überfällige Neuordnung das notwendige Personal bereitzustellen. Er hat daher in weitem Umfange das personelle Netz geschaffen, auf das sich die Umsturzplanung des 20. Juli 1944 abstützte. Dies galt insbesondere für den Bereich der inneren Verwaltung[75]. Da es Schulenburg vermied, die vielfältigen Kontakte, die er knüpfte, schriftlich zu fixieren, ist deren Ausmaß in der Regel unterschätzt worden. Schulenburg war gerade dadurch eine unentbehrliche Schlüsselfigur des Widerstands. Hingegen sind seine Beiträge zu der konzeptionellen Planung der Widerstandsbewegung des 20. Juli häufig überschätzt worden. Die für verschollen geltende „große" Reichsreformdenkschrift dürfte sich mit den im Nachlaß erhaltenen Splittern weitgehend decken[76]. Es ist denkbar, daß die Planungen des „Kreisauer Kreises" auf Schulenburg einen gewissen Einfluß ausgeübt haben. Im Grundsätzlichen aber ergeben sich signifikante Unterschiede.

Es ist begreiflich, daß Helmuth James von Moltke gewisse Schwierigkeiten hatte, Schulenburg von der Praktikabilität der Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne des „Kreisauer Kreises" zu überzeugen. Er notierte im November 1942, daß zu Schulenburg eine gewisse „Kluft nie überbrückt" wurde[77]. Zwar betonte auch Schulenburg die Notwendigkeit von Dezentralisierung und „organischer" Gliederung; aber sein personalistisch geprägter Etatismus unterschied sich grundsätzlich von Moltkes Ablehnung des modernen molochartigen Staates, dem dieser die Idee der „kleinen Gemeinschaften" entgegenstellte[78]. Während die Kreisauer Vorstellungen starke föderalistische Elemente aufwiesen, blieb Schulenburg, bei aller Betonung

[75] Es handelte sich um einen nahezu abgeschlossenen Stellenbesetzungsplan für den Bereich des Reichsministeriums des Innern. Ursprünglich war Schulenburg für das Amt des Reichsministers des Innern vorgesehen, doch erklärte er sich bereit, den Posten des Staatssekretärs des Innern unter Julius Leber als Innenminister zu übernehmen. Vgl. Dorothea Beck, Julius Leber, S. 182 f., sowie Krebs, S. 239.

[76] Dazu im einzelnen Krebs, S. 264 und 317 Anm. 198. Es spricht alles dafür, daß die im Nachlaß erhaltenen Reste einer größeren Denkschrift (S. 8 bis S. 27) den Kern der von der Abt. I des Reichsministeriums des Innern erwähnten Denkschrift zur Verfassungs- und Verwaltungsreform bilden. Es ist nicht zu erwarten, daß Schulenburg, dem Stil der erhaltenen Denkschrift nach, eine wesentlich umfangreichere Ausarbeitung vorgelegt hat, und es ist sicherlich nicht davon auszugehen, daß diese die Kreisauer Texte inhaltlich und dem Umfang nach übertraf. Es ist in jedem Falle nicht anzunehmen, daß eventuell verlorene Stücke sich inhaltlich wesentlich von den vorliegenden unterscheiden. Die Hypothese, daß bei der Übergabe von Teilen oder möglicherweise der gesamten Denkschrift an Himmler als Reichsminister des Innern, ebenso wie bei der offiziellen Denkschrift über „Bombenzerstörungen und Wiederaufbau" vom September 1943, eine „Tarnungsabsicht" (so Krebs, S. 266) vorgelegen hat, ist allenfalls auf Schulenburgs Bestreben, angesichts des bevorstehenden Attentats ins Reichsministerium des Innern zurückzukehren, zu beziehen; dies bedeutet jedoch keinesfalls, daß er bei den Umsturzplanungen inhaltlich abweichende Vorstellungen vertreten hat.

[77] Freya von Moltke/Michael Balfour/Julian Frisby, Helmuth James von Moltke, 1907–1945, Stuttgart 1975, S. 200. Vgl. die auf S. 199 zitierten brieflichen Äußerungen Moltkes vom 10. September und 11. November 1942: „Es dauert lange, bis Fritzi so ganz integriert ist, aber er ist auf dem besten Weg."

[78] Vgl. Mommsen, Verfassungspläne, S. 119 f. Zum Kreisauer Kreis und zu den Anschauungen Moltkes vgl. Ger van Roon, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis in der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, vor allem S. 402 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

landschaftlicher Selbstverwaltung, Unitarist[79], was ihn nicht hinderte, gleichzeitig bündischen Großreichsvorstellungen nachzuhängen, die jedoch bei ihm nicht mit der Konsequenz der Preisgabe des Nationalstaats, wie bei Moltke, verknüpft waren. Desgleichen waren die konstitutionellen Vorstellungen, die Carl Goerdeler entwickelte, Schulenburgs politischer Vorstellungswelt fern. In manchem berührte er sich mit den Ideen von Adam von Trott zu Solz und Claus Schenk von Stauffenberg[80]. Das betraf insbesondere die stark sozial-paternalistische Note seines Denkens, die freilich auch wieder in eine übermäßige Hervorhebung des Prinzips der „Selbsthilfe" umschlagen konnte[81].

---

[79] Es ist irreführend, Schulenburgs Raumordnungspläne mit dem Begriff des Föderalismus in Verbindung zu bringen. Es handelt sich vielmehr um eine planifikatorische Neugliederung, die gerade nicht eine echte Autonomie der Regionen begründen sollte und überwiegend vom Gesichtspunkt der Erhaltung „der Reichseinheit" und einer „straffen Reichspolitik" gegenüber partikularistischen Gefährdungen getragen war (vgl. den Denkschriftauszug „Regierungsträger und Aufsicht", ebenda). Vgl. Paul Binder in: Otto Kopp (Hrsg.), Widerstand und Erneuerung. Neue Berichte und Dokumente vom inneren Kampf gegen das Hitler-Regime, Stuttgart 1966, S. 217: Die Absicht zur Neugliederung sei nicht zuletzt „von der aktuellen politischen Überlegung" ausgegangen, „ein gesundes Gleichgewicht zwischen Zentralgewalt und den Bundesgauen herzustellen und partikularistische Eigenwilligkeiten von vornherein unmöglich zu machen". Die Interpretation von Krebs, S. 266 und 272 ff., vermischt das von Schulenburg vertretene Prinzip der Dezentralisierung der Verwaltung mit dem einer Länderföderation, welche auch dem Konzept der „Städteringe" widerspräche.

[80] Krebs betont auf S. 256, daß die Aussage Gotthard von Falkenhausens, Schulenburg habe gegen Goerdeler und für Stauffenberg votiert, sehr unwahrscheinlich sei, und sieht in der Frage der Gemeindeverfassung weitgehende Übereinstimmung mit Kreisau (S. 278). Aus den Aufzeichnungen Paul Binders, Meine Zusammenarbeit mit Fritz Graf von der Schulenburg, S. 217, geht jedoch hervor, daß sich Schulenburg gegen eine Anknüpfung an die „Weimarer Tradition" ausgesprochen und damit gerechnet hat, „daß nach einiger Zeit noch einmal eine Umsturzbewegung in Gang gesetzt werden müsse, um die alten Weimarianer loszuwerden". Dies richtete sich gegen Goerdeler. Der stark autoritäre Grundzug der Aufzeichnung über „Gemeindeordung" widerspricht bei einer gewissen Übereinstimmung in der generellen Tendenz den Vorstellungen der Gruppe um Goerdeler wie denjenigen des Kreisauer Kreises, da der Gemeinderat von oben ernannt ist, die Zusammensetzung des als „Kontrollorgan" tätigen „Gemeindetags" nicht auf Wahlen beruht. Schulenburgs Entwürfe enthalten ein starres berufsständisches Element mit ausgeprägt sozial-paternalistischer Färbung, wobei Kontrolle im wesentlichen nur auf dem Wege der Aufsicht übergeordneter Instanzen vorgesehen ist. Es spricht wenig dafür, daß Vorstellungen Schulenburgs in die Kreisauer Entwürfe und die Planungen Goerdelers Eingang gefunden haben. Zu Trott vgl. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne, S. 94 ff., sowie Henry O. Malone, Adam von Trott zu Solz: The Road to Conspiracy Against Hitler, PhD University of Texas, Austin 1980.

[81] Vgl. den Denkschriftteil „Sozialpolitik" (BA Koblenz, Nachlaß von der Schulenburg, NL 301/2), in der Schulenburg die Aufgaben der öffentlichen Sozialversicherungsträger weitgehend den Gemeinden zuweist, das Versicherungsprinzip nur für den Bereich der Großindustrie gelten lassen will und eine „gesunde Sozialpolitik" fordert, „die mit einem Minimum an baren Mitteln und einem Höchstmaß an Selbsthilfeleistung arbeiten wird". Die dadurch ersparten Aufwendungen für Sozialleistungen will er für eine gesellschaftliche Umstrukturierung verwenden, die es dem einzelnen ermöglicht, „mit dem normalen Geschick alleine fertig" zu werden; doch notwendige Fürsorgeleistungen dürften keineswegs „zu einer Schwächung der Kraft oder gar des Willens zur Selbsthilfe" führen. Man wird diese extrem rückwärts gewandten Vorstellungen, die einen Rechtsanspruch der

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die konzeptionellen Divergenzen hinderten Schulenburg jedoch nicht daran, die Zusammenarbeit zum Umsturz überall dort zu suchen, wo sie sich ihm anbot. Er zögerte nicht, eine Kontaktaufnahme zu Kommunisten gutzuheißen, die innerhalb der Wiederstandsbewegung des 20. Juli umstritten war[82]. Ursprünglich hatte er erwartet, daß das Ringen um die Neuordnung erst nach Kriegsende einsetzen werde. Nachdem ihm endgültig klar geworden war, daß die nationalsozialistische Gewaltpolitik das Reich militärisch und politisch in den Abgrund stürzen werde, stellte er sich seit Ende 1941 mit der ihm eigenen Entschiedenheit in den Dienst des nun unumwunden ins Auge gefaßten Umsturzes. Er gehörte zu denen, die niemals Hitlers Faszinationskraft erlegen waren. Das Eidproblem bestand für ihn nicht ernstlich. Er war sich des Risikos bewußt, und er zögerte nicht, zu handeln; seine religiöse Grundüberzeugung verhalf ihm dazu, an einen positiven Ausgang zu glauben. „Hinter dem tobenden Wirbel unserer Zeit" vermeinte er zu sehen, „wie sich die guten Kräfte zusammenfügen und wie trotz Sturm und Not, trotz allem, was wir noch an Menschen und Dingen verlieren werden, eine wahre Ordnung tief im Innern wie in den Zügen der staatlichen Ordnung im Werden ist." Dabei, fügte er hinzu, sei es gleichgültig, „ob mich das Schicksal zu einer Aufgabe erwählt oder als Opfer fordert. Es kommt nur darauf an, daß ich meinem Gewissen folge, durch das Gott zu mir spricht." Gerade die extreme Herausforderung des Krieges stärkte ihn in der Überzeugung, daß es gelingen müsse, zu der ersehnten staatlichen Neuordnung vorzudringen[83].

Es ist aus späterer Sicht allzuleicht nachzuweisen, wie sehr Schulenburg noch im Sommer 1943 die Möglichkeiten der deutschen Außenpolitik überschätzte. Wir wissen bislang auch nicht viel darüber, wie sich seine Auffassungen angesichts der sich abzeichnenden militärischen Niederlage verändert haben[84]. In außerordentlichen Situationen, und eine solche schufen die Bedingungen der fortgeschrittenen nationalsozialistischen Herrschaft, zählt jedoch nicht die bloße Einsicht, sondern die innere Konsequenz, von der das Handeln bestimmt wird. Es spricht vieles dafür, daß der Entschluß zum Hochverrat gegen das nationalsozialistische Regime nur von einer Gegen-Utopie ausgehen konnte. Die sogenannten „Realpolitiker" und Pragmatiker fielen im Widerstand gegen Hitler weitgehend aus.

In der Phase der Machteroberung hatten sich die Nationalsozialisten in ihrer Propaganda als Sachwalter des preußischen Erbes stilisiert. Tatsächlich ist den preußischen Traditionen, wie immer man sie begreift, niemals so strikt zuwidergehandelt

---

Betroffenen auf soziale Sicherung praktisch negieren und hinter die Bismarcksche Sozialpolitik zurückfallen, als schlechthin utopisch bezeichnen müssen.

82 Persönliche Mitteilung Tisa von der Schulenburgs an den Verf., wonach Schulenburg bereits zu wesentlich früherem Zeitpunkt Kontakte zu Kommunisten suchte.

83 Brief von 4. 4. 1943 an seine Frau (Privater Nachlaß Schulenburg).

84 Vgl. Krebs, S. 275 f. Die Denkschrift über die Bildung von „Städte-Ringen", die Mitte 1943 zu datieren ist, geht noch von der Erwartung aus, daß die deutsche Großraumpolitik im Osten erhalten bleibt (Nachlaß von der Schulenburg, BA Koblenz). Für die außenpolitischen Illusionen bei Teilen des deutschen Widerstands vgl. Hermann Graml, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstands, in: Buchheim/Schmitthenner, Der deutsche Widerstand gegen Hitler, S. 66 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

worden wie in der Periode des Dritten Reiches. Fritz-Dietlof von der Schulenburg nahm die Herausforderung an, die darin lag. Als er zum Polizeivizepräsidenten von Berlin berufen wurde, äußerte er zu August Winnig, er werde der Fouché Hitlers werden[85]. Er war seiner Sache sicher, auch wenn sie ihm den Tod brachte. Die Vernehmungen in der Prinz-Albrecht-Straße und seine Haltung im Prozeß lassen keinen Anflug von Schwäche erkennen. Seine Charakterisierung des Regimes war vernichtend, weil sie der Wahrheit entsprach, und sie beeindruckte auch seine Gegner. Roland Freisler, der gefürchtete Präsident des Volksgerichtshofs, war ihm nicht gewachsen. Schulenburg war der robusteste Verschwörer des 20. Juli. Bezeichnend ist, daß er niemals persönliche Macht angestrebt, in der Vorbereitung des Attentats das Reichsministerium des Innern bereitwillig Julius Leber überlassen hatte[86]. Das suum cuique war die Maxime, für die er starb. Ohne seine rastlose Aktivität, ohne seine Kompromißlosigkeit in der Ablehnung der inneren Grundlagen des Regimes erscheint der 20. Juli 1944 nicht denkbar. Dessen Scheitern bewies nun freilich auch, daß die von Schulenburg erstrebte preußische Alternative nicht mehr bestand.

[85] Zitiert nach Krebs, S. 129.
[86] Vgl. ebenda, S. 284.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIETRICH STARITZ

PARTEIEN FÜR GANZ DEUTSCHLAND?

Zu den Kontroversen über ein Parteiengesetz im Alliierten Kontrollrat 1946/47

Vorbemerkungen

Wenn im folgenden der Versuch unternommen wird, die Diskussionen der Siegermächte über die Bildung zonenübergreifender deutscher Parteiorganisationen nachzuzeichnen, dann geschieht dies unter einigen Einschränkungen: Erstens muß darauf verzichtet werden, den weltpolitischen Kontext der Debatten zu erörtern; zweitens können jene Auseinandersetzungen, mit denen die Parteien-Diskussion in unmittelbarem Zusammenhang stand, nur erwähnt werden, nämlich die kontroversen Verhandlungen über die künftige politische und soziale Struktur Deutschlands; drittens schließlich wird die parallele Diskussion über die Zulassung gesamtdeutsch organisierter Gewerkschaften lediglich gestreift[1].

Der knappe Überblick über Verlauf und Ergebnis der Diskussion über gesamtdeutsche Parteien konzentriert sich auf die Auseinandersetzungen im Alliierten Kontrollrat. Ziel der Studie[2] ist es, mit der in der Literatur noch nicht erörterten Frage nach den von den Alliierten gesetzten Rahmenbedingungen für die Entstehung und Funktionsweise gesamtdeutscher Parteien zu zusätzlichen Aussagen über ihre deutschlandpolitischen Intentionen und die Verhandlungstaktik in den kontroversen Diskussionen der Jahre 1946/1947 zu gelangen. Hier gilt das Interesse speziell der Sowjet-Union. Ihre Deutschlandpolitik der Jahre 1945–1947 gehört zu den bislang am wenigsten erforschten Problem-Bereichen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Zwar liegen für die Zeit bis zur Staatenbildung zahlreiche Hypothesen über ihre Motive und Zielvorstellungen vor. Es fehlen jedoch Untersuchungen, die aufgrund von Analysen ihres konkreten politischen Handelns auf bestimmten Politikfeldern Beiträge zur Überprüfung der jeweils favorisierten Hypothese liefern. Dies ist sicherlich vor allem ein Problem der Quellenlage[3]. Es scheint zudem aber auch eine politisch-klimatische Barriere zu existieren, die es manchen Autoren erschwert, ihre Erkenntnisse über spezielle Motive (etwa: Sicherheitsstreben) mit ihrer allgemeinen Wertung

[1] Diese Diskussion wird analysiert bei Michael Fichter, Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944–1948, Opladen 1982, S. 211 ff.

[2] Sie entstand im Zusammenhang mit einer inzwischen abgeschlossenen Arbeit über die KPD zwischen 1945 und 1956.

[3] Einen analytisch interessanten „Umweg" – über die Interpretation der in der DDR veröffentlichten Materialien zur Nachkriegsplanung der KPD zwischen 1941 und 1945 – wies Alexander Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945, Stuttgart 1975.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(etwa: Expansionismus) sowjetischer Deutschlandpolitik einsichtig zu korrelieren. So wenig beide Annahmen einander ausschließen müssen, ihr möglicher Zusammenhang wird häufig genug aus den Untersuchungen ausgeblendet. Gefragt wird meist nicht mehr nach dem Verhältnis beider Komponenten, in den Mittelpunkt rückt vielmehr – im Sinne eines parteilichen quod erat demonstrandum – der erneute Beweis für das längst Gewußte, nämlich für einen der sowjetischen Politik zugerechneten (oft aus der Sowjet-Ideologie abgeleiteten) Expansionismus, der ganz Deutschland gegolten habe[4].

Zwar setzte sich in der weniger parteilichen Literatur seit den 60er Jahren ein differenzierteres Argumentationsmuster durch. Für das Alltagsbewußtsein aber blieb die alte Version prägender. Das wohl auch deshalb, weil der produktive Schwarzsche Ansatz[5], der seinerzeit eine Wende einzuleiten schien, seither kaum intensiv verfolgt wurde. Nach Hans-Peter Schwarz bewegte sich die sowjetische Deutschlandpolitik bis 1948 zwischen vier parallelen Ziel- und Handlungsvarianten. Sie reichten von gesamtdeutschen Zielsetzungen über die Absicht der Neutralisierung bis hin zur Einbeziehung allein der SBZ in den sowjetischen Herrschaftsbereich. Schwarz nannte die Politik-Varianten (mißverständlich) „Alternativen". Der Erkenntnisgewinn, der seither erzielt wurde, blieb gering. Was die Sowjet-Union Deutschland gegenüber tatsächlich anstrebte, liegt noch immer weithin im Dunkeln. Der Forschungsfortschritt mag mit dem Hinweis auf die summierende Studie Loths[6] markiert werden. Statt wie Schwarz von „Alternativen" spricht er von einer „Polyvalenz" der sowjetischen Deutschlandpolitik. Daß solche Erklärungsversuche kaum hinreichen, das Verhalten der Sowjet-Union in den deutschlandpolitischen Kontroversen der Siegermächte in eine plausible Hypothese über Ziele und Mittel einzuordnen, bedarf keiner besonderen Betonung.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig erstaunlich, wie unbefragt Thesen, die den Forschungsstand der 50er und 60er Jahre reflektieren, fortgeschrieben werden. Das gilt auch für die häufig geäußerte Annahme, die Sowjet-Union habe im Interesse ihrer vermeintlich stets gesamtdeutschen (d.h. nicht nur ostzonalen) Zielrichtung ihrer Politik beständig nach Möglichkeiten gesucht, das Ziel taktisch – politisch wie institutionell – abzusichern: auch über die rasche Zulassung von Parteien mit gesamtdeutschem Anspruch.

---

[4] Ein markantes Beispiel für die Vitalität (und wie es scheint auch für die behauptete Barriere) dieser analytischen Richtung ist die Arbeit Walrab v. Buttlars, Ziele und Zielkonflikte der sowjetischen Deutschlandpolitik 1945–1947, Stuttgart 1980. Er wählte zwar einen neuen analytischen „Einstieg", arrangierte aber das zumeist bekannte Material (gemäß seinem Vorverständnis) so, daß die Sowjet-Union während der gesamten von ihm behandelten Phase als expansionistische Macht erscheint. Buttlar bewegt sich hier in der Tradition der in den USA speziell von Herbert Feis vertretenen und in der Bundesrepublik u.a. von Fritz Kopp, Boris Meissner, Gerhard Wettig und (bedingt auch) Ernst Nolte repräsentierten Sichtweise. Zur Kritik daran vgl. Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, 2. Aufl. München 1982, passim.

[5] Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Neuwied und Berlin 1966, S. 220 ff., Neuaufl. Stuttgart 1980.

[6] Loth, S. 64 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwar muß die Prüfung dieser These ohne eine zulängliche Berücksichtigung des sowjetischen Verhaltens in den übrigen strittigen Fragen der alliierten Deutschlandpolitik unvollständig bleiben; gleichwohl mag die Rekonstruktion des Teilaspekts Ansatzpunkte für eine facettenreichere Erörterung des Gesamtproblems bieten.

1. Die Rolle von Parteien in den Demokratisierungskonzepten der Siegermächte

Ob und wann es den Deutschen wieder gestattet sein sollte, sich in politischen Parteien zu organisieren, ist von den Mächten der Anti-Hitler-Koalition weder in Teheran noch in Jalta erörtert worden. Dort hatten sich die Großen Drei nur in groben Zügen über ihre gemeinsamen Ziele gegenüber dem besiegten Deutschland verständigt. Im Mittelpunkt stand – neben der beherrschenden Intention, Deutschland als potentiellen Aggressor für alle Zeit auszuschalten und deshalb vielleicht auch aufzuteilen – die scheinbar unstrittige Absicht, das Land während einer zeitlich nicht befristeten Besatzungszeit zu entmilitarisieren, zu entnazifizieren und zu demokratisieren. Bereits in Potsdam jedoch, wo die allgemeinen Formeln von Jalta konkretisiert wurden, verständigten sich die Alliierten in den „Politischen Grundsätzen" darauf, „in ganz Deutschland ... alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern" und ihnen das Recht einzuräumen, „Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen"[7].

Diese Formel verpflichtete freilich die Westmächte weder zu raschen Entscheidungen in ihren Besatzungszonen noch hielt sie dazu an, etwaigen zonalen Parteiorganisationen überzonale Zusammenschlüsse zu gestatten. Möglicherweise hatte die SMAD mit ihrem Vorgriff auf gemeinsame alliierte Regelungen dies bewirken und zudem die Struktur des Parteiensystems im Nachkriegsdeutschland präjudizieren wollen. Tatsächlich ist der SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 häufig so interpretiert worden[8], als habe die Sowjet-Union, mit der Zulassung politischer Parteien noch vor der Potsdamer Konferenz und mit ihrer Bildung von der alten Reichshauptstadt aus, Berlins „Führungsanspruch für ganz Deutschland" (Krippendorff) unterstrei-

[7] Zit. nach Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 1, Berlin 1962, S. 107; diese Passage der Potsdamer Übereinkunft geht auf einen amerikanischen Entwurf zurück. In ihm waren allerdings nichtnazistische („Non-Nazi") politische Parteien angesprochen worden. Vgl. Proposal by the United States Delegation, in: Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference), Vol. II, Washington 1960, S. 775 ff.

[8] So sehr früh Ekkehart Krippendorf, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik, Düsseldorf o. J. (1961), S. 22 f.; siehe auch Alf Mintzel, Besatzungspolitik und Entwicklung der bürgerlichen Parteien in den Westzonen (1945–1949), in: Dietrich Staritz (Hrsg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik, 2. Aufl. Opladen 1980, S. 75 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen und so zumindest indirekt Einfluß auf die Entwicklung ganz Deutschlands nehmen wollen.

Die Westmächte haben die sowjetische Initiative aber offenbar nicht so gedeutet[9]. Daher wäre es problematisch, ihre restriktive Politik gegenüber den wiederbegründeten bzw. neugebildeten Parteien als Indiz für die Absicht zu deuten, den sowjetischen Vorstoß zu unterlaufen. Die von ihnen verhängte politische Quarantäne war die Folge anderer Erwägungen. Bei den britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden entsprang sie der Vorstellung von einer schrittweisen Freigabe politischer Betätigung: dem „grassroots"-Modell der amerikanischen reeducation-Politik[10] bzw. dem analogen britischen Prinzip des „from the bottom upward"[11]. Diese Konzepte entsprachen sowohl angelsächsischem Demokratieverständnis wie der Furcht vor einem etwa noch gegebenen NS-Engagement der Deutschen. Die Politik der französischen Besatzungsbehörden gegenüber den politischen Parteien folgte hingegen strikt den Leitlinien der damaligen Deutschlandpolitik Frankreichs: Es galt, die eigenen territorialen Forderungen und die Ansprüche auf Wiedergutmachung zu befriedigen, im übrigen für eine weitreichende Dezentralisierung der politischen Strukturen zu sorgen und deshalb auch das parteipolitische Leben möglichst spät und dann zunächst nur auf einem überschau- und kontrollierbar kleinen Raum zuzulassen[12].

Zwar erkannte die amerikanische Militärregierung schon Anfang Juli 1945, daß es keine Indizien für die Bildung einer NS-Untergrundbewegung gab. Sie registrierte dagegen aufmerksam den Beginn einer – noch illegalen – politischen Organisationsarbeit der verschiedenen nichtnazistischen Parteien, speziell der „aktiven" und „gut organisierten" Kommunisten, bei denen sie überdies „einige Anzeichen für Außensteuerung" sah. Gleichwohl hielt sie an der Quarantäne fest, weil, wie Clay dem War Department berichtete, das Besatzungsgebiet politisch noch immer ruhig sei, „teils unter dem Einfluß des Verbots politischer Aktivität, teils weil die deutschen Massen

---

[9] In den mir zugänglichen britischen und amerikanischen Akten findet sich für diese Annahme kein Hinweis. Immerhin aber wurde innerhalb der amerikanischen Militärregierung Mitte Juli 1945 auf das Problem der im amerikanischen Sektor Berlins existierenden Gliederungen von Parteien aufmerksam gemacht, deren Verbände von der SMAD lizensiert waren, und gefragt, wieweit man diese angesichts des in der Besatzungs-Direktive JCS 1067 ausgesprochenen Verbots politischer Betätigung akzeptieren könne. Die gleiche Unsicherheit bestand gegenüber dem nationalen Anspruch der SBZ-Parteien. OMGUS-intern wurde deshalb angeregt, im Kontrollrat eine gemeinsame Politik der Besatzungsmächte auszuarbeiten, um zu verhindern, daß sich aus einer unterschiedlichen Haltung ein Konflikt („a serious divisive factor") entwickle. Vgl. Das Memorandum des Direktors für Politische Angelegenheiten der United States Group, Control Council, Donald R. Heath für Robert D. Murphy v. 17.7. 1945, in: Potsdam Conference II, S. 758 ff., S. 761.

[10] Mit Blick auf die Gewerkschaften umfassend ausgeführt bei Fichter, S. 140 ff.

[11] So noch im Dezember 1945 in einem Papier des Politischen Beraters des Chefs der britischen Militärregierung; vgl. Public Record Office, FO 371 – 46910 – 01136, 3. Dec.

[12] Zu den jeweiligen zonalen Regelungen Flechtheim, S. 102 ff.; zur französischen Politik vgl. Claus Scharf und Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die Französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

total unpolitisch und apathisch scheinen und primär mit den Alltagsproblemen von Ernährung, Kleidung und Wohnen beschäftigt sind"[13].

Zur gleichen Zeit (9.7. 1945) hielt es das britische Foreign Office allerdings schon für „wünschenswert", nun in der britischen und amerikanischen Zone das Verbot aufzuheben: „Dieses Ziel sollte etwa wie folgt verkündet werden: ‚Es ist auch alliierte Politik, die Bildung von politischen Parteien in Deutschland zu fördern, die die Grundlage einer künftigen geordneten und friedlichen deutschen Gesellschaft formen können.'"[14] Wann dies geschehen sollte, ließ das Foreign Office jedoch offen. Das sowjetische Vorprellen bei der Zulassung politischer Parteien veranlaßte die britischen Behörden offenbar nicht, die eigene Politik zu überdenken. Das Außenamt verfolgte indes aufmerksam die Bildung der Einheitsfront von KPD und SPD, die Gründung des Blocks (der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien") und des Kulturbundes in der SBZ[15].

Die im August (US-Zone) und September (britische Zone) bzw. Dezember 1945 (französische Zone) gestattete Gründung von Parteien (zunächst überall nur auf Kreisebene) folgte den Entwicklungen der eigenen Zonen: Die Besatzungsbehörden reagierten auf das nun stärker artikulierte deutsche Bedürfnis nach parteipolitischer Organisation.

Daß die westlichen Ziele und Zeitvorstellungen in der Parteienfrage den sowjetischen Deutschland- und Besatzungspolitikern zumindest in Umrissen bekannt waren, darf angenommen werden. Schon deshalb ist zu fragen, wie ernsthaft die SMAD beabsichtigen konnte, durch eine frühzeitige Zulassung von politischen Parteien mit gesamtdeutscher Orientierung in der SBZ die politische Struktur der Parteienlandschaft ganz Deutschlands vorzuprägen. Immerhin hing ja die Chance, auf diesem Wege Einfluß auf deutsche Politik in den Westzonen zu nehmen, zunächst davon ab, daß dort politische Parteien und Organisationen überhaupt gebildet und tätig werden durften. Darüber hinaus aber fehlen auch hinreichende Indizien, die auf die Existenz einer frühzeitig konzipierten und taktisch entsprechend ausdifferenzierten sowjetischen Deutschlandpolitik verweisen würden.

Die Präjudizierungs-Hypothese könnte deshalb Erkenntniswert allenfalls für die Phase der alliierten Deutschlandpolitik zwischen der Kapitulation und der Potsdamer Konferenz haben, für eine Zeit, in der sich die Zieldifferenzen der Siegermächte in ihrer konkreten Besatzungspolitik noch nicht nachhaltig zeigten. Spätestens seit dem Einspruch Frankreichs gegen die Behandlung Deutschlands als politische und wirtschaftliche Einheit mußte jedoch eine etwaige sowjetische Erwartung, auf diesem Wege eine einheitliche politische Entwicklung gemäß den eigenen Zielen von der SBZ aus zu initiieren, objektiv gegenstandslos werden. Für die Folgezeit sollte be-

[13] Mitteilung Clays an Hilldring vom 5.7. 1945, in: The Papers of General Lucius D. Clay, Germany 1945–1949, ed. by Jean Edward Smith, Volume One, Bloomington/London 1974, S. 47.

[14] Zit. nach Germany: Political Questions, Foreign Office v. 9. Juli 1945, in: PRO, FO 371 – 46868 – 0/238, S. 21.

[15] Ebenda.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dacht werden, daß sich das deutschlandpolitische Kalkül der Sowjet-Union in dem Maße veränderte, in dem angesichts des wachsenden Ost-West-Gegensatzes die Sicherung der Macht durch die KPD/SED im Osten Deutschlands erhöhte Aufmerksamkeit verlangte. Beides – der Umbau der SBZ nach antikapitalistischen Maximen und eine (notwendig kompromißbereite) gesamtdeutsche Politik – war kaum in einem tragfähigen Konzept zu vereinbaren. Die Behauptung, die Sowjet-Union habe auch über die rasche Gründung politischer Parteien mit gesamtdeutschem Anspruch längerfristig auf ganz Deutschland gezielt, ist mithin nicht mehr als eine Mutmaßung über sowjetische Interessen. Sie blendet in ihrer herkömmlichen Lesart sowohl die Zeit-Dimension aus als auch die problematische Beziehung zwischen zonaler und gesamtdeutscher Politik. Sie kann sich allenfalls auf den gesamtdeutschen Anspruch der SBZ-Parteien berufen, die sich, sicher nicht gegen den Willen der Besatzungsmacht, als „Reichs"-Parteien begriffen. Aus diesem Selbstverständnis unmittelbare Rückschlüsse auf sowjetische Anstöße oder gar Instruktionen zu ziehen, ist aber wohl fragwürdig.

Auch die sowjetische Diplomatiegeschichte bemüht sich in jüngerer Zeit, die Anstrengungen der UdSSR um die Einheit Deutschlands mit Hinweisen auf Initiativen zur Schaffung gesamtdeutscher Parteien nachzuweisen. So wird in der 1976 erschienenen Arbeit V. N. Belezkis behauptet, die Sowjet-Union habe nicht nur die „im ersten Monat nach Kriegsende gegründeten Parteien, Organisationen und Gewerkschaften ... im notwendigen Maße unterstützt". „Darüber hinaus", so Belezki weiter, „forderten die sowjetischen Vertreter im Kontrollrat beharrlich die Zulassung ihrer Tätigkeit im gesamtdeutschen Maßstab."[16]

Diese Version klingt angesichts der Bedeutung, die der KPD und ihrer Bündnispolitik von der Sowjet-Union zugemessen wurden, durchaus plausibel. Einleuchtend scheint sie auch (und gerade) angesichts der deutschlandpolitischen Hoffnung, mit Hilfe einer einheitlichen Parteiorganisation die gemeinsamen politischen Ziele der Kommunisten in Ost- und Westdeutschland realisieren zu können. Gleichwohl teilt Belezki nicht mit, wie und vor allem seit wann die Sowjet-Union im Kontrollrat „beharrlich" auf die Zulassung gesamtdeutscher Parteien gedrängt hat. Als Beleg seiner Behauptung dient ihm lediglich der SMAD-Befehl Nr. 2. Frühzeitige sowjetische Initiativen hätte er auch nicht zitieren können. Denn zunächst beschränkte sich die Sowjet-Union im Alliierten Kontrollrat auf Stellungnahmen zu amerikanischen Anstößen. Mit eigenen Entwürfen brachten ihre Vertreter das Problem erst zu einer Zeit auf die Tagesordnung, da die entscheidenden Weichenstellungen in der deutschen Frage bereits erfolgt waren und eine einheitliche politische und soziale Entwicklung in Deutschland kaum noch realisierbar schien.

[16] V. N. Belezki, Die Politik der Sowjetunion in den deutschen Angelegenheiten in der Nachkriegszeit (1945–1976), Berlin (Ost) 1976, S. 33.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Der Kontrollrat arbeitet: Die erste Verhandlungsphase (Anfang Februar–Anfang Mai 1946)[17]

Den Anstoß zur Diskussion der Parteienproblematik gaben die USA. Am 16. Januar 1946 übersandte Botschafter Robert Murphy, der politische Berater der amerikanischen Militärregierung in Deutschland (OMGUS), dem State Department den Entwurf für eine Kontrollrats-Direktive. Ziel des Papiers war es, wie Murphy erklärte, den in Potsdam gebrauchten Begriff der „demokratischen politischen Parteien" zu interpretieren und zu einer „einheitlichen Behandlung der politischen Parteien in allen Zonen" beizutragen. „Obwohl", so Murphy weiter, im Text „nationale Parteien nicht erwähnt werden, glaube ich, daß eine Verständigung über Grundsätze die spätere Entwicklung von Parteien auf nationaler Ebene erleichtern wird"[18].

Der Entwurf sah in einer Präambel, in Anlehnung an die Potsdamer Formel, vor, „überall in Deutschland alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern und ihnen das Recht einzuräumen, Versammlungen und öffentliche Diskussionen abzuhalten". Paragraph 1 schrieb die Zuständigkeit für Zulassung und Aufsicht der jeweiligen Militärregierung bzw. (für Berlin) der Alliierten Kommandantur zu. Paragraph 2 garantierte den zugelassenen Parteien freie politische Betätigung und Diskussion, verlangte aber die Aufsicht der Militärbehörden, um demokratische Aktivitäten zu gewährleisten und gegen die militärische Sicherheit der Besatzungsmächte bzw. gegen die Aufrechterhaltung der Ordnung gerichtete Tendenzen zu verhindern. Paragraph 3 forderte von den Parteien die Beachtung einiger als wesentlich erachteter Prinzipien der innerparteilichen Demokratie und schrieb ihnen vor, dies in den Satzungen und Statuten niederzulegen. Vorgesehen war die geheime Wahl der Parteifunktionäre aller Ebenen innerhalb eines Jahres in einem Zweijahresturnus. Verlangt wurden das uneingeschränkte Recht aller Mitglieder bzw. ihrer Vertreter, Kandidaten zu nominieren, und eine angemessene Zeit für die Kandidatenprüfung. Gewählt werden sollte nach dem Prinzip der Mehrheitswahl – mit Stichwahlen, falls notwendig. Vergleichbare Verfahren wurden für die Wahl von Partei-Vertretern in öffentliche Ämter gefordert. Parteiversammlungen und Parteitage sowie deren konkrete Zwecke sollten zumindest eine Woche zuvor angekündigt werden, und für Wahlen bzw. Entscheidungen über Resolutionen sah das Papier ein Quorum von 51 Prozent der Mitglieder oder Delegierten vor. Parteien-Fusionen waren nur nach entsprechenden Parteitagsbeschlüssen erlaubt. Verlangt wurden zudem regelmäßige Berichte über die Parteifinanzen und die Finanzprüfung durch unabhängige Sachverständige. Für Ausschlußverfahren war ein Schiedsge-

[17] Diese wie die übrigen Zwischenüberschriften sind Lucius D. Clay, Entscheidungen in Deutschland, Frankfurt/M. o. J., entlehnt.

[18] Dieser Brief Robert Murphys, des Politischen Beraters der US-Militärregierung für Deutschland (OMGUS), und die im folgenden benutzten Quellen zur amerikanischen Politik finden sich in der OMGUS-Sammlung des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin (ZI 6). Die Dokumente stammen aus den National Archives (Washington). Die Kontrollrats-Akten werden künftig nur mit der Dokumenten-Signatur und einem Hinweis auf die jeweilige Ebene der Kontrollrats-Behörde zitiert. Dabei stehen CORC für Coordinating Committee, DPOL für Political Directorate und CONL für Control Council. Murphy-Brief an das State Department vom 16. 1. 1946, 740.001 19 Control (Germany) 1–1646.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richt vorgesehen, dem Vertreter der Parteieinheit des Auszuschließenden angehören sollten.
Um das politische Leben zu fördern, sollten gemäß Paragraph 4 des Entwurfs die alliierten und deutschen Behörden den zugelassenen Parteien entsprechend ihrer Mitgliederstärke die Mittel für adäquate Zeitungs- und Zeitschriftenauflagen zur Verfügung stellen, und die Militärbehörden waren aufgefordert, keine Partei bei der Lizensierung von Zeitungen oder der Zuteilung von Sendezeit zu benachteiligen. Zwar sollten Parteipublikationen und Berichte an die Mitgliederschaft den zuständigen Militärregierungen vorgelegt werden. Eine Vorzensur wurde jedoch ausdrücklich ausgeschlossen.
Paragraph 5 verfügte, daß lediglich nominelle NSDAP-Mitglieder oder Militaristen (gemäß der Kontrollrats-Definition) in Parteien aufgenommen werden dürften, und verlangte die gründliche Überprüfung aller gewählten Parteifunktionäre durch die Militärregierung. Das Tragen von Parteiuniformen, Emblemen oder Armbinden sollte nicht gestattet sein.
Im Paragraph 6 schließlich schlug OMGUS vor, die ordnungsgemäß gewählten Parteioffiziellen und die „Delegierten der Landes-, Provinz- oder einer höheren Ebene" der Kategorie jener Deutschen zuzurechnen, die nach der Vereinbarung des Kontrollrats für Interzonenpässe mit einjähriger Gültigkeit in Frage kamen, um so Reisen in Parteigeschäften zu ermöglichen – „including speaking tours".

In seinem Begleitschreiben an das State Department merkte Murphy an, daß die Mehrzahl der in den Text aufgenommenen Bestimmungen aus amerikanischen Entwürfen für die Gewerkschafts-Direktive stamme bzw. den Statuten der US-Gewerkschaften und denen der Weimarer Parteien entlehnt sei[19].

Was der amerikanische Entwurf für die innere Ordnung – speziell für die Organisationsweise – demokratischer Parteien vorsah, entsprach weithin bürgerlich-liberalem und (bedingt) auch sozialdemokratischem Verständnis von innerparteilicher Demokratie. Es hatte freilich kaum etwas gemein mit den Organisationsprinzipien des Demokratischen Zentralismus der Kommunisten, ja es grenzte sie durch die starke basisdemokratische Orientierung nachgerade aus dem Spektrum demokratischer Verfahrensregeln aus. Hier war, wie sich zeigen sollte, ein erster Konflikt mit dem sowjetischen Partner angelegt – nicht intendiert[20], wohl aber von der Sache her unausweichlich.

Den einzigen konkreten Hinweis auf künftige nationale Parteien bot der Paragraph 6. Denn wozu sollten Parteidelegierte „at a land or province or higher level" gewählt werden und reisen dürfen, wenn nicht zu überzonalen Konferenzen oder Zusammenschlüssen? Zudem war durch die Wiederholung der Potsdamer Formel „all democratic parties ... shall be allowed and encouraged throughout Germany" angedeutet, daß die Bildung gesamtdeutscher Parteien keineswegs ausgeschlossen werden sollte. Hier lag ein zweites Konfliktfeld, und zwar eines, das sich als weitaus steiniger erweisen sollte als das der inneren Ordnung der Parteien.

Zumindest die britische Delegation kann vom amerikanischen Vorstoß nicht über-

[19] Vgl. Fichter, S. 212 f.
[20] Für eine solche Intention liefern die OMGUS-Akten keinen Hinweis.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rascht worden sein. In London waren Außenamt und Kriegsministerium bereits im Dezember 1945 mit dem Problem befaßt. Im Unterhaus hatte der Labour-Abgeordnete Edelman angefragt, ob die britische Militärregierung bereit sei, örtlichen Parteiorganisationen der Sozialdemokraten, der Christlichen Demokraten, der Liberaldemokraten und der Kommunisten den Anschluß (affiliation) an die Führungsgremien (central bodies) dieser Parteien in Berlin zu gestatten. Der für die Besatzungspolitik in Deutschland zuständige Labour-Minister, Hynd, antwortete (auf Empfehlung der britischen Militärregierung), falls im Kontrollrat überzonale Zusammenschlüsse zur Sprache kämen, werde diese Frage von den britischen Vertretern positiv diskutiert werden[21].

Im Politischen Direktorat des Kontrollrats[22] stimmten (wohl auch deshalb) die britischen Vertreter der amerikanischen Initiative grundsätzlich zu, am 6. Februar auch die sowjetischen und französischen[23]. Der sowjetische Delegierte, Botschafter Semjonow, der Politische Berater seiner Militärregierung, bezweifelte allerdings die Notwendigkeit, den Parteien interne Verfahrensregeln vorzuschreiben. Daraufhin bot der amerikanische Vertreter an, vor dem nächsten Treffen ein erklärendes Papier vorzulegen. Dieses Memorandum[24] wiederholte die im Text bereits ausgeführten Intentionen und verwies zusätzlich darauf, daß die NS-Herrschaft dazu beigetragen habe, bei einem Teil der „Durchschnitts-Deutschen" die „Demokratie-Fähigkeit" nahezu bis zur Nichtexistenz schrumpfen zu lassen. Diskutiert wurden Entwurf und Memorandum auf der 24. Sitzung des Politischen Direktorats am 21. Februar[25]. Dort wandte sich Semjonow erneut gegen ein Satzungs-Oktroy. Nach Ansicht der Sowjet-

[21] Wie Otto Grotewohl Ende Dezember 1945 auf der „Sechziger Konferenz" von KPD und SPD in Berlin mitteilte, ging diese Anfrage auf Bemühungen des Zentralausschusses der SPD zurück. Vgl. Gemeinsame Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Vertretern der Bezirke am 20. und 21. 12. 1945, ms. Protokoll, 2. Konferenztag, S. 14, Archiv des Arbeitsbereichs Geschichte und Politik der DDR am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim; zur Unterhaus-Anfrage und der Antwort der Regierung siehe FO 371-46910-01136, C. 9380/2069/18 Political Parties in Germany.

[22] Gemäß der Struktur und Arbeitsweise des Kontrollrats wurden Fragen von politischer Bedeutung zunächst im Politischen Direktorat vorgeklärt. Die ständigen Vertreter der vier Mächte in diesem Gremium waren die Politischen Berater der Militärregierungen bzw. deren Vertreter. Nach der Diskussion (idealiter: nach Konsensbildung) in dieser Instanz wurden vom interalliierten Sekretariat Vorlagen für die weiterführende Debatte im Koordinierungsausschuß vorgelegt. In diesem Gremium trafen sich die Stellvertreter der Oberbefehlshaber. Die Texte für Kontrollrats-Direktiven (Anweisungen für die vier Militärregierungen) und Kontrollrats-Gesetze (Beschlüsse mit Rechtsverbindlichkeit für alle deutschen Bürger und Behörden) entwarf (gemäß den Übereinkünften im Politischen Direktorat und im Koordinierungsausschuß) das Rechtsdirektorat. Die endgültige Beschlußfassung erfolgte schließlich im Kontrollrat. Hier trafen sich die Chefs der Militärregierungen. Vgl. zur damaligen Struktur der Kontrollrats-Behörden Wilhelm Cornides, Der Kontrollrat, in: Europa-Archiv, Oktober/November 1946, S. 220 ff.

[23] Allied Control Authority, Political Directorate, Minutes of the Twenty-Second Meeting, held in Berlin, 6 February 1946, DPOL/M (46) 5, S. 1.

[24] Allied Control Authority, Political Directorate, Agenda für the Twenty-Fourth Meeting to be held at ... 21 February 1946, DPOL/Agenda/46/7.

[25] Minutes of the Twenty-Fourth Meeting, held in Berlin, 21 February 1946, DPOL/M (46) 7.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Union sollten die Parteien ihre Satzungen selbst ausarbeiten – das sei eine Form der demokratischen Erziehung – und dem Kontrollrat zur Genehmigung vorlegen. Er lehnte deshalb Paragraph 3 in toto ab und behielt sich vor, auch andere Detailveränderungen einzubringen. Die britischen und US-Vertreter dagegen wünschten die Beibehaltung des ganzen Textes, weil, wie der britische Delegierte bemerkte, es nicht ausreiche, „den Deutschen die Freiheit zu geben"; es sei vielmehr notwendig, „sie zu lehren, diese auch zu gebrauchen". Der französische Delegierte plädierte für eine Vereinfachung des Paragraphen und schlug eine gemeinsame Bemühung des amerikanischen und französischen Sekretariats vor[26]. Das Gremium akzeptierte dieses Verfahren, und am 27. Februar lagen neue Entwürfe (ein amerikanisch-französischer und ein sowjetischer) für den strittigen Paragraphen vor[27].

Schon am 14. März[28] war eine Verständigung möglich. Die Vertreter der Westmächte im Politischen Direktorat akzeptierten eine sowjetische Formulierung, die lautete:

> „Auf deutschem Gebiet zugelassene Parteien müssen sowohl in ihren Zielen (Programm) wie in ihrer inneren Ordnung und in ihren Organisationsprinzipien (Statuten) demokratischen Grundsätzen folgen. Parteiprogramm und Statuten müssen der alliierten Militärverwaltung vorgelegt (registered) werden" (Paragraph 3). Und: „Die Führungsgremien der Parteien müssen von den Parteimitgliedern (the members themselves) gemäß demokratischen Methoden und in geheimer Wahl gewählt werden" (Paragraph 4)[29].

Kontrovers aber verlief weiterhin die Diskussion über die Möglichkeit nationaler Zusammenschlüsse. Am 6. März hatte die Sowjet-Union im Politischen Direktorat vorgeschlagen, in den Eröffnungs-Paragraphen eine Formulierung aufzunehmen, die dies ermöglichen sollte:

> „Mit Zustimmung der Militärbehörden und sofern eine solche Entscheidung dem demokratisch geäußerten Wunsch der Parteimitglieder entspricht, dürfen sich politische Parteien zu gesamtdeutschen Organisationen zusammenschließen."[30]

---

[26] Wie Murphy dem State Department berichtete, hatte Semjonow während der Sitzung darauf verwiesen, daß das Potsdamer Abkommen antidemokratische Parteien ohnehin verbiete. Die alliierten Militärbehörden könnten im übrigen Parteisatzungen, falls notwendig, immer außer Kraft setzen. Spöttisch merkte Murphy an, es sei dem amerikanischen Vertreter immerhin gelungen, dem sowjetischen Kollegen das Zugeständnis zu entlocken, daß eine deutsche Partei, die die vorgeschlagenen Statuten übernehme, sich eine akzeptable demokratische Satzung gebe. Vgl. Murphy-Kabel v. 23. 2. 1946 an das State Department, 740.00119 Control (Germany) 2–2346.

[27] Minutes of the Twenty-Fifth Meeting, held in Berlin, 27 February, DPOL/M (46) 8.

[28] Vgl. Minutes of the Twenty-Seventh Meeting, held in Berlin on 14 March, DPOL/M (46) 10.

[29] Ebenda.

[30] In der englischen Übersetzung: „With the consent of Military Authorities and insofar as such decision conforms to the democratically expressed desire of party members, the political parties may unite to form larger organizations throughout Germany", zit. nach Allied Control Authority, Political Directorate (Draft Directive from the Allied Control Council on Political Parties in Germany) (as the matter stood on 6 March 1946) v. 6. März 1946, DPOL/P (46) 11 (Revise).

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gegen diesen Text erhoben alle Westmächte Einwände – die schroffsten Frankreich. Als ob es einer Erläuterung bedurft hätte, erläuterte der französische Vertreter, mit diesem Text würden die politischen Parteien künftig in die Lage gesetzt, sich mit Zustimmung der Militärbehörden national zusammenzuschließen. Das zu akzeptieren, habe er keine Vollmacht. Der amerikanische Delegierte regte an, statt von Militärbehörden vom Kontrollrat als Genehmigungsinstanz zu sprechen. Die Sowjet-Union akzeptierte diese Änderung, und ihr Vertreter war auf der folgenden Sitzung (14. März) auch bereit, einer britischen Anregung zuzustimmen und den Satz nun wie folgt zu fassen:

> „Politische Parteien können sich in ganz Deutschland zusammenschließen, wenn es nach Ansicht des Kontrollrats die politischen Bedingungen gestatten (warrant it) und die Vereinigung dem demokratisch geäußerten Wunsch der Parteimitglieder entspricht."

Doch der französische Delegierte, zu dessen Haltung der Text wohl eine Brücke bauen sollte, lehnte auch diese Fassung ab. Da, so argumentierte er, die Bildung nationaler Parteien ja auch nach Meinung der Mehrheit nur dann stattfinden werde, wenn der Kontrollrat hierfür die Bedingungen für gegeben halte, sei es wünschenswert, die Diskussion über das Thema so lange zu vertagen, bis sie tatsächlich gegeben seien. Zugleich regte er die Streichung des Paragraphen 6 (Interzonenpässe für Reisen in Parteiangelegenheiten) an[31]. Trotz dieses Einspruchs gegen Kernelemente der Direktive wurde beschlossen, den Entwurf ohne die strittigen Passagen des Paragraphen 1 dem Koordinierungsausschuß zuzuleiten.

Hier, im Gremium der stellvertretenden Chefs der vier Oberbefehlshaber, führte General Sokolowski am 26. März lebhaft Klage über die Haltung Frankreichs. Er wolle – so das Protokoll – die Dinge beim Namen nennen und den „nebulösen Wortlaut", auf den sich im Politischen Direktorat die drei Mächte geeinigt hatten, so übersetzen: Wenn der französische Delegierte den Zeitpunkt für die Erlaubnis zur Bildung gesamtdeutscher Parteien für geeignet hält, wird er die Genehmigung erteilen. Er, Sokolowski, müsse jedoch seinen Kollegen daran erinnern, daß bereits in den Potsdamer Beschlüssen die Vereinigung der Parteien in ganz Deutschland vorgesehen worden sei; es gebe deshalb keinen ernsthaften Grund, den Nichtvollzug dieser Entscheidung jetzt auch noch zu rechtfertigen. Es sei unlogisch, in der Direktive einerseits Erreichtes (Potsdam) widerzuspiegeln, andererseits aber den eigenen Unwillen zu dokumentieren, diese Entscheidungen umzusetzen. Im Geiste der Potsdamer Konferenz fordere er, der Vereinigung der demokratischen Parteien in ganz Deutschland keine Hindernisse in den Weg zu legen[32]. General Clay, so das Proto-

[31] Minutes of the Twenty-Seventh Meeting (Anm. 28). Der amerikanische Vertreter hatte die französischen Einwände gegen Reisen in Parteiangelegenheiten offenbar vorausgesehen, denn er legte nun eine Fassung des Interzonenpaß-Paragraphen (6) vor, die die ursprünglich vorgeschlagene Regelung zu einer Kann-Bestimmung modifizierte.

[32] Vgl., auch für das folgende, Allied Control Authority, Coordinating Committee, Minutes of the Forty-Seventh Meeting, held in Berlin on 26 March 1946, CORC/M (46) 18, S. 7 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

koll, „erklärte, daß er vollauf mit General Sokolowskis Bemerkungen übereinstimme". Dennoch billige er den Text auch ohne den weiterreichenden Zusatz, selbst wenn er so nicht über das hinausgehe, was bislang ohnehin schon jeder stellvertretende Oberbefehlshaber in seiner Zone tue. General Robertson, der britische Vertreter, verhielt sich wie Clay. Er akzeptierte den Text einschließlich der von der französischen Delegation zurückgewiesenen Passage, war jedoch bereit, ihn auch ohne diesen Satz zu billigen.

Der französische Vertreter, General Koeltz, erinnerte daran, daß seine Regierung stets spezifische Vorbehalte gegen gesamtdeutsch organisierte politische Parteien formuliert habe. Er schlug vor, die Frage auf Regierungsebene entscheiden zu lassen. Sokolowski lenkte ein. Um – wie er sagte – Aussagen zu vermeiden, die den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz widersprechen, legte er eine neue Fassung der Paragraphen 1 und 2 vor:

> „In ganz Deutschland werden alle demokratischen politischen Parteien erlaubt und gefördert. Sie haben das Recht, sich zu versammeln und zu organisieren (§ 1). Parteigründer (sponsors) unterliegen der Überprüfung durch die Militärregierung und müssen dieser vorläufige Angaben über ihre Parteiprogramme einreichen" (§ 2).

Der britische Vertreter regte an, den Begriff der Militärregierung zu präzisieren. Zuständig für die Zulassung sollten in den Zonen die Zonenbefehlshaber sein und in Berlin die Alliierte Kommandantur. General Koeltz war der neue Text nun nicht mehr klar, und er bat um Zeit für eine Prüfung. Der Koordinierungsausschuß kam überein, das Politische Direktorat zu beauftragen, diese Zusätze in den Text aufzunehmen und einen endgültigen Entwurf zu präsentieren.

Die in zwei Paragraphen gegliederte neue Fassung lag am 19. April vor und wurde am 27. April vom Koordinierungsausschuß diskutiert[33]. Der britische Vertreter schlug vor, zur Verdeutlichung der alliierten Intention den zweiten Satz (das war der ursprüngliche sowjetische § 2) wie folgt zu formulieren: „Die Parteien werden von der Militärregierung zugelassen (in den Zonen von den Zonenbefehlshabern, in Berlin von der Alliierten Kommandantur); sie sind verpflichtet, der Militärregierung die Namen ihrer Gründungsmitglieder (sponsors) sowie vorläufige Angaben zu ihren Parteiprogrammen auszuhändigen." Der französische Delegierte erklärte, er neige dazu, dem britischen Alternativvorschlag zuzustimmen, erbat jedoch erneut Zeit für eine genaue Prüfung.

Am 3. Mai, auf der 52. Sitzung des Koordinierungsausschusses, schien eine Einigung greifbar nahe. Frankreich war bereit, die sowjetisch-britische Version des Paragraphen 1 zu akzeptieren. Auch der sowjetische Vertreter, Generalleutnant Dratwin[34], stimmte zu, und der Ausschuß beauftragte das Rechts-Direktorium (Legal Di-

[33] Vgl. Allied Control Authority, Coordinating Committee, Draft Directive on Political Parties in Germany, CORC/P (46) 111 (Revise), DPOL/P (46) 11 (Final); ferner Note by the Allied Secretariat, CORC/P (46) 111 (Revise).

[34] Im Kontrollrat kam es im Frühjahr 1946 zu einem ersten größeren Revirement. Die USA ersetzten General Dwight D. Eisenhower durch General Joseph T. McNarney, die Briten Feldmarschall Bern-

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rectorate), bis zum 6. Mai auf der Basis des erzielten Kompromisses den Text einer Kontrollrats-Direktive (für die Anleitung der Zonenbefehlshaber und der Berliner Kommandantur) und eines Gesetzes (mit Rechtsverbindlichkeit für die Deutschen) auszuarbeiten[35].

Schon während der Diskussionen im Rechts-Direktorium am gleichen Tage erhob aber der sowjetische Vertreter Einwände gegen die von den Partnern gewünschte Form beider Entwürfe[36]. Er monierte insbesondere die weitgehende Identität des Wortlauts von Gesetz und Direktive, kritisierte Redundanzen im Text und schlug eine neue Präambel vor, die allein auf das Kontrollrats-Gesetz verweisen sollte. Diese Vorbehalte griff Dratwin auf der 53. Sitzung des Koordinierungsausschusses am 6. Mai auf[37]. Während die übrigen Mächte zur Unterzeichnung bereit waren und darin übereinstimmten, dem Kontrollrat auch das Gesetz zur Annahme zu empfehlen, erbat nun der sowjetische Vertreter Bedenkzeit.

Er machte, freilich indirekt, deutlich, was die Sowjet-Union abhielt, die Texte zu akzeptieren: Dratwin bat seine Kollegen um ihre Interpretation der Bedeutung des Paragraphen 1 für den nationalen Zusammenschluß von politischen Parteien. Der britische Vertreter, General Robertson, erklärte, nach seiner Lesart verhindere der Text die Vereinigung nicht; eine überzonale Verschmelzung erfordere aber entweder die Zustimmung aller Zonenbefehlshaber im Rahmen des Kontrollrats-Mechanismus oder deren informelle Übereinkunft. Die Generale Adcock (USA) und Koeltz (Frankreich) schlossen sich dem an, und Dratwin bedankte sich für die Erklärungen.

Diese Auskunft war genau das, was die Sowjet-Union (angesichts der französischen Haltung) durch ihr Einlenken am 26. März überhaupt hatte erreichen können: die grundsätzliche Akzeptierung gesamtdeutscher Parteien durch den Kontrollrat. Dennoch war Dratwin am 13. Mai, auf der folgenden Sitzung des Koordinierungsausschusses, nicht bereit, den von Sokolowski eingeleiteten Kompromiß zu vollziehen. Vielmehr verlangte er nun, den zuvor auch von der Sowjet-Union akzeptierten Zusatz zu Paragraph 1 über den Modus der Zulassung der Parteien (in den Zonen von den Zonenbefehlshabern, in Berlin von der Alliierten Kommandantur) aus der Direktive zu streichen. Die Fassung dieses Satzes könne zu unterschiedlichen Inter-

---

ard Montgomery durch Luftmarschall Sir Sholto Douglas, die Sowjets Marschall Georgi K. Shukow durch den zum Marschall beförderten Wassilij D. Sokolowski. Für Frankreich blieb General Pierre Koenig, der sich freilich im Kontrollrat zumeist durch General Louis Marie Koeltz vertreten ließ. Im Koordinierungs-Ausschuß kooperierten – nach dem Aufrücken von Sokolowski, Sir Douglas und McNarney – für die USA Generalleutnant Lucius D. Clay, der 1947 die Nachfolge McNarneys antrat, für die Sowjet-Union Generalleutnant Michail J. Dratwin, für Großbritannien Generalleutnant Sir Brian Robertson und für Frankreich weiterhin General Koeltz bzw. der General Jean Noiret. Dratwin wurde später durch Generaloberst P. A. Kurotschkin ersetzt.

[35] Vgl. Coordinating Committee, Minutes of the Fifty-Second Meeting, held in Berlin on 3 May 1946, CORC/M (46) 23.

[36] Vgl. die Aktennotizen des gemeinsamen Sekretariats des Koordinierungs-Ausschusses v. 7. und 8. 5. 1946, CORC/P (46), CORC/P (46) 111 (Second Revise).

[37] Vgl. Coordinating Committee, Minutes of the Fifty-Third Meeting, held in Berlin on 6 May 1946, CORC/M (46) 24.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

pretationen der Regeln führen, die bei einer Verschmelzung von Parteien auf gesamtdeutscher Basis zu befolgen seien. General Koeltz verlangte jedoch die Beibehaltung des Satzes; er definiere klar die Zuständigkeit der Berliner Kommandantur und der Zonenbefehlshaber.

Der gleichen Taktik folgte der sowjetische Delegierte auch bei der anschließenden Diskussion des Gesetzentwurfs. Dratwin monierte, manche Formulierung bedürfe weiterer Beratung. Als Beispiel nannte er den ersten Paragraphen. Hier sei nicht nur eine allgemeine Erlaubnis zur Bildung demokratischer Parteien auszusprechen, sondern in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen zu formulieren: „Die demokratischen Parteien sollen in ganz Deutschland gefördert werden." Gegen Ende der Debatte erklärte er schließlich, er sehe generell keinen Grund, in das Gesetz irgendeine Bestimmung über die Zulassung von Parteien aufzunehmen. Das Verfahren sei bekannt und unstrittig. Andererseits spreche aber nichts dagegen, nachdrücklich zu betonen, daß Parteien gefördert werden sollen.

Nur in einem Punkt stimmte der Ausschuß schließlich überein: Er setzte die Vorlagen von der Tagesordnung ab[38].

3. Zwischenbilanz

Die Haltung der USA und Großbritanniens entsprach im wesentlichen dem Grundmuster ihrer damaligen Deutschlandpolitik. Initiativ waren die USA. Zwar kennzeichnete ihre Politik (auch die ihres wichtigsten Vertreters, Lucius D. Clay[39]) schon früh das Streben nach „Festigkeit" gegenüber dem sowjetischen Partner, doch zielte sie auch auf ein Arrangement und war jenseits ihrer West-Ost-Dimension stets pragmatisch auf administrative Effizienz im eigenen Besatzungsgebiet gerichtet. Vieles von dem, was im hier erörterten Kontext leicht als Aktion oder Reaktion im Ost-West-Verhältnis gedeutet werden kann, sollte daher auch unter dem Blickpunkt zonaler Besatzungspolitik gesehen werden. Am Beispiel der Parteien: Auch transzonale Parteienfusionen in Westdeutschland unterlagen – wenn der Grundsatz der Viermächte-Verantwortung anerkannt war – dem Einstimmigkeitsprinzip des Kontrollrats.

Skeptischer als die Amerikaner, aber doch weithin mit ihnen übereinstimmend, richteten auch die Briten ihre Beiträge darauf, gesamtdeutsche Entwicklungen zumindest nicht zu verbauen, wenngleich sich eine Änderung dieser Haltung in Großbritannien schon wenige Monate später abzeichnete[40]. Deutlich ist aber, daß sich die britischen Vertreter stärker als die amerikanischen darum bemühten, die französische

---

[38] Für die 54. Sitzung des Koordinierungs-Ausschusses vgl. Coordinating Committee, Minutes of the Fifty-Fourth Meeting, held in Berlin on 13 May, CORC/M (46) 25.

[39] Zur Politik und zur deutschlandpolitischen Sicht Clays vgl. John H. Backer, Die deutschen Jahre des Generals Clay. Der Weg zur Bundesrepublik, München 1983.

[40] Zur Deutschlandpolitik Großbritanniens im Jahre 1946 vgl. Rolf Steininger, Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Band I, Frankfurt/M. 1983, S. 199 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Position zu berücksichtigen; hier liegt wohl auch der Grund für den Verzicht auf eigene Entwürfe.

Am deutlichsten spiegelten sich übergreifende Interessen in der Haltung Frankreichs. Ihr lag ganz offensichtlich der Wunsch nach Wiedergutmachung der Kriegs- und Okkupationsschäden zugrunde, und darüber hinaus zielte die französische Politik auf eine drastische, möglichst dauerhafte Schwächung Deutschlands. Daher die französische Forderung nach territorialer Verkleinerung Deutschlands und nach möglichst dezentralen administrativen und politischen Strukturen im Restgebiet, daher auch die Blockierung aller Versuche – gingen sie nun von Deutschen aus oder von den Partnermächten – zu einer Vereinheitlichung der deutschen Politik.

Derart eindeutig lassen sich die deutschlandpolitischen Intentionen der Sowjet-Union aufgrund der Taktik ihrer Vertreter im Kontrollrat sicher nicht bestimmen. Auch einer Annäherung sind angesichts der besonderen Verhandlungs-Konstellation enge Grenzen gezogen: Immerhin sah sich die Sowjet-Union mit Frankreich einem Partner gegenüber, der jede, zumindest jede rasche Lösung ablehnte und damit Raum für eigene taktische Züge schuf. Gleichwohl soll ein Deutungsversuch unternommen werden.

Offenkundig ist, daß die Sowjet-Union einen Kompromiß über (künftig zu praktizierende) gemeinsame Verfahrensweisen in einer Sache ausschlug, der sie selbst wiederholt hohen politischen Rang zugesprochen hatte. Wahrscheinlich hing diese Entscheidung auch mit den Kontrollrats-Debatten über gesamtdeutsch organisierte Gewerkschaften zusammen, und sicherlich war die sowjetische Haltung – wie die der anglo-amerikanischen Partner – zugleich von den konfliktreichen Diskussionen mit Frankreich über deutsche Zentralverwaltungen beeinflußt. Beide Kontroversen wurden in den Gremien des Kontrollrats parallel zum Parteienstreit ausgetragen, und insbesondere die Uneinigkeit über eine gemeinsame Wirtschaftspolitik überschattete alle anderen Auseinandersetzungen. Kompromißbereitschaft in *einem* Punkt, so mag man auf sowjetischer Seite gedacht haben, hätte auf Nachgiebigkeit in anderen deuten und die sowjetische Position kurz vor der Pariser Außenministerkonferenz im Juni schwächen können.

Aber vielleicht standen den sowjetischen Experten auch jene Probleme vor Augen, die ihrer Deutschlandpolitik aus der Existenz gesamtdeutsch-organisierter Parteien erwachsen konnten. So war anzunehmen, daß solche Parteien ihren personellen und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch ihren politischen Schwerpunkt im größeren westlichen Besatzungsgebiet haben würden. Das mußte gerade mit Blick auf die SPD bedenklich scheinen. Die Methoden des Zusammenschlusses von KPD und SPD zur SED hatten schließlich in den Westzonen fast ausschließlich negative Resonanz gefunden. Ferner war zu befürchten, daß eine Verständigung des Kontrollrats über gesamtdeutsche Parteien auch zu einer Wiederbelebung der Sozialdemokratie in der SBZ und damit dort zu einer entscheidenden Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses führen werde.

Für das Gewicht solcher Sorgen gibt es immerhin ein Indiz: Als General Clay Anfang August 1946 angesichts der französischen Obstruktion im Kontrollrat vor-

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schlug, eine dreiseitige Vereinbarung über eine deutsche Zentralverwaltung für Industrie zu treffen, lehnte die Sowjet-Union ab. Ihr Vertreter betonte den dringenden Wunsch nach der Teilnahme Frankreichs. Zugleich aber kritisierte er die im amerikanischen Entwurf umrissene Kompetenz und Funktionsweise der Behörde. Sie sollte – nach den amerikanischen Vorstellungen – das Recht haben, gemäß den Weisungen des Kontrollrats gegenüber sämtlichen für die Industrie zuständigen deutschen Instanzen eine in allen Besatzungszonen einheitliche Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Die zonalen Besatzungsbehörden fungierten in diesem Konzept bestenfalls als Exekutiv-, keinesfalls aber als Befehlsorgane. Die Machtfülle einer solchen Zentralverwaltung hätte die Durchsetzbarkeit der ordnungs- und reparationspolitischen Ziele der Sowjet-Union erheblich eingeschränkt oder allzuoft sowjetische Einsprüche im Kontrollrat erforderlich gemacht. Der sowjetische Vertreter plädierte daher für die Beibehaltung der Kontrollkompetenz der jeweiligen zonalen Besatzungsbehörden[41]. Wegen des französischen Einspruchs blieb die Kontroverse freilich akademisch.

Politische Konsequenzen von gesamtdeutschen Institutionen fürchtete auch jene deutsche Partei, die sie öffentlich stets am lautesten gefordert hatte, die KPD. Anfang April, als eine Einigung über die Zentralverwaltung noch möglich schien, mahnte Walter Ulbricht auf einer Tagung des erweiterten Bundesvorstandes des FDGB zur Eile bei der Verstaatlichung der großen und mittleren Industriebetriebe: „Das muß schnell geschehen, bevor sich eine deutsche Zentralverwaltung in unsere Zone einmischen kann."[42]

Ob solche Überlegungen auch die sowjetische Politik in der Parteienfrage mitbestimmt haben, muß – wie gesagt – letztlich offen bleiben. Generell aber erscheint es sinnvoll, bei der Interpretation sowjetischer Vorstöße in der Deutschlandpolitik und bei der Analyse der dabei wirksamen sowjetischen Interessen oder Motive zu bedenken, daß prinzipiell kein interzonaler Verbund, ob von den Alliierten oder von Deutschen getragen, ob administrativer oder organisationspolitischer Art, als Einbahnstraße in Ost-West-Richtung denkbar war. Vielmehr mußten die Sowjet-Union wie die ostdeutschen Kommunisten bei allen Formen gesamtdeutscher Kooperation auch die Risiken abwägen, die aus ihnen für die Sicherung und Festigung der Macht in der SBZ erwachsen konnten.

Dieser Erwägung kommt nicht nur heuristischer Wert zu. Sie scheint auch geeignet, die Taktik der sowjetischen Vertreter in der Parteiendiskussion des Kontrollrats zu erklären. Die Sowjet-Union war offenkundig daran interessiert, möglichst weit gefaßte Regelungen durchzusetzen, Vereinbarungen, die einerseits ihre Kompetenz in der SBZ nicht gefährdeten, es ihr andererseits aber gestatteten, sich auf interalliierte Verabredungen über allgemeine Handlungsanleitungen für alle Besatzungsbehör-

[41] Vgl. Coordinating Committee, Minutes of the Sixty-Eighth Meeting, held in Berlin on 2 August 1946, CORC/M (46) 39 und CORC/P (46) 253.

[42] Diese unveröffentlichte Passage der Ulbricht-Rede schickte Murphy dem Pariser US-Botschafter Cafferty – offenbar damit dieser die französische Regierung über die Konsequenzen der französischen Obstruktionspolitik ins Bild setze; vgl. State Department 740.00119 Control (Germany) 4–1146.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den zu berufen, ihre Bündnispartner gesamtdeutsch zu organisieren und so Einfluß auf die Entwicklung der Westzonen zu gewinnen. Wohl aus diesem Grunde lehnte sie detaillierte Absprachen über die Zulassungsmodalitäten für künftige gesamtdeutsche Organisationen ab und sträubte sich gegen verbindliche Vorschriften für die innere Ordnung der Parteien. Die von ihren Vertretern abgelehnte Passage wiederholte zwar nur die von allen Siegermächten geübte unstrittige Praxis. Hätte sich jedoch die Sowjet-Union darauf eingelassen, sie bei der Zulassung gesamtdeutscher Parteien so anzuwenden, wie es die Westmächte gemeinsam vorschlugen (einstimmiger Viermächte-Beschluß), dann wäre sie in eine prekäre Situation geraten. Sie hätte entweder an der Majorisierung der nichtsozialistischen SBZ-Parteien durch die westlichen Schwesterorganisationen bzw. an der Wiederbelebung der Sozialdemokratie mitwirken oder aber (angesichts ihres Interesses an einer gesamtdeutsch operierenden SED) wenig schlüssig gegen deren nationale Verbände Einspruch erheben müssen. Das wäre notwendig geworden, wenn die Sowjet-Union in der SBZ an der Blockpolitik, dem wesentlichen Mittel zur Legitimierung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umbrüche, festhalten wollte. Denn der Block setzte Parteien voraus, deren Führer bereit waren, diese Form der Kooperation mitzutragen, und deren Arbeit einer umfassenden Kontrolle durch die Besatzungsmacht unterlag.

Gesamtdeutsche, vom Kontrollrat lizensierte und mithin von *allen* Besatzungsmächten kontrollierte Parteien lassen sich deshalb nur dann als funktionale Elemente eines sowjetischen Kalküls unterstellen, wenn zugleich angenommen werden kann, das Interesse an einem einheitlichen Deutschland, gleich in welcher politischen, sozialen und ökonomischen Gestalt, habe in dieser Zeit in der Hierarchie deutschlandpolitischer Ziele Moskaus einen hohen Rang gehabt. Dieser Annahme aber widerspricht die Praxis der sowjetischen Besatzungspolitik. Sie verdeutlicht, daß die Sowjet-Union und mit ihr die deutschen Kommunisten das Verhältnis von SBZ- und Deutschlandpolitik anders sahen. Obzwar an der Einheit Deutschlands interessiert, galt ihre Aufmerksamkeit dem raschen politischen und gesellschaftlichen Umbau der SBZ. Einerseits: weil die sowjetischen Sicherheitsinteressen (zumindest partiell) durch die Verfügung über die SBZ befriedigt werden konnten. Andererseits: weil zu hoffen war, daß die Entwicklung dieser Besatzungszone werbend auf den Westen ausstrahlen, als Modell der künftigen Struktur ganz Deutschlands dienen werde. Eine Öffnung der SBZ für nur schwer zu kontrollierende Einflüsse hätte nicht nur sowjetische Sicherheitsinteressen berührt, sondern auch den politischen Brückenkopf gefährdet, von dem aus Westpolitik zu führen war. Bewertet man die sowjetische Taktik in den Verhandlungen über die Parteiengesetzgebung des Kontrollrats vor dem Hintergrund der SBZ-Entwicklung, dann zeigt sich schon in dieser Phase sowjetischer Deutschlandpolitik die Dominanz von Sicherheitsinteressen und ein Status-Quo-Denken, das die praktische Politik offensichtlich stärker bestimmte als expansionistische Tendenzen[43].

[43] Das dieser Aussage zugrundeliegende Verständnis historischer Verläufe läßt breiten Raum für Kritik und Betroffenheit. Es schließt aber eine Sicht aus, die den Sieg der Alliierten über den (deutschen)

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

4. Der Kontrollrat tritt auf der Stelle: Die zweite Verhandlungsphase (Mitte August–Ende Oktober 1946)

Auch nach dem Scheitern der ersten Verhandlungsrunde über das Parteiengesetz und die entsprechende Direktive blieb das Thema für die Kontrollratsinstanzen von hohem Interesse. Die Parteienproblematik stand nun freilich in noch engerem Zusammenhang mit verwandten Fragen als zuvor. Angesichts der Differenzen über die Zentralverwaltungen und gesamtdeutsche Gewerkschaftsverbände blieb auch das Ob und Wie gesamtdeutscher Parteienkooperation strittig. Zwar schien sich im Politischen Direktorat eine Verständigung über die „Teilnahme deutscher Bürger einer Besatzungszone an genehmigten Aktivitäten in anderen Besatzungszonen" anzubahnen und in diesem Rahmen auch eine Regelung, die zumindest den Berliner Verbänden den Anschluß an entsprechende Organisationen in anderen Besatzungszonen gestattet hätte. Solche Zusammenschlüsse sollten keiner besonderen Genehmigung der Zonenbefehlshaber oder der Berliner Kommandantur bedürfen, jedoch nicht gegen den erklärten Willen einer Besatzungsmacht zulässig sein – sofern sich nach deren Urteil die Organisationszwecke gegen die Ziele der Besetzung richteten. Am Ende sah sich aber der französische Vertreter wieder nicht in der Lage, dieser Regelung zuzustimmen. Er war nur bereit, den erreichten Kompromiß der drei anderen Besatzungsmächte seiner Regierung zuzuleiten[44]. Allerdings war auch die Übereinstimmung der USA, Großbritanniens und der Sowjet-Union nur von kurzer Dauer. Als das Drei-Mächte-Papier im Koordinierungsausschuß vorlag, schlug der britische Vertreter eine Ergänzung vor. Er regte an, im Text zu erwähnen, daß die genannten Prinzipien auch bei der Formulierung des Gewerkschaftsgesetzes zu berücksichtigen seien. Das wiederum lehnte der sowjetische Delegierte ab – offenbar aus Sorge vor einem Präjudiz[45]. Das Gremium konnte sich nicht einmal darauf verständigen, wie das Ende der Debatte im Protokoll festzuhalten sei.

Trotz der Meinungsverschiedenheiten im Koordinierungsausschuß behandelte der Kontrollrat die strittige Materie. Nach auch hier ergebnislosen Debatten beschloß man, die französische Regierung um eine Stellungnahme zu bitten. Sie ging am 18. Juni ein[46] und war im Hinblick auf alle gesamtdeutschen Aspekte negativ. Die einzige Konzession, zu der sich Frankreich entschließen mochte, war die Erlaubnis zu

---

Aggressor und damit den Gebiets- und Machtzuwachs der Sowjet-Union als Expansionismus im Sinne einer politikbestimmenden Intention definierbar macht.

[44] Vgl. hierzu und zum Vorstehenden Allied Control Authority, Control Council, Report by the Coordinating Committee on Inter-Zonal Activities of Trade Unions and other German Organisations, CONL/P (46) 38 v. 18. Mai 1946.

[45] Vgl. Coordinating Committee, Minutes of the Fifty-Fifth Meeting, held in Berlin on 17 May 1946. Die Problematik war auf die Kontrollrats-Tagung gelangt, weil die Alliierte Kommandantur von Berlin in der Frage der Wahl von Berliner Gewerkschaftlern in den FDGB-Bundesvorstand der SBZ zu keiner Übereinstimmung gekommen war. Die westlichen Vertreter hatten dort auf eine Klärung gedrängt.

[46] CORC/P (46) 218 Allied Control Authority, Coordinating Committee, Interzonal Activities of Trade Unions and Other German Organizations – French Delegation's Reply.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Interzonen-Konferenzen der Gewerkschaften, die als Vorstufen einer Interzonen-Verschmelzung gedacht waren[47]. In diesem Klima unentschlossenen Taktierens konnten sich die Siegermächte aber nur über eine allgemeine Direktive, über die „Grundsätze für die Gründung von Gewerkschaften"[48], verständigen. Der Text regelte lediglich die Bildung zonaler Gewerkschaftsorganisationen und beschrieb allein den Status quo der Zulassungsprozeduren. Deshalb, erklärte Dratwin, könne er dem Text nur zustimmen, wenn er nicht als Hindernis gegen den Zusammenschluß von Gewerkschaften und Parteien auf gesamtdeutscher Basis interpretiert werde. General Clay schloß sich dem ausdrücklich an, machte indes deutlich, daß auch er fürchte, die Direktive werde sich so auswirken[49].

Erst nach der Pariser Außenministerkonferenz zeigte sich neues Interesse an der Parteienproblematik. Auf Anregung Semjonows[50] legten die USA am 15. August 1946 eine überarbeitete Fassung des Entwurfs für eine Parteien-Direktive vor. In einem erläuternden Memorandum zeigte sich die US-Vertretung von der Vielzahl der inzwischen im Politischen Direktorat verabschiedeten Übereinkünfte „beeindruckt". Sie schlug angesichts der bisherigen Differenzen über die ersten Paragraphen des Gesetzes vor, diese neu zu formulieren[51]. Der Eröffnungsparagraph sollte folgenden Zusatz erhalten: „Die interessierten Zonenbefehlshaber werden einander in Fragen interzonaler Parteibeziehungen konsultieren."[52] In dieser Formulierung sah OMGUS eine gute Basis für eine Diskussion über die „Maßnahmen, den engeren Zusammenschluß von Parteien in verschiedenen Zonen in Übereinstimmung mit dem demokratisch geäußerten Wunsch der Parteimitglieder zu erleichtern"[53].
Jedoch erwies sich auch dieser Text nicht als tragfähig. Auf den folgenden Zusammenkünften des Politischen Direktorats[54] brachen die alten Konflikte wieder auf. Schon am 19. August schlug der französische Vertreter vor, in den Paragraphen 1 einzufügen: „Die Zulassung von Parteien steht im Ermessen (at the discretion) der Zonenbefehlshaber", und am 4. September legte auch die Sowjet-Union einen Alterna-

[47] Obwohl die französische Regierung in ihrer Antwort diesen Konferenzen ausdrücklich ihre Unterstützung zusagte, hat sie sie später stark behindert.

[48] Vgl. Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 8 v. 1. 7. 1946.

[49] Vgl. Coordinating Committee, Minutes of the Fifty-Fifth Meeting, held in Berlin on 28 May 1946, CORC/M (46) 28; die Direktive wurde am 3. Juni vom Kontrollrat unterzeichnet.

[50] Brief Murphys an das State Department v. 16. 8. 1946, 740.00119 (Control (Germany) /8–1646): „Soviet Political Adviser, Semeonov, recently mentioned to me that he would welcome reviving our draft directive on political parties in Germany. We have acted on his suggestion ..."

[51] Übereinstimmung hatte es tatsächlich nicht nur in der allgemeinen Fassung der Gewerkschafts-Direktive gegeben. Die Alliierten hatten sich im Koordinierungs-Ausschuß auch über die Zulassung von SPD und SED in ganz Berlin verständigen können. Vgl. Brief Tab. 4 – Recognition of the SPD City Committee and the SEPD Party in Berlin – CORC/P (46) 187 v. 3. Juni 1946.

[52] Vgl. Allied Control Authority, Political Directorate, Revision of Draft Directive on Political Parties in Germany proposed by the U. S. Delegation, Annex „A" to DPOL/P (46) 112.

[53] Vgl. Memorandum from U. S. Delegation Regarding Revival of Draft Directive on Political Parties in Germany, DPOL/P (46) 112 v. 15. August 1946.

[54] Vgl. DPOL/M (46) 31 v. 19. 8. 1946 und DPOL/M (46) 33 v. 4. 9. 46 sowie DPOL/M (46) 35 v. 27. 9. 1946.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tivvorschlag vor, in dem sie ihre alte Position wiederholte. In ihrem Text bezog sie sich nun auf *Aktivitäten* von Parteien und unterschied zwischen bereits bestehenden (in einer Besatzungszone genehmigten) und sich neu bildenden Parteien. Über die interzonale Kooperation lizensierter Organisationen bzw. ihren Zusammenschluß zu nationalen Parteien sollten allein deren Führungen entscheiden. Eine Mitwirkung des Kontrollrats sah der sowjetische Entwurf nicht vor. Zulassungsmodalitäten seien nur für neue Parteien zu vereinbaren – gemäß der früher diskutierten Variante, nach der die Zuständigkeit in den Zonen bei den jeweiligen Befehlshabern, in Berlin bei der Alliierten Kommandantur liegen sollte[55].

Dem kam der französische Vertreter einen halben Schritt entgegen. Er zeigte sich bereit, den Parteien das Recht zur Koordinierung ihrer Aktivitäten in ganz Deutschland zuzubilligen, machte das aber von der Genehmigung durch die Zonenbefehlshaber abhängig und schloß in seiner Erläuterung Übereinkünfte über interzonale Zusammenschlüsse ausdrücklich aus. Er könne, so das Protokoll vom 27.9. 46[56], selbst einer Erwähnung von interzonalen Zusammenschlüssen nicht zustimmen. Die USA und Großbritannien sahen keine Chance, zu einer substantielleren Verständigung zu gelangen. Sie waren daher gewillt, beide Texte, den sowjetischen wie den französischen, zu akzeptieren; die USA deuteten allerdings eine nur dreiseitige Übereinkunft (ohne Frankreich) an, was aber der sowjetische Vertreter kategorisch ablehnte, weil es gleichbedeutend mit der Zweiteilung Deutschlands sei. Auch die Alternativvorschläge der USA, nämlich das Papier ohne den Paragraphen 1 zu verabschieden oder ihn durch den Satz „Die Frage der Verschmelzung zonaler Parteien wird Gegenstand einer künftigen Übereinkunft sein" zu ersetzen, wollte er nicht annehmen. Ohne die von der Sowjet-Union gewünschte Fassung des Eröffnungsparagraphen sei, so erklärte er, das Papier bedeutungslos[57].

Anfang Oktober deutete sich jedoch trotz dieses apodiktischen Satzes ein sowjetisches Einlenken an. Der sowjetische Vertreter im Politischen Direktorat schlug eine Präambel vor, die lauten könne: „Vor einer Vereinbarung über die Frage der Vereinigung deutscher Parteien in ganz Deutschland empfiehlt das Politische Direktorat, die Aktivitäten der politischen Parteien gemäß der folgenden Direktive zu kontrollieren."[58] Auf amerikanische und britische Anregung verständigten sich die französischen und sowjetischen Mitglieder schließlich auf einen gemeinsamen Text. In die Präambel sollte nun der Hinweis aufgenommen werden, daß die Direktive unbeschadet der anhängigen Entscheidung über die überzonale Vereinigung von Parteien gelte. Dagegen konnten Franzosen und Sowjets zunächst keine Einigung über die Modalitäten der Zulassung neuer Parteien erreichen. Während der französische Delegierte am ursprünglichen sowjetischen Vorschlag festhalten wollte, plädierten die

---

55 Vgl. Soviet draft amendment of paragraph one, Appendix „B" DPOL/P (46) 130 v. 5.9. 1946.

56 Vgl. Anm. 52

57 Vgl. Anm. 52; siehe auch Murphy-Brief an das State Department v. 28.9. 1946, 740.00119 Control (Germany) 9–2846.

58 Vgl. Murphy-Brief an das State Department v. 12.10. 1946, 740.00119 Control (Germany)/10-1246.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sowjets nun für dessen Streichung. Man wolle einen kurzen Entwurf. Schließlich einigten sich beide Seiten darauf, im Protokoll festzuhalten, der neue Text berühre im Hinblick auf die Zulassung neuer Parteien nicht die für die Zonenbefehlshaber und die Berliner Kommandantur geltenden Gesetze[59].

Im Koordinierungsausschuß, der den Entwurf des Politischen Direktorats am 24. Oktober 1946 verabschieden sollte, war jedoch von der zuvor gezeigten Kompromißbereitschaft der Sowjet-Union nichts mehr zu spüren. Der Ausschuß hatte zuvor die Gewerkschafts-Direktive debattiert, und im Verlauf dieser Diskussion war deutlich geworden, daß Frankreich nicht einmal die Möglichkeit einer baldigen nationalen Verschmelzung der Gewerkschaften zulassen wollte. General Noiret erklärte, er halte das Gesetz in seiner vorliegenden Form für einen Vorgriff auf kommende Entwicklungen. Gegenwärtig könne Frankreich einer Vereinigung der Gewerkschaften von Zone zu Zone nicht zustimmen, weil die Gefahr bestehe, daß sie sich dann in ganz Deutschland organisieren würden.

Diese Haltung bewog nun offenbar auch die Sowjet-Union (General Kurotschkin), erneut ihre Maximalposition zu beziehen. Kurotschkin verlangte, die Kompromißformel müsse durch die ausdrückliche Feststellung ersetzt werden, daß es den Parteien „gestattet ist, sich auf gesamtdeutscher Grundlage zusammenzuschließen". Es sei Zeit, einen Schritt weiterzugehen. Die Frage sei im übrigen eng mit der Bildung einer deutschen Regierung verknüpft und sollte deshalb auch in diesem Zusammenhang erneut diskutiert werden.

Da nun das Problem der Regierungsbildung nicht auf der Tagesordnung stand, einigten sich die vier Mächte, die Diskussion der Parteien-Direktive vorerst um fünf Tage zu verschieben. Robert Murphy kommentierte: „Kurzsichtigkeit und Inkonsistenz der französischen Opposition gegen die politische Einheit Deutschlands wurde während des 85. Treffens des Koordinierungsausschusses am 24. Oktober illustriert. Die französische Haltung blockierte die Annahme von Bestimmungen über die gemeinsame Behandlung von Gewerkschaften und politischen Parteien. Die Franzosen waren an beiden Fragen stark interessiert, aber ihre formalen Einwände gaben den Sowjets die Möglichkeit, sich der Annahme zu entziehen (withholding approval)."[60]

Die folgende Sitzung (29. 10.) endete wiederum ergebnislos. Keine der streitenden Parteien war bereit, der anderen entgegenzukommen. General Noiret verglich sich mit einem Baumeister, der ein Haus bauen und dabei zunächst eine Wand errichten solle, während seine Kollegen bereits am Dache arbeiten wollten. General Clay betonte den Vorteil des Daches: So könne man Leute schützen, die im Regen ständen. Wozu Noiret wiederum einfiel, in Berlin schützten sich viele Leute gegen den Regen ja schließlich auch ohne Dach. Er schlug deshalb vor, den Punkt von der Tagesord-

[59] Vgl. DPOL/M (46) 58; Murphy-Brief an das State Department v. 21. 10. 1946, 740.00119 Control (Germany) 10-2146–LRC.

[60] Zur Debatte im Koordinierungs-Ausschuß vgl. CORC/M (46) 56 v. 24. 10. 46, Murphy-Brief: 740.00119 Control (Germany) /10–2546 – LRC.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nung abzusetzen. Alle stimmten zu[61]. Zur Debatte stand das Problem erst wieder im Frühjahr 1947.

Was die Kontroverse zwischen Frühjahr und Herbst 1946 wesentlich geprägt hatte, kommt in den Protokollen der entsprechenden Diskussionen nur undeutlich zum Ausdruck. Ein Blick auf die sonstigen Punkte der Tagesordnung zeigt aber den Kontext, in dem wohl jede Delegation die Parteienfrage reflektierte. Da war der Streit über den Sinn und die Kompetenzen von Zentralverwaltungen, da gab es die fruchtlosen Erörterungen der strittigen Reparationspraktiken der Sowjet-Union, die Differenzen über die Zahl der Luftkorridore nach Berlin und die Auseinandersetzung über die erzwungenen Arbeitsverträge deutscher Spezialisten mit der Sowjet-Union. Schließlich machte sich auch der Konflikt über eine gemeinsame alliierte Politik gegenüber deutschen Gewerkschaften bemerkbar und – last not least – das langsame Zusammenwachsen der britischen und amerikanischen Besatzungsgebiete zur Bizone. Darüber hinaus zeichnete sich ein Nachgeben speziell der USA gegenüber dem französischen Wunsch nach dem wirtschaftlichen Anschluß der Saar ab und damit ein Erfolg der amerikanischen Bemühungen um die Einbeziehung Frankreichs in einen westlichen Akkord.

Auf sowjetischer Seite muß die Einsicht gewachsen sein, daß eine stärkere Mitwirkung an der Entwicklung der Westzonen kaum noch zu erreichen sei. Das war für Moskau wohl vor allem aus ökonomischen Gründen (Reparationen, Ruhrkontrolle) enttäuschend, aber sicher auch im Hinblick auf politische Interessen (Sicherheit, und zwar nicht zuletzt durch Strukturen, die zumindest sowjetfeindliche Kräfte nicht begünstigten). Um den gegebenen Gefahren auch auf dem Felde deutscher Politik begegnen zu können, mußte es für die Sowjet-Union eigentlich darauf ankommen, ihre speziell im Westen schwachen, doch einzigen deutschen Bundesgenossen deutschlandpolitisch zu aktivieren. Das setzte allerdings zunächst die besatzungsrechtliche Absicherung der gesamtdeutschen Verschmelzung von KPD und SED voraus. Dies zu erreichen und zugleich die eigene Besatzungszone gegen die Mitsprache der Westmächte und die Einwirkung (im Zweifel) oppositioneller deutscher Kräfte aus dem Westen abzuschirmen – hierin lag, gerade auch in der Parteienfrage, die Schwierigkeit sowjetischer Deutschlandpolitik.

Das Problem trat um so deutlicher hervor, je skeptischer die Partner im Kontrollrat die innere Entwicklung der SBZ und der ost- und südosteuropäischen Länder verfolgten. Daß Churchill im Frühjahr 1946 in den USA (Fulton/Ohio) öffentlich und im Beisein von Truman vom „Eisernen Vorhang" sprach, daß der amerikanische Außenminister Byrnes in seiner Stuttgarter Rede vom September das sowjetische Vorgehen kritisierte, mußte in der Sowjet-Union bis dahin vielleicht noch lebendige Hoffnungen auf einen Modus vivendi mit den Westmächten erheblich dämpfen. In dieser Situation waren institutionalisierte West-Ost-Bindungen in Deutschland und ihre effektive Kontrolle durch die vier Besatzungsmächte noch riskanter als zuvor.

Mehr denn je kam es deshalb jetzt darauf an, vorsichtig zu taktieren und deutsch-

[61] (CORC/M (46) 57). Zur gründlichen Debatte stand das Problem erst wieder im Frühjahr 1947.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

landpolitische Regelungen nur in einer Form vorzuschlagen oder hinzunehmen, die Kompetenzverluste im eigenen Besatzungsgebiet ausschloß, selbst wenn dies zu Lasten der deutschen Bündnispartner gehen sollte. Gerade in diesem Augenblick aber stellte sich das Parteienproblem erneut – und nun erstmals aufgrund der Aktivität jener, über die im Kontrollrat bislang nur geredet worden war: Deutsche Parteien drängten auf gesamtdeutsche Kooperation.

5. Der Kontrollrat wankt: Die dritte Verhandlungsphase (Anfang Juli bis Ende Oktober 1947)

Bemühungen deutscher Parteien um eine interzonale *Kooperation* hatten bereits im Oktober 1945 begonnen. Damals trafen sich Vertreter der Sozialdemokratie aller Zonen (die aus der französischen angesichts der Haltung ihrer Besatzungsmacht illegal) im Kloster Wennigsen bei Hannover. Im Dezember 1945 versammelten sich Repräsentanten der Christdemokraten aus der britischen, der amerikanischen und der sowjetischen Zone in Bad Godesberg zu einem Reichstreffen, und nur wenig später, im März 1946, kamen in Frankfurt/M. Exponenten der Liberaldemokraten zusammen. Keines dieser Treffen diente explizit der Bildung einer gesamtdeutschen Parteiorganisation, jedes wurde von den anglo-amerikanischen und den sowjetischen Besatzungsbehörden toleriert. Allein die französische Militärregierung suchte die interzonale Koordination bereits in so frühen Stadien zu behindern – durch Ein- und Ausreiseverbote für Parteipolitiker.

Als erste Partei hatte die KPD Schritte zu einer nationalen *Verschmelzung* ihrer regionalen Organisationen unternommen. Das Berliner Zentralkomitee verstand sich seit dem Gründungsaufruf vom 11. Juni 1945 als die Führung auch der Parteiverbände im Westen, die diesen Anspruch durchaus anerkannten. An den vom ZK organisierten Reichskonferenzen der KPD im Winter 1945 und im Frühjahr 1946 nahmen Delegierte aus den Westzonen teil. Im Frühjahr 1946 wählte der Vereinigungsparteitag in den Parteivorstand der SED auch Vertreter der westdeutschen Kommunisten sowie einzelne Sozialdemokraten aus den westlichen Besatzungsgebieten, um so den gesamtdeutschen Anspruch der neuen Partei – neben dem Ziel der „Einheit der Arbeiterklasse" – zu dokumentieren[62]. Anfang 1947 begann auch die LDPD ihre Beziehungen mit den diversen und erst regional organisierten liberaldemokratischen Parteien der Westzonen zu verstärken. Sie regte, und zwar schließlich erfolgreich, an, die Liberalen im Rahmen einer einheitlichen „Demokratischen Partei Deutschlands" (DPD) zusammenzufassen. Bereits zuvor hatten die CDU-Führer der SBZ die Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft" der CDU/CSU vorgeschlagen und im Februar 1947 durchgesetzt. Sie waren es auch, die seither auf eine „Nationale Repräsentation" von Parteienvertretern aller Zonen drängten. Ob solche Anstrengungen „bürgerli-

[62] Vgl. Werner Müller, Die KPD und die „Einheit der Arbeiterklasse", Frankfurt/New York 1979, S. 221 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

cher" Parteien mit der SMAD abgesprochen waren, ist bislang nicht bekannt, ihre Tolerierung hingegen evident[63].

Die französische Besatzungsmacht hatte schon die Teilnahme von KPD-Vertretern am KPD-SPD-Vereinigungsparteitag zu verhindern versucht. Als im März 1947 der Zweite Vorsitzende der Ost-CDU, Ernst Lemmer, in einem Zeitungsartikel zur Schaffung einer Nationalen Repräsentation aufrief (dabei freilich nur wiederholte, was zuvor bereits die CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft gefordert hatte)[64], protestierte General Koenig im Kontrollrat. Er nannte den Appell einen „illegalen Versuch zur Schaffung einer deutschen Repräsentation" und verlangte am 21. März, der Kontrollrat solle den beteiligten Politikern einen Verweis erteilen[65]. Wenige Tage später, am 31. März, wandte sich General Noiret auch gegen die Versuche der LDPD, mit der Bildung der DPD Faits accomplis zu schaffen. Er bezog sich auf die Rothenburger Tagung der Liberalen dreier Zonen vom 17. März. Trotz der gerade in Moskau (Außenministerkonferenz) stattfindenden Diskussionen über gesamtdeutsche Parteien neigte er zwar, wie er skeptisch ausführte, zu der Annahme, daß es sich bei jenem Unternehmen nur um einen Plan der deutschen Liberaldemokraten handle (und nicht etwa um eine konzertierte Aktion der Partnermächte). Er verlangte jedoch Maßnahmen gegen das Unternehmen[66]. Die französischen Vertreter legten die Entwürfe für zwei Schreiben vor, in denen CDU und LDPD auf das Unangebrachte und Illegale ihrer Aktivitäten aufmerksam gemacht werden sollten[67]. Die anderen Mächte weigerten sich jedoch, der Aufforderung zu folgen. Sie erklärten Mitte April übereinstimmend, eine Ermahnung der Parteien schüfe – angesichts der Tatsache, daß bislang kein Zonenbefehlshaber den Zusammenschluß (zur DPD) genehmigt habe – nur übermäßige Aufmerksamkeit. Und sie wiederholten, daß sie grundsätzlich für Fusionen von Parteien auf nationaler Basis seien[68]. So kam es nicht zu einer gemeinsamen Aktion, und am 10. Mai setzte der Kontrollrat das Problem von der Tagesordnung ab[69].

Erstaunlich war in diesem Zusammenhang, daß im Kontrollrat keine der vier Mächte von den Bemühungen der SED Notiz zu nehmen schien, nun auch neue Formen für die Zusammenarbeit mit der KPD zu finden. Schon am 14. Februar 1947 hatte sich die „Sozialistische Arbeitsgemeinschaft" von KPD und SED konstituiert. Ihr proklamiertes Ziel war die „Bildung einer einheitlichen sozialistischen Partei in ganz

---

[63] Zur Entstehung gesamtdeutscher Parteien vgl. Manfred Koch u.a., Versuch und Scheitern gesamtdeutscher Parteibildungen 1945–1948, in: Die beiden deutschen Staaten im Ost-West-Verhältnis. Fünfzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 1. bis 4. Juni 1982, Köln 1982, S. 90ff.

[64] Am 15. März 1947 hatte die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU von Berlin aus zu einer Allparteien-Initiative aufgerufen. Vgl. Neue Zeit v. 16. März 1947.

[65] Brief on CONL/P (47) 29 v. 10. Mai 1947, Tab. 2, Unification of German Political Parties.

[66] CONL/M (47) 8 v. 31. 3. 1947.

[67] Minutes der 76. Sitzung des Politischen Direktorats v. 29. März 1947, DPOL/M (47) 12.

[68] Allied Control Authority, Political Directorate, Subject: Unification of German Political Parties, Appendix „A" to DPOL/M (47) 13, DPOL/Memo (47) 26 v. 16. April 1947.

[69] Vgl. CONL/M (47) 14.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland"[70]. In den westlichen Besatzungsgebieten freilich reagierten die Militärbehörden. Anders als bei den christ- und liberaldemokratischen Aktivitäten und anders auch, als ihr Vertreter im Kontrollrat argumentiert hatte, war die britische Militärregierung nicht bereit, die Arbeitsgemeinschaft zuzulassen[71]. Konsequent blieben die französischen Behörden. Sie untersagten die von SED und KPD geschaffene Einrichtung ebenso wie die Kooperationsbemühungen der bürgerlichen Parteien[72]. Geduldet wurde die Arbeitsgemeinschaft nur in der US-Zone. Als jedoch zwischen Anfang März und Anfang Juni 1947 die Landesparteitage der KPD beschlossen, Programm und Statut der SED zu übernehmen, sich also der SED anzuschließen, griff auch die amerikanische Besatzungsmacht ein. Sie erklärte, wie die britische, daß sie die „Namensänderung der KPD in SED" nicht gestatten werde, da „die SED eine Verschmelzung der KPD und SPD" darstelle, im Westen aber „die Voraussetzung der tatsächlichen Verschmelzung ... fehlt"[73]. Formal hätten sich Briten und Amerikaner auf das Fehlen einer Übereinkunft des Kontrollrats berufen können. Dann freilich hätte ihre Tolerierung der gesamtdeutschen Kooperation von CDU und LDP zur Diskussion gestanden, und zudem hatten sie sich um die Klärung der Frage zuletzt kaum noch bemüht.

Hingegen hatte auf der Moskauer Außenministerkonferenz (10.3.–24.4.1947) die Sowjet-Union einen neuen Vorstoß unternommen. Dort forderte Molotow, „den deutschen Parteien und freien Gewerkschaften das Recht zu gewähren, sich im gesamtdeutschen Rahmen zu vereinigen, Tagungen und Konferenzen unter Beteiligung von Vertretern aus ganz Deutschland abzuhalten, ihre Zentralorgane zu wählen, ihre Zentralzeitungen und -zeitschriften herauszugeben". Ohne eine solche Entscheidung könne „man nicht im Ernst von einer allseitigen Entwicklung der demokratischen Grundlagen in Deutschland sprechen"[74]. Die USA und Großbritannien stimmten – so faßte es der Koordinierungsausschuß der Konferenz zusammen – dieser Haltung grundsätzlich zu. Frankreichs Außenminister Bidault hatte jedoch ein Szenario für künftige Verhandlungen vorgelegt, nach dem den vier Mächten für ihre Kontrollratsarbeit aufgegeben werden sollte, „Maßnahmen für freie Betätigung der Parteien und Gewerkschaften" allein „in den *Ländern* (zu) treffen"[75].

---

[70] Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 2. Aufl., Band 1, Berlin 1951, S. 158.

[71] Vgl. Schreiben des Zentralsekretariats der SED an die Britische Militärregierung v. 1.4. 1947, in: Dokumente der SED, S. 176 ff.

[72] Ebenda, S. 184 f.

[73] Vgl. Pressemitteilung von OMGUS v. 3. Mai 1947 in: OMGUS-Bestände des ZI 6 (Anm. 18), 13/149 – 3/3. Nach einer Aktennotiz des hessischen KPD-Vorstandes erklärte General Clay während einer Begegnung mit diesen Parteifunktionären am 9.9. 1947, er „denke gar nicht daran, die SED zuzulassen ... Solange im Osten Deutschlands andere Parteien unterdrückt würden ..., sollten wir froh sein, daß wir ... frei und ungehindert arbeiten können". Bundesarchiv Koblenz, B 118/Bd. 37. Zum britischen Verbot vgl. Sopade-Informationsdienst, Heft 196 v. 13.6. 1947.

[74] Zit. nach Europa-Archiv, Juli 1947, S. 678.

[75] Ebenda, S. 702 (Bericht des Koordinierungs-Ausschusses), S. 699 (französische Vorschläge). Die anglo-amerikanisch-sowjetische Gemeinschaft bezog sich freilich nur auf die gesamtdeutsche Tätigkeit von Parteien und Gewerkschaften. Ohne Zustimmung der Sowjet-Union hatten die USA

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Übereinstimmung der USA und Großbritanniens mit der Sowjet-Union beschränkte sich freilich auf die Parteienproblematik. In allen anderen Fragen – vor allem bei der Behandlung der Wirtschaftseinheit – blieben die Differenzen ungelöst. Die Truman-Doktrin, die der amerikanische Präsident am 12. März 1947, während der Moskauer Tagung, verkündete, war kaum geeignet, die Situation zu entspannen. Trumans Ankündigung amerikanischer Hilfe für alle Länder, die sich gegen sowjetischen Druck für die „freie Lebensweise" entscheiden wollten, mußte in der Sowjet-Union vielmehr als formelle Erklärung des Kalten Krieges gewertet werden. Einer der wenigen Kompromisse, auf die sich die Mächte angesichts der alten und der neuen Konflikte noch verständigen konnten, war der Auftrag an den Kontrollrat, „in ganz Deutschland den freien Austausch von Nachrichten und demokratischem Gedankengut durch alle verfügbaren Mittel zu fördern"[76].

Im Juli legten die USA, von diesem Minimalkonsens veranlaßt, im Kontrollrat einen neuen Entwurf für eine Parteien-Direktive vor[77]. Gemäß dem letzten Diskussionsstand betraf er formell die Neugründung von Parteien und wiederholte dabei alle wesentlichen Elemente der früheren amerikanischen Entwürfe. Die Möglichkeit gesamtdeutscher Arbeit der Parteien wurde aber ausdrücklich erwähnt, und die nationale Verschmelzung von Parteien sollte allein aufgrund von Beschlüssen demokratisch gewählter Parteitage möglich sein. In der Diskussion erklärte der US-Vertreter im Politischen Direktorat allerdings, die Initiative ziele in erster Linie auf die *Gründung* und *Funktionsweise* von Parteien, die *Verschmelzung* auf nationaler Ebene sei dagegen zweitrangig („secondary to this")[78]. Daraufhin zog die Sowjet-Union nach und präsentierte am 7. August einen Gegenentwurf, in dessen ersten Paragraphen die Zulassung und Förderung von Parteien behandelt (§ 1) und dann ihre Vereinigung und ungehinderte Aktivität in ganz Deutschland postuliert wurde (§ 2)[79].

Frankreich hatte bereits gegen die amerikanischen Vorschläge die alten Bedenken erhoben und machte sie am 14. August auch gegen die sowjetischen Vorschläge gel-

---

und Großbritannien in Moskau einen Passus vorgeschlagen, der lautete: „Political parties shall be *competitive in character, constituted by voluntary associations of citizens in which the leaders* are responsible to the members, and with no party enjoying a privileged status." Zit. nach Report of the Special Committee to the Council of Foreign Ministers v. 2. April 1947, in: Foreign Relations of the United States 1947, Vol. II, Washington 1972, S. 430.

[76] Ebenda, S. 736.

[77] Vgl. DPOL/P (47) 64, Draft Directive on Political Parties v. 5. Juli 1947.

[78] Vgl. DPOL/M (47) 20 v. 19. 7. 1947.

[79] Vgl. DPOL/P (47) 73 v. 7. 8. 1947. Zuvor, am 4. 7. 1947, nach dem Scheitern der Münchener Konferenz, hatten – vermutlich auf sowjetische Anregung – die Ministerpräsidenten der SBZ-Länder an den Kontrollrat appelliert, Maßnahmen zur Demokratisierung und zur Herstellung der Einheit Deutschlands zu treffen. Sie forderten in ihrem Schreiben auch die Vereinigung von Parteien und Gewerkschaften in ganz Deutschland. Vgl. Neues Deutschland v. 1. 8. 1947. Zwei Monate später übermittelte der SED-Parteivorstand dem Kontrollrat entsprechende Vorschläge. Die SED hielt sich in der Parteienfrage enger an das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen und forderte die Zulassung des Austauschs von Nachrichten und Druckschriften in ganz Deutschland „als Vorbereitung für die Zulassung aller politischen Parteien in ganz Deutschland". Vgl. Dokumente der SED, S. 239 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tend. Zugleich brach zwischen den USA und der Sowjet-Union ein Streit über die Frage aus, ob und in welchem Umfange Angehörigen der Polizei oder anderer Bereiche des Öffentlichen Dienstes, sofern sie Mitglieder einer Partei sein sollten, die Werbung für ihre Partei erlaubt werden könne. Darüber hinaus wurde nun erstmals auch der politische Zusammenhang, in dem die Parteiendiskussion schon bisher stets geführt worden war, schärfer umrissen. Der Verdeutlichung der Konfliktstruktur dienten speziell die britischen und amerikanischen Argumente für die Absetzung des Themas von der Tagesordnung des Politischen Direktorats. So meinte der britische Vertreter, weitere Diskussionen über einen derart „großen Schritt in Richtung auf die politische Vereinigung Deutschlands" seien nur dann sinnvoll, wenn aus ihm wesentliche Fortschritte für die Realisierung der wirtschaftlichen Einheit, für den Abbau von Zonengrenzen und Reisebeschränkungen folgen würden. Das amerikanische Mitglied vertrat den Standpunkt, eine Vereinbarung über die nationale Verschmelzung von Parteien müsse mit einer Übereinkunft über die Prinzipien für die Demokratisierung der politischen Parteien in ganz Deutschland Hand in Hand gehen[80].

Trotz der klaren Fronten verlangte die Sowjet-Union im Oktober eine neue Diskussion. Und im Politischen Direktorat gingen die sowjetischen Vertreter in die Offensive. Sie führten aggressiv Klage über den Positionswechsel der USA und Großbritanniens, die doch noch im Frühjahr gemeinsam mit der Sowjet-Union und gegen Frankreich für nationale Parteien eingetreten seien, seit dem Sommer aber Vereinbarungen in dieser Frage von Fortschritten in anderen Bereichen abhängig machten. Die Westmächte reagierten heftig. Die Diskussion blieb ergebnislos[81]. Gleichwohl präsentierte die Sowjet-Union am 17. Oktober ihren ersten eigenständigen Vorschlag seit Beginn der Verhandlungen. Bei dem Entwurf für eine Direktive zur Lösung sowohl des Parteien- wie des Gewerkschaftsproblems beriefen sich auch die sowjetischen Vertreter auf die (vage) Empfehlung der letzten Außenministerkonferenz. Ob sie wirklich auf eine Verständigung zielten, muß offenbleiben. Der Wortlaut ihres aus drei Paragraphen bestehenden Papiers läßt eher Agitationsabsichten vermuten: Keine der bislang strittigen Fragen wurde konstruktiv angesprochen, weder die Modalitäten der Zulassung gesamtdeutscher Organisationen noch die innere Ordnung der Parteien, die zuletzt wieder von den USA thematisiert worden war. Nach sowjetischer Sicht war

> (1.) allen zugelassenen Parteien und Gewerkschaften zu gestatten, sich in ganz Deutschland frei zu betätigen und zu organisieren, (2.) allen anerkannten Parteien und Gewerkschaften das Recht einzuräumen, ihre inneren Angelegenheiten frei zu gestalten, im gesamtdeutschen Rahmen Vorstände zu bilden und Konferenzen abzuhalten,

[80] Vgl. DPOL/M (47) 22 v. 14. 8. 47. Zum Diskussionsstand nach dem 14. 8. 1947 vgl. die Zusammenstellung der Positionen und Argumente durch das Alliierte Sekretariat v. 8. 9. 1947 – CORC/P (46) 111 (4th Revise/1) Note by the Allied Secretariat.

[81] DPOL/M (47) 27 v. 3. 10. 47.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und (3.) den Alliierten die Aufgabe gestellt, militaristische und gegen die Siegermächte gerichtete Aktivitäten deutscher Organisationen gegebenenfalls zu „durchkreuzen"[82].

Als kompromißfähige Offerte war dieser Text kaum zu interpretieren. Deutlicher als in früheren Ergänzungswünschen, Gegenentwürfen oder Einwänden wurde aber nun der Sicherheitsaspekt, der seit Beginn der Debatten das Verhalten der sowjetischen Unterhändler auch in eher offensiven Phasen bestimmt hatte: Mit Berufung auf den dritten Paragraphen war jeder von Parteien oder Gewerkschaften getragene Ansatz einer eher westlich orientierten Politik in der SBZ zu verhindern.

Zu einer Diskussion des sowjetischen Entwurfs kam es aber gar nicht. Großbritannien und die USA monierten lediglich das Fehlen konkreter Regelungen und verwiesen auf ihre Vorschläge aus den vorangegangenen Verhandlungsrunden. Zwar erklärte sich die Sowjet-Union zur Erörterung auch solcher Fragen bereit. Als Voraussetzung verlangte sie jedoch eine Verständigung über die Verschmelzung der zonalen Parteien, wobei sie freilich sofort behauptete, zu einer konstruktiven Debatte über dieses Problem seien die Westmächte gar nicht bereit. Die französische Delegation war in einer günstigen Lage. Ihr Vertreter führte den Vorsitz, er moderierte den Konflikt, gab Anregungen zum Verfahren, verschwieg aber keineswegs die unveränderte Position seines Landes. Bald hatte auch der sowjetische Delegierte keine Einwände mehr gegen ein Ende der fruchtlosen Kontroverse. Das Direktorat kam überein, die Frage von der Tagesordnung abzusetzen, stellte es aber allen Mächten anheim, sie wieder ins Gespräch zu bringen[83]. Das geschah fortan nur noch in allgemeinen Erklärungen[84]. Für eine gemeinsame Arbeit an Parteien- oder Gewerkschaftsgesetzen blieb dem Kontrollrat ohnehin kaum noch Zeit.

6. Bilanz

Die Diskussion des Kontrollrats zwischen Frühjahr und Herbst 1947 spiegelt den bis dahin sichtbar gewordenen Dissens der Siegermächte in der deutschen Frage wider. Im Frühjahr noch – während der Moskauer Außenministerkonferenz – hatten die USA, Großbritannien und die Sowjet-Union sowohl in Moskau wie in Berlin ihre fortdauernde Bereitschaft betont, Deutschland als Einheit zu behandeln, und sich deshalb auch prinzipiell für gesamtdeutsche Parteien ausgesprochen. Aber bereits im Sommer machten die USA und Großbritannien überzonale Zusammenschlüsse von Fortschritten bei der Realisierung der Wirtschaftseinheit abhängig und gaben damit

[82] Vgl. Soviet Draft Directive, Appendix to DPOL/P (47) 91 v. 17. 10. 47.

[83] Vgl. DPOL/M (47) 29 v. 29. 10. 47.

[84] Vgl. Erklärung Sokolowskis v. 21. November 1947, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, hrsg. v. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Berlin (Ost) 1968, S. 524 ff., und Memorandum des Oberkommandos der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland zum Protestschreiben des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD an den Alliierten Kontrollrat, ebenda, S. 605 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutlich zu verstehen, daß sie die interzonale politische Zusammenarbeit der Deutschen nur dann goutieren wollten, wenn zuvor oder zugleich Vereinbarungen erreichbar waren, die ihren Vorstellungen vom künftigen politisch-sozialen Profil Deutschlands zumindest nicht widersprachen. Sie stellten mithin – wie die Sowjet-Union schon früher – die Parteienfrage in einen umfassenden deutschlandpolitischen Zusammenhang. Die Einheit des Landes – ohnehin nie ein Ziel mit hoher Priorität – war weder gegen die französischen noch gegen die sowjetischen Interessen durchzusetzen. Was Byrnes im Vorjahr in Stuttgart, an Frankreich und die Sowjet-Union gerichtet, als Ziel der anglo-amerikanischen Politik gekennzeichnet hatte, gewann immer schärfere Konturen: „Wenn eine vollständige Vereinigung nicht herbeigeführt werden kann, werden wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um eine größtmögliche Vereinigung zu sichern."[85]

Im Herbst 1947 schließlich konnte keine der Siegermächte noch die Hoffnung haben, ihre Ziele in eine tragfähige Kompromißformel einzubringen. Eine Verständigung über Deutschland war angesichts der zunehmenden West-Ost-Spannung in weite Ferne gerückt. Die Konsolidierung der Besatzungsgebiete im Sog der Blockbildung gewann Vorrang vor gesamtdeutschen Zielsetzungen. Überzonale Organisationen konnten den Ausbau der Teile gefährden. Die Westmächte (USA und Großbritannien) waren damit in die Nähe jener taktischen Gesichtspunkte gelangt, die das Handeln der Sowjet-Union schon sehr früh bestimmt zu haben scheinen.

Jedoch hielt die Sowjet-Union, anders als die Westmächte, an der von ihr verbal stets vertretenen Position fest. Sie sah sich nun in der Lage, die Gegenseite der Mißachtung der Potsdamer Absichtserklärungen zu bezichtigen, und sie hoffte – wohl ernsthaft – die enttäuschten nationalen Erwartungen der Deutschen für ihre Politik mobilisieren zu können: durch nationale Kampagnen wie die Volkskongreßbewegung „für Einheit und gerechten Frieden", durch eine national organisierte SED. Damit konnte freilich nur unzureichend verdeckt werden, daß die sowjetische Politik jetzt unmittelbar auf die Stabilisierung ihrer Besatzungszone im Rahmen des Ostblocks zielte.

[85] Europa-Archiv, 1946, S. 261 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

WALTER F. PETERSON

DAS DILEMMA LINKSLIBERALER DEUTSCHER JOURNALISTEN IM EXIL

Der Fall des „Pariser Tageblatts"

I.

Als im Dezember 1933 die erste Ausgabe des „Pariser Tageblatts" an den Zeitungsständen der französischen Hauptstadt verkauft wurde, erhielt die deutsche Emigration ihre eigene Tageszeitung, und die ehemaligen Presselöwen des linksliberalen Berliner Journalismus bekamen wieder ein Sprachrohr für den Kampf gegen ihre Gegner und zur Verteidigung ihrer Prinzipien[1]. Der aus Rußland emigrierte Verleger Wladimir Poliakov[2] hatte zwei führende deutsche Redakteure gewinnen können: den gealterten – nach mancher Auffassung bereits „verbrauchten" – ehemaligen Chefredakteur der „Vossischen Zeitung" Georg Bernhard sowie den jungen, schlagfertigen und vielversprechenden früheren Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung" Kurt Michael Caro. Zum ersten Redaktionsstab gehörten noch Richard Dyck, Georg Wronkow, Erich Kaiser und Hans Jakob[3]. Sie kamen ebenso aus der „seriösen" wie aus der „Boulevardpresse" Berlins, der Hauptstadt der Weimarer Republik.

Die Geschichte des „Pariser Tageblatts", das ab Juni 1936 als „Pariser Tageszeitung" weitergeführt wurde, und der Kurs seiner führenden Journalisten sind für die prekäre Situation des politischen und kulturellen Liberalismus im Zwanzigsten Jahrhundert kennzeichnend. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden sich deutsche Liberale zunehmend bewußt, daß viele ihrer Anhänger zu Gratwanderern geworden waren, die nach rechts oder links abzustürzen drohten. Die Deutsche Demokratische Partei wurde nach Anfangserfolgen in den ersten Jahren der Weimarer Republik von politischen Organisationen zu ihrer Rechten und Linken in den Schatten gestellt. Die Weimarer Liberalen erwiesen sich als unfähig, ein überzeugendes Sozial- und Wirtschaftsprogramm zu entwickeln. Sie widersetzten sich zwar hartnäckig der wachsenden Radikalisierung des öffentlichen und privaten Lebens, gleichzeitig aber

[1] Der vorliegende Aufsatz basiert auf einigen Abschnitten meiner Dissertation „The German Left-Liberal Press in Exile: Georg Bernhard and the Circle of Emigré Journalists Around the Pariser Tageblatt – Pariser Tageszeitung, 1933–1940" (Ph. D. diss., State University of New York at Buffalo, 1982).

[2] Der Name des Verlegers wurde verschieden geschrieben, nämlich Vladimir oder Wladimir Poliakov, Poliakoff, Poliakow; ich habe mich für León Poliakovs Transkription des Namens seines Vaters entschieden.

[3] Hans Jacob, Kind meiner Zeit. Lebenserinnerungen, Köln und Berlin 1962, S. 184.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

opponierten sie „militanteren", vielleicht verfassungswidrigen und diktatorischen Maßnahmen gegen diese Radikalisierung. Sie verbrachten ihre Zeit mit Fraktionskämpfen und vermochten sich dabei weder auf eine gemeinsame Linie zu einigen noch eine politische Richtung anzugeben[4]. Schließlich verloren sie ihre Anhänger an die extreme Rechte.

Obgleich die Redakteure des „Pariser Tageblatts" durch Emigration und Niederlage gezeichnet waren, blieben ihre Auffassungen über Liberalismus in der Tradition der demokratischen Linken der Weimarer Republik. Ihr Linksliberalismus war eine Mischung der sozialliberalen Auffassung der Schule Friedrich Naumanns mit den idealistischen linksgerichteten und polemischen Positionen der unabhängigen Intellektuellen aus dem Umkreis der „Weltbühne". Heinrich Mann war der geistige und politische Mentor dieser liberalen Aktivisten. Sein Humanismus, sein soziales Bewußtsein, seine ausgesprochene Hochachtung vor der französischen Kulturpolitik zogen die Linksliberalen an. Sie bewunderten diesen politisch bewußten Intellektuellen, und wie er bemühten sie sich um eine Einheitsfront aller Sozialisten und Kommunisten[5]. Konservativere Liberale wie Gustav Stolper, dessen Philosophie der Sozialist Julius Braunthal als so antiquiert einschätzte, „that he has hardly progressed beyond Ricardo", hätten von Heinrich Mann wohl kaum intellektuelle, geschweige denn politische Anregungen erwartet[6]. Als der Herausgeber der „Foreign Affairs" mit dem Gedanken spielte, Heinrich Mann um einen Artikel über „Die Zukunft des deutschen Liberalismus" zu bitten, meinte Stolper amüsiert:

> „An article from him ... would under all circumstances be extremely interesting, since he is a brilliant essayist. But I call your attention to the fact that Heinrich Mann is at best a liberal in an intellectual sense but not in an economic one. He stands somewhere between social democracy and communism. He lacks the broad conservative vein of his brother Thomas, whom I hold to be infinitely better qualified to compose such an article."[7]

Doch Thomas Mann verkörperte in Bernhards Augen genau die Form des Liberalismus, die er und der „Tageblatt"-Kreis geringschätzten. Im Gegensatz zu Stolper

---

[4] Werner Jochmann, Der deutsche Liberalismus und seine Herausforderung durch den Nationalsozialismus, in: Rudolf von Thadden (Hrsg.), Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen, Göttingen 1978, S. 117.

[5] So stellte die „Berliner Volkszeitung", das Vorbild für das „Pariser Tageblatt", unter ihrem Chefredakteur Kurt Caro ihre Spalten der Diskussion zwischen der SPD und KPD über die Bildung einer Volksfront der beiden miteinander verfeindeten Arbeiterparteien zur Verfügung. Die „Berliner Volkszeitung" kritisierte beide Seiten wegen ihrer Weigerung, zu einer Übereinkunft zu kommen. Vgl. Kurt Caro, „Thälmann in Paris", BVZ, 1. Nov. 1932, A; ebenso Kurt Caro, „Linke Einheitsfront?", BVZ, 17. Jan. 1933, A. In diesem Zusammenhang steht auch Rudolf Breitscheids Artikel „Einheitsfront!", BVZ, 12. Febr. 1933, M., den Kurt Caro kurz kommentierte mit „Geist und Tat", BVZ, 19. Feb. 1933, M; Walter Öhme antwortete Breitscheid schließlich mit dem Artikel „Die Einheitsfront marschiert", BVZ, 25. Feb. 1933, M.

[6] Toni Stolper an Julius Braunthal, 30. Dez. 1942, Leo Baeck Institute, New York (künftig: LBI), Toni Stolper Coll., Julius Braunthal Corr.

[7] Gustav Stolper an Hamilton Fish Armstrong, 9. Jan. 1934, BA, NL Gustav Stolper, Bd. 50.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

strebte Bernhard eine neue Form des Liberalismus, einen „Neuen Sozialismus" an. Dieser Sozialismus, der „über Marx hinaus und teilweise auch an Marx vorbei" gehen sollte, hätte auf den „alten liberalen Grundlagen" zu basieren. Eine „ schöpferische Synthese zwischen Ethos und Wirtschaft, zwischen Freiheit und Gebundenheit, zwischen Individuum und Gemeinschaft" war das Ziel, das allerdings „nur mit Willen und Optimismus nicht zu machen" ist. Denn: „Worauf es ankommt, ist der Plan, damit die Stunde der Macht nicht wieder ein zielloses Geschlecht findet. Und diesen Plan gilt es zu formen."[8]

In all den Jahren des Exils behielt Bernhard den Glauben an die „Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines gesunden Individualismus gegenüber dem sozialistischen Kollektivismus"[9]; diese Maxime lenkte seine politische Tätigkeit. Schließlich wußte Bernhard, daß die deutschen Liberalen politisch und geistig mehr verloren hatten als die beiden großen Arbeiterparteien und daß sie in der Emigration keine Unterstützung besaßen. Sie waren – in Kurt Kerstens Worten – „Indianerhäuptlinge ohne Indianer". Um ihre Isolierung im Exil zu durchbrechen und politischen Einfluß ausüben zu können, boten sich ihnen nur drei Möglichkeiten: 1) durch die Presse, das traditionelle Medium der Liberalen, wobei sie sich seitens der verschiedenen sozialen und intellektuellen Gruppierungen einen gewissen Respekt erhofften, 2) durch die Beteiligung an Ausschüssen und Organisationen deutscher Emigranten, und 3) durch den Aufbau einer möglichst umfassenden „Volksfront" des deutschen Exils[10]. Rudolf Olden sah 1937 im Rückblick auf diese Versuche, angesichts der Geschichte des „Pariser Tageblatts" und der beklagenswerten Zustände innerhalb des liberalen Lagers, eine Wiederholung der Weimarer Erfahrungen. Unter offensichtlicher Anspielung auf seine Schrift „Warum versagten die Marxisten?" (1934) stellte er die rhetorische Frage: „Man muß fragen: ‚Warum versagten die Bourgeois?' Kein Zweifel, daß sie wieder einmal versagen. Es wird mich nicht verwundern, wenn daraufhin unsere Freunde von der Linken den Laden übernehmen, – was sie, so meinem Gefühl nach, schließlich doch tun werden."[11] 1940 sollte sich Oldens Prophezeiung mit einer Einschränkung als richtig erweisen: Nicht nur die Linke übernahm „den Laden", auch die Rechte beteiligte sich.

II.

Alle politischen Emigranten grübeln darüber nach, wie ihre Niederlage in der Heimat und das daraus resultierende Exil zu erklären ist. In Kommentaren und Leitartikeln

[8] Bernhard, „Zu neuen Ufern", PT 112, 3. April 1934, S. 1.

[9] Georg Bernhard, Die Deutsche Tragödie. Der Selbstmord einer Republik, Prag 1933, S. 6.

[10] Bei Ursula Langkau-Alex, Volksfront für Deutschland? Band 1: Vorgeschichte und Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront", 1933–1936, Frankfurt a. M. 1977, eine detaillierte Darstellung der deutschen „Volksfront".

[11] Rudolph Olden an Fritz Wolff, 29. Mai 1937, Zentrales Staatsarchiv der DDR (künftig: ZStAP), Bestand „Pariser Tageszeitung", Nr. 81, Bl. 68.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des „Pariser Tageblatts", später der „Pariser Tageszeitung", spiegeln sich die Grenzen des politisch-kulturellen Liberalismus, der durch die Ereignisse des 20. Jahrhunderts fast ausgerottet wurde. Wir werden noch sehen, bis zu welchem Grade antidemokratische Auffassungen die Substanz des Liberalismus angegriffen hatten.

Die Redakteure des gerade gegründeten „Pariser Tageblatts" hatten sich zum Ziel gesetzt, „ihre" Zeitung nicht im Sinne der liberalen Presse der Weimarer Republik weiterzuführen. „Wir wollen keine Nachahmung deutscher Zeitungen schaffen", schrieb Bernhard in der hundertsten Ausgabe der Zeitung. „Es lag uns fern, das unverändert fortzusetzen, womit wir in Berlin aufhören mußten." Vielmehr erfordere die Zeit eine neue Form des Journalismus. Die liberale Presse im Exil, die dem „Geist der Freiheit und der furchtlosen Kritik" eine neue Heimat gegeben habe, müsse sich diesen Zeiten stellen und sich härter und militanter verhalten, um die Demokratie zu festigen und demokratische Rechte für alle zu garantieren[12]. Die Tendenz der liberalen Presse Weimars, „auf allen Sätteln zu reiten", habe ja schließlich zur Kapitulation dieser Presse vor dem Nationalsozialismus geführt[13]. Bis etwa 1930 hatten die liberalen Verleger zwischen politischen Zielsetzungen und wirtschaftlichen Interessen geschwankt. Schließlich opferten sie ihren politischen Standpunkt finanziellen Zwängen: Aus Angst, Leser zu verlieren, und aus Furcht vor Sanktionen mächtiger rechtsgerichteter Wirtschaftskreise bemühten sich die Zeitungen des Mosse- und des Ullsteinverlags, ihren politischen Standpunkt zu neutralisieren[14]. Für die liberalen

---

[12] Bernhard, „100", PT 100, 22. März 1934, S. 1; auch Bernhard, „Unsere Aufgabe", PT, 12. Dez. 1933, S. 1.

[13] Bernhard, „Die Voss stirbt", PT 99, 21. März 1934, S. 1.

[14] Es gibt verschiedene vorzügliche Arbeiten über die Weimarer liberale Presse, vor allem Modris Eksteins, The Limits of Reason. The German Democratic Press and the Collapse of Weimar Democracy, London 1975, und Michael Bosch, Liberale Presse in der Krise. Die Innenpolitik der Jahre 1930 bis 1933 im Spiegel des ‚Berliner Tageblatts', der ‚Frankfurter Zeitung' und der ‚Vossischen Zeitung', Frankfurt a. M. 1976.

Carl v. Ossietzky nannte die Lage der linksliberalen Presse in den letzten drei Jahren vor Hitlers Regierungsantritt gefährdet und kommentierte diese unsichere Lage folgendermaßen: „Bei Ullstein heißt das Ideal: ein ‚Völkischer Beobachter' mit der Genehmigung des Rabbinats, von Brüning ebenso geschätzt wie von Braun und auch von den Kommunisten gern auf der Straße gekauft; ein Bastard von Goebbels und Tante Voss. Da sich dieses bizarre Verlagsideal nicht leicht verwirklichen läßt, behilft man sich einstweilen mit einem reichlich chimärischen ‚innern Gleichgewicht'; man dämpft, man retuschiert, man untersagt der ‚Voss' etwa den Gebrauch des Wortes ‚Nazi', um die Leute ‚nicht unnütz zu reizen'. Und bei dieser Taktik werden die Blätter immer langweiliger und ein immer schlechteres Geschäft. Denn so rächt sich dieser Zitterkurs. Die ‚Morgenpost', die früher immerhin einigen politischen Nutzen brachte, sinkt unter dem Druck von oben in hoffnungslose Vernulpung. In der ‚Vossischen Zeitung', die mit Bernhards Ausscheiden aufgehört hat, ein international beachtetes Blatt zu sein, läuft Herr Elbau schusslig herum und kämpft radikale Anwandlungen von Kollegen mit dem geflügelten Wort nieder: ‚Aber, meine Herren, wir sind doch kein jüdisches Blatt!'" Siehe Carl von Ossietzky, „Der Fall Höllering", Die Weltbühne XXVIII, 5. Jan. 1932, S. 3.

Ähnlich sah Bernhard die Lage der liberalen Presse in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Er bezichtigte sie nicht nur, vor den Nazis kapituliert, sondern ihnen auch den Weg gebahnt zu haben: „Die deutschen Zeitungen erhalten jetzt ihren Lohn für frühere Sünden. Die deutschen Zeitungs-

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Pressekonzerne sei es nach 1930, bemerkte Bernhard, offensichtlich gewesen, daß die „Demokratie nicht mehr gesellschaftsfähig" und darüber hinaus ein wirtschaftlicher Nachteil war[15]. Im „Pariser Tageblatt" war man aber der Auffassung, daß eine Wiederholung Weimarer Zustände nicht allein von Journalisten vermieden werden sollte; auch das Problem der unpolitischen Intellektuellen, die immer beide Seiten der Medaille sahen, wurde angesprochen. Die scharfen, polemischen und bisweilen hinterhältigen Leitartikel sollten bloßstellen, was Jean Améry mit Bezug auf Romain Rolland die „Verwundbarkeit des Humanismus" genannt hatte. Der „Tageblatt"-Kreis kämpfte darum, daß die bürgerlichen Intellektuellen ihre typische Haltung des „Zwischen-allen-Stühlen-Sitzens" aufgaben. Améry nannte diese Haltung „eine ehrenhafte, wenngleich unbequeme für einen freien Geist: aber es ist ... keine politische und eben aus diesem Grunde auch eine moralisch wirkungslose"[16].

Nach Ansicht der meisten Mitarbeiter des „Pariser Tageblatts" hatten die Nationalsozialisten in Deutschland nicht aufgrund ihrer Heldentaten triumphiert, sondern wegen der Rückgratlosigkeit und Dummheit ihrer demokratischen Gegner, deren Fehler sich in verschiedenen Situationen gezeigt hatten. Dem Unvermögen der gegeneinander auftretenden Arbeiterparteien, einen politischen modus vivendi auszuhandeln, war das Scheitern der Weimarer Republik in erster Linie zu verdanken. Und die liberalen Parteien waren durch ihr Abgleiten nach rechts völlig diskreditiert, ihr Schicksal war besiegelt.

Bernhard und Caro betonten besonders zwei Faktoren: Erstens sei Deutschland für eine Demokratie schlecht vorbereitet und zweitens die Republik erfolglos und ohne jedes Selbstbewußtsein gewesen, wenn es darum ging, ihren Willen durchzusetzen. Bernhard schrieb:

> „Es war sicher einer der Fehler der Weimarer Republik, daß deren Führer nach dem Umsturz vom Jahre 1918 geglaubt haben, das deutsche Volk sei bereits für eine Demokratie reif, die auf jede autoritäre Lenkung des Volkes verzichten und selbst die fast überall sonst noch dringend gebrauchten, äußerlichen Drapierungen der Staats-Autorität entbehren könne."[17]

Die brutale Unterdrückung der österreichischen Sozialisten durch die Regierung Dollfuß im Februar 1934 zeigte gewisse Parallelen zu den Ereignissen in Deutschland

---

verleger, die in öffentlichen Tafelreden nie genug ihren Idealismus preisen konnten, sind nicht bloß die Totengräber der von ihnen allzu raffiniert geschäftlich ausgebeuteten deutschen Pressefreiheit, sondern die Wegbereiter der Hitler-Barbarei gewesen." Bernhard, „Die Voss stirbt", PT 99, 21. März 1934, S. 1.

[15] Bernhard, Die Deutsche Tragödie, S. 230.

[16] Jean Améry, „Von der Verwundbarkeit des Humanismus. Anmerkungen zu Romain Rolland", Merkur XXXV (Februar 1981), S. 205. In den ersten drei Jahren der Emigration gab es heftige Angriffe gegen Thomas Mann, z. B. Robert Breuer, „Der verirrte Bürger. Zu Thomas Manns 60. Geburtstag am 6. Juni", PT 537, 2. Juni 1935, S. 3. Vgl. Vigilans, „Emigranten mit Vorbehalt", PT 735, 6. Jan. 1936, S. 1 f.

[17] Bernhard, „Das andere Deutschland", PT 831, 22. März 1936, S. 1.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und gab daher den Redakteuren die Gelegenheit, allgemeine Schlüsse über den unsicheren Stand der Demokratie im 20. Jahrhundert zu ziehen.

In den Augen dieser exilierten liberalen Journalisten teilten alle Republikaner, unbeschadet ihrer politischen Differenzen, den naiven Glauben an die Vernunft als der bestimmenden Kraft im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft. Angesichts der politischen Realitäten unseres Jahrhunderts müsse nun dieser traditionelle liberale Glaube an die Vernunft überprüft werden. In einem Leitartikel „Macht und Gewalt: Das Österreichische Beispiel" formulierte Caro den machiavellistischen und pragmatischen Standpunkt seiner Zeitung und kritisierte all diejenigen, die eine schändliche Niederlage hatten einstecken müssen, obwohl sie vielleicht ethischer und politisch konsequenter als ihr Gegner gehandelt hatten. Wie immer richtete Caro sein Augenmerk auf die Linke. Der Kardinalfehler aller Linken bestehe in der Unfähigkeit, „die Macht [zu] gebrauchen" oder auch nur „begrifflich verstehen zu können". Zwar lobte er die mutige Selbstverteidigung der österreichischen Sozialdemokratie (im Gegensatz zum „schmählichen Abgang der Severings und Brauns"), doch kam sie seiner Meinung nach zu spät. Die fortschrittlichen Parteien und ihre Führer hätten nach dem Krieg die sich ihnen bietenden Gelegenheiten nicht wahrgenommen, sondern sich zurückgezogen und ihren Verfall, ihre Tatenlosigkeit und Kampfesmüdigkeit deutlich gezeigt. Die Sozialdemokraten in Deutschland und Österreich hätten die „Zeit verschlafen", wenngleich das österreichische Beispiel auch einige positive Aspekte bot: „In Österreich steckte im Tun der Sozialdemokratie wenigstens noch sozialer Aufbauwille, in Deutschland hauptsächlich sozialer Bürokratismus."[18] „Macht ausüben" gehöre zum Repertoire der politischen Auseinandersetzung, betonte Caro, besonders wenn es um die Vernichtung eines Gegners gehe, der nur Macht anerkenne. Der Chefredakteur des „Tageblatts" ging in seiner Analyse noch weiter.

Wie Caro stellte Bernhard fest, daß die Möglichkeit für soziale und demokratische Reformen in Österreich versäumt worden sei. Dieses Scheitern könne vielleicht durch die Tatsache erklärt werden, daß es für „jeden Demokraten ein unlösbarer logischer Widerspruch zu sein scheint, Diktatur zur Durchführung der Demokratie anzuwenden. Damals hat der Verstand über den Instinkt gesiegt." Der gleiche Sieg der Logik hatte Deutschlands Niederlage und die Zerstörung der Demokratie bewirkt. Im Rückblick auf diese verschenkten Möglichkeiten spekulierte Bernhard, daß „vielleicht die zu große Verbreitung des klügelnden Verstandes überhaupt das politische Unglück der letzten liberalen und demokratischen Aera [war]. Uns bleibt jetzt nur, die Folgen festzustellen: ‚Was Du in der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück'."[19] Der „Machtinstinkt", den die Demokraten und fortschrittlichen Parteien der Linken so mißverstanden hätten, bedeute: Erstens, die Gefahren, die Demokratie und Freiheit bedrohen, zu erkennen, und zweitens, diesen Herausforderungen effektiv und nötigenfalls Punkt für Punkt entgegenzutreten. Die Linksliberalen, die sich um das „Pariser Tageblatt" sammelten, entwarfen eine politische Philosophie der

[18] Caro, „Macht und Gewalt. Das Österreichische Beispiel", PT 75, 25. Febr. 1934, S. 1 f.
[19] Bernhard, „Der Sinn des Bürgerkriegs", PT 66, 16. Febr. 1934, S. 1.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wachsamen Aktivität zur Verteidigung der Demokratie, auch wenn das zeitweise undemokratische Maßnahmen erfordern sollte. Diese philosophische und politische Haltung kennzeichnete die nachträglichen Analysen der Weimarer Republik wie auch alle Artikel über das nationalsozialistische Deutschland und die europäische Außenpolitik in den folgenden Jahren. Gleichzeitig aber stellte sie die militanten Verteidiger der Demokratie vor ein unangenehmes Dilemma.

Arnold Zweig wies als erster darauf hin. Der frühere Mitarbeiter der „Weltbühne" bestritt Bernhards implizites Argument, daß die Demokratie einerseits unterlegen sei, weil sie sich nicht kämpfend zu verteidigen gewußt habe, und andererseits, weil die Liberalen sich zu sehr auf ihren Verstand statt auf ihren Instinkt verlassen hätten. Die Verwirrung und die Gefahr solcher Denkweise waren für Zweig offensichtlich:

> „Lieber Georg Bernhard: wie ist mir denn? Habe ich dieses Lied nicht in schlechterem Deutsch aus den Federn dieses oder jenes Nazi-Buben gehört? Wirkt die anti-rationale Ansteckung schon über den Rhein? Wollen Sie, was auf ungenügende Verstandestätigkeit zurückging, wirklich dem Verstand und der Logik zuschieben? Ist nicht vielleicht das Gegenteil richtig? Haben die deutschen Politiker von Ebert und Scheidemann bis Brüning und Severing nicht zu emsig im Brei ihres Herzens gequirlt und das Chaos bewegt, statt klar zu denken und klar Gedachtes klar zu tun?"[20]

Zweig behauptete also, daß nicht zuviel, sondern zuwenig Vernunft die Demokratie in Deutschland zu Fall gebracht habe. Dieser Mangel an Vernunft und Courage habe die Sozialdemokraten, Volksparteiler und Zentrumsanhänger daran gehindert, „Irre als Irre", „Mörder als Mörder" und „Lumpen als Lumpen" zu erkennen und dementsprechend zu behandeln[21]. Die deutsche Emigration müsse es vermeiden, sich so in den Kampf gegen den Nationalsozialismus zu verstricken, daß sie schließlich Gefahr laufe, gerade die Prinzipien, für die sie kämpfe, zu opfern.

Hatten einerseits, laut Bernhard und Caro, Deutschlands demokratische Intellektuelle und politische Führer nicht zur rechten Zeit die nötige Autorität gezeigt und die Initiative ergriffen, um ihre Gegner zu besiegen, so war der andere Grund des deutschen Problems bei der deutschen Nation selbst zu suchen, die für die Demokratie schlechterdings unvorbereitet gewesen sei und auch keine Zivilcourage entwickelt habe[22]. Wie viele andere auf beiden Seiten des politischen Spektrums hatte Bernhard ein zwiespältiges Verhältnis zu den „Massen". Ohne Leitung oder Aufsicht würden die sonst gebändigten wilden Instinkte der Menschheit wieder auftauchen und ausgelebt werden. Das Dritte Reich – dieses „Zwischenspiel des Herdenstaates" – war offensichtlich so ein Fall[23]. Am effektivsten könnten die Herdeninstinkte der Men-

[20] Arnold Zweig, „Der Sinn des ‚Bruderkriegs'. Ein Brief", PT 83, 5. März 1934, S. 1 f.

[21] Ebenda.

[22] Der Mangel an Zivilcourage erklärt dem PT/PTZ-Kreis das Scheitern der Republik. Auch Rudolph Olden vertritt diese Idee in seiner Broschüre „Warum versagten die Marxisten?", die teilweise im PT nachgedruckt wurde: „Warum versagten die Marxisten? – Mangel an Zivilcourage", PT 45, 25. Jan. 1934, S. 1; ebenso Bernhard, „Der Bürger Poincaré", PT 308, 16. Okt. 1934, S. 1, und „So schlimm", PT 57, 6. Febr. 1934, S. 1.

[23] Bernhard, „Humanismus", PT 418, 3. Febr. 1935, S. 1.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schenmassen kontrolliert und reguliert werden, wenn wohletablierte demokratische Institutionen und Organisationen landesweit herrschten. Diese allgemeine Regel gelte nicht nur für die eigene Nation, sondern auch für die internationalen Beziehungen. Der Völkerbund habe also die gleiche Rolle wie der Rechtsstaat, nur eben auf der internationalen Ebene. Sein Anreger Woodrow Wilson sei kein Bewunderer oder Schmeichler der Massen gewesen:

> „Aber nur demokratische Freiheit bot nach seiner Auffassung die Möglichkeit, die Zügellosigkeit wilder Instinkte für die Gemeinschaftsarbeit zu zähmen. Sein Völkerbund sollte für das Leben der Staaten miteinander dasselbe sein, was die demokratischen Verfassungsinstitutionen im inneren Staatsleben waren."[24]

Der nationale und der internationale Frieden wie die Menschenwürde ließen sich nur behaupten, wenn man sich strikt den durch demokratische Prozesse entstandenen und von verantwortlichen Institutionen verwalteten Regeln unterwerfe.

Obwohl Bernhard es niemals explizit formulierte, so spielt in seiner Konzeption der Natur und der Funktion demokratischer Institutionen das, was Walter Struve die „offene, doch autoritäre Elite" genannt hat, eine Schlüsselrolle[25]. Es ist kennzeichnend für die deutschen politischen Auffassungen im späten 19. und im 20. Jahrhundert, daß elitäre Konzeptionen von der Rechten wie von der Linken vertreten wurden. Man findet sie in den Schriften Friedrich Naumanns, Max Webers, Theodor Barths und Leonard Nelsons ebenso wie bei Oswald Spengler, Hans Zehrer und Ernst Jünger. Sie vertraten „Demokratie bei der Auswahl der Mitglieder der Elite", nicht aber beim Entscheidungsprozeß[26].

Georg Bernhards linksliberale elitäre Auffassung zeigt sich in seinen Bemerkungen über die pädagogische Funktion des Journalisten: Die politischen Argumente dieser Elitekonzeptionen finden sich bereits in seinen frühen Schriften. In einem umstrittenen Artikel, den Bernhard 1903 in Hardens „Zukunft" veröffentlichte, zeichnete er das Volk als eine „stumpf dahintreibende Masse" auf der Suche nach Kontrolle und politischer Leitung. Die politische Leitung müsse der Führer einer Partei übernehmen. Dieser Führer könne zwar den Fortschritt programmieren, sein Erfolg und seine Annahme durch die Massen als „Lenker ihrer Geschicke hingen aber davon ab, daß „der Boden [dafür] bereit [sei] und der Stand der Entwicklung es erlaube". „Sind diese Bedingungen noch nicht erfüllt, dann verschlingt die Masse das Individuum, das sie noch nicht begreifen kann."[27] Kurzum, die Massen müßten politisch und pädagogisch vorbereitet werden, die Ideen eines politischen Führers zu empfangen, und bei dieser Aufgabe sah Bernhard eine Schlüsselrolle für die Presse. Bernhard verstand Journalismus weniger als einen Beruf denn als eine Berufung. In Anlehnung an Emile Zolas Definition von Kunst als einem „Stück Leben, gesehen durch ein Tempera-

[24] Bernhard, „Fascio in Genf", PT 3, 14. Dez. 1933, S. 1.

[25] Walter Struve, Elites Against Democracy. Leadership Ideals in Bourgeois Political Thought in Germany 1890–1933, Princeton 1973, S. 3.

[26] Ebenda.

[27] Bernhard, „Parteimoral", Die Zukunft XI, 15 (10. Jan. 1903), S. 80.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ment", erklärte Bernhard 1924 in einer Rede, daß „der Journalismus nichts anderes als ein Stück Leben, gesehen und geschildert durch ein Temperament" sei. Durch sein „Temperament" geführt und von den Bedürfnissen und Interessen seiner Leser geleitet, gehöre es zur Aufgabe des Journalisten, „das Aktuelle aus den Dingen (herauszufinden) ... (und) das Zeitgemäße und Interessante in den Vordergrund (zu rükken)"[28]. Eine Zeitung und ihre Journalisten sollten eine bestimmte Weltanschauung vermitteln. Die Zeitung „will Ordnung in die Dinge bringen, die der Leser täglich vor sich und um sich sieht, will die Vorgänge in der Welt unter bestimmte Gesichtspunkte gestellt dem Leser vor Augen führen"[29]. Diese Rede drückt Bernhards Auffassung von der subjektiven Natur der Presse und der Rolle des Journalisten aus. Bernhard sah in der Presse eine politische Waffe, im zielbewußten, kreativen Journalisten fast einen Politiker.

In der Emigration scheint sich Bernhards patriarchalisch-elitäres Denken verstärkt zu haben: Es durchdrang jetzt auch seine sozial-politischen Vorstellungen und beeinflußte seine Interpretation des Aufstiegs eines totalitären Staates. Er glaubte, daß Fortschritt, Zivilisation und der Respekt vor menschlicher Würde nur durch irgendeine wohlwollend autoritäre Kontrolle möglich seien. Im Mittelalter hätten die Kirche und die Scholastik die notwendige Richtung gewiesen und den philosophischen Zusammenhalt garantiert. „Man formt zu Barbaren gewordene Menschen nicht anders zu allmählich wieder verantwortungsbewußten Individuen als durch patriarchalische Beherrschung und strenge Normenerziehung." Später habe der Humanismus, der zunächst in einzelnen gelehrten Köpfen entstand, sich gegen die Unterordnung des Einzelnen in den von der Gemeinschaft vorgeschriebenen allgemeinen Rahmen gesperrt.

> „Seitdem ist das einzelne Menschenschicksal in den Mittelpunkt auch des politischen Handelns gerückt ... Die Erziehung des Menschengeschlechts, die Hochbildung der Einzelindividuen, waren mehr oder weniger ausgesprochen der Endzweck der Diktaturen und der Demokratien, der Königreiche und der Republiken, des Universalismus der Kirche und des Kaisertums sowie der zentrifugalen Bestrebungen der nach staatlicher oder kultischer [sic] Selbständigkeit strebenden Landesfürsten."

Im 20. Jahrhundert sei im Gegensatz zu diesen Prämissen die primitivste Form gesellschaftlicher Organisation entstanden: der „totale Staat". Im Vergleich zu anderen Regierungssystemen bestehe „der totale Staat nur noch um seiner selbst willen, (existiert) für [ihn] der Mensch nur noch als Zweckobjekt, (leugnet er) jede individuelle Geistigkeit"[30]. Bernhard blieb davon überzeugt, daß vor allem das Fehlen einer patriarchischen Herrschaft und einer ethischen Normenerziehung für den Untergang der Republik verantwortlich waren. Die Paradoxien seines Systems vermochte Bernhard nie zu fassen und zu lösen. Seine Garantien für die Demokratie und für den In-

[28] Bernhard, „Stellungen im Zeitungswesen", masch. Ms. einer 1924 gehaltenen Rede, Freie Universität Berlin, Institut für Publizistik, S. 3.

[29] Ebenda.

[30] Bernhard, „Humanismus", PT 418, 3. Feb. 1935, S. 1.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dividualismus bestanden in dem Instinkt und dem guten Willen einer weisen, wohlmeinenden Elite, die die Herrschaft zu übernehmen habe; die gefährlichen Implikationen dieser Vorstellung wurden nicht angesprochen.

Nachdem die Rolle der Vernunft beim Handeln der Regierung in Frage gestellt worden war, wurden zwei andere Säulen des Liberalismus – die Freiheit der Presse und die freie Rede – ebenso unter die Lupe genommen. Für Bernhard war es eine offensichtliche Dummheit der Republikaner, sich ausschließlich von demokratischen Prinzipien leiten zu lassen, und zwar auch gegenüber denen, die sich verschworen hatten, nach ihrem Machtantritt diese Freiheiten abzuschaffen. Seiner Ansicht nach hetzte „jede übertriebene Konsequenz auch den besten Grundsatz zu Tode":

> „Wenn einer kommt und von vornherein erklärt: ‚Ich bin gegen die Demokratie: ich bin für die Gewalt; und wenn ich Dich fasse, dann gibt's keine freie Meinungsäußerung mehr!' – einem solchen auch nur die ungehinderte Werbung um die demokratische Mehrheit zu gestatten, hat mit Demokratie nicht mehr das Mindeste zu tun, sondern ist Selbstmord. Genau so wie jene Spielart des Pazifismus, dessen Anhänger sich totschlagen lassen, weil sie den Gebrauch einer Waffe grundsätzlich ablehnen."[31]

So kam er zu dem Schluß, daß die in der Weimarer Republik praktizierte Pressefreiheit ein Fehler war. Sie habe nur zu „ein(em) Privileg für die Piraten der öffentlichen Meinung [geführt], für die berufsmäßigen Ehrverletzer, für die Wortführer der Gewalttat und für die Brandstifter des Bürgerkrieges". Aus der Beurteilung seines eigenen liberalen Verhaltens in der noch nicht allzu fernen Vergangenheit nahm er das Recht zu seiner Schlußfolgerung:

> „Ich darf das vielleicht am ehesten eingestehen, weil ich sie am heftigsten verteidigt habe. Als Vorsitzender und vorher schon als Vorstandsmitglied der journalistischen Berufsorganisation, des Reichsverbandes der deutschen Presse, habe ich persönlich bei Ministern und Polizeibehörden bei Blätterverboten interveniert. Ich schäme mich dessen heute nicht, denn es war anständig. Aber ich weiß heute, daß es töricht war. Und es wird – sollte ich jemals wieder zu ähnlichem Tun Gelegenheit haben – nicht wieder vorkommen. Obwohl für mich nach wie vor die Pressefreiheit das höchste Ideal bleibt. Aber wenn es in die Wirklichkeit übersetzt werden soll, so gehören dazu eine Staatsinstitution und Staatsbürger, von denen man sicher sein kann, daß sie den Mißbrauch verhindern."[32]

Ein anderer in Zukunft zu vermeidender Fehler wurde im Verhältnis zwischen den Redakteuren und „ihrer" Zeitung einerseits und der finanziellen und deshalb politischen Kontrolle der Verleger andererseits entdeckt. Im Grunde forderte der Kreis um das „Pariser Tageblatt" eine neue Definition von Eigentum, die jeden Geschäftsmann zu irritieren verprach. Die Linie zwischen der alten und der neuen linken, „aktivistischen" Auffassung von Eigentum zog Bernhard in einem offenen Brief an den emigrierten russischen Liberalen und Freund Poliakovs, Paul Miljukow. An der Oberflä-

[31] Bernhard, „Erkenntnis", PT 733, 15. Dez. 1935, S. 1.
[32] Ebenda.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

che ging es in der Auseinandersetzung zwischen Bernhard und Miljukow darum, welchen Einfluß ein auf wirtschaftlichen Erfolg bedachter Verleger – in diesem Fall Wladimir Poliakov – auf seine Zeitung auszuüben berechtigt sei. Der Kern des Disputs war jedoch ein zutiefst politischer.

„Aus der Haltung geht für mich hervor, daß Sie der Auffassung sind, der Verleger eines Emigrationsblattes sei, sogar auch wenn er von einer emigrationsfremden Nationalität ist, berechtigt, auch über den geistigen Inhalt seines Blattes zu verfügen und dessen Gesinnung zum Gegenstand kaufmännischer Transaktionen zu machen. Hier trennt uns eine Kluft. Denn ich bin der Meinung, daß an jeder Zeitung ein bestimmtes Maß von geistigem Mitbesitzrecht der Redakteure besteht, erst rech [sic] aber bei einem Blatt, das die Interessen einer im Kampf gegen ein despotisches Regime stehenden Emigration zu verfechten hat."[33]

Aus den Erfahrungen mit seinem Verleger und aus Beispielen anderer liberaler Verlage in Berlin, wo soziale und politische Interessen wirtschaftlichen Erwägungen zum Opfer gefallen (und die kritischeren linksliberalen Geister aus den ehemaligen Hochburgen politischer und intellektueller Freiheit verdrängt worden) seien, müsse gelernt werden, und zwar müsse eine lebendigere, wachsamere und politisch und sozial verantwortlichere Form des liberalen Journalismus entwickelt werden.

Während Bernhard auf diese Weise mit den ökonomischen und politischen Traditionen der Weimarer liberalen Presse ins Gericht ging, brach Caro mit einer weiteren liebgewordenen Auffassung: Als stellvertretender Chefredakteur des „Pariser Tageblatts" distanzierte er sich von dem nach seiner Ansicht überholten Stil der radikaldemokratischen „Weltbühne", die zwar aggressiv und witzig geschrieben, in Wirklichkeit aber doch nur ein Papiertiger sei. Walter Mehring beschrieb Stil und Absichten der „Weltbühne"-Mitarbeiter, als er von sich und Ernst Toller erklärte:

„Unsere Gemeinschaft war im wesentlichen geistig-abstrakter Natur. Wir haben uns deshalb auch nie eingebildet, wir könnten irgendetwas von dem, was wir kommen sahen, verhindern. Aber wir wollten unseren Protest gegen jede Einschränkung der geistigen Freiheit anmelden."[34]

Die bloße Registrierung ihres Protestes im geistigen Bereich, wie Mehring es betrieb, war in den Augen der linksliberalen Aktivisten nicht genug. In einem Nachruf auf Kurt Tucholsky wies Caro auf die Divergenz zwischen den Glanzlichtern, die dieser ironische Satiriker der „Weltbühne" setzte, und den harten Realitäten hin, die nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler entstanden waren. Zwar sei Tucholskys Schweigen

„politisch schwer zu begreifen, dagegen künstlerisch so logisch und so klar, wie das Beste, was er geschaffen hat. Gegenüber den gigantischen Zeitereignissen verlieren die

[33] Bernhard an Paul Miliukov, Orginal in Französisch, 18. Nov. 1936, ZStAP, Bestand PTZ, Nr. 52, Bl. 2 F.; auch in „Eine vereitelte Intrige – Zwei Briefe an Professor Miljoukow [sic]", PTZ 203, 31. Dez. 1936, S. 3.

[34] Walter Mehring, Institut für Zeitgeschichte, ZS 2075.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herkömmlichen Mittel des Schriftstellers an Wert, und vor allem die Satire kommt um ihre Existenzberechtigung. Gegenüber der Macht und Gewaltanhäufung versagt die Ironie, gegenüber Maschinengewehren die spitze Feder, gegenüber denen, die sich stolz Barbaren titulieren, der Vorwurf der Barbarei, der schmutzigen Kulturlosigkeit, des Folterknechtshandwerks. Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt, aber umgekehrt, wie man sieht, auch."[35]

Die politische und kulturelle Form dieses „neuen" linksliberalen Ethos nahm Gestalt an. Caro und der „Tageblatt"-Kreis glaubten, daß die Zeit eine neue Moral verlangte, die nicht mehr auf der Satire Tucholskys basieren könne. Caro erklärte, daß als Ergebnis des Aufstiegs des Nationalsozialismus

„heute in der Welt auch die ethischen Kategorien so verdammt gering zu Kurs (stehen). Das grob Materielle herrscht und erzwingt Entscheidungen. Die Ideale gehören wie die Kirche nur noch zum Sonntag der Menschen. Sechs Wochentage aber sind hart und bedrängend. Und während dieses Zeitraums schweigt die Menschlichkeit. Wer die neuen Gesetze nicht lernt, erscheint etwas närrisch, schon halb eine komische Figur. Der Satiriker Tucholsky hat das gefühlt. Deshalb zog er es vor, vom Augenblick der Verwandlung an, die Feder endgültig aus der Hand zu legen."[36]

Was Caro in seiner Analyse des Tucholskyschen Verstummens und Bernhard in seinen tadelnden Kommentaren über Vernunft und Demokratie entging, waren die Implikationen ihrer eingestandenen Militanz. Der selbsternannte „Wachhund der Pressefreiheit"[37] und der ehemalige Vorsitzende des Reichsverbands der deutschen Presse stellten damit dem liberalen Journalismus, wie ihn die Weimarer Republik gekannt hatte, selbst den Totenschein aus.

Der Zerfall der Republik zwang diese ehemals „idealistischen" Demokraten, ihre politischen Auffassungen zu überprüfen. Der klassische Irrtum der europäischen Linken sei, so wiederholte Caro unzählige Male, das „bedingungslose Eintreten für den Buchstaben des Gesetzes".

„Es gibt tragische Irrtümer. Wir haben sie in unserer Heimat erlebt und gesehen, daß hinter Demonstrationen noch keine Kraft und kein politisches Programm zu stehen brauchen und daß der gute Wille und anständige Gefühle nicht immer ausreichen, auch das Richtige in der politischen Welt zu verwirklichen. Die Hauptpflicht, die uns unsere Niederlage auferlegt hat, lautet ganz einfach: vorurteilslos zu denken und jede Lage illusionslos zu prüfen. Nicht mehr haben wir getan."[38]

Die Überprüfung und Neueinschätzung der liberalen und humanitären Ideale führte

---

[35] Manuel Humbert (Kurt Caro), „In memoriam Kurt Tucholsky", PT 752, 2. Jan. 1936, S. 2. Zu Tucholsky vgl. Harold L. Poor, Kurt Tucholsky and the Ordeal of Germany, 1914–1935, New York 1968, und über seine Zeit im Exil Kurt Tucholsky, Die Q-Tagebücher 1934–1935, hrsg. v. Mary Gerold-Tucholsky und Gustav Huonker, Reinbek bei Hamburg 1978.

[36] Ebenda.

[37] Hartmut Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919–1930, Düsseldorf 1975, S. 229.

[38] Caro, „Dialog", PT 639, 9. Sept. 1935, S. 1.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bernhard und Caro dazu, die von ihren Feinden gesetzten Regeln anzunehmen. Statt „liberale Ideale" zu fördern und zu verteidigen, schlug ihr politisches Verhalten in eine Art „reziproken Liberalismus" um, der lediglich die Taktiken der extremen Rechten oder Linken spiegelte.

III.

Die praktischen und moralischen Konsequenzen dieser Auffassung und das Dilemma dieser deutschen Liberalen im Exil zeigten sich bei dem deutschen Exil-Skandal par excellence: der „Pariser Tageblatt"-Affäre. Dieser Skandal war das logische politische und intellektuelle Ergebnis der Politik des „Tageblatt"-Kreises. Im Kern ging es um die klassische Frage: Wie liberal darf ein Liberaler sein, ohne dabei Gefahr zu laufen, daß sein Werk von anderen zerstört wird? Aus der militanten Antwort, die der „Tageblatt"-Kreis gab, folgte eine ebenso grundlegende Frage: Wie unliberal darf ein Liberaler sein, ohne dabei seine eigene politische Identität aufzugeben und seine Moral zu ruinieren?

Die dramatischen Ereignisse während der „Pariser Tageblatt"-Affäre bleiben ein politischer und intellektueller Leckerbissen für Schriftsteller, Literaturkritiker und Historiker. Der Ablauf des Geschehens ist mehr als einmal erzählt worden[39]: Am 11. Juni 1936 erschien im „Tageblatt" eine sensationelle Deklaration, in ihrer Aufmachung an Zolas „J'accuse" erinnernd, die die Leserschaft über Wladimir Poliakovs „schamlosen Verrat" informierte[40]. Der Verleger des „Tageblatts" wurde angeklagt, mit Arthur Schmolz[41], dem Leiter der Presse- und Propaganda-Abteilung der Deutschen Botschaft in Paris, über den Verkauf der Zeitung verhandelt sowie Georg Bernhard entlassen zu haben, und zwar zugunsten eines neuen Chefredakteurs, der „einen anderen Kurs in der Zeitung einschlagen und sich gegenüber Hitler und dessen Bestrebungen loyaler einstellen (würde)". Angesichts dieser Umstände kündigten die Redakteure das Ende des „freien anti-nazistischen Pariser Tageblatts" an und die Fortsetzung ihres Kampfes für „Frieden, Freiheit und Menschenrechte gegen die nationalsozialistischen Weltbrandstifter" in einer neuen Publikation: der „Pariser Tageszeitung"[42]. Der neue Verleger hieß Fritz Wolff, ein politischer und finanzieller Op-

[39] Vgl. Kurt R. Grossmann, Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945, Frankfurt a. M. 1969; Hanno Hardt, Elke Hilscher, Winfried B. Lerg (Hrsg.), Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933–1945, München 1979; Léon Poliakov, L'auberge des musiciens. Mémoires, Paris 1981. Lion Feuchtwanger benützt in seinem Roman „Exil" – in der englischen Übersetzung „Paris Gazette" – die „Tageblatt"-Affäre als Hintergrund für diese Geschichte des deutschen Exils in Frankreich.

[40] „Wir klagen an", PTZ 1, 12. Juni 1936, S. 1.

[41] Arthur Schmolz, 1904–1939. Schmolz war ab April 1934 Presseattaché an der Deutschen Botschaft in Paris; er verließ diese dem Propagandaministerium zugeordnete Stelle im Dezember 1936, um in das Unternehmen seines Vaters einzutreten. Dr. Maria Keipert, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, an den Verfasser, 5. August 1977.

[42] „Wir klagen an", PTZ 1, 12. Juni 1936, S. 1.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

portunist[43]. Die von den Redakteuren des „Tageblatts" erhobenen Beschuldigungen erwiesen sich später als aus der Luft gegriffene Erfindungen. Die Untersuchungen verschiedener berufs- und ehrengerichtlicher Kommissionen sowie ein Prozeß und ein Appellationsverfahren vor französischen Gerichten widerlegten alle gegen den Verleger erhobenen Anklagen[44].

Es wurde damals allgemein vermutet, daß der deutsche Kommunist Willi Münzenberg die Affäre inszeniert habe. Er habe die größtenteils apolitische Leserschaft für die KPD-gelenkte Volksfront einspannen und deshalb die Kontrolle über das „Tageblatt" übernehmen wollen[45]. Diese Strategie erscheint durchaus realistisch, wenn man bedenkt, daß die meisten linken Intellektuellen nur in bestimmten Bereichen tätig sein konnten: im Journalismus, in kommunistischen Frontorganisationen oder in politischen und humanitären Aktivitäten, denen sie ihren Namen und ihr Prestige zur Verfügung stellten[46]. Es gibt kaum einen Zweifel, daß die Politik des „Tageblatts" den Bedürfnissen der Volksfront entgegenkam. Ein wahrscheinlich von Münzenberg verfaßter Brief wirft ein bezeichnendes Licht auf gewisse Zusammenhänge zwischen ihm, der KPD und dem „Tageblatt" und später der „Tageszeitung". Münzenberg betonte ausdrücklich:

> „Wir, d. h. der Volksfrontausschuß, dessen Sekretär ich damals war, erhielt erst nach der vollzogenen Tatsache Kenntnis von den Vorgängen und die KPD, die ich damals im Volksfrontausschuß vertrat, erhielt nur durch den Umstand davon Kenntnis, daß Herr Wolff den Genossen Wilhelm Pieck und mir [sic] zufällig im Café Mabillon traf und zwar einige Stunden, bevor die Sache platzte."

Da die Schilderung der Ereignisse durch Caro und Wolff glaubhaft erschien und man ihnen vertraute, unternahm der Ausschuß alles ihm mögliche, „um das Blatt als Blatt der Emigration und der gesamtdeutschen Opposition zu verteidigen"[47]. Wenn man

---

43 Informationen über Wolffs Tätigkeit in der Weimarer Republik und seine politischen Beziehungen in der Emigration sind sehr rar und unpräzis; seine Biographie ist weitgehend undurchsichtig. So soll er Hilfsredakteur des Nachrichtendiensts der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands gewesen sein, den Anna Geyer vom Dezember 1920 bis August 1921 leitete. (Fritz Heine an Otto Wels, 2. Juli 1938, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (künftig: AsD), SOPADE, Mappe 51; auch Victor Schiff an Ernst Reuter, 13./15. Juli 1946, Landesarchiv Berlin, NL Ernst Reuter, Nr. 515, Bl. 36).
Ein Bericht, der dem Pariser Polizeipräsidium eingereicht wurde, besagt, daß Wolff 1897 in Graudenz geboren und von Beruf Journalist war. Er wurde als politischer Flüchtling wegen seiner Aktivitäten „im Bereich der extremen Linken" observiert. Damit war sicherlich seine Arbeit für den 1933 von dem ungarischen Kommunisten Sándor Radó gegründeten Pressedienst „Inpress" gemeint. Bericht an die Délégation Judiciaires, ZStAP, Bestand PTZ, Nr. 53, Bl. 46.

44 L. P. (Léon Poliakov), The „Pariser Tageblatt" Affair, Paris 1938.

45 Derartige Andeutungen wurden in der Untersuchungskommission häufig gemacht. Vgl. Wilhelm Sollmann an Otto Wels, 20. Juni 1936, AsD, SOPADE, Mappe 122.

46 David Caute, The Fellow-Travellers. A postscript to the Enlightenment, New York 1973, S. 7.

47 Nicht unterzeichneter Brief (Willi Münzenberg) an Hugo Simon, Georg Bernhard, Bernheim sowie Kopie an Fritz Wolff, 10. Jan. 1937 (1938), ZStAP, NL Bernhard, Nr. 50, Bl. 25. Eine detaillierte Analyse der Autorenschaft dieses Briefes findet sich in meiner Dissertation, S. 391 Fn. 92.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Münzenbergs Bericht akzeptiert, spielte die KPD bei der theatralischen Gründung der „Pariser Tageszeitung" lediglich eine Nebenrolle, indem sie ihre politische und moralische Unterstützung dem Presseorgan anbot, das ihr politisch nützlichster „neutraler" journalistischer Agent war.

Die Redakteure des „Tageblatts" und Fritz Wolff handelten offenbar aus eigener Initiative – unabhängig von jeder politischen Partei. Ihre Aktion beruhte auf einer Kombination persönlicher, politischer und ethischer Motive. Die Krise, in der sich die politischen und intellektuellen Vorstellungen dieser Linksliberalen befanden, und die lebendige Erinnerung an die geistige Kapitulation von Mosse und Ullstein ab 1930 hatten ihr politisches und berufliches Bewußtsein geschärft. Über die ganze Affäre wäre man vielleicht hinweggegangen oder hätte sie nicht weiter beachtet – nach dem Motto: wieder so ein Krach zwischen einem emigrierten Geschäftsmann und seinem illoyalen emigrierten Stab –, wenn nicht tiefsitzende politische und philosophische Differenzen innerhalb der deutschen Emigranten entstanden oder besser: wieder aufgetaucht wären. Aus einer privaten Aktion gegen einen unsympathischen Verleger wuchs die „Pariser Tageblatt"-Affäre zu einem Skandal, der nicht nur die verschiedenen Kreise der deutschen politischen und intellektuellen Emigration betraf, sondern auch die russische Emigration und schließlich sogar führende Politiker des Gastlandes einbezog. Auf der oberflächlichsten Ebene sehen wir den für fast alle Emigrationen typischen Kleinkrieg zwischen Cliquen und das Austragen persönlicher Animositäten. Die Leichtgläubigkeit, mit der viele deutsche Emigranten die gegen Poliakov erhobenen Anklagen für wahr hielten, hatten ihren Grund nicht nur in den bisweilen etwas undurchsichtigen Geschäftspraktiken des Verlegers, sondern vor allem in der kollektiven Mentalität, die durch Ängste, Verdächtigungen und die Unsicherheit des Lebens in der Emigration bestimmt war.

Zwei Kontroversen zwischen verschiedenen und letztlich nicht zu versöhnenden politischen Auffassungen führten zum offenen Bruch in der liberalen Emigration. Dieses Auseinanderbrechen weist auf das politische und moralische Dilemma hin, in dem sich diejenigen, die sich als Verteidiger der liberalen und humanitären Ideale fühlten, kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs befanden. Die Argumente der Kontrahenten erinnern an den von Max Weber in „Politik als Beruf" entwickelten Gegensatz zwischen Gesinnungsethik auf der einen und Verantwortungsethik auf der anderen Seite. Für Weber unterstanden Journalisten der Verantwortungsethik und waren demzufolge nach den Konsequenzen ihrer Worte und Handlungen zu beurteilen.

Den ersten dieser die deutsche Emigration erschütternden Konflikte löste der „Verband Deutscher Journalisten im Exil" aus, als er beschloß, die infame Attacke gegen Wladimir Poliakov im Namen eines „höheren" politischen Ideals zu billigen. Die wilden Proteste, die ihr Mehrheitsbericht verursachte, versetzte die beiden wichtigsten Schriftstellerverbände im Exil in höchste Aufregung. Die Trennungen und Fraktionen im „Verband Deutscher Journalisten im Exil" und im „Schutzverband Deutscher Schriftsteller" (SDS) entsprachen dabei im großen und ganzen den Kontroversen und politischen Richtungskämpfen, die so typisch für das Verhalten ihrer

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mutterorganisationen in der Weimarer Republik waren. Nach dem Besuch eines der Treffen des SDS schrieb Ernst Feder, der ehemalige innenpolitische Redakteur des „Berliner Tageblatts", trocken in sein Tagebuch: „Nichts gelernt und nichts vergessen: die selben Debatten wie zu Haus."[48] Und damit hatte er recht. Mit Ausnahme von Poliakov hatten sich die bedeutenderen Teilnehmer an der Auseinandersetzung schon in der Weimarer Republik gegenübergestanden: Bernhard, Joseph Bornstein, Berthold Jacob, Paul Dreyfus und sogar der rheinische Separatist J. F. Matthes waren bereits vor 1933 in solche Dispute verwickelt gewesen.

Der zweite Konflikt entstand – nahezu gleichzeitig mit dem ersten – durch die Stellungnahmen des „Tageblatts" bzw. der „Tageszeitung", des SDS und vieler ihrer linksorientierten Mitglieder zu den Säuberungen in der Sowjetunion. Die Konflikte führten dazu, daß die rechtsliberalen oder „humanistischen" („absoluten") Mitglieder diese Organisationen verließen. Während der folgenden Jahre im französischen Exil kam es wiederholt zu äußerst scharfen Debatten zwischen den jetzt miteinander verfeindeten Fraktionen der deutschen Emigration.

Die „Absoluten" revoltierten gegen die liberalen politischen Pragmatiker und deren Pläne für eine Volksfront auf breiter Basis, indem sie eine „Liga für freie Presse und Literatur" gründeten, eine Gegenorganisation zu dem moralisch und politisch „beschmutzten" SDS. Die im Mai 1937 von Konrad Heiden und Leopold Schwarzschild ins Leben gerufene Liga wollte die „Sauberen", die Integren, von den „Unsauberen" deutlich trennen. Ihren Gründern schlossen sich Heinz Pol, Bruno Frank, Hermann Kesten, Walter Mehring, Alfred Neumann, Valeriu Marcu, Fritz von Unruh, Ernst Toller, Hans Sahl, Leonhard Frank und Hans von Zwehl an. Schwarzschild schrieb an Klaus Mann:

> „Es wird kein Gremium für innere Kämpfe gegründet, das ist nicht die Absicht. Es sollen zusammentreten die Leute, die wirklich an die Prinzipien glauben, deren Verletzung sie Hitler vorwerfen; die innerhalb der deutschen Emigration selbst jene Segen der Demokratie und der Meinungs-Freiheit erhalten wollen, ohne die es nur Verblödung und Verlumpung gibt; die, was ich für besonders wichtig halte, vor dem weiten, abgestoßenen Kreis des Auslands bekunden wollen, daß wir nicht eine homogene Masse von Ullstein plus Münzenberg sind, und die dafür sorgen wollen, daß wir nicht mit moralischen und politischen Hypotheken belastet dastehen, die schon heute bereits mancherorts ungemein schädlich für die deutsche Emigration sind und es mancherorts noch sehr werden können."[49]

Die „Pariser Tageblatt"-Affäre und der Mehrheitsbericht, der sich die Perspektive der „Pragmatiker" zu eigen machte, waren typische Zeichen für die moralische und poli-

[48] Ernst Feder, Tagebuch, 6. Nov. 1933, LBI, Ernst Feder Coll.

[49] Leopold Schwarzschild an Klaus Mann, 3. Juni 1937, in: Klaus Mann, Briefe und Antworten, Bd. 1, München 1975, S. 303. Die Bezeichnung „Club der Sauberen" erscheint in einem Brief Heinrich Manns an Rudolf Olden vom 24. Juli 1937, der in dem von Werner Berthold und Brita Eckert verfaßten Band, Der deutsche PEN-Club im Exil, 1933–1948. Eine Ausstellung der Bibliothek Frankfurt a. M., Frankfurt a. M. 1980, S. 182, zitiert wird.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tische Hypothek der deutschen Emigration, beide das Ergebnis einer politischen und moralischen Mentalität, die in der Tat aus der Kreuzung von Ullstein mit Münzenberg entstanden war.

„Ullstein plus Münzenberg" bedeutete, daß die linksliberale Presse sich den politischen und sozialen Realitäten jenes Jahrzehnts angepaßt hatte. Politik beherrschte jetzt die Moral, und der politische Feind bestimmte – absichtlich oder vielleicht aufgrund der Umstände und internationalen Bedingungen – das politische Ethos. Die „Nebelwolken großartiger Phrasen" und „idealistische Ausdrücke", die nach Ansicht des „Tageblatt"-Kreises die „Moralisten" kennzeichneten, sollten durch das Machtprinzip ersetzt werden: „Manifeste halten nicht Kanonen stand und Kanonen sind notwendig, um aus hochherzigen Manifesten politische Wirklichkeit werden zu lassen." Das Problem der „idealistischen" Linken bestehe darin, daß sie „sich allzu gern an Gefühlen berauschen und es noch nicht gelernt haben, sich gegebenenfalls auch mit dem Teufel zu verbinden, wenn dadurch wirklich die eigenen Machtpositionen gestärkt werden und man nicht, wie die deutsche Sozialdemokratie, schließlich als Reingefallener zum Gespött der Welt wird." Caro schloß seinen Beitrag, der am Vorabend der Invasion Äthiopiens durch das faschistische Italien geschrieben wurde, mit der Feststellung: „Realpolitisch denken heißt, in diesem Moment erkennen, daß Hitler-Deutschland die ständige Gefahr aller bedeutet und daß in keinem Lande Fortschritt möglich ist, solange eine permanente Drohung besteht."[50]

Der Kampf gegen den Nationalsozialismus bestimmte Denken und Schreiben dieser Journalisten, ihre Politik und auch ihren Gerechtigkeitssinn. Sie waren sich im klaren darüber, daß die Solidarität innerhalb der deutschen Emigration und die Unterstützung für alle Gegner NS-Deutschlands erhalten bleiben mußten. Im Laufe der Zeit wurde es jedoch unvermeidlich, bei der Beurteilung außenpolitischer Entwicklungen moralische Zugeständnisse zu machen. Mancher, der in der Weimarer Republik stolz darauf gewesen war, unabhängige und humanitäre Ideale zu vertreten, fand sich jetzt in merkwürdiger und ideologisch fremder Gesellschaft. So wurde Dollfuß' Politik ebenso toleriert wie Mussolinis Krieg gegen Äthiopien: denn das fiel in die Rubrik Realpolitik.

Auch angesichts der Schauprozesse und Säuberungen in der UdSSR zog der „Tageblatt"-Kreis es vor zu schweigen. Denn diese bourgeoisen Linken glaubten, daß die Sowjetunion das stärkste und unnachgiebigste Bollwerk gegen die nationalsozialistische Barbarei und deren Imperialismus sei. Caros Leitartikel „Hitler oder Stalin" aus den letzten Julitagen des Jahres 1937 erläutert diese Position. Caro widersprach wiederum den „Humanisten" und „Absoluten", der gleichen Gruppe, die die „Tageblatt"-Affäre zum Skandal aufgebauscht habe und jetzt die innersowjetische Entwicklung geradezu „masochistisch" verfolge. Daß die echten Trotzkisten den Fall ausnutzen würden, um ihre Position zu untermauern, leuchtete Caro ein; schließlich verteidigten sie nicht irgendeinen „Humanismus", sondern ihre eigene politische Doktrin. Bis vor kurzem, behauptete Caro, hätten in der deutschen Emigration ledig-

[50] Interim (Kurt Caro), „Realpolitik. Rechts- und Linksparteien", PT 628, 1. Sept. 1935, S. 1.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich Splittergruppen die Sowjetunion und ihre Außenpolitik kritisiert und somit eine „Außenpolitik des Harakiri" vertreten. Und ohne Schwarzschild, Heiden oder andere Anhänger der „Liga für Freie Presse und Literatur" mit Namen zu nennen, stellte Caro fest:

> „Zu den Sektierern sind aber inzwischen die Absoluten, die Humanisten gestoßen. Sie waren entweder niemals Kommunisten oder aber sie waren zu blinde Rußlandschwärmer. Sie strapazieren das ganze Humanitätsrepertoire gerade in dem Augenblick, wo Stalin erschießen läßt, und scheinen zu vergessen, daß auch Trotzky hat erschießen lassen, worauf diese empfindlichen Seelen entgegnen werden: ‚– aber eben nur wahre Konterrevolutionäre', was wiederum zu der Antwort zwingt: ‚Manche Konterrevolutionäre waren mindestens so links wie jene, die heute protestieren.' ... Uns scheint sich in der Sowjetunion weder auf der einen Seite die Methode, die umstritten sein mag, noch die Leistung, die bewunderungswürdig ist, geändert zu haben. Deshalb sehen wir auch keinen Anlaß, unsere Stellung zu dem Land, seinen Machthabern und seinen Problemen zu ändern."[51]

Genau diese Form des linksgerichteten politischen Pragmatismus, den Kult des Praktikablen nämlich, bezeichnete Heiden als „prinzipienlos" und verantwortlich für die Entstehung einer Situation, die schließlich zum „Pariser Tageblatt"-Skandal führte. Caros und Bernhards Argumente gipfelten in der moralisch-ethischen Verirrung, die vom französischen Schriftsteller Julien Benda als „La Trahison des Clercs" identifiziert worden ist und die schwerwiegende Gefahren für liberales politisches Gedankengut und Verhalten mit sich brachte. Für Schwarzschild bedeutete die Affäre, daß

> „there exists a paradoxical infection which finally contaminates even would-be champions of right and justice with maxims such as ‚whatever is to our advantage is right', it shows that the unvarying profession of a belief in liberalism and humanitarism itself can, all unawares, be combined with a tragic and scurrilous loss of all faith, even in the most elementary morality."[52]

Für Heiden und die „Absoluten" folgte „der moralische Defekt aus dem politischen Defekt"[53]. Die „Isolierung" des „Tageblatt"-Kreises und das offensichtliche Fehlen aller Maßstäbe für Recht und Gerechtigkeit sowie die Suche nach einer neuen politischen Moral hätten zu der Affäre geführt.

> „Die Verwirrung des Rechtsgefühls bei einer kleinen, sich vermutlich sehr aktivistisch dünkenden Journalistengruppe der Emigration beruht zum guten Teil sicherlich nicht auf persönlichen Charakterfehlern, sondern auch auf dem Zustand der Isolierung, der allmählich zwischen diesen schreibenden Menschen und der großen Masse, dem eigentlichem Publikum der Emigration entstanden ist",

schrieb Heiden, und er fuhr fort:

---

[51] M(anuel) H(umbert) (Kurt Caro), „Hitler oder Stalin?", PTZ 412, 30. Juli 1937, S. 1.

[52] Leopold Schwarzschild, „Preface", in: L. P. (Léon Poliakov), The „Pariser Tageblatt" Affair, S. 6.

[53] Konrad Heiden, „Selbstreinigung der Emigration", in: Das Neue Tagebuch, 13 (27. März 1937), S. 309.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Im Suchen nach einer neuen Form für eine allgemein gefühlte politische Tendenz hat sich bei einigen die Meinung gebildet, es sei besonders schlau, nationalsozialistische Methoden nachzuahmen."[54]

Die Einführung dieser neuen Methoden, schloß der Autor, habe das Niveau der Emigration und ihre Glaubwürdigkeit in den Augen der Welt herabgesetzt.

Keiner aus dem „Tageblatt"-Kreis bestritt, daß „a minimum of fundamental morality" und „elementary uprightness and truthfulness" bestünden oder erhalten werden müßten[55]. Man war dort jedoch eher bereit, in „extremen" Situationen flexiblere Maßstäbe anzulegen, wenn es darum ging, jenes Minimum zu bestimmen oder einen Trennungsstrich zu ziehen. Doch eben die Bewegung in dieser Grauzone – nämlich die Bestimmung eines Mindestmaßes und das Ziehen eines Trennungsstriches – stellte die Redakteure vor sehr unangenehme Entscheidungen.

Auf der einen Seite entwickelten sich die „Moralisten" oder „Absoluten", unter ihnen der Herausgeber des „Neuen Tagebuchs" Leopold Schwarzschild und viele seiner Mitarbeiter wie Heiden, Joseph Bornstein und Valeriu Marcu, zu Wahrheitsfanatikern, die mit dem Kopf durch die Wand marschierten, ohne bei ihrem ethischen und moralischen Kreuzzug die möglichen politischen Konsequenzen für die deutsche Emigration zu berücksichtigen. Schwarzschild und sein Kreis etablierten sich als Wächter von Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde. Und dieses bedingungslose Festhalten an der „Wahrheit" als dem absoluten ethischen Prinzip spiegelte sich auch in ihrem Urteil über die Säuberungen in der Sowjetunion wider.

Auf der anderen Seite sahen sich die „Pragmatiker" um das „Pariser Tageblatt" und die „Pariser Tageszeitung", Bernhard, Caro, Hans Jacob und der Verleger Fritz Wolff, in eine peinliche Situation gedrängt: Hin- und hergerissen zwischen den erklärten Idealen der Rede- und Pressefreiheit, der Vernunft und des unabhängigen Individuums und andererseits der Angst, alle diese Ideale zu verlieren. Das Ergebnis war ein intellektueller und politischer Hochseilakt, der die liberalen und humanistischen Prinzipien in einem Zeitalter der Intoleranz, des Terrors und der Gewalt retten sollte. In der festen Absicht, als Vordenker zu überleben, formulierten die „Tageblatt"-Journalisten einen militanten Liberalismus als Antwort auf den Nationalsozialismus und ihre bisherige politische und moralische Ineffizienz. Statt sich hinter die alten unkompromittierten Schlagworte von „Individualismus", „Freiheit" und „Selbstbestimmung" zurückzuziehen, um die Rolle des moralisch unangefochtenen Bewahrers bürgerlicher Werte und politischer Moral zu spielen, also die Rolle, die Schwarzschild und seine Liga für sich beanspruchten, suchten sie nach einem neuen Weg, auf dem ein täglicher Pragmatismus als die einzige Möglichkeit zu überleben erschien. Daher schlossen sie Kompromisse entgegen ihren liberalen Wertvorstellungen und nahmen an politischen Aktionen teil, die am Ende die Basis ihres liberalen Credos in Gefahr brachte: die Unantastbarkeit des Individuums. Doch es war nicht

[54] Konrad Heiden, „Der Prüfungsfall der Emigration", in: Das Neue Tagebuch, 12 (20. März 1937), S. 278.

[55] Leopold Schwarzschild, „Preface", in: L. P. (Léon Poliakov), The „Pariser Tageblatt" Affair, S. 6.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur ihre Niederlage in der Weimarer Republik oder ihre Isolierung in der Emigration, die ihr Verhalten bestimmte. Weimar und der Triumph des Dritten Reichs brachten nur bereits vorhandene Zweifel im Hinblick auf die Natur des Menschen und die Substanz demokratischer Herrschaft zum Vorschein. Auf der Suche nach den Gründen für den gefährdeten Zustand der Demokratie nahmen sie Zuflucht zu antidemokratischen Ideen, und zwar nicht nur, um die Niederlage der Demokratie zu erklären, sondern auch, paradoxerweise, um ihr Überleben im 20. Jahrhundert zu garantieren. Um ihren Einfluß in der Exilpolitik zu behalten und sich Gewicht bei der politischen Rekonstruktion Deutschlands nach der erhofften Niederlage des Nationalsozialismus zu sichern, waren Bernhard, Caro und ihre Anhänger bereit, Koalitionen mit Emigrantengruppen und Organisationen einzugehen, die nicht notwendigerweise ihre liberalen und demokratischen Grundauffassungen teilten. Wenn aber für den „Tageblatt"-Kreis die Gefahr in Manipulierung, in unverantwortlichen faulen Kompromissen oder im Aufgehen in größeren und besser organisierten und repräsentierten Gruppen und Parteien – besonders der KPD – lag, so bestand die Alternative Schwarzschilds in weiterer Isolierung, Kurzsichtigkeit, verstärkter Sektiererei und einer moralisch fundierten Intoleranz (man denke dabei nur an den wütenden Antikommunismus des Herausgebers des „Neuen Tagebuchs").

Der Versuch der Liberalen, nach ihrem kläglichen Untergang in der Weimarer Republik wieder die politische Initiative an sich zu ziehen, scheiterte erneut an ihrer Unfähigkeit, eine moralisch und politisch praktikable „kreative Phantasie" zu entwikkeln, scheiterte an ihrer Tendenz, nach rechts oder links abzugleiten, scheiterte an ihrer Uneinigkeit und ihrer ständigen Selbstzerfleischung auf Kosten des Kampfes gegen des Nationalsozialismus. Die intellektuellen und politischen Voraussetzungen für ein derartiges Verhalten existierten schon vor 1933, doch die Jahre der Emigration verstärkten diese Anlagen und trugen dadurch zum Scheitern der Liberalen in der deutschen Exilpolitik bei.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

HANNS JÜRGEN KÜSTERS UND HANS PETER MENSING

KONRAD ADENAUER ZUR POLITISCHEN LAGE 1946–1949

Aus den Berichten des schweizerischen Generalkonsuls in Köln Franz Rudolf v. Weiss

Private Beziehungen bedeutender Politiker verdienen um so größere Aufmerksamkeit, je schwieriger es ist, die Auswirkungen ihrer dienstlichen von den ganz persönlichen Kontakten zu unterscheiden. Bei Konrad Adenauer, der in seinen „Erinnerungen" nur wenige Verbindungen dieser Art erwähnt[1], wird dieses Umfeld erst durch die Veröffentlichung seiner Nachkriegsbriefe[2] weiter erhellt. So ist, abgesehen von einigen Hinweisen im ersten Memoirenband und in der Biographie von Paul Weymar[3], kaum bekannt, daß der spätere Bundeskanzler mehr als 30 Jahre eine enge familiäre und zugleich politisch wichtige Freundschaft zum schweizerischen Generalkonsul in Köln, Dr. Franz Rudolf von Weiss, unterhielt.

Bemerkungen zur Quelle

Bei den vollständig oder in Auszügen abgedruckten Dokumenten handelt es sich um Berichte des Diplomaten, die er in Abständen von einigen Tagen bis zu zwei Wochen an das für auswärtige Beziehungen zuständige Politische Departement in Bern richtete[4]. Darin informierte er seine Regierung hauptsächlich über die politischen Vorgänge im Konsulatsgebiet Köln, das ab 1945 auch die Regierungsbezirke Aachen, Koblenz, Trier und das Saargebiet umfaßte, aber auch über seine persönlichen Begegnungen

[1] Vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, 3. Aufl. Stuttgart 1976, S. 14.

[2] Vgl. die von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz im Auftrag der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus herausgegebene Reihe „Adenauer Rhöndorfer Ausgabe", Briefe 1945–1947, Berlin 1983, und Briefe 1947–1949, Berlin 1984.

[3] Vgl. Konrad Adenauer, S. 17, 39, 43, 89, 90f., 101, 123, und Paul Weymars autorisierte Biographie, Konrad Adenauer, München 1955, S. 221 ff.

[4] Die Berichte befinden sich im Schweizerischen Bundesarchiv (im folgenden abgekürzt: SBA) in Bern. Vgl. Dossier-Akte Schweizerisches Konsulat Köln IV/A Adenauer, Konrad, Dr. h. c., Bundeskanzler, Altoberbürgermeister der Stadt Köln 1931/1944; Berichte des Konsulats Köln, E 2300 Köln 1920–1950, sowie Berichte der Gesandtschaft Berlin, E 2300 Berlin 1928–1945. Die Berichte umfassen in der Regel 5 bis 10 Schreibmaschinenseiten. In unregelmäßiger Folge sind ihnen im Anhang Dokumente, wie Zeitungsartikel, Redemanuskripte, Aufstellungen oder Abschriften von Wirtschaftsdaten etc., beigelegt.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Unterredungen mit Vertretern der Besatzungsmächte wie mit deutschen Politikern[5].

Nur das enge Geflecht von freundschaftlich-persönlichen und politischen Beziehungen erklärt, weshalb Adenauer sich Weiss gegenüber so freimütig äußerte. Die Konsulatsberichte gehören bislang zu den wenigen bekanntgewordenen Aufzeichnungen über Gespräche mit Adenauer[6], in denen über einen längeren Zeitraum hinweg seine Beurteilungen der Lage in Westdeutschland vor Konstituierung der Bundesrepublik wiedergegeben werden. Auch wenn anzunehmen ist, daß nur die wichtigsten Einschätzungen in die zusammenfassenden Darstellungen eingeflossen sind, so verdeutlichen sie doch die politischen Absichten und den Werdegang des siebzigjährigen CDU-Vorsitzenden der britischen Zone. Dies gilt um so mehr, als Weiss auch über die hier dokumentierten Adenauer-Kontakte hinaus mit großer Regelmäßigkeit das Interesse der vorgesetzten Stellen auf die Aktivitäten des späteren Bundeskanzlers lenkte. So stellen die Konsulatsberichte eine ungewöhnlich vollständige Materialsammlung – bisweilen fast ein Itinerar – zum Aufstieg Adenauers dar. Stets unmittelbar nach dem jeweiligen Ereignis aufgezeichnet, halten sie die wesentlichen Karriereschritte fest[7] und umfassen nahezu alle seine öffentlichen Äußerungen (Reden, Interviews, Pressemitteilungen), die für die Nachkriegsentwicklung relevant sind.

---

[5] Zu den regelmäßigen Besuchern bei Konsulats-Empfängen zählten in den Nachkriegsjahren unter anderen Adenauers Nachfolger im Amt des Kölner Oberbürgermeisters, Hermann Pünder, die Bankiers Waldemar von Oppenheim und Robert Pferdmenges, die Universitätsrektoren und Kulturpolitiker Josef Kroll und Heinrich Konen, die nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rudolf Amelunxen und Karl Arnold, führende Vertreter der britischen Militärregierung (Regional Commissioner William Asbury), nicht zuletzt auch Repräsentanten der Kirchen, so der evangelische Superintendent Hans Encke und Josef Kardinal Frings, der in seinen Erinnerungen, Für die Menschen bestellt, Köln 1973, S. 20, 36, 225 f., Weiss als „aufrichtigen Freund" bezeichnet. Vgl. zum Kreis der Kontaktpersonen die Anlage zum Bericht vom 28. 5. 1947, in: SBA, E 2300 Köln 11.

[6] Von Gesprächen Adenauers mit Ausländern zwischen 1945 und 1949 sind lediglich die Aufzeichnungen des damaligen britischen Deutschland-Ministers, Lord Pakenham, im Mai 1948 in Rhöndorf bekannt. Vgl. dazu dessen Autobiographie, Born to Believe, London 1953, S. 194 ff., sowie seinen Aufsatz, Erfahrungen mit Adenauer als Minister für die britische Besatzungszone, in: Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier/Konrad Repgen/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Stuttgart 1976, S. 415 ff. Außerdem das Memorandum des amerikanischen Diplomaten und Politischen Beraters der Militärregierung, Robert Murphy, das dieser im Anschluß an eine Begegnung mit Adenauer am 24. 11. 1948 in Berlin verfaßte, in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, 1948, Vol. II, Washington 1973, S. 443 ff., dazu auch Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 368 f.

[7] Schon am 25. 1. 1946, also zwei Tage nach Abschluß der CDU-Zonenausschußtagung vom 22./23. 1. 1946 in Herford und der dort erfolgten (noch vorläufigen) Wahl Adenauers zum Zonenvorsitzenden, hält Weiss fest: „Es kann als sicher gelten, daß diese markanteste politische Persönlichkeit in Westdeutschland vor der Übernahme eines neuen sehr einflußreichen Postens steht." Vgl. seinen Bericht an das Politische Departement, S. 5, in: SBA, E 2300 Köln 10.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zur Beziehung zwischen Adenauer und Franz Rudolf von Weiss

Der Ausgangspunkt der Kontakte lag in den zwanziger Jahren, als der Kölner Oberbürgermeister Adenauer Fühlung zu den Auslandsvertretungen in seiner Stadt suchte[8] und dabei für die Schweiz eine gewisse Vorliebe zeigte[9]. Dies nicht zuletzt, weil er dort regelmäßig seinen Urlaub verbrachte, wozu er die konsularischen Hilfsdienste in Anspruch nahm[10]. Welchen Respekt der schweizerische Konsulatsbeamte von Weiss dem Stadtoberhaupt zollte, geht aus seinem Schreiben vom 5. Januar 1926 an die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin hervor[11]. Darin urteilt er über den an jenem Tage 50 Jahre alt gewordenen Adenauer:

„Die Jahre seiner Amtführung waren Sturmjahre: Krieg, Revolution, Okkupation, Inflation und Deflation stellen ihn vor ungeheuere Aufgaben. Er zeigte sich ihnen gewachsen. Der Name Adenauer wird mit der Geschichte Kölns, des Rheinlandes, ja Preußens unzertrennlich verbunden bleiben. Die Schwerkraft seines Wirkens liegt hier in Köln, wenn er auch seit Jahren an der Spitze des rheinischen Provinzialausschusses steht und Präsident des preußischen Staatsrates ist. Für Köln hat er Großes geleistet. Vielen Widerständen zum Trotz hat er sich mit seinen großen Plänen der Stadterweiterung, der Grüngürtelanlage, der umfangreichen Umbauten, des Hafens, der Universität usw. durchzusetzen gewußt. Entgegen vielfach ausgesprochenen Befürchtungen hat die bisherige Entwicklung Adenauer Recht gegeben.

Über den Politiker Adenauer zu sprechen, ist hier kein Raum. Als solcher hat er, wie überhaupt jeder Mensch, der nur seinem Gewissen folgt, zahlreiche Feinde. Erst spätere Generationen werden dazu berufen sein, über ihn ein abschließendes Urteil zu fällen. Aber schon jetzt steht fest und wird auch von seinen erbittertsten Widersachern zugestanden: er ist ein Mann von ganz ungewöhnlichem Ausmaß."

---

8 Über solche Verbindungen berichtet auch Clemens Wildner, 1925–1935 österreichischer Generalkonsul in Köln, Von Wien nach Wien. Erinnerungen eines Diplomaten, Wien/München 1961, S. 109 ff. Vgl. auch Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 35, 489 f.

9 „Große Sympathie und Verehrung für die Schweiz" klingt im zeitgeschichtlichen Rückblick der Nachkriegsbriefe Adenauers häufiger an, so in seinem Schreiben an Max Huber am 24. 9. 1948, in: Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 312, und in der Weiss-Korrespondenz, wo er am 27. 11. 1948 feststellt: „... ich [habe] immer den größten Wert auf nahe Verbindung mit der Schweiz gelegt [...], aus einem inneren Bedürfnis heraus und in Anerkennung der großen internationalen Bedeutung, die die Schweiz im Laufe der letzten 20 Jahre gewonnen hat." Ebenda, S. 357.

10 Am 15. 6. 1931 berichtete Weiss an die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin, daß Adenauer mit seiner Familie seit einem Jahrzehnt zum Urlaub nach Chandolin ob Siders komme und durch seine begeisterten Schilderungen von den Schönheiten der Schweiz eine nicht beabsichtigte, aber wirksame Propaganda für den dortigen Fremdenverkehr mache. Noch in den Jahren 1938/39 verbrachte Adenauer einige Sommerwochen in Chandolin. Vgl. dazu das handschriftliche Schreiben Adenauers an Weiss vom 14. 7. 1938 und sein Schreiben vom 12. 10. 1939, alle in: SBA, Konsulat Köln IV-A Adenauer 1931–1944. Vgl. Rudolf Morsey, Adenauer und der Nationalsozialismus, in: Hugo Stehkämper (Hrsg.), Oberbürgermeister von Köln, Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976, Köln 1976, S. 491.

11 Bericht Weiss an das Politische Departement, 5. 1. 1926, in: SBA, E 2300 Köln 1–4.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anfang 1950 erinnert der Bundeskanzler Adenauer in einem Schreiben[12] nochmals an die Umstände dieser Freundschaft:

„Lieber Herr v. Weiss!

Mit aufrichtigem Bedauern erfüllt mich die Nachricht, daß Sie vom 1. Januar bis zur Erreichung der Altersgrenze in Urlaub gegangen sind.

30 Jahre lang hat das Schicksal uns zusammengeführt. Wir haben viel Gutes und viel Böses gemeinsam erlebt. Sie haben während der Jahre, die ich in Köln Oberbürgermeister war, Ihr Heimatland, die Schweiz, in so ausgezeichneter Weise in Köln und im Rheinland vertreten, Sie haben dann auch später dem Namen Ihres Heimatlandes während der nationalsozialistischen Zeit, während des Krieges und nach dem Kriege zu solchem Ansehen durch Ihr Wirken verholfen, daß Ihr Name unvergessen in Köln und im Rheinland bleiben wird.

Ich hoffe, daß ich Sie noch sehen werde, ehe Sie Köln verlassen, und daß ich dann Gelegenheit habe, Ihnen auch mündlich das auszusprechen, was mir am Herzen liegt.

Ich bin mit vielen Grüßen und den besten Wünschen für Ihr weiteres Wohlergehen

Ihr sehr ergebener

A

(Adenauer)"

In der Tat war der diplomatische Werdegang und das Wirken von Herrn v. Weiss ungewöhnlich. Der promovierte Jurist trat 1920 als Kanzleisekretär in das Schweizerische Generalkonsulat in Köln ein. Entgegen den üblichen Gepflogenheiten des auswärtigen Dienstes wurde er nicht nach einigen Jahren versetzt, sondern blieb drei Jahrzehnte in der Domstadt. Sein Aufstieg zog sich entsprechend lange hin: 1928 wurde er Vizekonsul, 1935 Konsul und erst 1943 zum Generalkonsul ernannt[13]. Allerdings beeinträchtigte das keineswegs seine politischen Einflußmöglichkeiten, die er vor allem nach dem Zusammenbruch Deutschlands wahrnahm. In den schwierigen Zeiten des Dritten Reiches und während der Kriegsjahre kamen ihm seine vielfältigen Kontakte zu ehemaligen prominenten Vertretern des Rheinlandes aus Politik, Wirtschaft und Kultur zugute.

Weiss, der schon in den zwanziger Jahren im Hause Adenauer verkehrte, nahm regen Anteil am Schicksal des von den Nationalsozialisten entlassenen Oberbürgermeisters[14]. Das im besonderen, als Adenauer und seine Frau Gussie nach dem 20. Juli

[12] Schreiben Adenauer an Weiss, 4. 1. 1950, in: Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (im folgenden zitiert: StBKAH) 10. 10.

[13] Die biographischen Angaben wurden den Verfassern vom Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten in einem Schreiben vom 19. 1. 1983 mitgeteilt.

[14] Dazu äußerte sich Adenauer in einem Schreiben vom 25. 9. 1946 an Weiss: „Daß es Ihnen in der nationalsozialistischen Zeit möglich war, trotz aller Schwierigkeiten, die Ihnen gemacht wurden, Herr der Situation auch gegenüber den nationalsozialistischen Behörden zu bleiben, ist für all die Gegner des Nationalsozialismus immer eine besondere Freude gewesen." Vgl. Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 333. Korrespondenz mit Adenauer und Hinweise auf ihn finden sich in den Weiss-Berichten nach

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1944 von der Gestapo verhaftet und anschließend interniert wurden[15]. „Allmählich war er fast wie ein Familienangehöriger geworden"[16], der stets helfend zur Seite stand. Enger waren die Kontakte vor allem durch die örtliche Nähe in Rhöndorf geworden. Nach der Zerstörung des Konsulatsgebäudes während des Großangriffs auf Köln am 29. Juni 1943 führte Weiss dort, unweit des Wohnhauses der Adenauers, bis März 1945 den Konsulatsbetrieb weiter[17].

Im Frühjahr 1945 erlangte die persönliche und familiäre Beziehung zu Adenauer erneut politische Bedeutung. Als Vertreter eines neutralen Landes war Weiss in den letzten Kriegswochen maßgeblich an der Anbahnung amerikanischer Kontakte zu Adenauer vor dessen Wiedereinsetzung als Oberbürgermeister von Köln am 4. Mai 1945 beteiligt[18]. Daraus entwickelte sich sehr schnell wieder eine dienstliche Zusammenarbeit zwischen Generalkonsul und Stadtoberhaupt[19], die allerdings nur wenige Monate bis zur abrupten Entlassung Adenauers durch die britische Besatzungsmacht am 6. Oktober 1945 dauerte. Diese Zäsur in Adenauers Vita fand auch ihren Niederschlag im Umgang mit dem Diplomaten: „Ich hatte nunmehr Zeit und Muße, gründlich Zeitungen zu lesen, Rundfunksendungen zu hören und hatte vor allen Dingen auch Zeit, mich ausführlich mit meinem langjährigen Freund, dem schweizerischen Generalkonsul von Weiss, über die Vorgänge in der Welt zu unterhalten."[20]

Die Gespräche, oft an Samstagnachmittagen beim Kaffee geführt, waren für beide von Nutzen. Adenauer wurde über die Deutschland betreffenden Entwicklungen im Ausland, vornehmlich in Frankreich, informiert. Darüber hinaus führte ihn Weiss mit einflußreichen Diplomaten und Militärs der Besatzungsmächte zusammen[21]. Der

---

der Machtergreifung aus den Monaten August 1933, Oktober 1935, März, Juni 1937, Mai, Juni, Juli 1938, Oktober 1939, Dezember 1940 und Dezember 1941. Vgl. SBA, E 2300 Berlin 33–36, 38, 39; Konsulat Köln IV-A Adenauer 1931–1944.

15 Vgl. dazu die zahlreichen Angaben Adenauers in: Briefe 1945–1947, S. 34, 290 ff., und 1947–1949, S. 208 ff.; ferner Rudolf Morsey, Adenauer und der Nationalsozialismus, S. 492 f.

16 Vgl. dazu die Darstellung von Paul Weymar, S. 221 ff.

17 Die Berichte von Weiss aus den Jahren 1944/45 werden voraussichtlich in der vom Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit dem Bundesarchiv (Koblenz) vorbereiteten Reihe „Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945" erscheinen.

18 Hierzu vgl. Werner Bornheim gen. Schilling, Der rheinische Phönix. Konrad Adenauer 1945 (I) – Erinnerungen eines Weggefährten, in: Die politische Meinung, H. 200 (1982), S. 46, sowie die Angaben in der Artikelserie „Der Mann im grüngetarnten Haus. Familie Adenauer zur Stunde Null im März 1945", in: Kölnische Rundschau vom 13. 4. 1955.

19 Belege in: Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 39, 52, 61 und 72.

20 Vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 39.

21 Bereits im August/September 1945 bemühte sich Weiss um eine beiderseits gewünschte Kontaktaufnahme zwischen Adenauer und dem französischen Oberbefehlshaber in der Rheinprovinz und in Hessen-Nassau, General Billotte, sowie dessen Stellvertreter, Oberst Gouraud. Vgl. Bericht Weiss an das Politische Departement, 8. 9. 1945, in: SBA, E 2300 Köln 9. Im Juni 1946 fand bei Weiss, „vieil ami et informateur du Dr. Adenauer, qui me ménagea l'entrevue", ein erstes Nachkriegsgespräch zwischen Adenauer und dem französischen Diplomaten Pierre Arnal statt, über das Letzterer ausführlich berichtet hat: Conrad Adenauer sous l'occupation britannique (1945–1947), in: Revue d'Histoire Diplomatique 81 (1967), S. 68–76. Unter den zahlreichen schweizerischen Kontaktpersonen, die Weiss Adenauer nach 1945 zuführte, sind beispielsweise hervorzuheben: Urs Schwarz

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schweizer seinerseits spürte wohl, daß Adenauer zum Kreis der führenden Vertreter der Deutschen in den westlichen Besatzungszonen zu zählen war, über dessen Absichten orientiert zu sein nicht unwichtig für sein Land war. Der politische Aufstieg Adenauers gab dem Generalkonsul in seiner Einschätzung der Person und der Lage in Westdeutschland recht. Für die Regierung in Bern wurde der Kölner Generalkonsul mit zunehmender Verfestigung der Teilung Deutschlands zusehends zu einem wichtigen außenpolitischen Informanten.

Zur Lagebeurteilung Adenauers

Adenauers Einschätzungen der Lage in den Westzonen zwischen 1946 und 1949 sind geprägt von der völligen Machtlosigkeit Deutschlands gegenüber den Siegermächten und dem sich daraus ableitenden Hauptziel seiner Nachkriegspolitik, der Wiedergewinnung eigener, das heißt deutscher Handlungsmöglichkeiten. Seine Ausführungen machen klar, daß er sich über die vollkommen abhängige Lage der Deutschen keinen Illusionen hingab, sondern mit einer pragmatischen Grundeinstellung die Situation zu verbessern suchte. Im wesentlichen waren es fünf Problemkreise, die ihn in den Nachkriegsjahren beschäftigten: Die westliche außenpolitische Orientierung eines im Inneren föderalistisch gestalteten Deutschlands und eine organische Verflechtung mit dem Westen, die Herstellung demokratischer Verhältnisse auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens, die Verbesserung der Ernährungslage in den Westzonen, der Stopp der alliierten Demontagepolitik, um einen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu ermöglichen, und, in der späteren Phase 1948/49, die Regelung der Hauptstadtfrage zugunsten Bonns.

Daß Adenauer bereits 1946 sehr konkrete Vorstellungen über den außenpolitischen Kurs Deutschlands entwickelt hatte, ist schon zu Beginn der Adenauer-Forschung von Hans-Peter Schwarz herausgearbeitet worden[22]. So lassen sich alle wichtigen Elemente der Adenauerschen Konzeption in Reden und Interviews jener Zeit nachweisen[23]. Doch werden sie erstmals im Weiss-Bericht vom 10. Juli 1946 (Dokument 1) als außenpolitisches Programm zusammenfassend dargelegt. Es war sicher-

---

und Carlo Mötteli, Redakteure der „Neuen Zürcher Zeitung", die für die Deutschland-Berichterstattung ihres Blattes Adenauer im Oktober 1947 in Köln aufsuchten, vgl. Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 131, 530.

22 Vgl. Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, 2. Aufl. Stuttgart 1980, S. 425 ff.

23 Zu den frühen Dokumenten gehören seine am 6. 3. 1946 über den Nordwestdeutschen Rundfunk gehaltene Rede (Druck: Verlag Balduin Pick, Köln 1945, 4 S.), in: StBKAH 02. 02. Seine Rede in der Kölner Universität am 24. 6. 1946 in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Konrad Adenauer, Reden 1917–1967, Stuttgart 1975, S. 82–106, seine Ausführungen vor dem Zonenausschuß der CDU für die britische Zone vom 26.–28. 6. 1946 in Neuenkirchen/Kreis Wiedenbrück, in: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949, hrsg. von der Konrad Adenauer-Stiftung, Bonn 1975, S. 146–150.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich auch ein Reflex auf die internen Diskussionen auf deutscher Seite, die Weiss am selben Tage mit den Worten beschrieb: „Mehr und mehr tritt bei den bürgerlichen Politikern, unter denen sich unter Führung von Dr. Adenauer und Dr. Pünder einige wenige außenpolitische Fachleute aus der Stresemann- und Brüning-Zeit befinden, auch der Gedanke in den Vordergrund, daß der Weg zum Friedensvertrag oder doch wenigstens zu einer provisorischen Regelung eines friedensvertraglichen modus vivendi über die Schaffung von Bundesländern als völkerrechtsfähigen Staatspersönlichkeiten führt."[24]

In diesem Zusammenhang spielte auch der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa eine wichtige Rolle. So wurde diese Frage bereits ein halbes Jahr vor der berühmten Europa-Rede Winston Churchills am 19. September 1946 in Zürich[25] „mit wachsendem Eifer in den politischen Kreisen nicht nur des Rheinlandes erörtert. Der erste, der ihn öffentlich in die Debatte warf", berichtete Weiss am 15. April 1946, „war [...] Dr. Adenauer."[26] Aufschlußreich für die Hintergründe der Churchill-Rede ist vor allem Adenauers Kontakt zu dessen Schwiegersohn Duncan Sandys (Dokumente 2 und 3), der wohl die Haltung führender deutscher Politiker sondieren wollte[27]. Denn „auch im Urteil der Besatzungsbehörden gilt Adenauer nun als der beste Mann, der für[s] Regieren zur Verfügung steht"[28].

Die allgemein unterstützende, in einigen Details aber etwas distanzierende Reaktion Adenauers[29] auf die Zürcher Rede war vermutlich auf die anderen Akzente zurückzuführen, die Churchill gesetzt hatte. Während Adenauer einer Verständigung zwischen Großbritannien und Frankreich und ihrer gemeinsamen Führungsrolle als Grundlage für den Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa das Wort redete (Dokument 1), konzentrierte sich Churchill – schon in seiner Rede am 14. Juli 1946 in

---

[24] Vgl. einen weiteren Bericht von Weiss an das Politische Departement, 10.7. 1946, S. 2 f., in: SBA, E 2300 Köln 10.

[25] Wortlaut der Rede in: Randolph S. Churchill, The Sinews of Peace. Post-War Speeches by Winston S. Churchill, London/Toronto/Melbourne/Sydney/Wellington 1948, S. 198 ff. Auszüge in: Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, hrsg. im Auftrage des Auswärtigen Amtes vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn 1962, S. 113 ff.

[26] Vgl. Bericht Weiss an das Politische Departement, 15. 4. 1946, S. 2, in: SBA, E 2300 Köln 10.

[27] Die British Zone Review, offizielles Organ der Militärregierung, stellte am 6.7. 1946 zu Adenauers Europakonzept fest: „... and he would add that the only possible future for Europe lies in the creation of a United States of Europe, which would include Western Russia and of which a federal Germany should be a member. Only by this means can normal trade relations be restored in Europe. It is evident that this conception of European politics has a bearing on the social and industrial structure of Western Germany. Adenauer thinks that ‚private enterprise' and the rebuilding of peaceful industries, privately owned, which will work for the benefit of Europe, can be achieved only by the investment of foreign capital from Western European countries in Germany."

[28] Vgl. Bericht Weiss an das Politische Departement, 12. 6. 1946, S. 4, in: SBA, E 2300 Köln 10.

[29] Entsprechende Bewertungen nahm Adenauer in seiner Rede während des nordrhein-westfälischen Kommunalwahlkampfes am 29. 9. 1946 in Mülheim/Ruhr vor. Text in: StBKAH 02.02. Vgl. auch Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967, S. 13 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Metz[30] – mehr auf ein Wiedererstarken Frankreichs, das ihm zur Bildung einer kontinentalen Abwehrfront gegen sowjetische Übergriffe auf Westeuropa unverzichtbar schien. Die Eigenständigkeit Großbritanniens und des Commonwealths betonend, schlug er daher nicht einen britisch-französischen Zusammenschluß vor – wie Adenauer es empfohlen hatte –, sondern befürwortete lediglich eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland, wobei er daran dachte, den einzelnen Bundesländern außenpolitische Hoheitsrechte zu übertragen, diese jedoch durch den Verbund der europäischen Staaten einzugrenzen. In dieser Zielsetzung unterschied er sich von den Bestrebungen Adenauers[31], den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht wiederzugeben.

Die europäische Zukunftsperspektive in den Weiss-Papieren des Sommers 1946 mutet visionär an, wenn man die in den nachfolgenden Berichten dominierenden Themen deutscher Alltagsnot nach dem Krieg (Ernährungslage, Wirtschaftsmisere, Demontageproblematik) in Rechnung stellt (Dokumente 4, 5, 6, 7 und 8). So standen der internationalen Verständigung als zunächst unüberwindbare Hindernisse entgegen: „das katastrophale Absinken Deutschlands" (Dokument 4), „Apathie und Hoffnungslosigkeit der deutschen Bevölkerung" und – daraus abgeleitet – eine zeitweise um sich greifende „nihilistische Stimmung" und Anfälligkeit gegenüber radikalen Tendenzen (Dokument 5). Damit war zugleich die grundsätzliche Frage nach der Glaubwürdigkeit und der Tragfähigkeit des von den westlichen Besatzungsmächten und zukünftigen Bündnispartnern den Deutschen nahegebrachten bzw. abverlangten Demokratisierungsprozesses aufgeworfen (Dokument 7). Den demokratischen und europäischen Anspruch einzulösen, war in der Sicht Adenauers vordringlich an die Bewältigung akuter Nachkriegsprobleme geknüpft, wie in seiner Korrespondenz dieses Zeitraums mehrfach ausgeführt: „Ich bin überzeugt davon, wenn wir das tiefe Tal, in dem wir uns befinden ..., glücklich überstehen, so wird das deutsche Volk geläutert, aber auch gestärkt aus dieser Prüfung hervorgehen und mit Recht Anwartschaft erheben darauf, in Europa und in der Welt geistig wieder mitsprechen zu können."[32] Deutsche Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten, wenn auch noch nicht ausreichend und wirkungsvoll genug, zeichneten sich 1947/48 vornehmlich in der Berichterstattung über die bizonalen Ämter und den Wirtschaftsrat in Frankfurt/Main ab (Dokumente 6 und 7). Hierbei war für Weiss, ohne daß dies im nachfolgenden dokumentarisch belegt werden kann, über den Adenauer-Kontakt hinaus die ebenfalls seit langem gute Beziehung zu Hermann Pünder – nunmehr zum Oberdirektor des Vereinigten Wirtschaftsgebietes avanciert – von Nutzen[33].

---

[30] Wortlaut der Rede, in der Churchill ein starkes Frankreich als Voraussetzung für die Wiederbelebung Europas herausstellte, in: Randolph S. Churchill, The Sinews of Peace, S. 171 ff.

[31] Vgl. zur Reaktion Adenauers sein Schreiben vom 12. 10. 1946 an Dr. Adolf Sonnenschein, in: Briefe 1945–1947, S. 337.

[32] Schreiben Adenauers vom 10. 12. 1946 an den 1933 in die Schweiz emigrierten Industriellen Paul Silverberg; vgl. Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 387.

[33] Dies geht aus mehreren Berichten von Weiss an das Politische Departement hervor, so z. B. aus dem Bericht vom 25. 5. 1948, S. 3 f., in: SBA, E 2300 Köln 12.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf den Parlamentarischen Rat und die dort unter der Präsidentschaft Adenauers geführten Grundgesetzdiskussionen ging Weiss ab September 1948 nur selten ein (Dokumente 9 und 10). Um so stärker rückte nun die für seinen Adressaten, das Eidgenössische Politische Departement, außenpolitisch relevante, für die zukünftigen deutsch-schweizerischen Beziehungen und deren diplomatische Ausgestaltung aufschlußreiche Hauptstadtfrage in den Vordergrund (Dokumente 9, 10 und 11). Dabei gewann Weiss' Nähe zu Adenauer und der daraus resultierende Informationsvorsprung eine besondere Aktualität. Während sich der Präsident nach außen hin diesbezüglich noch Zurückhaltung auferlegte und nur privat vorsichtig für Bonn votierte[34], konnte sich Weiss bereits im November 1948 auf „Gespräche mit Mitgliedern des Parlamentarischen Rats" berufen, aus denen er den Eindruck gewonnen habe, „daß, wenn heute Abstimmung stattfände, für Bonn sogar eine kleine Mehrheit vorhanden wäre"[35].

Die Vermutung wurde einen Monat später schon fast zur Gewißheit: „Wie ich von sehr maßgebender Seite soeben höre, erscheint es immer wahrscheinlicher, daß Bonn Sitz des Bundesparlamentes und der Bundesregierung wird."[36] Die Identität des Informanten konnte zu diesem Zeitpunkt kaum noch einem Zweifel unterliegen – sie wurde auch expressis nominis enthüllt, als Weiss am 12. Mai 1949 über die zwei Tage zuvor gefällte Entscheidung unterrichtete. Für Adenauer „bedeutet die Wahl einen persönlichen Triumph" (Dokument 11), und auch Weiss konnte sie für sich selbst als Erfolg verbuchen: Ihm und seinem Gesprächspartner hatte die Entwicklung erneut recht gegeben.

Dokument 1[37]

Schweizerisches Konsulat
Köln
für die Regierungsbezirke Aachen,
Koblenz, Köln, Trier und das Saargebiet

z. Zt. Bad-Godesberg, den 10. 7. 1946.

Hal vW/He

Herr Minister[38],
[...]

[34] Vgl. Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 318, 605; vgl. auch Rudolf Morsey, Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, in: Rhöndorfer Gespräche Bd. 3, Stuttgart/Zürich 1979, S. 32 f.

[35] Bericht Weiss an das Politische Departement, 10. 11. 1948, S. 3, in: SBA, E 2300 Köln 12.

[36] Bericht Weiss an das Politische Departement, 14. 12. 1948, S. 4, in: SBA, E 2300 Köln 12.

[37] Vgl. SBA, E 2300 Köln 10, hier S. 4–8.

[38] Dr. Max Petitpierre (geb. 1899), 1926–1931 und 1938–1944 Professor für internationales Privatrecht an der Universität Neuenburg, Mitglied der Freisinnig-Demokratischen Partei, 1942–1944 Mitglied des Ständerats, 1944–1961 im Bundesrat Vorsteher des Politischen Departements, 1950, 1955 und 1960 Bundespräsident.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vielleicht darf ich Ihnen in diesem Zusammenhang mitteilen, daß ich am vergangenen Samstag [6. Juli 1946], wie gewöhnlich am Wochenende, den Besuch des Herrn Dr. Adenauers erhielt, der als Vorsitzender der CDU in der britischen Zone eine immer wichtigere Rolle spielt. Er steht augenblicklich in hoher Gunst bei den Engländern, die seine großen politischen Erfahrungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu Rate ziehen. Da er gleichzeitig Mitglied des sogenannten Zonenbeirats ist, in welcher Eigenschaft er jeden Augenblick zu Sitzungen nach Hamburg fahren muß, hat er oft Gelegenheit, seine politischen Ansichten über die Zukunft Deutschlands maßgebendenorts vorzubringen. Auf meine Bitte hin skizzierte er mir kürzlich seine Gedankengänge über die Entwicklung der Dinge in Deutschland, die seiner Überzeugung nach allein nicht nur sein Vaterland, sondern auch Europa aus dem drohenden Chaos erretten können. Da diese Gedankengänge, die er mir selbstverständlich als altem Freund rein privatim vorbrachte[39], Sie zweifellos interessieren werden, darf ich sie Ihnen nachstehend wiedergeben, umsomehr, als Herr Dr. Adenauer immer größeren Einfluß bei den britischen Besatzungsbehörden gewinnt. Dies geht auch daraus hervor, daß er kürzlich ersucht wurde, sich bereit zu halten, mit einem britischen Flugzeug nach Berlin zu fliegen, um dort mit einem Vertreter der Pariser Konferenz zusammenzutreffen, mit dem er sich zwei volle Tage besprechen soll[40]. Die Gedankengänge des Herrn Dr. Adenauer sind folgende:

I) Sicherheitsanspruch der westlichen Nachbarn Deutschlands wird voll anerkannt. Ebenso wird anerkannt, daß keine vorübergehende Lösung in Frage kommt, sondern nur eine konstruktive Lösung, die Dauer verspricht und endlich Europa, insbesondere Westeuropa friedlich Zusammenarbeit bringt.

Allgemeine außenpolitische Lage

Der Gegensatz zwischen den beiden größten Mächten USA und Sowjetrußland wird noch auf lange Zeit hinaus bestehen bleiben. Die Entwicklung des britischen Empires und die wirtschaftliche und die innenpolitische Entwicklung Englands selbst ist sehr unsicher. Die englische Industrie war überaltert und gegenüber der deutschen und der amerikanischen nicht mehr konkurrenzfähig. Frankreich ist, biologisch gesehen, müde. Infolgedessen ebenfalls wirtschaftlich zurückgeblieben. Es zeigen sich Zerfallserscheinungen, die vielleicht in erster Linie auf die sehr schlechte wirtschaftliche Lage der Landbevölkerung in Frankreich zurückzuführen sind. Nach Mitteilungen von wohlwollenden deutschen Beobachtern während der Besatzungszeit ist eine grundlegende Bodenreform in Frankreich absolut notwendig. Frankreich ist unterbevölkert. Infolge dieser Unterbevölkerung hat die französische Bevölkerung nicht den nötigen Zwang zur Arbeit. Frankreichs natürliche Hilfsquellen sowohl im Mutterland wie in den Kolonien sind außerordentlich groß und nicht genügend erschlossen. Deutschland ist wirtschaftlich, politisch und moralisch völlig zerrüttet. Nach dem Zusammenbruch wäre es eine Leichtigkeit gewesen, die damalige breite Masse in eine neue, den europäischen Interessen gerecht werdende Form zu gießen. Diese Gelegenheit ist endgültig verpaßt. Inzwischen haben sich in Deutschland

[39] Den im folgenden wiedergegebenen Gedanken lag vermutlich eine Aufzeichnung Adenauers zugrunde, die er am 13. 6. 1946 in Bad Godesberg mit Arnal und Weiss diskutierte. Vgl. dazu Pierre Arnal, S. 68–76.

[40] Hiermit war Adenauers Reise nach Berlin am 15. 7. 1946 gemeint, wo ihm und anderen Parteienvertretern der Beschluß der britischen Militärregierung über die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen mitgeteilt wurde. Vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 98 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

drei große politische Parteien entwickelt, die KPD, die SPD und die CDU. Die KPD und SPD drängen zu einer zentralistischen Gestaltung Deutschlands hin, die KPD, weil sie von Rußland geleitet wird, die SPD, weil in ihr der alte preußische Geist lebendig ist. Der größte Teil der Anhänger der CDU stammt aus dem Süden und dem Westen des Reiches, d. i. denjenigen Teilen Deutschlands, die von jeher nicht preußisch und nicht zentralistisch, sondern föderalistisch eingestellt waren. Wenn auch zurzeit Deutschland schweren Hunger leidet, und wenn auch, insbesondere, wenn diese Hungerszeit länger andauert, viele Millionen in Deutschland an den Folgeerscheinungen hungers sterben werden, so wird doch höchstwahrscheinlich der größte Teil der deutschen Bevölkerung diese Zeit überstehen und das deutsche Volk mit seinen sehr guten und sehr schlechten Anlagen wird nach wie vor in Europa eine äußerst wichtige Rolle spielen. Zurzeit zerfällt Deutschland im wesentlichen in zwei Teile: in die russische Zone, zu der man im Grunde genommen auch Berlin zählen kann, einerseits und in die britische, französische und amerikanische Zone andererseits. Diese beiden Teile entfernen sich in ihrer wirtschaftlichen und politischen Struktur mit erschreckender Schnelligkeit voneinander. Schon jetzt kann man, gleichgültig wie die russische Politik werden wird, davon ausgehen, daß, wie vor 700 Jahren und früher, das östliche Deutschland vom westlichen Deutschland her von neuem kultiviert werden muß, und zwar in wirtschaftlicher und in geistiger Hinsicht.

Im Interesse Deutschlands und Europas ist eine Verständigung und [ein] enger Zusammenschluß zwischen Frankreich und England absolut notwendig. Sie müssen zusammen in Europa die Führung übernehmen. Das Ziel aller Arbeiten in Europa muß sein: Die Vereinigten Staaten von Europa oder ein ähnliches Gebilde zu errichten. Es ist zu erwägen, ob man zweckmäßig mit einer Zusammenführung eines Teiles von Europa, vielleicht auch nur auf wirtschaftlichem Gebiete – Zollverein – beginnt.

II) Eine Gewaltlösung der Sicherheitsansprüche der westlichen Nachbarn Deutschlands wird niemals von Dauer sein. Daher kommen als Mittel zur Lösung der Sicherheitsprobleme nicht in Frage

1) Abtrennung,
2) dauernde Besetzung,
3) Sklavenarbeit der deutschen Bevölkerung in irgendeiner Form.

III) Erstrebte Lösungen

1) Deutschland erleidet insbesondere auch im Osten nur geringfügige Grenzkorrekturen. Grund: seine Überbevölkerung, die zu einer Expansion wirtschaftlicher oder politischer Art zwingt, Unvermögen Rußlands und Polens, das von ihnen besetzte Land auszunutzen.

2) Die Zoneneinteilung wird beseitigt. Es wird, solange dies nötig ist, ein für ganz Deutschland zuständiger Kontrollrat eingesetzt.

3) Deutschland wird ein möglichst stark dezentralisierter Bundesstaat. Die Zentralgewalt erhält nur das an Macht, was zum Zusammenhalt unbedingt nötig ist. Der Sitz der Zentralinstanzen muß nach Westen oder Südwesten verlagert werden.

4) Das politische und wirtschaftliche Schwergewicht Deutschlands muß Westdeutschland sein. Es muß daher ein westdeutscher Bundesstaat errichtet werden, der umfaßt: das ganze Rheinland, Westfalen, evtl. Osnabrück, Rheinhessen, Rheinpfalz, wenigstens Teil von Hessen-Nassau.

5) Für den Status dieses Staates sind folgende Punkte von Bedeutung:

a) Zweikammer-System.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

b) Da in diesem Staat das Ruhrgebiet liegt, müssen bei ihm ausländische Staaten wirtschaftliche Vertretungen mit entsprechenden Zuständigkeiten unterhalten. Es ergibt sich zwangsläufig hieraus eine Reziprozität mit entsprechenden politischen Auswirkungen.
c) Wenn die westlichen Nachbarn Deutschlands glauben, auf eine besondere Kontrolle dieses Staates nicht verzichten zu können, so sollte die Dauer dieser Kontrolle und ihr Umfang umgrenzt sein. Es würde zu prüfen sein, ob nicht nach einer gewissen Übergangszeit diese Kontrolle durch Entsendung von Vertretern der betreffenden Staaten in die erste Kammer ersetzt werden kann.
d) Die Dauer der Besetzung muß befristet werden.

6) *Gegenseitige* wirtschaftliche Verflechtung zwischen Deutschland, jedenfalls Westdeutschlands, und Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, England ist die alleinige und dauernde Grundlage für eine konstruktive Lösung, die eine dauernde Befriedung Europas bringt. Die Frage der Einrichtung gemeinsamer Wirtschaftskammern ist zu prüfen.

IV) Wenn die unter III) skizzierten Lösungen wegen der Einstellung Rußlands nicht möglich sind, müssen die unter III) angeführten Maßnahmen für die drei westlichen Zonen getroffen werden. Die Ausführungen unter III) 2–6 gelten dann für diesen Teil Deutschlands.

Aus diesen vorstehenden Gedankengängen des Herrn Dr. Adenauer geht hervor, wie unrichtig die Angriffe gegen seine Person waren, die ihm separatistische Bestrebungen vorwarfen[41].

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:
Weiss.

Dokument 2[42]

Schweizerisches Konsulat
Köln
für die Regierungsbezirke Aachen,
Koblenz, Köln, Trier und das Saargebiet

z. Zt. Bad Godesberg, den 24. 7. 1946.

vW/Ba.

Herr Minister,

[...]

Dr. Adenauer als Führer der christlichen Demokraten in der britischen Zone sieht es als einen Umstand von besonderer Bedeutung an, daß die Grenzen des neuen Landes sich den bisherigen deutschen Westgrenzen anpassen und daß die Verbundenheit des westlichen Grenzlandes mit dem übrigen Deutschland grundsätzlich anerkannt ist. Er hofft, daß diese politisch bedeutsame Tatsache bei künftigen internationalen Abmachungen nicht mehr

[41] Zum Separatismus-Vorwurf gegen Adenauer nach dem Kriege vgl. Rudolf Morsey, Adenauer und der Nationalsozialismus, S. 475 ff., Adenauers Reaktion in: Briefe 1945–1947, S. 135, 317.

[42] Vgl. SBA, E 2300 Köln 10, 9 S., hier S. 4 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

übergangen werden kann. In seinen Gesprächen mit maßgebenden politischen Persönlichkeiten in Berlin hat er den Eindruck gewonnen, daß die britische Regierung nur bereit ist, den Franzosen in Bezug auf das Saargebiet entgegenzukommen, alle anderen Gebiete im Westen aber bei Deutschland zu belassen. Diese Auffassung bestätigt meine Ihnen schon mehrfach zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß außer dem Saargebiet keine anderen Gebiete Westdeutschlands von Deutschland abgetrennt werden sollen.

Wie Rußland auf die Geste der englischen Regierung reagieren wird, die unmittelbar, nachdem Molotow eine Zentralisierung Deutschlands verlangt hat, erfolgt ist, läßt sich noch nicht erkennen. Es liegen aber Anzeichen dafür vor, daß Rußland versucht, durch Erweckung der nationalen Instinkte der Deutschen nicht nur die Kommunistische Partei, sondern auch andere große Parteien Deutschlands für die russische Politik eines zentralisierten Deutschlands zu gewinnen.

Wenn es auch wohl noch einige Wochen dauern wird, ehe das neue Bundesland eine eigene Regierung erhält, so kann doch bereits als sicher gelten, daß Dr. Adenauer in dieser Regierung einen wichtigen Posten erhält. Er selbst rechnet auch damit. Die in der britischen Zone erscheinende englische geschriebene Zeitschrift British Review hat in einer ihrer letzten Nummern einen langen Artikel über Adenauer gebracht[43], worin sie ihn einen der wenigen Deutschen von staatsmännischem Format nennt. Der mit einem charakteristischen Bild Adenauers versehene Aufsatz ist sicherlich dazu gedacht, diesen Exponenten einer westlich gerichteten deutschen Politik noch schärfer als bisher in das internationale Blickfeld zu rücken. Churchills Schwiegersohn Duncan Sandys, der kürzlich im Rheinland war[44], hat einem Gewährsmann gegenüber erklärt, von allen Politikern, die er in Deutschland gesprochen habe, sei Adenauer bei weitem der befähigste. Von keinem anderen sei er auch nur entfernt so stark beeindruckt worden. Derartige Urteile sind um so bemerkenswerter, als Adenauer sei Monaten in sehr scharfer Form an der Politik der Alliierten in Deutschland Kritik übt[45]. Ich bin froh, daß ich auch in den Zeiten der Naziherrschaft, als es sehr verpönt war, mit Adenauer zu verkehren, meine jetzt seit 25 Jahren bestehende Freundschaft mit dem prominenten Vertreter der deutschen Politik weiter gepflegt habe. Die Rolle, die er in naher Zukunft in dem industriell wichtigsten Teil Deutschlands spielen wird, dürfte nicht zuletzt durch diese meine Freundschaft der Schweiz zugute kommen.

[...]

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul
Weiss.

---

[43] Vgl. German Politicians of the British Zone, Dr. Adenauer, Christian Democrat, in: British Zone Review, Vol. I, No 21, 6.7.1946, S. 8 f.

[44] Das Treffen mit Duncan Sandys ist nicht genau zu datieren.

[45] Adenauer erhob insbesondere Kritik an der britischen Deutschlandpolitik, der er unter anderem vorwarf, die Regelung eines Friedensvertrages dilatorisch zu behandeln, die deutsche Bevölkerung in Abhängigkeit zu halten, indem man ihr demokratische Rechte vorenthält, aufkeimende wirtschaftliche Tätigkeiten zu lähmen, für die Ernährung der Bevölkerung nicht ausreichend zu sorgen, die Arbeitslosigkeit nicht zu beseitigen und die Sozialdemokratie einseitig zu beurteilen. Vgl. dazu seine Rede am 12.5.1946 in Düsseldorf, Wortlaut in: StBKAH 02.03.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 3[46]

Schweizerisches Konsulat z. Zt. Bad Godesberg, den 22. 9. 1946. Rolandstr. 60/67.
Köln
für die Regierungsbezirke Aachen,
Koblenz, Köln, Trier und das Saargebiet

Hal vW/de

Herr Minister,
Die Rede Winston Churchills in Zürich[47] hat gerade hier im Rheinland das größte Aufsehen erregt, weil sie sich völlig in den Gedankengängen bewegt, die dem Führer der Christlich demokratischen Partei in der britischen Zone, dem früheren Oberbürgermeister der Stadt Köln, Herrn Dr. Adenauer, entsprechen. Es handelt sich dabei keineswegs um einen Zufall, sondern um die tatsächliche Übernahme der Vorschläge Adenauers durch den ehemaligen britischen Premier. Wie ich Ihnen etwa vor drei Monaten berichtete, hatte der frühere britische Minister für öffentliche Arbeit, Duncan Sandys, in Köln eine lange Unterredung mit Adenauer[48], bei der dieser dem Schwiegersohn Churchills gerade die Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland als ersten Schritt zum Wiederaufbau der europäischen Völkerfamilien und die Schaffung einer Art Vereinigte Staaten von Europa als weiteren Schritt vorschlug.
Duncan Sandys war nachher, wie mir ein befreundeter Deutscher erklärte, von den Darlegungen Adenauers tief beeindruckt. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß ich Ihnen in meinem Bericht vom 10. Juli 1946 auf Seite 6 wörtlich folgendes als Vorschlag Dr. Adenauer mitteilte:
„... Im Interesse Deutschlands und Europas ist eine Verständigung und enger Zusammenschluß zwischen Frankreich und England absolut notwendig. Sie müssen zusammen in Europa die Führung übernehmen. Das Ziel aller Arbeiten in Europa muß sein: Die Vereinigten Staaten von Europa oder ein ähnliches Gebilde zu errichten. Es ist zu erwägen, ob man zweckmäßig mit einer Zusammenführung eines Teiles von Europa, vielleicht auch nur auf wirtschaftlichem Gebiet – Zollverein – beginnt ...“
Diese Worte sind zum Teil wörtlich in der Rede Churchills wiederzufinden. Auch die folgende Stelle, auf Seite 7 meines Berichtes, hat Churchill inhaltlich übernommen[49]:
„... Gegenseitige wirtschaftliche Verflechtung zwischen Deutschland, jedenfalls Westdeutschlands und Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, England, ist die alleinige und dauernde Grundlage für eine konstruktive Lösung, die eine dauernde Befriedung Europas bringt ...“
Es erfüllt mich begreiflicherweise mit einer gewissen Befriedigung, daß ein Staatsmann,

[46] Vgl. SBA, E 2300 Köln 10, hier S. 1 f.
[47] Vgl. Anm. 25.
[48] Vgl. Dokument 2.
[49] Auf eine wirtschaftliche Verflechtung der europäischen Staaten war Churchill expressis verbis nicht eingegangen. Auch verwandte er nicht den Begriff „Zollunion“. Dazu sagte er lediglich: „The structure of the United States of Europe, if well and truly built, will be such as to make the material strength of a single state less important. Small nations will count as much as large ones and gain their honour by their contribution to the common cense.“ Vgl. Randolph Churchill, The Sinews of Peace, S. 201.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie der z. Zt. in der Schweiz so lebhaft gefeierte frühere britische Premier, sich die Gedankengänge zu eigen macht, die von einem mir in Freundschaft verbundenen Mann stammen, und dem ich von vornherein eine wichtige politische Auswirkung für die Zukunft Europas beimaß. [...]
Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:
Weiss.

Dokument 4[50]

Schweizerisches Konsulat
Köln

Köln, den 10. 2. 1947.

Hal vW/He-

Herr Minister,
Heute morgen hatte ich mit dem früheren Oberbürgermeister von Köln, Herrn Dr. Adenauer, wieder eine längere Unterredung, der gerade von einer vierzehntägigen Reise durch Norddeutschland, wo er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU in der britischen Zone Verhandlungen führte, zurückkehrte[51]. Über den Inhalt seiner Ausführungen darf ich nachstehend wie folgt berichten:
Das katastrophale Absinken Deutschlands geht unaufhaltsam weiter. Das gilt vor allem für die britische Zone. Die Bevölkerung leidet die größte Not an Nahrungsmittel und infolge der Kälte. Für die Nahrungsmittelkrise können deutsche Stellen nicht verantwortlich gemacht werden. Alle wichtigen Entscheidungen betr. die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmittel treffen die britischen Behörden. Es ist zwar von der britischen Militärregierung erklärt worden, daß vom 1. Januar an die Verantwortung in größerem Umfange auf die deutschen Stellen übergehen solle, dabei ist es aber auch bisher geblieben. Die ganze Widernatürlichkeit der Lage erhellt sich am besten an folgender Tatsache: In Bremen und Hamburg sind nach Pressemeldungen so viele Menschen infolge der Kälte gestorben, daß den Krematorien erhöhte Zuteilungen an Kohlen bewilligt werden müssen. Dabei würde die Kohlenmenge, die zur Verbrennung eines Toten nötig ist, ausgereicht haben, den Betreffenden am Leben zu halten.
Die Verhältnisse in der amerikanischen Zone sind wesentlich besser. Zunächst werden dort die Lebensmittel, die auf Karten erhältlich sein sollen, auch tatsächlich ausgegeben. Ferner geben die amerikanischen Stellen in nicht unerheblichem Maße Lebensmittel ab, die nicht auf den Karten stehen. In der französischen Zone allerdings leidet die Bevölkerung auch Not, da die Franzosen nach wie vor aus dem Lande leben.
Die Demontage geht ebenfalls weiter. Zu welchen Konsequenzen diese Angelegenheit führen wird, läßt sich nicht übersehen. Eine britische Dienststelle hat unlängst auf die Vor-

[50] Vgl. SBA, E 2300 Köln 11, 4 S., hier S. 1 f.

[51] In den vorangegangenen Wochen hatte Adenauer unter anderem an der für die Programmgeschichte der CDU wegweisenden Zonenausschuß-Tagung am 1.–3. 2. 1947 in Ahlen/Westfalen und an der konstituierenden Sitzung der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft am 5./6. 2. 1947 in Königstein/Taunus teilgenommen. Vgl. Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 437–440.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stellungen des Oberbürgermeisters von Dortmund[52], man möge die Demontage einer in Deutschland gelegenen Werkzeugmaschinenfabrik unterlassen, geantwortet: Nach den Potsdamer Beschlüssen müßte die deutsche Werkzeugmaschinen-Industrie bis zu einem „Schatten" ihrer früheren Stärke demontiert werden. Daß ein Land, das keine hinreichende Werkzeugmaschinenindustrie besitzt, exportunfähig ist, bedarf keiner weiteren Ausführungen.
Der Einfluß der Gewerkschaften wird von den britischen Stellen in einer Weise gefordert, daß man schon von der Gefahr einer heraufziehenden Diktatur der Gewerkschaften sprechen kann[53]. Die Gewerkschaften sollen mit dem Willen der britischen Militärregierung in den entscheidenden Positionen der Industrie zu 50% vertreten sein. Herrschaft der Gewerkschaften bedeutet zunächst Herrschaft der Sozialdemokratischen Partei. Es ist aber sehr wohl möglich, daß eines Tages die Kommunisten in den Gewerkschaften die Oberhand bekommen. Die Maßnahmen, welche jetzt von der britischen Militärregierung zur Entflechtung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie angeordnet werden, sind mit verständigen Wirtschaftserwägungen nicht vereinbar. Man nimmt aus den großen Industriewerken die noch lebensfähigen Teile heraus, bringt sie in besonderen Gesellschaften ein und überläßt den Rest seinem Schicksal.
[...]
Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:
Weiss.

Dokument 5[54]

Schweizerisches Konsulat
Köln

Köln, den 3. 5. 1947.

Hal vW/He-

Herr Minister,
Gestern abend besuchte mich, wie gewöhnlich zum Wochenende der frühere Oberbürgermeister der Stadt Köln und Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Herr Dr. Adenauer, mit welchem ich eine längere Unterredung hatte und in der vor allen Dingen die letzten in der britischen Zone stattgefundenen Wahlen[55] erwähnt wurden. Wenn ich auch bereits über diese Wahlen ausführlich berichtet habe, glaube ich doch, Ihnen nachstehend den Inhalt unserer Unterredung wiedergeben zu sollen, die Sie zweifellos interessieren wird, ist dies doch die Ansicht eines hervorragenden Parteiführers in der britischen Zone.
Die Landtagswahlen, die in der britischen Zone am 20. 4. ds. Js. stattgefunden haben und

[52] Fritz Henßler (1886–1953), ab 1946 Oberbürgermeister von Dortmund, bis zu seinem Tode zugleich SPD-Fraktionsführer im nordrhein-westfälischen Landtag.
[53] In verschiedenen Briefen aus diesem Zeitraum äußert sich Adenauer in ähnlicher Form über Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Vgl. Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 430, 508.
[54] Vgl. SBA, E 2300 Köln 11, mit Anlage.
[55] Nordrhein-westfälische Landtagswahl am 20. 4. 1947.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deren Ergebnisse ja durch die dortigen Veröffentlichungen im einzelnen bekanntgeworden sind, sind besonders bemerkenswert wegen der erheblich geringeren Wahlbeteiligung gegenüber den Herbstwahlen[56]. In Nordrhein-Westfalen z. B. war die Wahlbeteiligung geringer als sie bei irgendeiner Reichstagswahl in den Jahren 1918 bis 1933 gewesen ist. Diese geringe Wahlbeteiligung ist ein sehr bemerkenswertes und sehr bedauerliches Zeichen. In der Hauptsache ist sie zurückzuführen auf die Apathie und die Hoffnungslosigkeit der deutschen Bevölkerung, die ihrerseits wieder hervorgerufen ist durch den Hunger und die Kälte des vergangenen Winters, die augenblicklich eingetretene weitere Kürzung der Lebensmittel und die völlige Aussichtslosigkeit für die Zukunft. Diese nihilistische Stimmung, so führte Herr Dr. Adenauer aus, die immer stärker um sich zu greifen scheint, ebnet der Verbreitung radikaler Tendenzen den Weg. Unzweifelhaft wird der Kommunismus dadurch am meisten gefördert werden. Die Ansicht, daß schließlich Rußland die einzige Macht sei, von der Deutschland für die Zukunft noch etwas zu erwarten habe, gewinnt an Boden. Man darf dabei nicht übersehen, daß die Russen sich bei ihrer Propaganda in Deutschland durch die kommunistische Partei der nationalen Instinkte des deutschen Volkes in sehr geschickter Weise bedienen.

Die allgemeine Lauheit gegenüber den Wahlen hat besonders auf die Stimmenzahl der CDU vermindernd gewirkt. Man darf allerdings den Rückgang ihrer Stimmen in seiner Bedeutung nicht überschätzen. Bei diesen Wahlen haben zum ersten Male die Ostflüchtlinge mitgestimmt. Sie haben sich in ihrer Verzweiflung vornehmlich den Linksparteien: der SPD und der KPD zugewendet.

Was die Bildung einer Regierung in Nordrhein-Westfalen anbelangt, so ist Herr Adenauer der Ansicht, daß dies besonders schwierig sein wird. Hier stehen sich die beiden größten Parteien, die CDU und die SPD, erstere mit 92, letztere mit 64 Landtagsmandaten hinsichtlich der Frage der Sozialisierung einstweilen schroff gegenüber. Unbefangenem Beurteilen der Lage scheint allerdings eine Annäherung nicht ausgeschlossen, da die Ansichten der beiden Parteien über die zukünftige Wirtschaftsform Deutschlands in mancher Hinsicht sich doch sehr genähert haben und insbesondere auch der von den unter sozialistischem Einfluß stehenden Gewerkschaften angenommene Standpunkt der CDU näherkommt als dem der SPD.

Hinsichtlich der politischen Angleichung der britischen und amerikanischen Zone wird von britischer Seite insbesondere z. Zt. noch eine gewisse Zurückhaltung gezeigt. Anscheinend will man erst in der öffentlichen Meinung die Annahme sich festsetzen lassen, daß die Moskauer Konferenz[57] doch nicht so ergebnislos verlaufen sei und daß man von ihrer Fortsetzung im Spätherbst gute Fortschritte erwarten könne. Man fürchtet anscheinend, daß, wenn jetzt die Verschmelzung der beiden Zonen sofort einsetzen werde, man auf russischer Seite daraus den Schluß ziehen würde, daß man eine Verständigung mit Rußland nicht mehr wolle. Diesen Eindruck sucht man aus Gründen der allgemeinen Politik zu vermeiden. Es wird aber in unterrichteten britischen und amerikanischen Kreisen angenommen, daß die von beiden Seiten angekündigte Belebung der Wirtschaft in diesen beiden Zonen nicht ohne Einfluß auf eine Koordinierung ihrer politischen Gliederung bleiben könne. Diese Annahme scheint auch in der Natur der Sache begründet zu sein. In einfluß-

[56] Gemeint waren die Gemeinde- und Ämterwahlen am 15. 9. 1946 und die Stadt- und Landkreiswahlen am 13. 10. 1946. An den Herbstwahlen hatten zirka 74 v. H. der Wahlberechtigten teilgenommen, an den Landtagswahlen dagegen 67,3 v. H.

[57] Konferenz der Außenminister der Vier Mächte vom 10. 3.–24. 4. 1947.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reichen britischen und amerikanischen Kreisen nimmt man weiter an, daß die wirtschaftliche und wohl auch die politische Angliederung der französischen Zone nur eine Frage der Zeit sein werde. Falls diese Entwicklung wirklich eintrifft, würde ein Auseinanderfallen Deutschlands in zwei Teile die notwendige – hoffentlich nur vorübergehende – Folge sein.

Zur Nahrungsmittelversorgung führte Herr Dr. Adenauer aus, daß die Lage sehr ernst sei. Nennenswerte Vorräte sind nicht vorhanden. Auch neue Schiffsladungen sind nicht angekündigt oder in Aussicht gestellt. Die englischen Stellen behaupten, daß die deutschen Behörden die hauptsächlichste Schuld trügen, weil sie gegenüber der deutschen Landwirtschaft nicht genügend Energie bei der Erfassung deren Produktion zeigten. Diese Behauptungen englischer Stellen sind aber, wie man auch als neutraler Beobachter wohl zutreffend feststellen kann, in der Hauptsache unbegründet. Die deutsche Ernte ist bis zu 95% bereits erfaßt. Die Engländer behaupten in zweiter Linie, daß die Mangellage in der ganzen Welt Schuld an dem Ausbleiben der Zufuhren sei. In wieweit das richtig ist, läßt sich von hier aus nicht nachprüfen. Diese Behauptung der Engländer wird aber deutscherseits als falsch bezeichnet.

Die CDU der britischen Zone hat auf einer Sitzung, die sie am 30. April 1947 in Ahlen i. Westf. gehalten hat, einen Beschluß gefaßt, den ich wegen seiner Bedeutung hier beifüge[58].

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:
Weiss

Dokument 6[59]

Schweizerisches Konsulat
Köln

Köln, 12. November 1947. Appellhofplatz 23.

Hal vW/Sch

Herr Minister,

Gestern besuchte mich Herr Oberbürgermeister Dr. Adenauer, der Präsident der CDU in der britischen Zone, mit dem ich eine längere Unterredung über die jetzige Lage in Deutschland hatte, trotzdem er durch die schwere Erkrankung seiner Frau[60] sehr mitgenommen ist. Aus dieser Unterhaltung gestatte ich mir, Ihnen vor Abgang des Kuriers schnell folgendes zu berichten:

Die wirtschaftliche Lage in den vereinigten Westzonen verschlechtert sich weiter. Die Steigerung der Förderung an Steinkohle kann nicht darüber hinwegtäuschen. Die Steigerung wird durch alle möglichen, z. T. künstlichen Mittel, herbeigeführt. Die Bergleute arbeiten jetzt im Hinblick auf das in Aussicht gestellte Weihnachtspaket. Es werden weiter vielfach

[58] Anlage: Abschrift des Beschlusses zur Ernährungslage und der Demontagepolitik, abgedruckt in: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, S. 310–312.

[59] Vgl. SBA, E 2300 Köln 11, 3 S.

[60] Zur Krankheitsgeschichte Gussie Adenauers vor ihrem Tode am 3. 3. 1948 vgl. Paul Weymar, S. 345–349, sowie Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 96, 139 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur große und dicke Flöze abgebaut, während man alle anderen, die normalerweise auch abgebaut werden müßten, liegen läßt. Die Leistung pro Schicht und Mann ist nach wie vor sehr unbefriedigend. Vor allem aber nützt die Mehrförderung an Kohle der deutschen Wirtschaft deshalb nichts, weil die Kohle infolge von Verkehrsschwierigkeiten nicht abgefahren werden kann. Diese Verkehrsschwierigkeiten sind zunächst das gefährlichste Moment in der ganzen wirtschaftlichen Situation der Westzonen. Maßgebende deutsche Kreise glauben, daß unter Umständen dadurch das ganze wirtschaftliche Programm und die ganze Ernährung gefährdet werde. Die Gründe für diese Verkehrsschwierigkeiten liegen einmal in der Unzulänglichkeit der Leitung der Reichsbahn, dann aber auch an dem geringen Wasserstand der Flüsse und Kanäle.

Die Bearbeitung der Demontagefrage ist sicherem Vernehmen nach nunmehr im wesentlichen auf das Bizonale Amt für Wirtschaft in Frankfurt/Main übergegangen. Es erscheint das sachlich und auch personell richtig. Die Verhandlungen selbst, die bisher von den Wirtschaftsministerien der einzelnen Länder geführt worden sind, scheinen zunächst nicht ungünstig zu verlaufen. Die Hauptsache ist, daß beide Teile wenigstens in ein Gespräch über sachliche Gesichtspunkte gekommen sind. Man kann hoffen, daß sachliche Gesichtspunkte schließlich doch sich in vielen Fällen als stärker erweisen werden wie politische und Konkurrenz-Bestrebungen. Zweifellos liegen namentlich auf englischer Seite nicht unerhebliche Konkurrenzbefürchtungen der englischen Industrie vor. Man erwartet vielfach, sowohl in englischen als auch in deutschen Kreisen, daß je nach dem Ausfall der Londoner Konferenz[61] die Verhandlungen in der Demontagefrage ein anderes Gesicht bekommen werden als bisher. Fest steht schon jetzt, daß an der ursprünglichen Schärfe, wie sie noch von Generalleutnant Robertson zum Ausdruck gebracht worden ist, nicht mehr festgehalten wird. In deutschen Kreisen hofft man weiter, daß der Weggang des Sir William Strang in Berlin günstig wirken werde.

Die Arbeit zwischen dem Wirtschaftsrat und den Vertretern der Alliierten und auch die Arbeit innerhalb der einzelnen Glieder des Wirtschaftsrats selbst – Wirtschaftsrat, Exekutivrat, Direktoren der Ämter – spielt sich, nachdem die ersten Reibungen überwunden sind, langsam ein. Allerdings wird darüber geklagt, daß man auf alliierter Seite noch zu sehr an das reine Befehlen gewöhnt sei und nur ungern sich dazu verstehe, sich auf die Kontrolle zu beschränken. Man hofft aber, daß auch hier im Laufe der Zeit eine Besserung eintreten wird.

Was die Ernährungslage angeht, so ist die Kartoffelversorgung, namentlich des Industriegebietes, nach wie vor sehr unbefriedigend. Angeblich soll genügend Getreide, Mehl und auch Ersatz für Kartoffeln in Vorrat gehalten werden. Man rechnet hier nicht mit größeren Störungen, falls nicht die oben geschilderten Verkehrsschwierigkeiten alle Überlegungen über den Haufen werfen.

Die Stimmung der Bevölkerung wird immer apathischer und gleichgültiger. Es kann das bei der drückenden Lage, in der sich der überwiegende Teil der Deutschen befindet, nicht Wunder nehmen. Es ist klar, daß die Kommunisten sich die allgemeine Lage zu Nutzen zu

[61] Außenminister-Konferenz der vier Großmächte über Deutschland und Österreich vom 25.11.–15.12.1947. Zu den Erwartungen, die Adenauer an die Konferenz richtete, vgl. seine am 24.11.1947 vor dem Zonenbeirat in Hamburg gehaltene Rede, abgedruckt in: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. 3: Juni–Dezember 1947, München/Wien 1982, S. 865–871. Vgl. auch Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 126–129.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

machen versuchen. Bei den jüngst abgehaltenen Betriebsratswahlen im Bergbau haben sie einen gewissen Rückschritt zu verzeichnen. Aber sie setzen ihre Zellenarbeit nach bolschewistischem Muster mit größter Energie und Zähigkeit fort. Der Führer der Kommunisten in der britischen Zone, Reimann, hat am 9. November 1947 in einer öffentlichen Rede in Düsseldorf ausführlich gegen den Marshall-Plan Stellung genommen. Neuerdings machen sich auch unter Studenten kommunistische Bestrebungen geltend. Ihnen schenken die Besatzungsbehörden ihre besondere Aufmerksamkeit, allerdings in unauffälliger Weise. Öffentlich ist soeben erklärt worden, daß die deutsche Presse in der britischen Zone sich nicht an dem von General Clay angekündigten Propagandafeldzug gegen die Kommunisten beteiligen solle. Ob die englische Regierung eine derartige Erklärung im Hinblick auf die kommende Londoner Konferenz abgibt, ist von hier nicht zu übersehen, ist aber wahrscheinlich.

In deutschen politischen Kreisen ist das ganze Interesse nunmehr auf die Londoner Konferenz konzentriert. Der weitaus größte Teil befürchtet, daß diese Konferenz die Teilung Deutschlands in eine östliche und westliche Hälfte vollenden werde. Wenn ich sage „befürchtet", so ist das so zu verstehen, daß die meisten Politiker der Westzone eine solche Teilung für unvermeidlich und unter gesamteuropäischen und auch unter deutschem Betracht für besser halten als eine kommunistische Infiltrierung von ganz Deutschland. Man rechnet damit, daß nach einem Scheitern der Londoner Konferenz die drei westlichen Zonen in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer Einheit zusammengeschlossen werden, und daß dann auch politische und wirtschaftliche Maßnahmen größten Stiles bald einsetzen werden.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:
Weiss.

Dokument 7[62]

Schweizerisches Konsulat Köln — Köln-Marienburg, den 20. Januar 1948. Goethestraße 66

Hal vW/da

Herr Minister,

Im Nachgang zu meinem heutigen Bericht über die hiesige allgemeine Lage gestatte ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich gestern, wie allwöchentlich, den Besuch von Herrn Oberbürgermeister Dr. Adenauer erhielt, der mir nicht nur wegen der schweren Erkrankung seiner Frau, sondern auch über die Entwicklung der Dinge in Deutschland sehr deprimiert vorkam. Da Herr Adenauer wohl als Exponent über der Innerpolitik Deutschlands betrachtet werden dürfte, wird Sie sicherlich die Ansicht, die er mir in unserer längeren Unterredung über die augenblickliche politische Lage Deutschlands entwickelte, interessieren.

Die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland ist zurzeit, wie Herr Adenauer

[62] Vgl. SBA, E 2300 Köln 12, 4 S.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

meinte, äußerst verworren und gespannt. Was zunächst die politische Lage angeht, so finden die Absichten der britischen und der amerikanischen Militärregierung über die Umgestaltung des Wirtschaftsrats in Frankfurt/Main nicht überall Zustimmung. Es handelt sich dabei um mehr als um Vorschläge. Es ist den deutschen Stellen deutlich zu verstehen gegeben worden, daß es sich nur um unwesentliche Änderungen auf Grund ihrer Vorschläge handeln könne. In Wirklichkeit handelt es sich um eine im Grunde genommen einseitige Maßnahme der beiden Militärregierungen, die nichts Ganzes und nichts Halbes ist. Offenbar hat man peinlichst darauf Rücksicht genommen, den Russen keinen Agitationsstoff zu geben, daß die Zweiteilung Deutschlands durch England und Amerika jetzt erfolge oder vorbereitet werde. Diese Vorsicht der Anglo-Amerikaner hat dazu geführt, daß die französische Zone überhaupt nicht gefragt worden ist, und sie hat zu der übermäßig vorsichtigen Umgestaltung geführt. In politischen Kreisen der Bizone bedauert man außerordentlich, daß man mit Frankreich nicht verhandelt und dadurch in Frankreich eine berechtigte Verstimmung hervorgerufen hat. Man befürchtet, daß dadurch nunmehr eine Dreiteilung Deutschlands vorbereitet werde: die Ostzone, die Bizone, die Westzone unter französischem Einfluß.

Bei der Gründung des Wirtschaftsrats, so sagte Herr Adenauer, hatte die CDU/CSU zusammen mit kleineren Parteien eine Mehrheit gegenüber der SPD und KPD. Die SPD und KPD hatten damals verlangt, daß der Direktor des Amtes für Wirtschaft von ihnen gestellt würde, weil sie durch ihn die sozialistische Planung und Lenkung der deutschen Wirtschaft durchführen wollten. Die anderen Parteien hatten dies abgelehnt; die SPD hat darauf ihr Desinteressement an der Besetzung der Ämter erklärt, so daß die bisherigen fünf Direktorenposten alle mit Nicht-Sozialdemokraten besetzt sind. Es wird jetzt zu den 5 Direktorenposten noch ein neuer Posten, der eines 1. Direktors geschaffen, der keinen eigentlichen Sachbereich haben soll, abgesehen von Personalien; seine Stellung in der Gesamtorganisation steht auch noch nicht fest. Es ist noch nicht sicher, ob er primus inter pares sein soll, oder ob er eine führende Stellung und Einfluß auf die Gesamtpolitik der Direktoren bekommen soll. Es steht weiter noch nicht fest, ob, wie bisher, jeder einzelne Direktor nur für sich allein die Verantwortung für seine Vorlagen trägt, oder ob in Zukunft alle Vorlagen durch die Gesamtheit der Direktoren verantwortet werden sollen.

Die sozialdemokratische Partei versucht, aus Anlaß der Umwandlung des Wirtschaftsrats in die maßgebenden Posten wieder hereinzukommen. Eine sicher im Ton unglückliche Rede, die der Direktor des wichtigsten Amtes, des Amtes für Wirtschaft, Dr. Semler, am 4. Januar auf einer Ausschuß-Sitzung der CSU in Erlangen hielt, gibt ihr dazu einen willkommenen Anlaß[63]. Dr. Semler hat in seiner Rede die Besatzungsbehörde scharf angegriffen. Er ist von den Generalen Clay und Robertson deswegen zur Rede gestellt worden. Es soll eine genaue Nachprüfung stattfinden, die sich sowohl auf die Form seiner Anklage gegen die Besatzungsbehörden wie auf den materiellen Inhalt seiner Behauptungen erstreckt. Die Sozialdemokratische Presse und ebenfalls die Gewerkschaften erklären aber schon jetzt, daß Semler wegen dieser Brüskierung der Besatzungsbehörden nicht mehr tragbar sei, und sie deuten an, daß sie bereit seien zu einer Koalitionsbildung, wenn etwa die CDU/CSU den 1. Direktor und die SPD den Posten des Direktors für Wirtschaft (Dr. Semler) erhalte. Die „Welt", das „überparteiliche", von der Militärregierung in Hamburg

[63] Reaktionen Adenauers auf die sogenannte „Hühnerfutter-Rede" Johannes Semlers und die dadurch ausgelöste Führungskrise in der bizonalen Wirtschaftsverwaltung gehen aus mehreren Briefen von Januar/Februar 1948 hervor. Vgl. Briefe 1947–1949, S. 150 f., 163, 170, 173 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

abhängige Blatt, unterstützt in vorsichtiger Weise diese Bestrebungen. Es würde sicher auch der britischen Regierung sehr angenehm sein, wenn der äußerst wichtige Posten des Direktors des Amtes für Wirtschaft von einem Sozialisten besetzt würde.
Wie sich die CDU und CSU hierzu stellen wird, ist noch nicht bestimmt zu erkennen. Es hat aber den Anschein, als ob sie eine solche Koalition nicht eingehen wollten. Die Gründe hierfür dürften folgende sein:
Infolge des Marshall-Plans rechnet man in Deutschland damit, daß in einigen Monaten eine wesentliche Erleichterung der wirtschaftlichen Lage eintreten wird. Wenn diese Besserung der Lage eintritt, während ein Sozialist Direktor des Amtes für Wirtschaft ist, würde die Sozialdemokratie diese Besserung auf ihr Konto buchen und propagandistisch auswerten. Das Interesse der CDU/CSU steht dem natürlich entgegen und man weist dort darauf hin, daß, wenn die SPD seinerzeit nicht bereit gewesen sei, bei der Gründung des Wirtschaftsrats Mitverantwortung zu übernehmen, sie jetzt nicht erwarten könne, daß man jetzt die Hand dazu biete, daß sie sich den Erfolg zuschreiben könne.
Dr. Adenauer sagte, daß man in den Kreisen der CDU/CSU keineswegs gesonnen ist, dadurch, daß man den Posten des Direktors des Amtes für Wirtschaft einem Sozialisten überläßt, von der bisherigen prinzipiellen Stellungnahme gegen die sozialistischen Planungs- und Lenkungsgedanken abzurücken. Es schrecken die CDU/CSU von einer Koalitionsbildung mit den Sozialisten überhaupt die Erfahrungen ab, die mit einer solchen Koalition sowohl in Bayern wie auch in Nordrhein-Westfalen gemacht worden sind. –
Die Mitteilungen der englischen Regierung bzw. des englischen Rundfunks über die Auffindung einer geheimen Anweisung zur Unterminierung des Marshall-Plans wird dort bekannt sein. Man rechnet damit, daß die britische Regierung die Entfernung von Kommunisten aus einflußreichen Staatsstellungen verlangen wird. Man hält in deutschen politischen Kreisen u. U. auch ein Verbot der kommunistischen Partei in den beiden Zonen für möglich. Jedenfalls dürfte die Frage, ob die beiden kommunistischen Minister Paul und Renner noch länger der Landesregierung Nordrhein-Westfalen angehören können, bald akut werden. Die Möglichkeit einer Kabinettsumbildung liegt ziemlich nahe[64].
Die Nahrungsmittellage ist katastrophal, so sagte Dr. Adenauer im Verlaufe unserer Unterhaltung. Bei der Fülle der einander widersprechenden Erklärungen von englisch-amerikanischen und von deutschen Stellen läßt sich nicht klar erkennen, welches die Ursache der jetzigen Katastrophe ist. Das eine aber steht jedenfalls fest: selbst, wenn deutsche Stellen ein Verschulden treffen sollte, und wenn, falls sie nicht versagt hätten, die festgesetzte Kalorienzahl von 1 500 allgemein hätte gegeben werden können, bliebe bestehen, daß diese Kalorienzahl völlig ungenügend ist. Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus ist der deutschen Bevölkerung Demokratie gepredigt worden. Gleichzeitig ist ihr Lebensniveau immer stärker gesunken. Auf die Dauer ist das mehr als ein Durchschnittsmensch ertragen kann. Wenn die Westmächte den demokratischen Gedanken in Westdeutschland festigen oder viel besser gesagt: retten wollen, dann wird es nötig sein, daß in diesem Gebiet schon in allernächster Zeit eine erhebliche Verbesserung der Nahrungsmittellage über 1 500 Kalorien hinaus einsetzt. Das könnte aber allein England und Amerika erreichen und keine deutsche Stelle.

---

[64] Die Entlassung der beiden Minister erfolgte am 7. 2. 1948. Adenauer erhoffte sich davon, daß es den CDU-Vertretern im Kabinett Arnold „in Zukunft möglich sein wird, dem Personalpolitik treibenden Minister der SPD größeren Widerstand zu leisten". Vgl. sein Schreiben vom 10. 2. 1948 an Johannes Schlüter (Rhöndorf), Briefe 1947–1949, S. 169.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es ist im Interesse Europas dringend zu wünschen, meinte Dr. Adenauer, am Schlusse unserer Unterhaltung, daß die politische und wirtschaftliche Lage in den Westzonen endlich, fast drei Jahre nach dem Zusammenbruch, eine entscheidende Besserung erfährt.
Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:
Weiss.

Dokument 8[65]

Schweizerisches Konsulat
Köln

Köln, den 4. 2. 1948.

Hal vW/He-

Herr Minister,
Heute morgen hatte ich eine längere Unterredung mit Herrn Dr. Adenauer, Vorsitzender der CDU, der soeben von einem kurzen Aufenthalt in Luxemburg zurückkehrte, wohin er eine deutsche Abordnung als Beobachter an die Tagung der „Nouvelles Equipes Internationales" begleitete[66]. Herr Dr. Adenauer teilte mir über die allgemeine Lage folgendes mit:
Die krisenhaften Erscheinungen nehmen stark zu. Ihren sichtbarsten Ausdruck finden sie in den verschiedenen Arbeitsniederlegungen innerhalb der britischen Zone. Wenn auch mit Sicherheit anzunehmen ist, daß politische Gründe zu diesen Arbeitsniederlegungen eine wesentliche Rolle spielen, daß insbesondere die Kommunisten versuchen, durch Arbeitsniederlegungen das wirtschaftliche Leben in der britischen Zone zu schädigen, so ist doch davon auszugehen, daß der Boden für diese Arbeitsniederlegungen durch die außerordentlich schlechte Ernährung und das Stagnieren der Wirtschaft überhaupt vorbereitet ist. Bei den verschiedenen Verlautbarungen der Militärregierungen über den angeblichen Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens in den beiden Zonen ist zu beachten, daß dabei ausgegangen wird von einer Erhöhung gegenüber dem Tiefstand des vergangenen Jahres. Im vergangenen Jahr war aber der Tiefstand so ungeheuerlich, daß auch schon eine geringfügige Besserung als ein großer Anstieg erscheint. Wenn man aber den Stand des heutigen wirtschaftlichen Lebens mit der Wirtschaft vor dem Kriege vergleicht, so kommt man zu dem Ergebnis, daß von irgendwelchem Aufschwung überhaupt nicht gesprochen werden kann.
Die scharfen Vorwürfe englischer und amerikanischer Stellen gegen deutsche Stellen, sie hätten versagt in der Frage der Erfassung der Lebensmittel, sind ein Ablenkungsmanöver. Der Grundfehler war, daß von Seiten der alliierten Mächte die normale Kalorienmenge auf 1 550 pro Tag festgesetzt wurde. Bei einer so niedrigen Kalorienmenge ist es unmöglich, irgendeine Zwangswirtschaft der Nahrungsmittel überhaupt durchzuführen. Wenn sich die Alliierten nicht endlich entschließen, eine erhebliche Erhöhung dieser Kalorien-

[65] Vgl. SBA, E 2300 Köln 12, 4 S.

[66] Gemeint war der zweite Kongreß der NEI vom 29. 1.–1. 2. 1948, deren deutsche Sektion Adenauer 1948 gründete. Zu Verlauf, Ergebnis und Bewertung der Konferenz durch Adenauer vgl. Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 446. Weitere Pressematerialien dazu in: StBKAH 07.23.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

menge vorzunehmen, und zwar durch Importe insbesondere von Fett, so ist mit einer Besserung der Lage überhaupt nicht zu rechnen.
Der Plan der Kommunisten ist durchsichtig. Sie wollen die beiden Westzonen jetzt durch Streiks wirtschaftlich so zurückbringen, daß die Gegner des Marshall-Plans in USA selbst dadurch die triftigsten Argumente zur Ablehnung der ganzen Vorschläge bekommen.
Anscheinend sind Verhandlungen zwischen England und Amerika und Rußland andererseits über Deutschland im Gange. Ob es sich dabei auf russischer Seite nur um eine Verzögerung handelt oder ob ernstliche Absichten in Rußland vorhanden sind, zu einer Verständigung mit den anderen Mächten zu kommen, läßt sich noch nicht entscheiden. Auf alle Fälle ist auch dadurch wieder eine Verzögerung in der so dringend notwendigen Geldreform eingetreten und dem wirtschaftlichen Leben Deutschlands ein neuer Schaden zugefügt.
Es sollte in diesen Tagen in Frankfurt a. M. von den beiden Militärregierungen, der amerikanischen und der englischen, das Statut über die Neuordnung der bizonalen wirtschaftlichen Verwaltung bekanntgegeben werden. Sowohl die CDU wie die SPD haben öffentlich erklärt, daß die Vorschläge der beiden Militärregierungen ihren Ansichten nicht entsprechen, und daß die etwa ergehende Verordnung auf der Gewalt der Besatzungsbehörden beruhte und nicht auf dem freien Willen der Bevölkerung[67]. Inzwischen ist der Vertreter des Amtes für Wirtschaft, Dr. Semler, von den Militärregierungen seines Amtes enthoben worden, und zwar wegen der Rede, die er in Erlangen vor dem Landesausschuß der CSU gehalten hat. Es ist seitens der Militärregierung erklärt worden, daß die scharfen Äußerungen Dr. Semlers nicht für sie entscheidend gewesen wären, daß sie aber aus der ganzen Rede den Eindruck gewonnen haben, daß Dr. Semler nicht mit den Besatzungsbehörden zu-

[67] In diesem Zusammenhang geht Weiss in einem weiteren Bericht desselben Tages auf die Haltung der konservativen Oppositionspartei in Großbritannien ein: „Mitte voriger Woche weilte der Vorsitzende der konservativen Partei Englands, Harold Macmillan, in Köln, wo er unter anderm Besprechungen mit Dr. Adenauer, dem Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, und dem Kölner Oberbürgermeister Dr. Pünder hatte. In Düsseldorf empfing er Gewerkschaftsführer und Kabinettsmitglieder. Konservative englische Abgeordnete sind bisher verhältnismäßig selten in Deutschland gewesen, aber jedesmal haben politisch unvoreingenommene deutsche Persönlichkeiten, die sich mit ihnen unterhielten, den Eindruck gewonnen, daß auf konservativer englischer Seite ein erheblich größeres Verständnis für die Lage vorhanden sei als bei der Labourpartei, die in ihren doktrinären Betrachtungen der Dinge den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen." Bericht Weiss an das Politische Departement, 4.2. 1948, S. 3, in: SBA, E 2300 Köln 12. Ein weiterer Kontakt Adenauers mit führenden britischen Politikern fand im Sommer 1948 statt. Weiss am 20.7. 1948: „In den letzten Tagen wurden die Westzonen von hohen britischen Besuchern geradezu überschwemmt. Unter ihnen waren die prominentesten die Feldmarschälle Lord Montgomery und Lord Wavell, der Luftmarschall Lord Tedder und der Luftfahrtminister Arthur Henderson, dessen Bruder Lord Henderson, der Minister für Deutschland, und Anthony Eden, der in Frankfurt auch den Präsidenten der CDU in der britischen Zone, Herrn Oberbürgermeister Dr. Adenauer, empfing. Bezeichnenderweise nahmen die Deutschen an keinem der vielen Besucher ein so großes Interesse wie an Eden, obwohl er kein öffentliches Amt bekleidet. Wo er sich zeigte, wurde er von der Bevölkerung lebhaft begrüßt. Sehr schlecht im öffentlichen Urteil hat Lord Henderson abgeschnitten, von dem alle, die mit ihm zusammen kamen, erklärten, daß man einen schlechten Tausch gemacht habe, da Lord Pakenham, obwohl er mehr versprochen als gehalten habe, doch ein größeres Format gewesen sei und ein ganz anderes Verständnis für Deutschland besitze. Immer wieder wurde Lord Henderson, der in Köln die Verwaltung und die Presse empfing, mit Eden verglichen, wobei Vergleiche zwischen Labour und Konservative gezogen wurden, die wenig schmeichelhaft für Labour ausfielen." SBA, E 2300 Köln 12, S. 4 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sammenarbeiten wolle. Dr. Semler bereitete – gutem Vernehmen nach – eine Denkschrift vor, in der er den Wahrheitsbeweis für die von ihm in seiner Rede aufgestellten Behauptungen antreten will. Die CDU und CSU der beiden Zonen haben sich in einer gemeinsamen Erklärung dagegen gewendet, daß der vom Wirtschaftsrat gewählte Direktor durch die Militärregierungen abgesetzt werde, ohne daß der Wirtschaftsrat vorher dazu habe Stellung nehmen können. Sie bezeichnen diese Handlungsweise als nicht vereinbar mit den Erklärungen der beiden Militärregierungen über die Gewährung größerer Freiheiten in wirtschaftlicher Beziehung an die Deutschen. Bezeichnend für die Zuspitzung der Parteiverhältnisse in Deutschland ist, daß die SPD, insbesondere deren Leiter, Dr. Schumacher, sich nicht auf diesen Standpunkt stellt, sondern scharfe Angriffe gegen Semler richtet.

Wie ich Ihnen bereits mitteilte, hat in Nordrhein-Westfalen die Amtsenthebung des Rektors der Universität Bonn, Prof. Dr. Konen, Aufsehen erregt[68]. Der ganze Vorfall ist charakteristisch. Die Zeitungen mußten Auflagenachrichten der britischen Militärregierung über Verstöße des Rektors Konen gegen Anordnungen der britischen Militärregierung bringen, ohne daß es Konen gestattet war, in der Öffentlichkeit dazu Stellung zu nehmen. Es wurde sogar ein Redeverbot gegen ihn erlassen, das allerdings nach kurzer Zeit wieder zurückgezogen wurde. Das Vorgehen der zuständigen Stellen der britischen Militärregierung gegen Konen hat naturgemäß zur Folge, daß in der Studentenschaft die Opposition gegen die Militärregierung wächst.

Über die bereits am Anfang des Berichtes erwähnte Tagung in Luxemburg teilte mir Herr Dr. Adenauer folgendes mit:

Die Aufnahme der Deutschen durch die Vertreter aller Länder, insgesamt waren 18 vertreten, war außerordentlich gut. Die deutsche Frage, die den alleinigen Gegenstand der Tagesordnung bildete, wurde sehr objektiv und im europäischen Sinne behandelt. Besonderen Dank zollte die deutsche Abordnung der schweizerischen Vertretung wegen ihrer europäischen, von wahrhaft staatsmännischer Größe zeugenden Stellungnahme. Diese „Nouvelles Equipes Internationales" sollen jetzt weiter organisiert und ausgebaut werden und es ist wahrscheinlich, daß damit ein Gegenstück gegenüber der internationalen sozialistischen Organisation geschaffen wird, das große Bedeutung verdient. Von Interesse ist auch, daß auf dieser Tagung die kleineren Staaten, insbesondere die Beneluxstaaten sehr klar zum Ausdruck brachten, daß sie entscheidenden Wert auf selbständige Handelsbeziehungen zu Deutschland legten.

Die für Montag, den 2. Februar vorgesehene Verkündung des neuen Statuts für die Bizonale Wirtschaftsorganisation in Frankfurt/Main, ist auf unbestimmte Zeit im letzten Augenblick vertagt worden. Ein Termin für die Verkündigung konnte noch nicht angegeben werden. Man kann annehmen, daß die Vertagung erfolgt ist im Hinblick auf die Verhandlungen mit Frankreich über den Beitritt der französischen Zone zu der Bizone. Man kann weiter annehmen, daß, wenn hierüber eine Einigung erfolgt, auch eine Änderung des Statuts in sachlicher Hinsicht erfolgen wird.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:
Weiss.

---

[68] Heinrich Konen war bereits im Dezember 1947 als nordrhein-westfälischer Kultusminister zurückgetreten und im Januar 1948 auf britischen Druck auch aus dem Bonner Rektorat ausgeschieden. Vgl. Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 163, 540.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 9[69]

7. Februar 1949.

Hal – vW/Ba.

Herr Minister,
Im Begriffe, für einen kurzen Erholungsurlaub nach der Schweiz zu fahren, erhielt ich heute Mittag den Besuch des Herrn Dr. Konrad Adenauer, Präsident des Parlamentarischen Rates in Bonn, der sich zum Mittagessen angesagt hatte und gleichzeitig von mir Abschied nehmen wollte. Nachstehend darf ich Ihnen schnell den Inhalt unserer angeregten Unterhaltung mitteilen.
Die Beratungen des Parlamentarischen Rates haben in den letzten acht Tagen einen sehr großen Fortschritt gemacht. Es ist zwischen allen Fraktionen, mit Ausnahme der KPD, über die wichtigsten Differenzpunkte eine Einigung erzielt worden. Dabei haben alle Fraktionen nachgeben müssen. Wie Herr Dr. Adenauer mit sagte, begrüßen auch die Ministerpräsidenten der Länder der drei Zonen außerordentlich diese Verständigung. Sie haben durch ihren Vorsitzenden[70] schon mitteilen lassen, daß sie irgendwelche Kritik nicht üben würden. Wenn auch die Verständigung im einzelnen noch nicht bekanntgegeben ist, so habe ich doch folgende Nachrichten erhalten:
Es ist in den Fraktionen der CDU/CSU und des Zentrums und der Deutschen Partei nicht gelungen, das Elternrecht in Bezug auf die Schule durchzusetzen. Seitens der Fuldaer Bischofskonferenz wird dagegen wohl ein entschiedener Protest zu erwarten sein, ebenso seitens der evangelischen Kirche. Auf dem viel umstrittenen Gebiete der Bundesfinanzen und der Länderfinanzen ist eine Einigung erzielt worden, die der offiziellen Note der drei Militärgouverneure über diese Fragen nicht in vollem Maße entspricht. Auch die Wünsche, die gerade Bayern nach dieser Richtung hin geäußert hatte, werden z. T. nicht erfüllt werden. Da man sich aber darüber klar war, daß die von allen erstrebte Verteilung der Steuern zwischen Bund und Ländern erst nach Verlauf von mehreren Jahren vorgenommen werden kann, wenn feststeht, was die verschiedenen Steuern dauernd aufbringen können, und da man sich weiter darin einig war, daß eine bis ins Letzte durchgeführte getrennte Bundesfinanzverwaltung zu kostspielig ist und auch nicht mit genügend sachverständigen Beamten besetzt werden kann, hat man schließlich sich auf einem mittleren Wege zusammengefunden. Ob die Militärgouverneure die Genehmigung, die sie ja zu erteilen haben, verweigern werden, weil ihren Forderungen bezüglich der finanziellen Regelung nicht völlig entsprochen worden ist, bleibt abzuwarten. In Kreisen des Parlamentarischen Rates glaubt man, daß die Militärgouverneure bzw. die hinter ihnen stehenden Regierungen, wenn das Grundgesetz mit einer überwältigenden Mehrheit verabschiedet wird, und wenn auch seitens der Ministerpräsidenten der Länder keine Einwendungen erhoben werden, ihre Bedenken zurückstellen und das Grundgesetz in der vereinbarten Fas-

[69] Vgl. SBA, E 2300 Köln 13, hier S. 1 f.

[70] Eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Karl Arnold, Peter Altmeier, Hinrich Wilhelm Kopf und Christian Stock mit Adenauer und Vertretern des Parlamentarischen Rats hatte am 4. 2. 1949 in Bonn stattgefunden; vgl. dazu den von Stock vor der am 11./12. 2. 1949 in Hamburg tagenden Ministerpräsidenten-Konferenz erstatteten Bericht, gedruckt in: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. 5: Januar–September 1949, München/Wien 1981, S. 189 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sung genehmigen werden. Man hofft in Bonn, jedenfalls das Grundgesetz im laufenden Monat Februar auch in 3. Lesung verabschieden zu können.
Die Frage des Sitzes des Bundes wird z. Zeit geprüft von einer dazu eingesetzten Kommission, die sich die Gebäude in Bonn angesehen hat und in der nächsten Woche Kassel, Frankfurt und Stuttgart besuchen wird. Die Aussichten sind für Bonn nach wie vor gut.
[...]
Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul
Weiss.

Dokument 10[71]

Schweizerisches Konsulat
Köln

Köln-Marienburg, den 5. März 1949. Goethestraße 66

Hal vW/Ba.

Herr Minister,
Im Nachgang zu meinem Bericht vom 3. d. M. beehre ich mich, Ihnen nach einer Unterredung mit Herrn Dr. Adenauer, Präsident des Parlamentarischen Rates, der Montag [7. März 1949] nach der Schweiz fährt, folgendes zu berichten.
Die Verhandlungen des Parlamentarischen Rates sind nunmehr in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Militärgouverneure haben einer Delegation des Parlamentarischen Rates, der auch Dr. Adenauer angehört, am 2. März mitgeteilt, welche Bedenken sie gegen die Fassung des Grundgesetzes, wie sie aus den Beratungen des Ausschusses hervorgegangen sind, haben. Der interfraktionell zusammengesetzte Ausschuß des Parlamentarischen Rates prüft nun, inwieweit den Bedenken der Gouverneure Rechnung getragen werden kann vor Beginn der zweiten Lesung im Plenum. Die Lösung dieser Frage ist deswegen von größter Bedeutung, weil nach zuverlässigen Nachrichten die Militärgouverneure nicht das Grundgesetz nicht in einzelnen Teilen genehmigen, sondern es entweder im ganzen genehmigen oder im ganzen ablehnen werden. Wenn sie es im ganzen ablehnen, ist damit der auf der Londoner Konferenz im Sommer des vergangenen Jahres gefaßte Beschluß über die Schaffung einer neuen politischen Organisation der drei Westzonen erledigt. Es ist ganz unsicher, wie sich in diesem Fall die Zukunft Westdeutschlands gestalten wird. Über die Bedeutung der Entscheidung dürften sich daher die Politiker wohl klar sein. Man darf hoffen, daß eine Verständigung zustande kommt, wenngleich nach zuverlässigen Berichten der Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, Hannover, glaubt, vor zuweitgehendem Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Militärgouverneure warnen zu müssen.
Die Frage, welche Stadt Sitz des zukünftigen Bundes wird, ist bei dieser Entwicklung der Dinge noch unentschieden. Herr Dr. Adenauer unterstrich aber mir gegenüber die Tatsache, daß alle sachlichen Gründe nach wie vor für Bonn sprechen. Der Artikel des Grundgesetzes über Berlin wird zwar von den Militärgouverneuren genehmigt, aber sein Wirksamwerden wird suspendiert werden.

[71] Vgl. SBA, E 2300 Köln 13.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Vorsitzende der CDU der Ostzone, Nuschke, hat in diesen Tagen eine Reihe von CDU-Politikern der britischen Zone besucht. Er war u. a. in Kiel, Düsseldorf und Bonn. In Bonn hat er den Vorsitzenden der CDU und des Parlamentarischen Rates, Dr. Adenauer, aufgesucht. Die Mitteilung, die er über sein Gespräch mit Dr. Adenauer in der russisch-lizensierten Presse hat erscheinen lassen, sind nach den mir gemachten Erklärungen Dr. Adenauers falsch. Offenbar hat Nuschke den Auftrag, in den Westzonen Stimmung zu machen für ein Zusammengehen mit der Ostzone. Man kann mit Bestimmtheit annehmen, wie Herr Dr. Adenauer mit Nachdruck hervorhob, daß Nuschke nirgendwo in der Westzone Entgegenkommen gefunden hat.
Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul
Weiss.

Dokument 11[72]

Stempel
Schweizerisches Konsulat 12. Mai 1949.
Köln

Hal – vW/Ba.

Herr Minister,
Der Parlamentarische Rat in Bonn stimmte in der Nacht zum Mittwoch kurz vor Mitternacht [10. Mai 1949] für Bonn als vorläufigen Sitz der Bundesregierung. Das Ergebnis der Abstimmung war zwar sehr knapp, aber der Präsident des Rates, Dr. Konrad Adenauer, hatte sein Ziel, Bonn zur Bundeshauptstadt zu machen, erreicht. Schon in den frühen Nachmittagsstunden des Dienstags herrschte ein noch größerer Andrang von Zuhörern zu der Sitzung als am Sonntag, wo das Grundgesetz angenommen wurde, so daß der Ordnungsdienst der Polizei verstärkt werden mußte. Ich selbst hatte mich bereits am frühen Nachmittag nach Bonn begeben und konnte feststellen, daß bei allen Diskussionsgruppen im Foyer und den Gängen der Pädagogischen Akademie die Chancen der beiden Städte Frankfurt und Bonn mit verschiedenen Additionsmöglichkeiten der Stimmen erwogen wurden. Über allen Rechenexempeln stand die Eventualität der Stimmengleichheit. Die Sitzung wurde immer wieder verschoben und begann schließlich um 18 Uhr 30. Zu Beginn beantragte der Abgeordnete Dr. Greve für die sozialdemokratische Fraktion, daß die Abstimmung über den vorläufigen Bundessitz in geheimer Wahl stattfinde. Damit solle erreicht werden, daß keiner der Abgeordneten Rücksicht zu nehmen brauche auf ein Land, einen Wohn- und Arbeitsort oder auf andere Einflüsse. Der kommunistische Abgeordnete sprach sich gegen den Antrag aus und hob dabei hervor, daß alle anderen Beschlüsse des Parlamentarischen Rates öffentlich gefaßt worden seien. Aber nur wenige Stimmen unterstützten den Antrag Reimanns. Eine halbe Stunde später, als eine Pause eingelegt wurde, sprach ich persönlich mit dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Dr. Konrad Adenauer. Er erklärte mir, daß er die Wahl Bonns nunmehr als gesichert ansehe und gab mir Einzelheiten über die Besprechung bekannt, die er mit dem britischen Außen-

[72] Vgl. SBA, E 2300 Köln 13, hier S. 1 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

minister Bevin am Tage vorher in Melle gehabt hatte[73]. Bevin hatte ihm (Adenauer) ausdrücklich erklärt, daß er bei den bevorstehenden Besprechungen in Paris[74] im Namen Englands keiner Maßnahme zustimmen würde, die die Freiheit oder die Möglichkeit einer demokratischen Entwicklung in Deutschland einschränken könnte. Denn die Grenze der Zusammenarbeit mit anderen Nationen müsse dort liegen, wo diese versuchten, ihr Regierungssystem der Umwelt aufzuzwingen. Die übereinstimmende Auffassung der demokratischen Staaten, so habe Bevin ihm weiter gesagt, sei die, daß die Menschheit sich zu keiner wirklichen Höhe erheben könne, wenn nicht geistige Freiheit herrsche, von der der Einzelne nach seiner Vernunft ohne Unterdrückung und ohne Furcht Gebrauch machen dürfe. Diese Voraussetzung auch für die Entwicklung Deutschlands würden die Vereinigten Staaten zusammen mit Großbritannien und Frankreich sichern. Auf diese Weise könne sich dann erfüllen, was er (Bevin) als das Ergebnis seiner politischen Arbeit zu erleben wünsche: Freundschaft und Vertrauen zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland, mit dem Ziel einer friedlichen Zusammenarbeit zum Wohle aller.

[...]

Seit Monaten habe ich in meinen Berichten betont, daß die größte Wahrscheinlichkeit für die Wahl Bonns zur Bundeshauptstadt bestehe. Ich stützte mich dabei auf die Informationen, die ich von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates, besonders aber von dem mir eng befreundeten Präsidenten Dr. Adenauer erhielt. Für ihn bedeutet die Wahl einen persönlichen Triumph. Als früherem Oberbürgermeister von Köln liegt ihm nach wie vor das Schicksal dieser im Kriege so hart getroffenen Stadt am Herzen, und seiner Initiative und seiner Tatkraft ist es zu verdanken, daß sich eine Mehrheit für Bonn gefunden hat. Da die Stadt Bonn schon seit Monaten alle Vorbereitungen getroffen hat, um die äußeren Bedingungen für einen würdigen Rahmen des Bundesparlaments zu schaffen, kann man annehmen, daß das Provisorium Jahre dauern wird, und daß nach dem Gesetz der Trägheit schließlich Bonn noch endgültig Regierungssitz der Bundesrepublik wird.

[...]

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul

---

[73] Adenauer traf Bevin am 9.5. 1949; vgl. dazu den Bericht Adenauers am 10.5. 1949 vor der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rats, gedruckt in: Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat, Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion, eingel. und bearb. von Rainer Salzmann, Stuttgart 1981, S. 561.

[74] Vier-Mächte-Konferenz der Außenminister vom 23.5.–20.6. 1949.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

ABSCHLUSSBERICHT ÜBER DAS OMGUS-PROJEKT (1976–1983)

1. Der äußere Ablauf des Projekts

In den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte" 24 (1976) S. 75 ff. hatte James Hastings, Archivar der National Archives in Washington und zuständiger Referent für den Bestand „Office of Military Government for Germany, US" (OMGUS), die Akten der amerikanischen Besatzungsverwaltung der Jahre 1945–1949 unseren Lesern bereits kurz vorgestellt und eine erste Bewertung des Bestandes vor allem unter archivischen Gesichtspunkten vorgenommen. Die Einleitung Martin Broszats zu dieser Miszelle verweist auf die Gründe, die das Institut für Zeitgeschichte schon Ende 1974 veranlaßten, ein solch im Grunde rein archivisches Quellenerschließungsprojekt zu fordern, in die Wege zu leiten und schließlich auch selbst zu übernehmen. Die begreiflicherweise zögerliche Haltung der National Archives gegenüber einer Gesamterfassung und -duplizierung des OMGUS-Bestandes und der dafür nötige personelle und finanzielle Aufwand waren maßgebend für ein begrenztes Konzept des Instituts, das nur die Verzeichnung und Kopierung ausgewählter, quellenmäßig für die Forschung besonders ergiebiger und bedeutender Unterprovenienzen des OMGUS-Bestandes (z. B. Military Governor, Adjutant General, Civil Administration Division) vorsah. Im Juli 1974 bewilligte die Stiftung Volkswagenwerk, an die sich das Institut auf der Suche nach einem Finanzträger gewandt hatte, die erste Projektstufe in Form einer Explorationsphase, an die sich ein Symposium von Vertretern interessierter Archive und Forschungseinrichtungen anschließen sollte mit dem Auftrag, das weitere Prozedere zu besprechen und eine Vorentscheidung über das auf drei Jahre veranschlagte Institutsprojekt zu treffen.

Im Herbst 1975 arbeiteten daraufhin vier Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte und ein Vertreter des Bundesarchivs neun Wochen lang in den Räumen des Federal Records Center (heute Washington National Records Center) in Suitland, einem Washingtoner Vorort, am Bestand der OMGUS-Akten. Bei diesem „Vorprojekt" (Oktober bis Dezember 1975) mit seinem genau festgelegten Testprogramm wurden der technische Zustand der Akten, der unterschiedliche Quellenwert der einzelnen Unterprovenienzen von OMGUS sowie der Akten der Länder-Militärregierungen, das Problem der Dubletten in den Aktenbeständen, die Frage der Vor- und Nachakten, das Vorhandensein anderer Provenienzen in den OMGUS-Akten u. ä. untersucht. Das Testprogramm sollte außerdem Anhaltspunkte über Kassationsquoten bzw. die Menge des verfilmungswürdigen Materials, den voraussichtlichen Arbeitskräftebedarf und ferner Informationen über eventuell in das Hauptprogramm einzubeziehende Akten anderer amerikanischer Provenienzen mit Bezug zur Besatzungszeit liefern. Auf dem Symposium vom 5. 3. 1976 im Institut für Zeitgeschichte einigten sich die Vertreter des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschungen der

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

FU Berlin, des „Arbeitskreises Ruhr" (gebildet aus Mitarbeitern des Westfälischen Wirtschaftsarchivs Dortmund und Zeitgeschichtlern der Universität Bochum) und des IfZ auf der einen Seite und des Bundesarchivs sowie der Landesarchivverwaltungen von Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Bremen auf der anderen auf ein Gesamtprogramm zur Inventarisierung und Verfilmung aller historisch wertvollen Teile der OMGUS-Akten. Das ursprüngliche Projekt des IfZ sollte sich dabei nahtlos in das beabsichtigte Gesamtprojekt einfügen. Die Bereitschaft der Archive, für ein solches Projekt erhebliche Haushaltmittel einzusetzen, war allerdings an eine annehmbare Preisgestaltung bei der Verfilmung der OMGUS-Akten durch die National Archives gebunden, was aus haushaltrechtlichen Gründen seinerseits wiederum abhängig war von der Finanzierung zweier Mitarbeiter der National Archives aus den Mitteln, die das IfZ bei der VW-Stiftung beantragt hatte.

Die im Juli 1976 ausgesprochene Bewilligung des Institutsantrags durch die VW-Stiftung erfolgte in einem Augenblick, in dem das Gesamtprojekt wegen verschiedener Schwierigkeiten auf amerikanischer Seite gefährdet erschien. Erst die im März 1977 von seiten der Stiftung ausgesprochene Bewilligung zusätzlicher Mittel, die die Finanzierung der zwei Archivare der National Archives endgültig sicherten, garantierte einen akzeptablen Verfilmungspreis. Dies und das großzügige Entgegenkommen der britischen Regierung bei der Einbeziehung der britischen Betreffs in den OMGUS-Akten in das Projekt ermöglichten schließlich die Unterzeichnung des „Übereinkommens über ein deutsch-amerikanisches Programm zur Verzeichnung und Verfilmung der OMGUS-Akten" am 18.2. bzw. 7.3. 1977 durch den damaligen Archivist of the United States, Dr. James B. Rhoads, und den Präsidenten des Bundesarchivs, Professor Dr. Hans Booms, bzw. den Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Professor Dr. Martin Broszat.

Noch vor Unterzeichnung des genannten Übereinkommens hatte am 1.10. 1976 das IfZ-Projekt mit den ersten Verzeichnungsarbeiten des amerikanischen Historikers Dr. Brewster S. Chamberlin in Suitland begonnen. Dr. Chamberlins ständige Mitarbeit am Projekt erwies sich in der Folgezeit für die Abwicklung des Gesamtprojekts als so wertvoll, daß er über die 3jährige Förderungszeit des IfZ-Projekts hinaus aus Haushaltmitteln des IfZ und des Bundesarchivs bis einschließlich Juni 1980 weiterbeschäftigt wurde. Aus den dem IfZ gewährten Projektmitteln konnten ferner je ein Mitarbeiter des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung, Berlin, (ZI 6) und des „Arbeitskreises Ruhr" für jeweils sechs Monate an den Arbeiten in Suitland beteiligt werden; beide Partner finanzierten darüber hinaus weitere Einsätze mit Hilfe von selbst beschafften Drittmitteln. Das Institut seinerseits entsandte acht seiner Mitarbeiter nach Suitland. Nach dem Auslaufen des IfZ-Projekts im September 1979 war das IfZ über den aus eigenen Haushaltsmitteln finanzierten Einsatz von Dr. Chamberlin noch bis einschließlich März 1980 am Gesamtprojekt beteiligt. Mit dem Abschluß der Verzeichnungsarbeiten in Suitland Ende Juni 1980 war auch das Gesamtprojekt beendet.

2. Der Bestand

Die Registratur des Office of Military Government for Germany, US war zwischen November 1950 und April 1953 in 16 Schiffsladungen von einem „Military Rec-

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ords Screening Team" des US High Commissioner for Germany (HICOG) an den Kansas City Records Center verschickt und dort archiviert worden. In den 60er Jahren gab die US-Army den Bestand an die National Archives ab, die die rund 3 200 Regalmeter Akten ihrer Record Group 260 (Records of United States Occupation Headquarters) eingliederten und im Washington National Records Center in Suitland/Maryland weiterhin unter Zwischenarchivbedingungen einlagerten.

Der Bestand repräsentiert die gesamte schriftliche Überlieferung der amerikanischen Besatzungsverwaltung in Deutschland, ausgenommen die ganz oder teilweise von den alliierten bzw. amerikanischen Truppenstäben in Europa (SHAEF, USFET, EUCOM) wahrgenommenen Funktionen wie Sicherheit, Abwehr, Nachrichtenverbindungen u.ä., aber einschließlich der US-Militärregierungen in den Ländern der amerikanischen Besatzungszone Bayern, Bremen, Hessen, Württemberg-Baden sowie des US-Sektors in Berlin. Ferner sind im OMGUS-Bestand Vorakten aus der Registratur der US Group Control Commission (USGCC) und einige wenige Nachakten aus dem Bereich des US High Commissioner enthalten. Wesentlich umfangreicher jedoch sind Akten, die aus den Registraturen der amerikanischen Vertreter in alliierten Dienststellen wie der Allied Control Authority (ACA), der Allied Kommandatura in Berlin, dem Combined Travel Board (CTB), der Combined Coal Control Group (CCCG), der Combined Steel Control Group (CSCG), der Joint Export-Import Agency (JEIA) und vor allem des Bipartite Control Office (BICO) in den OMGUS-Bestand gelangt sind. Eine wertvolle Ergänzung erfuhren die OMGUS-Akten durch die von den National Archives vermittelte Einbeziehung der Akten des Political Adviser (POLAD) beim US Military Governor in das Verzeichnungs- und Verfilmungsprojekt. Zusammen mit den Handakten des Gesandten Robert Murphy sind hier Akten seines Office of the Political Adviser, die den Akten der Foreign Posts des State Department entstammen, mit genuinen OMGUS-Beständen des Office of Political Affairs (OPA) in rund 80 Boxen der Record Group 84 zusammengefaßt. Ziemlich genau die Hälfte des OMGUS-Bestands entfällt auf Akten der Militärregierungen der amerikanisch besetzten deutschen Länder. Diese Akten wurden im Rahmen des Gesamtprojekts von der Archivaren der beteiligten Landesarchivverwaltungen bearbeitet. Zeitlich behandeln die Akten mit den Vor- und Nachakten Vorgänge aus den Jahren 1944–1950, in der Hauptsache jedoch die eigentlichen OMGUS-Jahre 1945–1949.

Die inhaltliche Bedeutung des Bestandes für die deutsche Nachkriegsgeschichte kann kaum überschätzt werden. Insbesondere Untersuchungen der Periode bis etwa Mitte 1947 sind ohne die Materialien des OMGUS-Bestandes kaum zu leisten. Da die OMGUS-Akten wie erwähnt durch die Akten der amerikanischen Kontrollratsvertreter ergänzt werden, sind hier auch die verschiedenen Aspekte der amerikanischen und alliierten Deutschlandpolitik dokumentiert.

3. Die Verzeichnung der Akten

Den amerikanischen Registraturgebräuchen entsprechend waren die Akten nach Vorgängen geordnet in Aktendeckel eingelegt, die man nach der Verschiffung aus den Shipment Boxes genommen und unnumeriert in die dreimal so kleinen sog. Rec-

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ord Center Boxes (mit einem Rauminhalt von etwa einem Kubikfuß) eingestellt hatte. Fehlerhafte Rückstellungen von Akten nach erfolgter Ausleihe waren keine Seltenheit. Es gehörte daher mit zu den Aufgaben der deutschen Bearbeiter, offensichtliche Verstellungen von Akten soweit wie möglich zu korrigieren und dann die Akteneinheiten (Folder) zu numerieren. Diese Foldernummer bildet zusammen mit der Shipmentnummer und der Boxnummer die Bestellsignatur der Akten auch bei der uns zur Verfügung stehenden Mikroform.

Für die formale und inhaltliche Beschreibung der Materialien war bereits für das Vorprojekt ein standardisiertes Erfassungsformular entwickelt worden (data sheet oder Datenblatt), auf dem für jede Akteneinheit Angaben über Signatur, Laufzeit, Umfang und Inhalt einzutragen waren. Allgemeine Erfassungsrichtlinien, die im Umlaufverfahren von den beteiligten Forschungsinstituten und dem Bundesarchiv ausgearbeitet worden waren, sollten für eine möglichst gleichartige Verzeichnung der Akten sorgen. Abgesehen von sprachlichen Mängeln und dem teilweisen Fehlen orthographischer Regeln in den Vorlagen selbst kann die Einheitlichkeit der Verzeichnung angesichts der vielen Bearbeiter durchaus als befriedigend bezeichnet werden. Negativer ist aus der Sicht des Historikers die teilweise doch sehr summarische inhaltliche Beschreibung der Akten einzuschätzen, die sich angesichts der rund 160000 zu verzeichnenden Folder (rd. 8000 Boxen zu durchschnittlich 20 Foldern) und des festgelegten zeitlichen Rahmens nicht immer vermeiden ließ.

Zur Verbesserung dieser Situation konnte noch nach Anlaufen des Projekts bei der amerikanischen Seite immerhin durchgesetzt werden, daß die nach deutscher Bewertung nicht archivwürdigen und daher nicht zu verfilmenden Akten lediglich auf einem Sammelbeleg für „folder of no historical value" eingetragen werden mußten. Die Quote der auf diese Weise „kassierten" Akteneinheiten liegt bei zwei Dritteln, ein Durchschnitt, der nach den Zahlen des Vorprojekts bereits anzunehmen war. Ein Drittel, also zwischen 50000 und 55000 Akteneinheiten, dürfte damit verzeichnet und verfilmt worden sein. Wiederum etwa die Hälfte davon entfiel auf Akten von OMGUS und die anderen, bereits erwähnten alliierten Oberbehörden, die andere Hälfte auf Akten der Länder-Militärregierungen. Maßgebend für die Kassationsentscheidungen war der aus deutscher Sicht bestimmte Quellenwert der Akten. Teils aus Zeitgründen, teils wegen des als gering erachteten Quellenwertes der Akten der Property Division wurde nach Abstimmung mit den Amerikanern nur deren Director's Files bearbeitet. Da Kassationsentscheidungen nach nationalen Belangen recht verschieden ausfallen können, ist das Entgegenkommen der National Archives bei der summarischen Verzeichnung der für unsere Seite irrelevanten Akten um so höher zu bewerten. Allerdings ist für den amerikanischen Partner auch der in der Kurzverzeichnung der „folder of no historical value" notierte Aktentitel bei der eigenen Kassationsentscheidung ein wertvoller Anhaltspunkt, der das alte Findmittel der Shipping lists an Genauigkeit übertrifft.

4. Die Verfilmung

Bei der Vielschichtigkeit des Gesamtprojekts mit einer fast 4jährigen Laufzeit allein bei der Verzeichnung war zu erwarten, daß durch Pannen oder nachträgliche Deklassifizierung von Akten und daraus resultierende Nachverfilmungen der Einsatz von

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rollfilm ein großes Wagnis bedeuten würde. Wegen der billigeren Reproduzierbarkeit der Mikrofiches sprachen aber auch Gründe der größeren Benutzerfreundlichkeit für die Verwendung dieses Filmträgers. Daß die National Archives, die bisher nur mit Rollfilm gearbeitet hatten, sich auch diesem Wunsch der deutschen Partner gegenüber aufgeschlossen zeigten, muß hier besonders hervorgehoben werden. Immerhin waren sie dadurch gezwungen, ihr Fotolabor umzustellen, neue Kameras anzuschaffen und das Personal darauf vorzubereiten.

Die Verfilmung begann im Sommer 1977 mit ersten Probeläufen und war gegen Ende des Jahres 1981, abgesehen von Nachverfilmungen, im wesentlichen abgeschlossen. Der 16-mm-Masterfilm wurde im Bundesarchiv jacketiert und für die einzelnen Partner dupliziert. Die Belieferung mit den Mikrofiche-Duplikaten erfolgte mit entsprechendem zeitlichen Abstand und ist, soweit das IfZ davon betroffen ist, fast vollständig abgeschlossen.

5. Die Erschließung der OMGUS-Akten

Im ursprünglichen Projektantrag des IfZ waren lediglich Mittel für eine maschinenschriftliche Ausfertigung der Datenblätter vorgesehen gewesen, die nach Abschluß des Projekts im Archiv des IfZ in konventioneller Weise hätten indiziert und in den Personen- und Schlagwortkatalog des Archivs eingearbeitet werden sollen. Bei diesen Planungen war man freilich davon ausgegangen, daß nur ein Teil der gesamten OMGUS-Akten verzeichnet werden sollte, an dem wiederum nur wenige Forschungseinrichtungen interessiert sein würden. Spätestens seit dem Start des Gesamtprojekts und der Einbeziehung der Archive war allerdings klar, daß von der Menge des verzeichneten Materials wie der an einem Findmittel interessierten Partner aus gesehen die beliebige Reproduzierbarkeit, der Umfang und der Preis des geplanten Findmittels eine entscheidende Rolle spielen würde. Da eine Ausfertigung aller in Suitland erstellten Datenblätter in maschinenlesbarer Schrift an Ort und Stelle aus verschiedenen Gründen ebenso scheiterte wie die Verwendung des von den National Archives entwickelten SPINDEX-Programms zur elektronischen Erfassung und Verarbeitung von Archivalien, entschieden wir uns nach gründlicher Prüfung aller Möglichkeiten und unter besonderer Berücksichtigung des Zeitfaktors für ein Konzept, das die Verschlagwortung der in den Datenblättern enthaltenen Informationen unter Verwendung des bereits vorhandenen Schlagwortkatalogs des IfZ-Archivs mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung vorsah. Das Ergebnis sollte ein Bandkatalog sein, dessen computergespeicherte Grundform es erlauben würde, den Ausdruck beliebig zu wiederholen, Teile davon zu reproduzieren oder nach entsprechender Ausstattung Benutzeranfragen im On-line-Verfahren direkt am Bildschirm erledigen zu können.

Nachdem im März 1980 die Zustimmung der VW-Stiftung vorlag, noch vorhandene Mittel innerhalb des Projekts auf ein EDV-gestütztes Findmittel umwidmen zu dürfen, betrauten wir Dr. Rainer Tiemann, Soziologe an der Universität Frankfurt, mit den entsprechenden Arbeiten. Dr. Tiemann verfügte bereits über einschlägige Erfahrungen und war uns von unserem Projektpartner, dem ZI 6 in Berlin, empfohlen worden. Bis einschließlich März 1982 verschlagwortete eine eigens dafür eingestellte qualifizierte wissenschaftliche

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hilfskraft nach entsprechender Anleitung rund 21000 Folder anhand der vorliegenden Datenblätter. Bei der EDV-mäßigen Bearbeitung der Formulare waren am Anfang erhebliche Schwierigkeiten teilweise konzeptioneller Art zu überwinden, die vor allem dadurch entstanden, daß die Datenblätter nicht von Anfang an für eine Bearbeitung mit Hilfe der EDV eingerichtet worden waren. Hindernd wirkte sich außerdem aus, daß die Verzeichnung noch nicht beendet, die Belieferung mit Datenblättern teilweise sehr stockend und eine redaktionelle Überarbeitung und Vereinheitlichung der Texte aus zeitlichen Gründen nicht möglich war. Erste, nach Provenienzen geordnete Computerausdrucke für Korrekturzwecke lagen daher erst seit Juni 1983 vor.

Da die in den Folderbeschreibungen enthaltenen Intus-Vermerke bei der Datenerfassung und -verarbeitung als Einzeldokumente betrachtet werden mußten, sind rund 32000 selbständige Dokumente (21000 Folder und 11000 Intus-Vermerke) in den Computer eingelesen und den vergebenen Deskriptoren (Schlagwörter und Personennamen) zugeteilt worden. Durchschnittlich errechnen sich 3,5 Schlagwörter für jedes eingebrachte Dokument einschließlich der Provenienzangabe, so daß der Personen- und Schlagwortkatalog etwa 111000 Fundstellen aufweisen wird. Nach den inzwischen erfolgten Korrekturen, bei denen aus Zeit- und Kostengründen die Orthographie nur geglättet, aber keinesfalls total vereinheitlicht werden konnte, liegt nunmehr ein erster Ausdruck des Personenkatalogs in 2 Bänden vor. Der Sachkatalog und der Provenienzenkatalog werden in den nächsten Wochen folgen.

Grundsätzlich war die Anwendung der EDV im Rahmen des OMGUS-Projekts für das Archiv des IfZ ein Start in ein neues Medium, der mit vielerlei Unsicherheiten etwa der zeitlichen oder finanziellen Kalkulation befrachtet war. Hinzu kommt, daß das Projekt selbst mit der Vielzahl seiner Partner und seiner multilateralen Struktur an pannenträchtigen Schwierigkeiten nichts zu wünschen übrig ließ. Wenn man dann noch hinzunimmt, daß die Verzeichnung nicht von Anfang an für eine EDV-Anwendung vorbereitet war, dann ist der verhältnismäßig hohe Preis von ca. 1,– DM pro Nachweis, von dem wiederum etwa die Hälfte allein auf die Datenerfassung entfällt, sicher nicht zu hoch; den benutzerfreundlichen und vielseitigen Anwendungsmöglichkeiten der computergespeicherten Informationen müssen als Ergebnis auch die vielfältigen allgemeinen Erfahrungen im Umgang mit der EDV hinzugezählt bzw. den Kosten ein bestimmter Prozentsatz an Lehrgeld abgezogen werden.

6. Die Benutzung der OMGUS-Akten

Die National Archives in Washington stellten ihren deutschen Partnern die Mikrofiche-Kopien der OMGUS-Materialien ohne irgendwelche Benutzungsauflagen zur Verfügung. Auch wenn es sich im Grunde um amerikanische Akten handelt, hat sich die deutsche Seite angesichts der vielen personenbezogenen, politisch teilweise hochempfindlichen Papiere auf gemeinsame Benutzungsrichtlinien geeinigt. Diese Richtlinien gestatten eine Benutzung nur für wissenschaftliche Zwecke unter strenger Beachtung der geltenden Personenschutzbestimmungen. Nach Maßgabe dieser Bestimmungen ist auch die Kopierung von Akten möglich. Zitiert werden die Akten nach den amerikanischen Signaturen, die schon während des Verfilmens

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch Umbetten der Bestände in die üblichen Archivboxen (Fassungsvermögen etwa ein Leitzordner) teilweise verändert wurden, was allerdings nicht das Ausheben der OMGUS-Materialien in den deutschen Archiven, möglicherweise jedoch die Suche nach den Originalbeständen in den National Archives erschweren wird.

7. Die Ergebnisse des Projekts

Nach dem absehbaren Abschluß der Duplizierungsarbeiten durch das Bundesarchiv stehen dem IfZ-Archiv sämtliche im Zusammenhang mit dem OMGUS-Projekt verfilmten Unterlagen zur Verfügung, d.h. neben den zentralen Akten von OMGUS, ACA, ABC, BICO und anderen bereits erwähnten bi- und trilateralen westalliierten Einrichtungen auch die Unterlagen der Länder-Militärregierungen. Die zentralen Akten allein verwahrt ferner das Bundesarchiv in Koblenz. Außerdem können die Akten der US-Militärregierung für Bayern im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München, die Akten für Bremen im Staatsarchiv Bremen, für die hessischen Regierungsbezirke bzw. das Gesamtgebiet des Landes Hessen in den Staatsarchiven Marburg, Darmstadt bzw. im Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, für den US-Sektor in Berlin im Landesarchiv Berlin und für das Land Württemberg-Baden sowohl im baden-württembergischen Hauptstaatsarchiv Stuttgart als auch im Staatsarchiv Ludwigsburg und im Generallandesarchiv Karlsruhe benutzt werden.

Damit ist der Zugang zu dem wohl wichtigsten Quellenbestand für die Geschichte der amerikanisch besetzten deutschen Länder, der außerdem weitgestreute Erkenntnisse über die alliierte und vor allem amerikanische Deutschland- und Besatzungspolitik und die Vorgeschichte der Bundesrepublik vermittelt, an verschiedenen Stellen innerhalb der Bundesrepublik außergewöhnlich erleichtert und die Forschungslage für entsprechende Themen entscheidend verbessert. Es ist daher nicht verwunderlich, daß wir ein gleichbleibendes überdurchschnittliches Interesse an den OMGUS-Unterlagen feststellen können, seit dieser Bestand mit Beginn des Jahres 1983 bei uns benutzbar geworden ist. Nach unseren Beobachtungen hat man sich auch an den historischen Lehrstühlen bei der Vergabe von Themen für Magisterarbeiten und Dissertationen darauf eingestellt, daß die OMGUS-Materialien inzwischen an verschiedenen Orten der Bundesrepublik zur Verfügung stehen.

Bei der Konzipierung und Durchführung des OMGUS-Projekts stand für das IfZ im Hintergrund natürlich die praktische Anwendung der damit künftig zur Verfügung stehenden Quellen in einem oder mehreren Forschungsvorhaben. In der Tat wurde noch während der Laufzeit des Gesamtprojekts und zu Beginn der hauseigenen Arbeiten an einem geeigneten Findmittel mit dem ebenfalls von der VW-Stiftung geförderten 5-Jahres-Projekt „Politik und Gesellschaft in der US-Zone 1945–1949" begonnen. Ferner wurden zur Kommentierung der späteren Bände der „Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949" Akten aus dem OMGUS-Bestand herangezogen. Die von einem Mitarbeiter bereits begonnene Untersuchung zur westdeutschen Publizistikgeschichte seit 1945 ist für ihre erste Phase ohne die OMGUS-Materialien nicht denkbar. Bei dem IfZ-Projekt über den „Neuaufbau der Regional- und Lokalverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone/DDR 1945 bis 1949/52" wurde versucht, über die amerikanischen Akten vor

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

allem des Alliierten Kontrollrats, des US-Militärgouverneurs und der OMGUS-Intelligence Division verwertbare SBZ-Betreffs ausfindig zu machen, ein Verfahren, das mit wechselndem Erfolg auch von anderer Seite bei Themen über die britische und französische Besatzungspolitik angewendet wird, u.a. vom OMGUS-Partner „Arbeitskreis Ruhr" bei seinen Bemühungen um die Dokumentation von Belangen des Landes Nordrhein-Westfalen aus den OMGUS-Unterlagen.

Von den Publikationen, die u.a. mit Hilfe des OMGUS-Materials angefertigt wurden, seien hier nur die vom Institut selbst herausgebrachten Titel aufgeführt: Hansjörg Gehring, Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945–1953. Ein Aspekt des Re-education Programms (1976); Brewster S. Chamberlin, Kultur auf Trümmern. Berliner Berichte der amerikanischen Information Control Section, Juli–Dezember 1945 (1979); Hans Woller, Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955 (1982); Peter Jakob Kock, Bayerns Weg in die Bundesrepublik (1983). Während der Autor des erstgenannten Titels noch selbst die kostspielige Reise in die USA antreten mußte, um sein Thema mit Erfolg zu bearbeiten, hatten die übrigen Autoren bereits die Möglichkeit, die OMGUS-Akten mit einem auch für Doktoranden vertretbaren Aufwand benutzen zu können. Der nicht zu übersehende ökonomische Rationalisierungseffekt des OMGUS-Projekts bei der Beschaffung von Quellen für die Zeitgeschichtsforschung einschließlich verwandter Disziplinen dürfte nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern auch der für die Wissenschaftsförderung zuständigen Einrichtungen, hier natürlich besonders der VW-Stiftung, liegen.

Die Impulswirkung, die die Bewilligung des IfZ-Projekts durch die VW-Stiftung für das Gesamtprojekt hatte, schien zeitweise in vergleichbarer Weise auch von der Zugänglichkeit der OMGUS-Akten auf die staatlichen Akten Bayerns auszustrahlen: Die 1981/82 von der bayerischen Staatsregierung ernsthaft erwogene Anhebung des Grenzjahres bei der Zugänglichmachung bayerischer Akten von 1945 auf 1949 oder gar 1951 wurde dann allerdings durch unqualifizierte, pikanterweise aus Washingtoner OMGUS-Akten gefertigte Zeitungsserien zunichte gemacht. Trotzdem kann man nach den bisherigen Erfahrungen davon ausgehen, daß die in den staatlichen Archiven verwahrten deutschen Akten der Besatzungszeit 1945–1949, die zwar in der Regel freigegeben sind, aber wegen ungenügender archivischer Bearbeitung noch nicht in jedem Fall zur Verfügung gestellt werden können, wegen der Benutzbarkeit der amerikanischen OMGUS-Akten bevorzugt bearbeitet werden. Ebenso darf man vermuten, daß die in den Jahren seit 1980 zumindest teilweise erfolgte Bereitstellung englischer Besatzungsakten im Public Record Office in Kew vom amerikanischen Vorbild wenigstens beschleunigt wurde.

Insgesamt gesehen war das vom IfZ initiierte und mitgetragene und der VW-Stiftung impulsfinanzierte OMGUS-Projekt forschungsmäßig, wissenschaftspolitisch-organisatorisch und für alle deutschen Mitarbeiter, die dabei die USA beruflich und privat näher kennnenlernen konnten, auch persönlich ein ungemein attraktives und trotz aller dabei zu leistenden Pionierarbeit auch erfolgreiches Unternehmen, für das der VW-Stiftung im Namen der gesamten deutschen Geschichtswissenschaft gedankt werden muß. Die beteiligten Kollegen für die gute Zusammenarbeit auch unter den besonderen Washingtoner klimatischen Bedingungen zu loben, wäre vielleicht etwas unbescheiden. Last but not least sollte aber der ausdrückliche Dank an Robert Wolfe,

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

James Hastings und Dr. John Mendelsohn von den National Archives stehen, die alles in ihrer Macht Stehende taten, um das gesamte Projekt gut über die Runden zu bringen, ferner auch an Dr. Klaus Oldenhage vom Bundesarchiv, in dessen bewährten Händen die Abwicklung des Gesamtprojekts lag.

H. Weiß

DAS STÜRMER-ARCHIV IM STADTARCHIV NÜRNBERG

Durch das 1978 erschienene Buch von Fred Hahn „Lieber Stürmer! – Leserbriefe an das NS-Kampfblatt 1934 bis 1945" ist an das übelste der nationalsozialistischen Publikationsorgane und seinen Herausgeber und Eigentümer Julius Streicher erinnert worden. Als „Frankenführer" und Gauleiter von Franken spielte er in der NS-Zeit in Nürnberg bei antisemitischen Aktionen und anderen NS-Aktivitäten eine wichtige und berüchtigte Rolle.

Fred Hahn schöpfte hauptsächlich aus Stürmer-Archiv-Material, allerdings aus solchem im Leo-Baeck-Institut New York und dem dortigen YIVO-Archiv. Die Archiv-Bestände gelangten nach dem Ende des Krieges an verschiedene Institutionen, der Nürnberger Bestand ist jedoch der weitaus umfangreichste.

Die Überlieferungsgeschichte des Stürmer-Archivs, vornehmlich aber des Nürnberger Teils, gibt einige Aufschlüsse über die „Verteilung" des Materials.

Wie Hahn in der Einleitung zu seinem Buch erklärt, hat er ausschließlich in New York liegendes Stürmer-Material verwendet, das für seine Veröffentlichung ausreichend war, jedoch nur einen Teil des Stürmer-Archiv-Materials darstellt, das zu dem Thema von Hahns Buch (Leserbriefe an den Stürmer) im ursprünglichen Stürmer-Archiv vorlag.

Nach Angaben Hahns wie auch des ehemaligen Vorsitzenden der Kultusgemeinde, Paul Baruch, und einer „Vorbemerkung" zum Stürmer-Archiv-Verzeichnis, 1951 verfaßt von dem damaligen Direktor des Stadtarchivs Nürnberg, Dr. Werner Schultheiß († 1972), läßt sich die Geschichte des Bestandes seit Einnahme Nürnbergs durch amerikanische Truppen (April 1945) wie folgt rekonstruieren.

Während der NS-Herrschaft mußten auch Protokollbücher der Israelitischen Kultusgemeinden und anderes diesen Gemeinden gehöriges Material an den Stürmer-Verlag geschickt werden. Nach dem Krieg wurde der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg das gesamte Stürmer-Material zur Verfügung gestellt, die dann das anderen Gemeinden gehörige Gut den rechtmäßigen Besitzern zusandte. Die Geschäfte der Kultusgemeinde in Nürnberg leitete damals der frühere Gemeindesekretär (1923–1943) Bernhard Kolb, der 1945 aus Theresienstadt zurückkehren konnte. Er war an der Geschichte der Gemeinde, vor allem in der Zeit der Verfolgung durch Streicher und andere NS-Größen, sehr interessiert. Er stellte dem Stadtarchiv Nürnberg eine Kopie seines Manuskripts über die Geschichte der Juden in Nürnberg zur Verfügung, das für den zeitgeschichtlichen Teil eine äußerst wertvolle Quelle für die Gesamtdarstellung der Schicksale der Juden in Nürnberg bot (Arnd Müller, „Geschichte der Juden in Nürnberg 1146–1945", Nürnberg 1968).

Bernhard Kolb wanderte 1947 in die Vereinigten Staaten aus, hatte aber wohl noch weitere publizistische Pläne, weshalb er einen Teil des Stürmer-Materials, über

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das er verfügen konnte, für seine Studien in die USA bringen ließ. Er scheint aber zu einer Bearbeitung nicht gekommen zu sein; sein Sohn Herbert Kolb stellte nach dem Tode seines Vaters – und wohl dessen Wunsch gemäß – das Material dem Leo-Baeck Institut (und teilweise auch dem YIVO-Archiv?) zur Verfügung.

Es kann aber vermutet werden, daß auch andere Interessenten, möglicherweise aus Besatzungs-Truppenteilen, Material in die USA brachten. Ein Hinweis dafür kann darin gesehen werden, daß im geographisch gegliederten Teil des Stürmer-Archivs der (dem Verzeichnis nach) umfangreiche USA-Bestand (III, 2a–o der alten Archiv-Zählung) fast vollständig fehlt. (Das jetzt im neuen Stürmer-Archiv-Repertorium bei USA verzeichnete Material stammt aus anderen Archiv-Teilen.)

Der Hauptteil des Stürmer-Archivs und der Stürmer-Bibliothek gelangte in Nürnberg im weiteren Verlauf an die Stadtbibliothek, bei der bis heute die Bibliothek und die Originale des Stürmer-Karikaturisten „Fips" (= Phillipp Rupprecht) verblieben.

Im Jahre 1951, nach Sichtung des Bestandes, übernahm das Stadtarchiv Nürnberg das Stürmer-Archiv und stellte vorhandene und fehlende Teile nach dem von der Stürmer-Redaktion verfaßten Verzeichnis fest.

Eine genauere Verzeichnung und damit Erschließung des Bestandes war lange Zeit wegen Personalmangels nicht möglich. Erst 1979/80 hat der Berichterstatter den Archivbestand einzeln verzeichnet und für Benützer erschlossen.

Bei dem Stürmer-Archiv-Bestand handelt es sich keineswegs um eines der üblichen Zeitungs- oder Zeitschriften-Archive, in denen ja vor allem die bisher in dem betroffenen Blatt erschienenen Artikel bzw. deren Inhalte und andere Informationsmittel für die Redaktion gesammelt und jederzeit zugänglich gehalten werden (diesen Teil enthielt möglicherweise die verlorengegangene „Registratur" des Blattes)*. Das Archiv stellt vielmehr eine Sammlung von Material dar, das der Redaktion hauptsächlich von „freien Mitarbeitern" geliefert wurde, wenn man dazu die vielen Sympathisanten zählt, die als Zivilisten oder Soldaten in den besetzten Gebieten den vielfach im STÜRMER wiederholten Aufforderungen nachkamen, Denunziationen über Juden und „Volksgenossen" oder jedes irgendwie interessant erscheinende jüdische Material oder eigene „Forschungsergebnisse" einzusenden.

Zu gewissen Zeiten häuften sich deshalb im Stürmer-Archiv Beiträge zu bestimmten Themen, wenn wieder einmal ein Aufruf eine „Zielgruppe" erreicht hatte. So z. B. im Herbst 1935, als auf einmal viele Beschwerden gegen Wehrmachtsbehörden bzw. -Kommandeure einliefen, weil sie bei jüdischen Firmen Warenbestellungen aufgegeben hatten.

Bei der neuen Katalogisierung des Archivs wurde im allgemeinen die sachbezogene Ordnung nach dem alten Verzeichnis mit den originalen Titeln des Stürmer-Archivs beibehalten. Diese Zusammenstellung entstand nicht vor dem Ende des Überfalls auf Polen, denn der von deutschen Truppen besetzte Teil dieses Landes

* *Anmerkung der Redaktion:* Zusammen mit der Stürmer-Bibliothek gelangte im Sommer 1945 eine Redaktionskartei an die Stadtbibliothek Nürnberg. Sie erschließt die Jahrgänge 1933–1943 durch ein gemischtes Personen- und Sachalphabet sowie ein Orts- und Länderalphabet mit insgesamt ca. 20000 Karteikarten mit z. T. zahlreichen Nachweisen pro Karte. Verwiesen wird auf Jahrgang, Nummer und Beitrag. Das Archiv des Instituts für Zeitgeschichte hat in Verbindung mit der Stadtbibliothek Nürnberg eine Mikrofiche-Edition der Stürmer-Kartei hergestellt.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde bereits als ein Stück „Großdeutschland" mit der Bezeichnung „Generalgouvernement" aufgeführt (ebenso natürlich das „Protektorat Böhmen und Mähren").

Das Verzeichnis beginnt mit einer Ordnung des Materials nach geographischen Gesichtspunkten:

I Deutschland („Altreich" und „Großdeutschland")
II Länder in Europa
III Außereuropäische Länder

Im neuen Repertorium entsprechen dem die Faszikel 1–676, während die alten, „systematischen" Teile IV–XXVI die Nummern 677–1717 umfassen. Das umfangreichste Material stammt aus den Jahren 1938/39, die ja auch dem Höhepunkt von Streichers Machtstellung entsprachen.

Bei der Zusendung von Material, das man für den STÜRMER als geeignet ansah, zeigten sich die Antisemiten der neu eingegliederten Gebiete besonders aktiv. So umfaßt der das gesamte „Altreich" betreffende Teil 122 Nummern, Österreich 104, Sudetenland und Protektorat 115.

Ein erheblicher Teil der Stücke stammt aus geplünderten Wohnungen, was u. a. die vielen alten Porträtaufnahmen von Eltern und Großeltern jüdischer Familien zeigen.

Mit System (soweit das beim STÜRMER möglich war) wurde auch antisemitisches Material aus fremden Ländern in deren Sprache gesammelt und meist übersetzt.

Wenn die Bestände aufgrund der willkürlichen Auswahlkriterien von Streichers „Lieferanten" auch äußerst disparates Material enthalten, so ergaben sich in verschiedenen Abteilungen doch immer wiederkehrende Gruppen: Fotos mit Stürmer-Kommentar (sehr häufig handschriftlich, oft von Streicher selbst; Jahrgangs- und Nummern-Angaben geben Hinweise, welche Stücke abgedruckt wurden), Fotos mit und ohne Orts- und Personenangaben, Briefe (oft Denunziationen, häufig mit Anlagen), Zeitungsausschnitte und Drucksachen verschiedenster Art.

Als Bearbeiter erscheinen häufig die Namen des Schriftleiters Hiemer und des polyglotten freien Mitarbeiters Dr. Hans Eisenbeiß, der fremdsprachliches Material übersetzte und selbst viele Artikel entwarf. Eisenbeiß war von Beruf Studienassessor.

Die Einteilung des Materials nach geographischen und systematischen Gesichtspunkten durch Streicher und seine Gehilfen war ziemlich willkürlich. Für das verzeichnete Stürmer-Archiv ist ein zusammenfassendes Ortsregister geplant, das eine bessere Orientierung ermöglichen wird.

Bei der Bearbeitung der verschiedenen Stücke ging der Bearbeiter davon aus, daß das Interesse am Stürmer-Archiv sich vor allem auf antisemitisches und zeitgeschichtliches Material richtet. Auf die in etlichen Teilen enthaltenen Judaica und Hebraica konnte nur gelegentlich hingewiesen werden.

Die nach Themen gegliederten Teile tragen folgende Titel:

Der Jude als Verbrecher
Berufe
Jüdische Sitten und Gebräuche
Christentum
Kriege
Juden im allgemeinen Leben
Der Jude als Rassenschänder
Zionismus
Freimaurerei
Politische Parteien
Judenknechte
Mischlinge
Karikaturen, Zeichnungen und Bilder
Geschichte und erdkundliche Unterlagen
Der Nationalsozialismus
Antisemitismus
Antijüdische Edikte und alte Urkunden (fehlt!)
Der Stürmer
Stürmer-Kästen

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zur Rassenfrage
Schriftwechsel in Zusammenhang mit Prozessen etc.

Die beiden letzten Titel ergaben sich erst bei der Sichtung des Materials, sie sind in dem ursprünglichen Stürmer-Archiv-Verzeichnis nicht enthalten.

Dr. Arnd Müller (†)

CONFERENCE GROUP ON GERMAN POLITICS (CGGP)

Die Conference Group on German Politics (CGGP), 1968 in den USA gegründet, ist eine unabhängige Vereinigung von Wissenschaftlern, die sich mit verschiedenen Aspekten der deutschen Politik und Geschichte im 20. Jahrhundert beschäftigen. Die CGGP ist die einzige wissenschaftliche Vereinigung in Nord-Amerika, die Kontakte unter „German specialists" in den Sozialwissenschaften und in Zeitgeschichte in allen Bundesstaaten der USA und Provinzen Kanadas pflegt.

Die CGGP hat mehrmals größere Tagungen in der Bundesrepublik und in den USA abgehalten (z. B. über Außenpolitik, über die Nürnberger Prozesse, die Weimarer Zeit, mit Teilnahme von vielen Emigranten aus Deutschland usw.). Die Gruppe hat auch dafür gesorgt, daß „survey data" aus der Bundesrepublik in Übersetzung für amerikanische Forscher zugänglich gemacht werden. Vor allem gilt die Arbeit der Gruppe der Förderung von Nachwuchskräften („German specialists") in Nord-Amerika, besonders durch Internship (Praktikanten)-Programme in Bonn und Berlin. In den letzten Jahren liegt ein Hauptakzent auf der Entwicklung von regionalen Workshops, unter Teilnahme auch von Wis-

Ausschreibung

Der Hans-Böckler-Kreis, ein Gesprächskreis von Gewerkschaftern, Historikern und Politologen, wird erstmals 1984 einen Preis für eine wissenschaftliche Arbeit aus dem Bereich Gewerkschaftsgeschichte vergeben.

Die Arbeit muß folgende Bedingungen erfüllen:

1. Es muß sich um eine Dissertation/Habilitationsschrift oder eine wissenschaftliche Monografie handeln. Die Arbeit muß unveröffentlicht sein.
2. Sie muß sich mit einem Thema zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung befassen, bzw. mit Problemen, die Gegenstand gewerkschaftlichen Handelns (z. B. Tarifpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Betriebsverfassung, Rationalisierung) sind.
3. Internationale Aspekte können Gegenstand der Untersuchung sein, wenn sie sich in deutscher Gewerkschaftspolitik niederschlagen.
4. Die Arbeit muß in deutscher Sprache abgefaßt sein.
5. Der Preis ist mit DM 5000 dotiert. Außerdem wird die Drucklegung unterstützt.
6. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury, die sich aus Mitgliedern des Hans-Böckler-Kreises zusammensetzt.
7. Die Arbeiten sind bis zum 30. Juni 1984 zu senden an:

   Hans-Böckler-Kreis
   c/o Hans O. Hemmer/Ulrich Borsdorf
   Hans-Böckler-Straße 39
   4000 Düsseldorf 30

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

senschaftlern und Politikern aus der Bundesrepublik, so z.B. die „New England Workshops on German Affairs" und die „Pacific Coast Workshops on German Affairs".

Um die Arbeit der CGGP besser zu finanzieren und durchzuführen, wird jetzt eine Reorganisation vorgenommen mit regionalen Vertretungen und einem neuen Executive Committee. Die Möglichkeiten für einen Austausch mit deutschen Wissenschaftlern und für ihre Teilnahme an CGGP-Programmen sollen dadurch auch verbessert werden.

Auskunft: Professor Dr. George K. Romoser, *Vorsitzender*, CGGP, P.O. Box 345, Durham, New Hampshire 03824, USA.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. John S. Conway, Professor für Geschichte an der University of British Columbia (Dept. of History, 1297–1873 East Mall, University of British Columbia, Vancouver, B.C., V6T 1W5, Canada), veröffentlichte neben mehreren Studien zu Holocaust-Problemen „Die nationalsozialistische Kirchenpolitik" (München 1969).

Dr. Hanns Jürgen Küsters, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (5340 Bad Honnef 1, Dr.-Konrad-Adenauer-Straße 8c), veröffentlichte u.a. „Die außenpolitische Zusammenarbeit der Neun und die KSZE" (in: Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn, hrsg. von H. Haftendorn, W.-D. Karl, J. Krause, L. Wilker, Bonn 1978), „Von der EVG zur EWG. Der europäische Wiederaufschwung 1955–1957" (in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 12/83, 26.3. 1983), „Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" (Baden-Baden 1982), „Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" (in: VfZ 31, 1983); derzeit mit der Edition der „Teegespräche" Konrad Adenauers befaßt (vertrauliche Informationsgespräche des Bundeskanzlers mit führenden in- und ausländischen Journalisten, Publizisten und Verlegern zwischen 1949 und 1967).

Dr. Hans Peter Mensing, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (5340 Bad Honnef 1, Dr. Konrad-Adenauer-Straße 8c), bearbeitete den von R. Morsey und H.-P. Schwarz herausgegebenen Band „Adenauer. Briefe 1945–1947" (Berlin 1983); zur Zeit mit dem anschließenden Band der Brief-Edition beschäftigt.

Dr. Hans Mommsen, Professor für Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum, z.Zt. Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin (1000 Berlin 33, Wallotstraße 19), veröffentlichte u.a. „Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im Habsburgischen Vielvölkerstaat" (Wien 1963), „Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik" (Stuttgart 1966), „Nationale Frage und Arbeiterbewegung. Ausgewählte Aufsätze" (Göttingen 1979), „Die Realisierung des Utopischen. Die ‚Endlösung der Judenfrage' im Dritten Reich" (in: Geschichte und Gesellschaft 9, 1983, Heft 3).

Dr. Walter F. Peterson, Dozent an der John-F.-Kennedy-Schule in Berlin (1000 Berlin 37, Teltower Damm 87–93), gegenwärtig Arbeit an einer Studie über das Verhältnis zwischen der deutschen politischen Emigration und amerikanischen Regierungskreisen (1933–1948).

Dr. Dietrich Staritz, Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin und geschäftsführender Leiter des Arbeitsbereichs Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim (1000 Berlin 33, Ihnestraße 21; 6800 Mannheim 1, L9, 1–2), veröffentlichte neben zahlreichen Aufsätzen zum politischen und sozialen System der DDR und zum Parteiensystem der Bundesrepublik u.a. „Sozialismus in einem halben Lande" (Berlin 1976), „Das Parteiensystem der Bundesrepublik" (Hrsg., 2. Auflage Opladen 1980), „Die Kommunistische Partei Deutschlands" (in: Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Band 2, hrsg. von Richard Stöss, Opladen 1984); derzeit Arbeit an einer Geschichte der DDR 1949–1984.

Jahrgang 32 (1984), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte